

TAGESSCHAU

POLITIK

Keine Koalition: Die Freien Demokraten bekräftigen ihre Absage an eine Koalition mit der SPD in Hessen. Der FDP-Landesvorsitzende Gerhardt erklärt in einem WELT-Interview (S. 5), der Wählerauftrag laute auf ein Bündnis mit der CDU, nicht mit der SPD. Auch die Bundes-FDP - Parteichef Genscher und Generalsekretärin Adam-Schwaezler - stützt diese Linie. In der Union Manöverkritik: die CSU ist für eine Große Koalition in Hessen.

Waffenstillstand: Kurz nach Bekanntgabe des Waffenstillstands in Libanon, der in den ersten Stunden auch eingehalten wurde, ist die libanesische Regierung unter Ministerpräsident Wazzan zurückgetreten, um einem Kabinett der "nationalen Versöhnung" Raum zu geben. (S. 1)

Weinberger in China: Als "sehr gut" bezeichnet der US-Verteidigungsminister das erste Gespräch mit seinem chinesischen Kollegen Zhang über eine eventuelle verteidigungspolitische und technologische Zusammenarbeit. (S. 7)

DAG kritisiert Bonn: Die Grenzen des Zumutbaren seien durch die Belastung der Arbeitnehmer mit öffentlichen Abgaben überschritten, erklärt DAG-Vorsitzender Brandt zur Eröffnung des Bundeskongresses der Angestelltenengewerkschaft. (S. 7 und 12)

ZITAT DES TAGES



"Wir sind hüben und drüben Deutsche, wenn auch in zwei Staaten. Uns verbindet mehr als Sprache, Kultur und die Haftung für unsere Geschichte. Die wesentlichen Ziele stellen sich uns gemeinsam."

Berlin: Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker vor 12 000 Menschen beim Kirchentag auf dem Wittenberger Marktplatz. (S. 7)

FOTO: PAUL GLASER

WIRTSCHAFT

Zahlungsbilanz: Der Überschuss der Zahlungsbilanz werde voraussichtlich mit zehn bis 13 Milliarden DM geringer ausfallen als angenommen, erklärt Bundesbankpräsident Pöhl am Rande der IWF-Jahresversammlung.

Neue IWF-Kreditpolitik: Die Finanzminister der IWF-Mitgliedsländer haben sich nach zehnen Verhandlungen auf eine neue, restriktive Politik der Kreditvergabe geeinigt, die weit hinter der Erwartung der Dritten Welt zurückbleibt. (S. 13)

Mittelstand: Eine bessere Auslastung mittelständischer Unternehmen könne sich am Arbeitsmarkt positiv auswirken, erklärte Creditreform nach Befragung von mehr als 4000 Mittelstandsunternehmen. (S. 15)

KULTUR

Levitzy gestorben: 75-jährig ist Sergei Levitzy, einer der bedeutendsten Philosophen des russischen Exils, in Washington gestorben. Seine Philosophie des "Solitarismus" (die "Tragödie der Freiheit") suchte den Gegensatz von Kapitalismus und Kommunismus zu überwinden.

SPORT

Fußball: Wegen Erfolglosigkeit wurde "DDR"-Auswahltrainer Rudolf Krause seines Postens entbunden. Krause war nur zwei Jahre im Amt. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Rathaus gekauft: Der Bürgermeister der schwäbischen Gemeinde Wehingen bei Tuttlingen hat "sein" Rathaus gekauft. Wehingen baut gerade ein neues Rathaus, für das alte Gebäude hatte sich kein Käufer gefunden.

Antarktis-Boom: Wissenschaftler aus aller Welt verstärken ihre Forschungen auf dem Südkontinent; neue Reise der "Polarstern". (S. 20)

Wetter: Meist sonnig, Temperaturen von 20 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Partner des Fortschritts sind ins Stolpern geraten. S. 2
Spanien: Die strahlende Sonne zeigt den Spaniern ihr häßliches Gesicht. S. 3
Afghanistan: Die Odyssee des sowjetischen Soldaten Jurti Iwanowitsch Waschtschenko. S. 3
"DDR": Bischöfe bitten Ausreisewillige: Die Stellung nicht verlassen. S. 7
Frankreich: Chirac profiliert sich weiter als Motor der bürgerlichen Opposition. S. 8
Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 9
Fernsehen: Die wechselvolle Geschichte des ARD-Polit-Magazins "Panorama". S. 10
Formel 1: Prost, Piquet, Arnoux - Dreikampf um den WM-Titel im letzten Rennen. S. 11
Schamanen: Jahreskongreß der Europäischen Märchengesellschaft. S. 19
Versicherungsbetrug: Wird ein Anarchosport zum Volksvergnügen? Fälle häufen sich. S. 20

Kohl will neue Debatte über Strategie der Union vermeiden

Der Kanzler besteht auf einer „offensiveren Darstellung“ der Regierungspolitik

DW. Bonn. Bundeskanzler Helmut Kohl konzentriert sich nach dem enttäuschenden Ergebnis der CDU bei der Landtagswahl in Hessen jetzt darauf, den Ausbruch einer neuen Strategiedebatte in der Union zu verhindern. Diesem Ziel diene unter anderem ein Telefongespräch mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, das offenbar die Bedenken des Kanzlers noch nicht ausgeräumt hat. Denn die CSU unter Strauß hatte bereits am Wahlabend unmissverständlich zu verstehen gegeben, daß die Wahlempfehlung der hessischen CDU für die FDP ein Fehler gewesen sei. Diese Wahlempfehlung aber war von Kohl ausdrücklich unterstützt worden. Kohl will diese Politik auch bei der Landtagswahl 1985 in Nordrhein-Westfalen praktizieren.

Der Kanzler versicherte nach Beratungen der Spitzenverbände der CDU, daß der finanz- und sozialpolitische Kurs der Bundesregierung mit dem Ziel einer Konsolidierung der Staatsfinanzen unbeirrt fortgesetzt werden solle. Das gleiche gelte für die Zusage zur Nachrüstung für den Fall eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen. Dabei wurde von Kohl freimütig eingeräumt, daß diese Politik nicht im wünschenswerten Maß honoriert worden sei. Dem Regierungschef schwebt deshalb eine „sehr viel offensivere“ Darstellung dieser Regierungsbeschlüsse vor als bislang.

In der CDU-Zentrale in Bonn wird nämlich ein Unbehagen in den eigenen Reihen gleichfalls nicht verschwiegen. Es wird mit dem Satz umschrieben: „Die Leute erkennen nicht, was unsere Politik ist.“ Manche Konturen der Unionspolitik seien bei der Regierungsübernahme verwischt worden. Und: Die Verwirrung um den Milliardenkredit an die „DDR“ und gewisse ostpolitische Äußerungen des CSU-Vorsitzenden Strauß seien an Teilen der Partei nicht spurlos vorübergegangen. Es wird auch eingeräumt, daß die Argumentation der Sozialdemokraten in der Sozialpolitik und in der Friedensfrage der CDU geschadet habe. Daß rund 100 000 CDU-Wähler in Hessen

SEITE 2:
Schlußfolgerungen
SEITEN 4 bis 7:
Weitere Beiträge zu den Wahlen

am Wahlsonntag zu Hause geblieben seien, wurde von Kohl eindeutig auf unpopuläre Sparmaßnahmen mit zurückgeführt.

In seiner „Manöverkritik“ rief Strauß seinen hessischen Parteifreunden, eine große Koalition mit der SPD nicht außer Betracht zu lassen. Strauß: „Ich würde in einer solchen Situation in Hessen einer großen Koalition keine Absage erteilen.“ Eine solche Konstellation sei nicht gerade seine Lieblingsidee, aber er habe die beste Erinnerung daran: „Das waren meine besten Ministerjahre.“ Der CSU-Vorsitzende war in der Großen Koalition in Bonn von 1968 bis 1969 Bundesfinanzminister. Strauß sprach sich dafür aus, daß die Union jetzt konkret ermittelt, wie sich die Nachrüstungsdebatte für

sie auswirkt und ob genug geschehen sei, um die Friedenspolitik der Bundesregierung gerade den jüngeren Menschen klarzumachen. Wie Kohl, erkennt offenbar auch Strauß ein großes informationspolitisches Defizit. „In einer schwierigen Phase“, bemerkte der CSU-Vorsitzende.

Als paradoxe Situation bezeichnete es Strauß, daß nach der - von ihm heftig kritisierten - Wahlempfehlung der CDU für die FDP in Hessen jetzt theoretisch auch eine Koalition der Freien Demokraten mit der SPD möglich wäre. Ein solches Bündnis wurde gestern aber sowohl vom FDP-Bundesvorsitzenden Genscher als auch vom hessischen Landesvorsitzenden der Freien Demokraten, Gerhardt, definitiv ausgeschlossen. Das schlechte Abschneiden seiner Partei in Bremen führte Genscher auf die Koalitionsaussage zugunsten der SPD auf Landesebene und die ablehnende Haltung des Bremer Landesverbandes zum Bonner Koalition der FDP mit der CDU/CSU zurück.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ließ erkennen, daß die Störfunktion der sozialdemokratischen Argumentation der nächsten Monate verstärkt auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik zielt. Brandt erneuerte gestern die Vorwürfe, wie sie vor allem in Hessen eine große Rolle spielten: Der „Industrieflügel“ der CDU/CSU und die wirtschaftsliberale FDP seien angetreten, die Sicherung des Sozialstaates zu demonstrieren und wesentliche Erfolge der Arbeiterbewegung rückgängig zu machen.

Moskau: Raketenfrage entschied Wahlen

Reaktionen in West und Ost / „Times“ sieht „doppelten Rückschlag“ für Kohl

DW. Bonn. Im Ostblock sind die Wahlerfolge der Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen in Hessen und Bremen als eine Art Votum gegen die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen interpretiert worden. Radio Moskau kommentierte gestern, das Resultat bei beiden Wahlen sei ein Beleg dafür, daß die SPD in der Bevölkerung wachsende Unterstützung finde. Dies sei darauf zurückzuführen, daß große Teile der SPD die Pläne zur Stationierung der US-Raketen in Europa ablehnten. Das Raketen Thema, meinte der sowjetische Sender, habe auch die beiden Wahlen bestimmt. In diesem Sinne äußerten sich auch tschechoslowakische Medien.

Das „Neue Deutschland“ und andere Zeitungen der „DDR“ widmeten den Beschlüssen der Landesparlamentarier der SPD in Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen gestern großen Raum. In Zeitungen im westlichen Ausland wurde allgemein die Auffassung vertreten, das schlechte Abschneiden der CDU sei ein Rückschlag für die Politik des CDU-Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl. „Kohl erlitt einen doppelten Rückschlag“, so leitete die Londoner „Times“ einen Korrespondentenbericht über die beiden Landtagswahlen vom Sonntag ein. Der britische „Guardian“ bewertete den Ausgang der Wahlen sogar als eine „ernste Warnung“ an den Bundeskanzler. Im dem Bericht wird eingeräumt, daß Wirtschaftsfragen im Vordergrund gestanden hätten. Dann heißt es aber weiter, das Ergebnis könne auch als Anzeichen dafür gewertet werden, daß die SPD mit ihrer wachsenden Kritik an der amerikanischen Raketenpolitik keine Stimmen verliere.

Von „Rückschlag für Kohl“ bis zu „Ohrrufe für Kohl“ lauteten die Kommentare in Frankreich. Der Pariser „Figaro“ bezeichnete das Ergebnis der beiden Landtagswahlen als „nicht zufriedenstellend für die christlich-demokratische Regierung in Bonn“. Der Autor äußerte überdies die Meinung, daß eine immer stärker werdende Tendenz zum Neutralismus unter den deutschen Wählern zu erkennen sei.

Der den französischen Sozialisten nahestehende „Matin“ sah in den Ergebnissen keine große Überraschung und meinte, die Sozialdemokraten hätten ihre Position verbessern können, ohne daß man von einem Erdbeben sprechen könne. Als beachtenswert erschien dem Blatt jedoch das „Zerbrechen“ der grünen Parteien, die in einigen Wahlkreisen - wie etwa in der Raketenfrage - vom linken Flügel der SPD bereits überholt worden seien.

Israelis wollen eine Große Koalition

Aber Arbeiterpartei sperrt sich gegen eine „Regierung der Nationalen Einheit“

R. SELIGMANN, Bonn/Jerusalem. Die Option des Zentralkomitees der Israelischen Arbeiterpartei (IAP) für Verhandlungen mit dem designierten Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir über die Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“ dürfte vor allem die Funktion haben, den Eindruck zu erwecken, die IAP sperre sich nicht gegen eine große Koalition. Denn die überwiegende Mehrheit der Israelis wünscht diese Koalition. Das gestern veröffentlichte Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Pori“ zeigt, daß 72,4 Prozent der Befragten eine Regierung der nationalen Einheit befürworten.

In der Führung der Arbeiterpartei besteht allerdings wenig Neigung zu einer Koalition mit dem Likud. Dies hat mehrere Gründe: - Die IAP ist mit 50 Mandaten die stärkste Fraktion in der Knesset. Bei einer Koalition mit dem Likud und den übrigen Parteien der Mitte, vor allem den religiösen Parteien, müßte die Arbeiterpartei jedoch den Juniorpartner spielen.

- Die Arbeiterpartei lehnt die Sicherheitspolitik der gegenwärtigen Regierung ab. Sie hält einen forcierten Ausbau jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten für bedenklich und außenpolitisch schädlich. Die IAP tritt für einen sofortigen Abzug der israelischen Truppen aus Libanon ein.

- Die Arbeiterpartei gibt der gegenwärtigen Regierung die Schuld an der katastrophalen wirtschaftlichen Situation (Inflationsrate etwa 150 Prozent; Auslandsverschuldung rund 21,5 Milliarden Dollar). Sie möchte nicht dafür verantwortlich gemacht werden.

- Ein Teil der Arbeiterpartei, die sozialistische Mapam-Fraktion, lehnt aus politischen und ideologischen Gründen eine Koalition mit dem Likud strikt ab. Ein solches Bündnis würde durch die Arbeiterpartei vor eine innere Zerreißprobe stellen.

Um der Stimmung in der Bevölkerung entgegenzukommen, hat sich die Arbeiterpartei nun für Verhandlungen mit Shamir entschieden. Gleichzeitig stellt sie jedoch Bedingungen in Sicherheits- und Finanzpolitik, die ein vollständiges Aufgeben der Likud-Politik bedeuten würden. Shamir wird auf diese Forderungen nicht eingehen können. Die IAP kann daher die Schuld am Scheitern der Verhandlungen, an der ihr im Grunde wenig liegt, dem Likud Shamirs aufbürden.

Seite 2: Phase der Infiltration

Libanon: Gespräche über Versöhnung?

Premier Wazzan zurückgetreten / Waffenruhe eingehalten / Reagan optimistisch

DW. S.A.D. Beirut. Nur wenige Stunden nach Inkrafttreten der Waffenruhe in Libanon ist die Regierung unter Ministerpräsident Shafik Wazzan zurückgetreten. Wazzan, der vorläufig ebenso wie das Kabinett im Amt bleibt, sagte, die Demission solle die Bildung einer „Regierung der nationalen Aussöhnung“ ermöglichen. Die Opposition hatte den Rücktritt Wazzans zur Vorbedingung für die Aufnahme von Gesprächen mit Präsident Gemayel über eine Lösung des innerlibanesischen Konfliktes gemacht.

Die Waffenruhe, die maßgeblich unter Vermittlung Saudi-Arabiens zustande kam, soll an allen Fronten von neutralen Beobachtern als bündnisfreien Ländern kontrolliert werden. Das Fünf-Punkte-Abkommen, auf dem die Waffenruhe basiert, sieht ferner die Heimkehr der seit 1975 geflüchteten Libanesen und die Ausarbeitung eines Hilfsprogramms für die geschädigte Zivilbevölkerung vor. Ein „Sicherheitskomitee“ aus Vertretern der regulären Armee sowie der christlichen, drusischen und islamischen Milizen soll an einer Verstärkung der Waffenruhe arbeiten. Dazu soll auch eine begrenzte Umgruppierung der einzelnen Verbände gehören. Unter Leitung von Präsident Gemayel soll ein „politischer Ausschuß“ eine Konferenz der nationalen Aussöhnung vorbereiten, an der sämtliche politischen Kräfte des Landes sowie Syrien und Saudi-Arabien vertreten sein sollen.

Die Waffenruhe löste vorsichtigen Optimismus aus. US-Präsident Ro-

DER KOMMENTAR

Die Strategie

HEINZ BARTH

Der Wahlausgang in Hessen, der eine Regierungsbildung nicht leichter macht als zuvor, hat bei den Unionsparteiern zu einer Diskussion geführt, für die es eigentlich keine Diskussionsgrundlage geben sollte. Franz Josef Strauß möchte die Bildung einer großen Koalition nicht von vornherein ausschließen. Nicht weil er befürchtet, daß die in den Wiesbadener Landtag mit CDU-Unterstützung zurückgekehrten Freien Demokraten bereit sein könnten, geschlossen zu den Sozialdemokraten überzuliegen.

Strauß glaubt, daß die Unionsparteien die Möglichkeit einer großen Koalition aus einem anderen Grund offenhalten sollten: Er traut der FDP immerhin zu, es könnten sich in ihren Reihen einzelne Abgeordnete finden, die Ministerpräsident Börsen zu der Mehrheit verheßen, die er nur sehr knapp verfehlt hat.

Hans-Dietrich Genscher und der hessische FDP-Vorsitzende Gerhardt haben Sonntagabend mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit erklärt, daß sich die Liberalen an ihr Wahlversprechen gebunden halten, nur mit der CDU zu koalieren. Es ist schwer vorstellbar, daß es in ihrem Lager Parlamentarier gibt, die es wagen würden, sich dieser Verpflichtung zu entziehen. Das käme nicht nur einem politischen Selbstmord der betreffenden, sondern auch der Selbstzerstörung ihrer Partei

gleich, die damit ihr Ansehen definitiv verspielen würde, nachdem sie die Leihstimmen, die sie zu ihrer Rettung brauchte, mit Dank entgegengenahm.

Mit der großen Koalition verbindet der bayerische Ministerpräsident einige der angenehmen Erinnerungen seiner politischen Laufbahn. Es ist gewiß zu verstehen, daß er noch einmal an sie anknüpfen möchte. Doch niemand wird ernsthaft behaupten, daß die CDU ähnlich positive Erinnerungen an das Bündnis mit den Sozialdemokraten hat, das - langfristig gesehen - nur eine Übergangslösung war, mit deren Hilfe die Unionsparteien für dreizehn Jahre aus der Macht katapultiert wurden.

Ob die Operation in der umgekehrten Richtung genauso wie damals ausgehen würde, muß lebhaft bezweifelt werden. Bisher ist die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland den Beweis schuldig geblieben, daß die CDU/CSU aus eigener Kraft und ohne Koalitionspartner zur Bildung einer Regierung der rechten Mitte in der Lage wäre. Das ist der Grundgedanke, auf dem die Strategie Helmut Kohls beruht. Das ist auch die Idee, die sich die hessischen Christdemokraten zu eigen machten, als sie der FDP zu Hilfe kamen. Es gibt dazu auf absehbare Zeit keine Alternative. Das haben die Wahlen in Hessen und Bremen nachdrücklich bewiesen.

Werden statt 108 nur 36 Pershing 2 stationiert?

Spekulationen um US-Vorschlag / Reagan-Rede vor UNO

DW. New York. US-Präsident Ronald Reagan hat gestern vor der UNO-Vollversammlung in New York an die Sowjetunion appelliert, bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen „über die Schwelle zu treten“. Reagan forderte Moskau auf, Verantwortungsbewußtsein zu zeigen: „Wir brauchen zuverlässige, beiderseitige Verminderungen“, sagte er. Und: „Die Zeit ist gekommen, da die UdSSR beweisen muß, daß sie Rüstungskontrolle in Wirklichkeit und nicht nur mit Worten sucht.“

Moskau, so Reagan, sei aufgefordert, gleiche Flexibilität zu zeigen wie die USA; die Tür für ein Übereinkommen sei offen. Die Position der USA beschrieb der US-Präsident mit den Worten: „Wir sind bereit, in unserer Haltung flexibel und kompromissbereit zu sein. Wir können aber nicht, besonders im Hinblick auf jüngste Ereignisse, an der Notwendigkeit einer wirksamen Überprüfung Abstriche machen.“

Reagan nannte in seiner Rede keine Zahlen über die in Genf von den USA gemachten neuen Vorschläge. Aus unternichteten Kreisen verlautete jedoch, daß der US-Vorschlag es Moskau erlauben würde, weltweit von den vorhandenen rund 1500 Mittelstreckenraketen-Sprengköpfen 624 zu behalten.

Für Europa soll vorgesehen sein, daß die Sowjetunion und die USA hier über je 300 Sprengköpfe verfügen dürften. Da die sowjetische SS-20-Rakete mit je drei Sprengköpfen ausgerüstet ist, dürfte Moskau danach 100 auf Europa gerichtete derartige Raketen haben.

Angeblieh wären die USA sogar bereit, dann in Europa nur zwischen 30 und 40 Pershing-2-Raketen (je ein Sprengkopf) zu stationieren; im NATO-Doppelbeschluss waren 108 Pershing-2-Raketen vorgesehen, die alle in der Bundesrepublik Deutschland disloziert werden sollten. Anderen Berichten zufolge soll sich Washington auf die Stationierung von genau 36 Pershing-2-Raketen in Europa festgelegt haben, falls Moskau einer Begrenzung auf je 300 Sprengköpfe in Europa zustimmen sollte.

Die restlichen, bis zu 300 fehlenden Sprengköpfe der amerikanischen Seite in Europa wären diesen Berichten zufolge dann auf den nur mit Flugzeuggeschwindigkeit fliegenden Marschflugkörpern zu platzieren.

In Asien soll es der Sowjetunion nach diesen Vorschlägen der USA gestattet sein, ihre dort stationierten 108 SS-20-Raketen (mit 324 Sprengköpfen) zu behalten, wobei es sich Washington allerdings vorbehält, dort die nötige Gegenbewaffnung aufzubauen.

In seiner UNO-Rede vermied es Reagan gestern, einen direkten Tadel an der Sowjetunion wegen des Abschusses des südkoreanischen Jumbo-Jets am 1. September auszusprechen. Er überraschte durch den konstanten Ton, mit dem er seine Abrüstungsvorstellungen vorbrachte. Reagan erklärte jedoch, die Haltung der UdSSR nach der Tragödie des koreanischen Flugzeuges zeige, wie sich die sowjetische Auffassung von Wahrheit und internationaler Zusammenarbeit von der Auffassung der restlichen Welt unterscheide.

Wieder Oppositionsführer in Pakistan verhaftet

Bewegung für Demokratie ruft zum Generalstreik auf

AFP, Rawalpindi. Wali Khan, Vorsitzender der oppositionellen pakistanischen „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP), ist gestern verhaftet worden. Die Polizei nahm ihn auf dem Flughafen von Rawalpindi fest, wo er aus Großbritannien eingetroffen war. Khan war der letzte der Chefs des oppositionellen Acht-Parteien-Bündnisses „Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie“, der sich noch auf freiem Fuß befand. Die Bewegung hat für morgen und übermorgen zu einem Generalstreik und zum Boykott der Wahlen in der süd-pakistanischen Provinz Sind und im Punjab aufgerufen.

Die militärischen Machthaber in Islamabad haben am Sonntag erstmals ihre Nervosität über die explosive Lage erkennen lassen, indem sie die für den 29. September angesetzten Lokalwahlen in verschiedenen Unruhegebieten um drei Tage verschieben ließen - nach Ansicht von Beobachtern möglicherweise im Hinblick auf den für den 30. September angekündigten Besuch des US-Verteidigungsministers Weinberger. Die Mil-

itärregierung unter General Zia ul-Haq hatte scharf gegen die Opposition durchgegriffen, als diese im August aus Anlaß des 38. Jahrestages der Unabhängigkeit Pakistans die Bevölkerung zu einer „Kampagne des zivilen Ungehorsams“ aufgerufen hatte. Vor allem in der Provinz Sind kam es daraufhin zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften, bei denen mehr als hundert Menschen getötet worden sein sollen. Sind ist die Heimat des früheren pakistanischen Premierministers Ali Bhutto, der 1979 gehängt wurde.

Verhandlungen mit den Militärs über eine Lösung der politischen Krise in Pakistan hatte Wali Khan abgelehnt. Zu seinem Empfang in Rawalpindi hatten sich zahlreiche seiner Anhänger eingefunden. Der Vater Khans, der Nationalistenführer Patan Ghafoor Khan, und seine Frau Begum Nasim Wali Khan stehen unter Hausarrest. Vor zwei Wochen waren bereits neun führende Mitglieder der ursprünglich von Bhutto geleiteten Pakistanischen Volkspartei verhaftet worden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Phase der Infiltration

Von Jürgen Liminski

Die Angehörigen der UNTSO, jener UN-Organisation, die seit 1948 den arabisch-israelischen Waffenstillstand überwacht, sie reiben sich die Augen. Nun sollen sie auch noch die Waffenruhe in Libanon garantieren. Vorsorglich hat einer ihrer Sprecher erklärt, dazu bedürfe es einer Weisung von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, erst dann könnte man diesen Auftrag übernehmen. Er dürfte wohl mit ähnlicher Durchschlagskraft wahrgenommen werden wie die erste Aufgabe: etwas mehr als Null.

Friedenserhaltung in Libanon ist in der Tat ein schwieriges Geschäft. Der syrische Präsident Assad ist es, der hier momentan über Krieg und Frieden gebietet. Er hat den Libanesen schon manches Haus ohne Fenster gebaut, und so wird es auch bei diesem Waffenstillstand sein.

Die Frage nach der Haltbarkeit der jüngsten Vereinbarung ist deshalb eine Frage nach der Zeit, die Assad und seine lokalen Verbündeten brauchen, um ihre Ausgangsposition für die zweite Runde zu verbessern.

Dazu gehört das weitere Einsickern von pro-syrischen PLO-Kämpfern in den Schuf. Dazu gehört auch die Schleusung von Waffen und Kämpfern zur schiitischen Amal-Miliz in Beirut. Und dazu gehört die Zermürbung der libanesischen Regierung, damit diese mit den Rebellen offiziell über die eigene politische Hinrichtung verhandelt.

Diese Taktik hat ihr erstes Opfer bereits gefunden. Der libanesischer Premierminister Wassan trat wenige Stunden nach Inkrafttreten der Vereinbarung zurück - zermürbt, verärgert, verletzt. Er war zu den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission nicht zugelassen worden. Nun nahm er den Turban und räumte seinen Platz. Nach libanesischem Gewohnheitsrecht kann ihm nur ein sunnitischer Muslim folgen. Wird es Raschid Karamé sein, der Mann der Syrer und das sunnitische Element in der libanesischen Meuterer-Front, oder wird es Saeb Salam, der Mann der Saudis? Beide würden die Interessen Libanons hinter die ihrer Herren in Damaskus und Riad stellen.

Die Phase der Einsickerung, der militärischen und politischen Infiltration, ist seit gestern voll im Gange.

Oberhaus, programmiert

Von August Graf Kageneck

Trugschlüsse aus dem Ergebnis der französischen Senatswahlen vom Sonntag könnte allenfalls jener ziehen, der nicht genügend mit dem komplizierten Mechanismus der Verfassung unserer Nachbarn vertraut ist. Den eindeutigen Sieg der bürgerlichen Opposition über die Vertreter der linken Regierungsmehrheit hatte der Wahlmodus programmiert.

Gemeinde- und Generalräte, aus deren Mitte die ehrwürdigen Repräsentanten des „Oberhauses“, dem vornehmen Palais du Luxembourg, gewählt werden, waren nach den Erdrutschsiegen der Rechten in 1982 und 1983 mehrheitlich fest in Händen von Gaullisten und Giscardisten. Kein Wunder also, wenn die Senatswahlen diesen Tatbestand am Sonntag widerspiegeln.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß nur ein Drittel der rund 320 Senatoren „erneuert“ wurde, also nicht das gesamte Land zur Stimmabgabe aufgerufen war. Hinzu kommt, daß die Kriterien bei Senatswahlen anders sind als bei den landesweiten Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Entscheidung für diesen oder jenen Bewerber fällt weniger nach der politischen Couleur des Mannes als nach dessen Kompetenz in lokalen Dingen und nach seiner „nationalen Statur“, die diesem oder jenem Departement zur Ehre gereichen soll. Nimmt man hinzu, daß der Senat nur einen sehr begrenzten Einfluß auf den gesetzgeberischen Prozeß hat und das letzte Wort immer bei der (zur Zeit mehrheitlich linken) Ersten Kammer bleibt, so kommt dem Vorgang keine umwerfende Bedeutung zu.

Dennoch: Hier setzte sich jener Trend fort, der den Sieg der Sozialisten vom Mai 1981 mit jeder Wahl mehr zu einem „bitteren“ Sieg macht. Das Land bäumt sich auf und schüttelt, soweit es kann, den unbeliebt gewordenen Sozialismus ab. Das umgekehrte Resultat wäre die Sensation dieses Wahls gewesen. So aber zeigte sich einmal mehr, daß Mitterrand nicht mehr hinter sich hat, so sehr er auch um Vertrauen wirbt. Daß sich dies auch in einer so „gefilterten“ Wahl wie einer Senatstestwahl zeigt, muß die Strategen im Parteiquartier der Sozialisten schier zur Verzweiflung bringen.

Porno im Schacht

Von Joachim Neander

Die Hast, in der einige Politik-Darsteller auf offener Bühne das Kostüm und die Argumente wechseln, nur um in diesem wechselvollen Zeitstück immer vorne dabei zu sein, hat etwas Spaßiges. Allein, die Wechsler selber scheinen dies nicht zu bemerken.

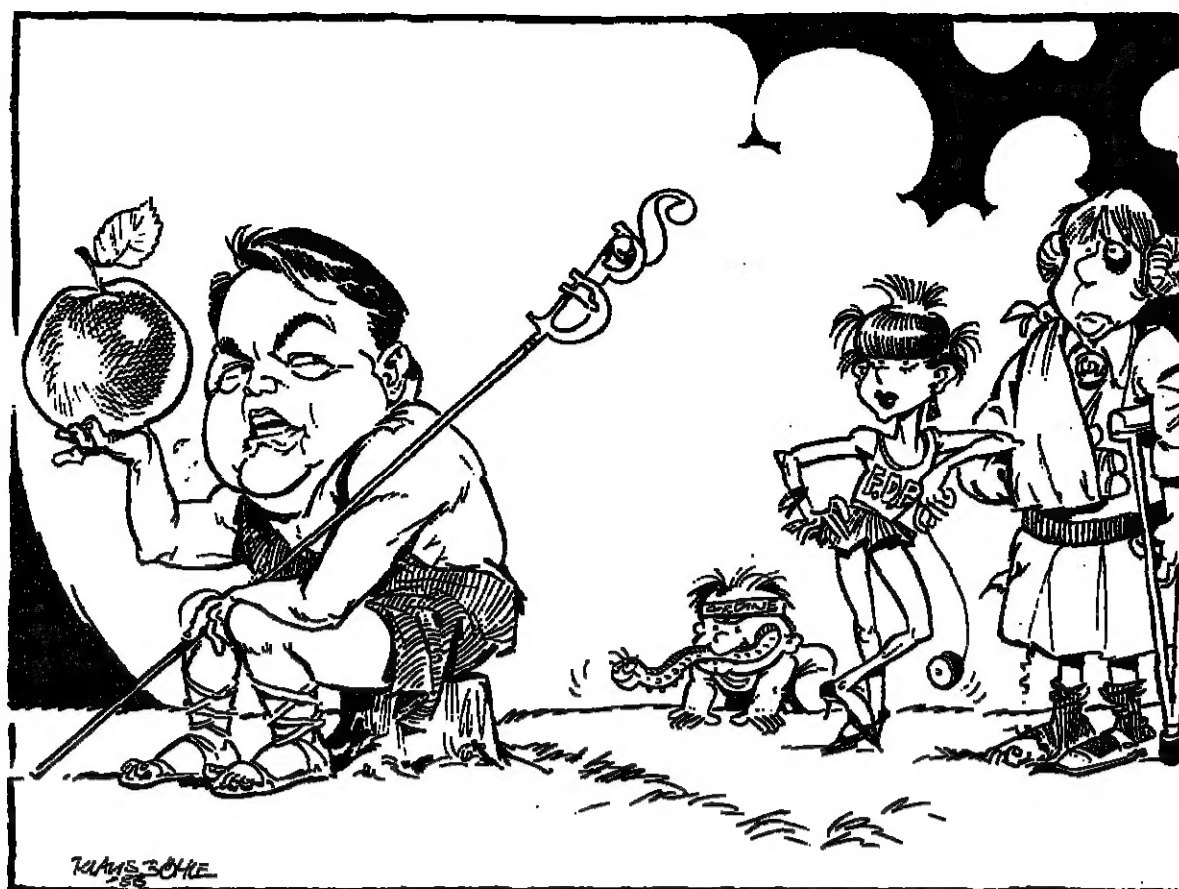
Eine mißverständliche Äußerung über die (rein theoretische) Möglichkeit, im Rahmen des Kabelprojekts Ludwigshafen zu später Stunde auch mal einen Sexfilm auszustrahlen, hat drei sozialdemokratische Landtagsabgeordnete auf den Plan gerufen. Voller Empörung fragen sie die rheinland-pfälzische Landesregierung, ob auch sie der Meinung sei, daß (wörtlich) „Sexfilme (z. B. öffentliche Darstellung des Geschlechtsverkehrs) im Rahmen des Kabelprojekts Ludwigshafen gesendet werden könnten?“

Wer ein wenig in der Erinnerung kramt, wird leicht feststellen, daß derlei sogar im gelobten Lande der Öffentlich-Rechtlichen schon vorgekommen ist - zum Beispiel im ZDF-Film „Der richtige Mann“, ausgestrahlt am 21. Dezember 1981 und um ein Haar am Tag darauf im Vormittagsprogramm „Jugendfrei“ wiederholt.

Damals und in allen ähnlichen Fällen versammelte die SPD sich eilig bei denen, die den Kunstvorbehalt und die Freiheit der Redaktionen so weitherzig wie möglich auszulegen verlangten. Und nun diese drei wackeren Sozialisten, die ausgerechnet den Landesvater mit der Zensurschere gegen den verkehrten Koitus zu Hilfe rufen - das ist beinahe lustspielreif.

Dem Gerufenen wird es vermutlich ein Vergnügen sein, die Rufer zu belehren: Auch für das Pilotprojekt gelten die normalen Gesetze, eine öffentlich-rechtliche Programmaufsicht und die absolute Nichtzuständigkeit des Staates für das Programm.

Pornofilme werden die Ludwigshafener Kabelschächte, soviel ist gewiß, nicht verunreinigen. Aber man weiß jetzt jedenfalls, wer da schon den Zensor im Hinterkopf hat, wenn es gegen die bösen Privaten geht.



Das Urteil des Paris

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Schlußfolgerungen

Von Georg Schröder

Was nun in Bonn? Die Ergebnisse der beiden Landtagswahlen liegen auf dem Tisch. In allen Parteihäusern ist man dabei, sie genau zu analysieren. Das ist nützlich. Aber es läßt sich schon im voraus sagen, daß es nichts an den politischen Erkenntnissen ändern wird, die schon am Wahlabend Sieger und Verlierer davongetragen haben, fast deckungsgleich, was gar nicht so selbstverständlich ist.

Es stimmt gewiß, daß zu allen Zeiten in der Bundesrepublik Deutschland die als strahlende Sieger aus einer Bundestagswahl hervorgegangene Bundesregierung dann bei den Landtagswahlen die Zeche zu zahlen hatte. Es stimmt auch, daß bei einem Vergleich der absoluten Stimmzahlen der beiden Landtagswahlen mit jenen der Bundestagswahl vom März die Gewinne der SPD in Hessen wie die Verluste der CDU in Bremen alles andere als welterschütternd sind. Aber wenn sich jemand bei der CDU mit diesen beiden Tatsachen trösten sollte, dann würde er sich selbst in die Tasche lügen. Er würde sich auch den Blick auf das versperren, was die Bundesregierung in den kommenden dreieinhalb Jahren bedenken, tun und unterlassen muß, damit sie und ihr Bundeskanzler Helmut Kohl mehr als nur ein Zwischenspiel in Bonn sind.

Zweiterlei ist von Zukunftsbedeutung: zum ersten, daß die hochgespielte Raketenfrage sich bei den Wahlen am Sonntag weder negativ noch positiv auf die Ergebnisse der SPD oder der CDU ausgewirkt hat, auch nicht die kontroverse Diskussion über dieses Problem innerhalb der SPD. Zum zweiten ist ganz offensichtlich, daß schon wie bei der Bundestagswahl im März auch jetzt die Fragen von Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik entscheidend für den Wahlausgang waren. Illusionäre Erwartungen mancher, gottlob nicht aller CDU-Wähler vom März, die versprochene Wende würde über Nacht vollzogen werden, mußten der Enttäuschung weichen. Das kostete die CDU in Hessen 385 000 Stimmen gegenüber der letzten Bundestagswahl und 251 000 Stimmen gegenüber der Landtagswahl von 1982.

Die SPD schwelgt nun im langentbehrten Siegesgefühl. Wer will ihr das verübeln? Aber dies be- deutet

für die künftige SPD-Politik in Bonn und im Bund, daß mit Börsen und Koschnick auch Willy Brandt und die von ihm vertretene Linie, eine neue Mehrheit der SPD links von der CDU anzusetzen, gesiegt haben. Die These sei widerlegt, wonach die SPD sich im Abwärtstrend befände, hörten wir von Brandt. Das Abschmeißen der Gruben zugunsten der SPD, das Debel der Liberalen Demokraten in Hessen, denen Brandt kaum verschleierte den Übertritt zur SPD offerierte, und nicht zuletzt die Tatsache, daß Brandts aus offen deklariertem Anti-Raketen-Kurs mit allem, was er für die Sicherheits- und Außenpolitik impliziert, die SPD keine Stimmen gekostet hat - all dies zusammen genommen läßt für die Zukunft den Sieg der Linken in der SPD mit allen seinen Auswirkungen auf die Bundespolitik zur Gewißheit werden.

Die Zeiten für die Regierung Kohl/Genscher sind schwer und sie werden noch schwerer werden. Der Bundeskanzler kann mit Recht anmerken, daß er sich und andere schon im Bundestagswahlkampf darüber nicht im Zweifel gelassen hat, daß er warnend mehr als einmal darauf hingewiesen hat, alle müßten Opfer bringen, um Wirtschaft und Finanzen und mit ihnen die sozialpolitischen Leistungen wieder zu stabilisieren. Wenn die Bundesregierung 1987 bei der Bundestagswahl obsiegen will, wird sie dann für jedermann

greifbare Früchte dieser noch lange sehr schwierigen, ja bitteren Bemühungen vorzeigen müssen. Dann darf sie sich vor allem auch nicht in den vor uns liegenden dreieinhalb Jahren auseinanderdividieren lassen.

Am Wahlabend gab es zwei Stimmen, die betroffen machen, die aber auch nützlich sein könnten, wenn sie rechtzeitig als Warnung verstanden würden. Da ist einmal der hessische Neu-Sozialdemokrat Andreas von Schoeler, der angesichts der Spekulationen über eine irgendwann erfolgende Rückkehr der hessischen FDP in die Armee von Holger Börner stützig meinte: „Im Zweifelsfalle ist die FDP immer umgefallen. Das sage ich aber nicht ins Mikrofon oder in die Kamera.“

Es meldete sich gleichzeitig aus München der Knappe von Franz Josef Strauß, Generalsekretär Otto Wiesheu, mit dem kaum eingewinkelten Tip für die Hessen, es viel leicht doch mit einer Großen Koalition in Wiesbaden zu versuchen. Daß das eine wie das andere Sprengstoff, wahrscheinlich sogar gewollter Sprengstoff für die Koalition der Mitte in Bonn sein könnte, das weiß nicht nur Helmut Kohl oder Hans-Dietrich Genscher. Die Erinnerung wird doch wohl bei vielen CDU-Männern noch wach sein, daß die 1988 erfolgte Torpedierung der CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn und zu diesem Zweck erfolgte Bildung der Großen Koalition der Anfang von 13 Jahren bitterer Oppositionszeit der Union war.

Und die FDP? Für Genscher bedeutet das Ergebnis dieser beiden Wahlen, daß sein Kurs richtig ist, daß die FDP in Hessen wieder im Landtag ist, weil sie eindeutig für die Zusammenarbeit mit der CDU eintrat und weiter eintritt, daß die FDP dagegen in Bremen, ihrer ehemaligen Hochburg, an der Fünf-Prozent-Hürde strauchelte, weil sie sich dort für eine Koalition mit der SPD aussprach. Darin sieht er die bundespolitische Bedeutung.

Wird auch der wirtschafts- und finanzpolitische Kurs der Bundesregierung ohne Schwanken fortgesetzt werden? Er ist die Basis der jetzigen Koalition. Er ist das Hindernis einer Großen Koalition. Aber deshalb wird doch in Bonn oder München keiner auf den Gedanken kommen, es sei an der Zeit, populistische Aufwühlereien in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu empfinden - oder doch?



Opfer für die Koalition der Mitte: Bundeskanzler Kohl und der Verlierer von Hessen, Walter Volkmann. FOTO: AP

Die Partner des Fortschritts sind ins Stolpern geraten

Anmerkungen zur 21. Übersee-Import-Messe unter dem Berliner Funkturm / Von Hans-Jürgen Mahnke

Von morgen an zeigen in Berlin wieder mehr als 60 Entwicklungsländer, was sie zu bieten haben. Am Funkturm öffnet die 21. Übersee-Import-Messe „Partner des Fortschritts“ ihre Tore - zunächst nur für Fachbesucher, später auch als Dritte-Welt-Bazar für das Publikum. Und die Einkäufer kommen nach Berlin, nicht nur um Kontakte im Rahmen von Sonderkontingenten unter Dach und Fach zu bringen, sondern auch um Lieferanten, die bisher nicht auf dem Markt waren, ausfindig zu machen.

Für die Kaufhäuser oder für den Versandhandel sind die Bezüge aus den Entwicklungsländern wichtig, um die Anfangspreislagen zu halten. Die Dritte Welt muß exportieren, nicht nur um die Devisen für unbedingt notwendige Einfuhren zu verdienen, sondern auch für den Schuldendienst. Ein Problem, das für die Weltwirtschaft immer drückender wird.

Besonders fatal ist nun, daß auch der Export der Dritten Welt ins Stocken geraten ist. Konnten in den siebziger Jahren noch erhebliche

Zuwächse verbucht werden, so sind sie der Menge nach im vergangenen Jahr gesunken. In diesem Jahr hat auch die Bundesrepublik aus den Opec-Staaten weniger Öl bezogen, aber sie hat auch den Import aus den Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens, die über kein eigenes Erdöl verfügen, insgesamt gedrosselt. Die Einfuhr von Fertigwaren, um die es jetzt wieder in Berlin geht, ist 1982 sogar um ein Prozent gesunken, nachdem in den siebziger Jahren noch zweistellige Zuwachsraten registriert worden waren.

Die Ursachen dafür lassen sich letztlich auf einen Nenner bringen: Die Rezession in der Bundesrepublik und in anderen westlichen Industriestaaten gab den Ausschlag. Dadurch wurde generell weniger gekauft, auch im Ausland. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Verfassung haben selbst in Europa die protektionistischen Kräfte an Gewicht gewonnen. Dadurch wurden vor allem die Importe aus den fortgeschrittenen Schwellenländern in Südostasien getroffen.

Diese Entwicklung hat erhebliche Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft. Der Export läuft nicht mehr, was sich besonders rasch im Geschäft mit den Opec-Staaten auswirkt. Aber auch andere Länder mußten ihre Einfuhren zurückfahren, um Devisen für Zinsen und Tilgungszahlungen einzusetzen.

In Schwierigkeiten sind nicht nur jene Staaten geraten, die mit teuren Krediten den Konsum anregt haben, sondern selbst für jene Länder ist die Situation problematisch geworden, die ihr Geld in Exportprojekte gesteckt haben, die sich eigentlich rentieren sollten. „Atz“ fehlt jedoch der Absatz. Ein Aufschwung?

Die Aussichten haben sich gebessert. Immerhin dürfte der Weltmarkt in diesem Jahr nicht weiter sinken. Und für 1984 wird sogar wieder mit einem Wachstum gerechnet. Ausgehend von den USA hat sich die Stimmung und die Lage in den Industriestaaten mit Ausnahme von Italien und Frank-

IM GESPRÄCH Kardinal Sin

Gebete gegen die Revolution

Von Manfred Neuber

Alle Hoffnungen auf einen friedlichen Ausweg aus dem drohenden Machtkampf auf den Philippinen richten sich auf den Oberhirten der 45 Millionen Filipinos katholischen Glaubens, Jaime Kardinal Sin (55). Er hat Regierung und Opposition zur nationalen Aussöhnung aufgefordert.

Inständigst warnt er vor Gewaltanwendung, „zuletzt betrübt“ verurteilt er Ausschreitungen der Demonstranten gegen das Marcos-Regime, aber auch das massive Einschreiten der Sicherheitskräfte. Der Erzbischof von Manila will eine „blutige Revolution“ durch Gebete und Gespräche bannen.

Als Kardinal Sin das Requiem für den ermordeten Oppositionsführer Benigno Aquino hielt, und als er vier Wochen später in einer Messe die Nation zum inneren Frieden mahnte, schämte er sich seiner Tränen nicht: ein Zeugnis für den Ernst der Lage; denn der Kirchenfürst wirkt im persönlichen Gespräch nüchtern und emotionslos.

„Macht korrumpiert. Das wissen wir aus der Geschichte“, wirft er dem Präsidenten und dessen Frau Imelda vor. Die Vermengung ihrer politischen Gegner erinnere ihn an Joseph Goebbels, die Verfolgung der Opposition an Methoden der Nazis. Einpörl weist er die Verdächtigungen zurück, das soziale Engagement der Kirche diene den Kommunisten.

Der Presse wünscht der unerschrockene Kirchenmann „mehr Mut zur Wahrheit“, und der Justiz hält er vor, ihre Unabhängigkeit eingebüßt zu haben. „In meinen Augen ist subversiv, wer korrumpiert ist“, sagte Kardinal Sin, der nicht zum konservativen Klerus auf den Philippinen zählt, aber auf eine scharfe Abgrenzung zur „Befreiungstheologie“ in seinem Bereich achtet.

Am 24. Mai 1976 zum Kardinal kreiert, war er damals mit 47 Jahren der jüngste Purpurträger. Sin stammt aus einfachen Verhältnissen. Sein



Subversiv ist, wer korrumpiert ist: Jaime Kardinal Sin. FOTO: SANDRO TUCCHIO/STUDIO X

Vater war ein vom Buddhismus zum Katholizismus konvertierter Chinese (Hsien). Er wurde auf ein Priesterseminar geschickt, 1954 zum Priester geweiht und danach als Missionar in die Provinz geschickt. 1974 wurde er Erzbischof von Manila und damit Primas der katholischen Kirche auf den Philippinen.

Auf die Frage, wie die Kirche für eine gerechte Gesellschaft wirken wolle, erwidert der Kardinal: „Unsere einzigen Waffen sind das Wort und das Evangelium. Mehr als drei Millionen Schüler und Studenten besuchen unsere Bildungseinrichtungen. So schaffen wir gebildete Menschen für eine gerechte Gesellschaft. Das geht nur allmählich und langsam, aber es gibt keine Alternative zu dieser friedlichen Reform.“

Die Glockenschläge, die seit einer Woche auf Wunsch des Erzbischofs jeden Mittag zum Gebet für die Erhaltung des inneren Friedens aufrufen, könnten das Ende der Ära Marcos auf den Philippinen einläuten. Kardinal Sin macht keinen Hehl daraus, daß er einen demokratischen Wandel für überfällig hält.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Allgemeine

Das Blatt schreibt über die SPD und die Nachkriegszeit:

Mit der Annäherung an die Außenpolitik der damaligen Unionsregierung unter Adenauer hat die SPD Ende der fünfziger Jahre den ersten Schritt zur Regierungsfähigkeit getan. Mit der Wendung zum Irrationalen, vielleicht Populären beginnt die SPD, nach 17 Jahren wieder Bonner Oppositionspartei, die Abwanderung. Manche führende Sozialdemokraten sehen das mit Sorgen (ohne das freilich öffentlich zu sagen). ... Die SPD nähert sich mit Macht der Ablehnung der Nachrüstung auf ihrem Herbst-Parteitag. Dann wäre die Nachrüstung, wenn sie sein müßte, allein Sache der Regierung. So war es bei der West-Orientierung der Bundesrepublik zu Beginn auch ... Allerdings bestätigt sich jetzt der vielleicht notwendige Maßnahme und das Wünschenswerte in eins zusammengefaßt. Das enthält eine Versuchung zur Härte für den Gegner und eine Verführung zur eigenen Schwäche; aus vielfältigen Gründen - bis hin zur grün-alternativen Aufweichung an einem breiten Rand - erliegt die SPD als Oppositionspartei leicht jener Verführung.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung stellt zu Libanon fest:

Die Hauptverlierer sind die christlichen Milizen der libanesischen Streitkräfte, die wieder aus den Positionen vertrieben wurden, die sie mühsam seit der israelischen Invasion im Gebirge erobert hatten ... Über Geländegewinne und -verluste hinaus, über diese zusätzlichen Tausenden von Toten hinaus, die die Libanesen beweinen, gibt es einen großen Gewinn: den syrischen Präsidenten Hafez El-Assad. Wieder einmal hat Libanon

zwei Hauptstädte: Beirut und Damaskus.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung befaßt sich mit der Lage in Libanon:

Wenn Libanon geholfen werden soll zu verhindern, daß es ein geteiltes, besetztes und anarchistisches Land wird, dann muß der offiziellen Armee Zeit gegeben werden und Hilfe, sich zu entwickeln und ihre Autorität zu konsolidieren. Nur eine libanesische Armee wird letztlich in der Lage sein zu garantieren, daß Libanon ein einheitlicher Staat bleibt. Es gibt keine andere Macht, die dazu sonst in der Lage wäre.

Frankfurter Rundschau

Man hält es über die Absicht nachzuer SPD-Landesverbände vom Nachrückungsheft:

Bei den Sozialdemokraten geht ein Landesverband nach dem anderen in Sachen Nachrüstung auf Gegenkurs, und man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, mit welchem Votum die Delegierten des nächsten Bundesparteitages die Wahlstatt verlassen werden. Von Woche zu Woche wird deutlicher, wie halbherzig die SPD unter der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt den Standpunkt der Regierung in dieser Frage mitgetragen hat ... Dennoch dürfte sich jeder verspekulieren, der glaubt, die Sozialdemokraten werden an ihren Spannungen zerbrechen. Wenn nicht alles täuscht, dann hat der rechte Flügel in Sachen Nachrüstung die Niederlage bereits geschluckt. Die eigentliche Kardinalfrage ist nach hinten verschoben. Erst wenn die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik ernsthaft zur Diskussion gestellt würde, träte der Ernstfall ein.

gesehen von den großen Problemländern helfen allerdings die wachsenden Exporte, mit dem Verschuldungsproblem eher fertigzuwerden.

Die Chancen für die deutsche Exportwirtschaft auf zusätzliche Aufträge aus diesem Teil der Welt bleiben vorerst gering, jedenfalls so lange, wie die Industriestaaten ihre Käufe in den Entwicklungsländern nicht kräftig ausdehnen. Dieses braucht jedoch noch seine Zeit.

Wer exportieren will, muß auch importieren. Dieser Grundsatz, der von Branchen, denen der Wind ins Gesicht bläst und die im Wettbewerb nicht mithalten können, natürlich angezweifelt wird, findet gerade jetzt wieder seine Bestätigung. Daher kommt der Import-Messe in Berlin, obwohl das aktuelle Geschäft an Schwung verloren hat, gegenwärtig eine große Bedeutung zu. Immerhin wurden unter dem Funkturm schon viele Geschäftsbeziehungen angebahnt, die sich dann über Jahre als äußerst stabil erwiesen haben.

WIE WAR DAS?

Als die UNO ihren Sitz in New York nahm

Von GITA BAUER

Zwangsläufig war es ja keineswegs, daß sich die UNO am East River in New York niederließ. Und zwangsläufig ist es keineswegs, daß sie dort bleibt. Wohl wahrscheinlich. Daß es nicht zwangsläufig ist, zeigte sich dieser Tage, als die Sowjets im Zusammenhang mit der Absage des Gromyko-Auftritts die USA einen unwürdigen Gastgeber nannten und es von amerikanischer Seite hieß, man würde eine Verlegung des Hauptquartiers nicht behindern.

Es war zur Überraschung des Westens die sowjetische Delegation, die den Vorschlag unterstützte, daß die Vereinten Nationen ihr Hauptquartier in den USA aufschlagen sollten. England und Frankreich hatten jene Gruppe angeführt, die die neugegründete Organisation in der Alten Welt angesiedelt wissen wollte, in Genf, wo schon der Völkerbund tagte.

Gerade die Erinnerung an den Völkerbund war es jedoch, die der Vertreter der Sowjetunion beschwor, um seinen Vorschlag schmückhaft zu machen: Befanden sich die Vereinten Nationen einmal auf amerikanischem Boden, würden die USA sie nicht so leicht im Stich lassen, wie sie es 1919 mit dem Völkerbund getan hatten. Das war in den Augen von Zeitgenossen der weltpolitischen Situation am Ende des Zweiten Weltkrieges allerdings nur ein Vorwand. George Kennan sah es so: „Was Stalin in Wirklichkeit erreichen wollte, war die Verdrängung des amerikanischen Einflusses von der eurasischen Landmasse allgemein. Er wollte ihn durch den seines eigenen Regimes ersetzen.“

Die Vorbereitungskommission, die nach einem permanenten Sitz suchte, war nach der Gründung der Vereinten Nationen in San Francisco bei der ersten Vollversammlung in London im Januar 1946 ins Leben gerufen worden. Es gab eine intensive Lobby, die für antike Schauplätze in Nordafrika warb, exotische Inseln im Pazifik wurden genannt, auch Jerusalem war im Gespräch. Der Bürgermeister von Chicago, seine Rivalen in San Francisco und Philadelphia, Boston und Denver, St. Louis und Miami, entsandten Delegationen nach London, bestimmten die Kommission mit Argumenten, Fotos und Filmen, um ihre Städte anzupreisen. New York war gelassener, vielleicht weil die Metropole mit der Freiheitsstatue im Hafen sich des Zuschlags sicher war.

Die erste Abstimmung über die Placierung der UNO in Europa endete mit einer Niederlage: 23 gegen 25, zwei Nein-Stimmen kamen von der Sowjetunion und der Ukraine. Das Votum für die USA war keineswegs einstimmig: 30 gegen 14 bei sechs Enthaltungen.

Bevor der UNO-Glaspalast 40 Stockwerke hoch in den Himmel wuchs, gab es jedoch Provisionen im Hunter College, in Lake Success auf Long Island, in Flushing Meadows in Queens. Am 11. Dezember 1947 übertrug die amerikanische Delegation, Senator Warren Austin, seine Kollegen mit der dringenden Mitteilung, daß John D. Rockefeller junior den Vereinten Nationen ein Areal als Geschenk anbot, das damals achtzehnhundert Millionen Dollar wert war und am East River, zwischen der 42. und 48. Straße Manhattans gelegen war.

Mit einem Aufwand von 68 Millionen Dollar, von den USA als zinsfreie Darlehen gegeben, begann im September 1948 unter Leitung des Architekten des Rockefeller Centers und später des Lincoln Centers, Wallace Kirkman Harrison, der Bau. (SAD)



Von der Sonne ausgebrannte Natur: Umwelt von Madrid verwandelt sich das Land zur Wüste. FOTO: JÖRG JOCHMANN

Die strahlende Sonne zeigt den Spaniern ihr häßliches Gesicht

Von ROLF GÖRTZ

Dürre auch im fünften Jahr? Die Spanier im Zentrum und im Süden des Landes wollen es nicht glauben. Sie hoffen auf Regen, möglichst bald. Denn die Steppe ist auf dem Vormarsch, und das Wasser in den Staubecken geht zur Neige. Trockenheit, das ist für arbeitslose Landarbeiter auch ein Argument für eine Landreform.

Er schob seine letzte Kuh die Rampe hinauf auf den Lastwagen. Der Schlachter wird wenig zahlen, denn bei ihm zählt nur das Gewicht. Und diese Kuh ist mager. Mit vier leistungsfähigen Milchkuhnen einer dänischen Rasse hatte José Miguel vor zwölf Jahren angefangen. Eine Zeitlang besaß er 20 Kühe: Saftige Weiden unter ständiger Bewässerung und luftige moderne Ställe zeugten von einem gut funktionierenden Betrieb mit modernen Maschinen. Und mit „Musik beim Melken wie in Israel“. Viele im Dorf vergrößerten sich. Stolz gingen sie abends in die Kneipen, ließen ihre neuen Autos davor bewundern.

Man zahlte bereits die ersten Kredite zurück - bis die Wasserkanaäle zu versiegen begannen und die großen Sprüher nur noch tröpfelten und schließlich gar kein Wasser mehr gaben. Bis die Steppe rasch, ganz rasch wieder über die vergilbten Weiden kroch.

Die Staubecken sind nur zu einem Drittel gefüllt

Wie in Afrika sieht es jetzt aus. Aber wir sind in Spanien, das von der Dürre heimgesucht ist. Nur die Kakteen, die Afrikaner um ihre Kräfte wuchern lassen, fehlen. Aber sonst ist fast alles gleich: ein harter Boden, den kein Pflug mehr bricht, durchzogen von tiefen und weit verästelten Rissen; ein Adernetz des Todes. Wie welches Laub wölbt sich der Lehm dort, wo die letzte Tränke stand.

Für fast zwei Millionen Spanier gilt „alarma roja“, das rote Signal der höchsten Notstandsstufe, in deren zweiter Phase das Wasser täglich mit Tankwagen herangefahren werden muß. In Madrid, im Zentrum des Landes, leben vier Millionen Menschen, jedoch unbekümmert darüber, daß ihre Wasserreserven in den Staubecken die Hauptstadt nicht einmal mehr 30 Prozent betragen. Vier Millionen Menschen duschen, spielen, sprengen Gärten und Parks, waschen mit dickem Wasserstrahl den Staub

von den Autos, füllen ihre Schwimmbecken wie eh und je. Nur wenige stutzen, als vor kurzem aus dem Rathaus gemeldet wurde: „Trotz geringer Menge ist das Wasser noch trinkbar.“ Vielleicht stutzen mehr, als jetzt doch empfohlen wurde, das Wasser möglichst abzukochen.

Täglich saugt auch die brennende Sonne ihren Anteil aus den vielen Staubecken, von denen die ersten zur Zeit der Römer gebaut wurden, und die heute 45 Milliarden Kubikmeter fassen können. Zur Zeit enthalten sie nur noch 15 Milliarden Kubikmeter Wasser. In der zweiten Septemberwoche nahmen die gestauten Wassermengen um 681 Millionen Kubikmeter ab. Wenn es nicht regnet, wenn alles so bleiben sollte wie es ist, dann müßte Mitte Januar ganz Spanien eine Wüste sein. Eine theoretische Rechnung, denn immerhin liegt der Pegel zur Zeit um drei Prozent über dem Stand des Vorjahres.

Der Regen im Frühjahr brachte eine erste Entlastung nach vier Jahren Trockenheit. Im Norden von Cap Finisterre bis zu den Ausläufern der Pyrenäen an der Biskaya sind die Niederschläge in Europa mit der Gegend um Bergen in Norwegen zu vergleichen. Jedes Atlantikstief, dessen Kern über England nach Europa wandert, gießt hier sein Naß aus. Aber die Niederschläge fließen zurück ins Meer und südlich der Pyrenäen und Wälder des Nordens, in Kastilien, Andalusien und an der Mittelmeerküste, fiel der Regen des Himmels seit 1980 nur noch sehr spärlich.

Solange Maßkrüge aufgestellt wurden, zählte man nie mehr als vier magere Jahre hintereinander. Und die sind jetzt eigentlich um. Alle Zeichen himmlischer Unruhe - zuletzt die gewaltige Überschwemmung im Baskenland - deuten darauf hin, daß es in diesem Winter auch über den verdorrten Zonen regnen wird, daß die dann langsam nach Süden schwenkenden Zugbahnen der Tiefen ihr gegenbringendes Wasser wieder über das Land verteilen und die Staubecken sich langsam wieder füllen. Für die Meteorologen ein klarer Fall - weshalb sich die Bittgottesdienste nicht mehr so zahlreich stattfinden.

Landarbeiter marschieren hinter der roten Fahne

Aber muß es im fünften Jahr auch wirklich regnen? In Andalusien steht man schon im fünften Trockenjahr. Hier, im einst arabischen Al Andalus, das von Gebirgen so hoch wie die Ötztaler Alpen durchzogen wird und dessen weite Ländereien in den heißen Ebenen dazwischen wegen der

geringen Erträge nur großflächig bewirtschaftet werden können - in Andalusien leidet ein Heer von arbeitslosen Landarbeitern bereits ein politisches Kapital der Trockenheit ein.

Hinter der roten Fahne mit Hammer und Sichel marschieren sie von Dorf zu Dorf. Manchmal 80 bis 100, manchmal Tausende. Nicht planlos wie zu den Zeiten, als Bakunins Anarchisten hier mehr Anhänger fanden als irgendwo sonst in Europa, sondern jetzt folgen sie dem fast militärischen Itinerario, einem Fahrplan, den die Kommunistische Partei ausarbeitet. Anarchisten und Kommunisten demonstrieren in 62 Dörfern und Städten aller acht Provinzen Andalusien für eine Landreform, der Besetzung großer Güter, wie sie nach der Revolution der Roten Nelken im benachbarten Portugal im Algarve verwirklicht wurde.

Die Dürre wird auch zur finanziellen Last

Ein Kern von Gewerkschaftsfunktionären sammelt in jedem Dorf die Unzufriedenheiten um sich. Mit ihnen zieht man weiter zum nächsten Dorf, so daß oft Tausende über die staubigen Landstraßen ziehen. Zu Anfang besetzte man Güter, zog sich aber wieder zurück, wenn die Polizei eingriff. Vordergründiges Ziel dieser „Hungermärsche“ ist der Ausbau einer 1970 ursprünglich als vorübergehende Hilfsaktion gedachten Beschäftigung arbeitsloser Tagelöhner. Kolonnen helfen beim Straßenbau und jäten Unkraut. 25 Mark pro Tag ist der Lohn. Und weil das mehr ist, als man bei der Olivenernte verdienen kann, werden in diesem Jahr viele Früchte hängen bleiben - grobsterweise aus Mangel an Arbeitskräften.

Die Not der viel zu vielen andalusischen Landarbeiter, zu denen die aus den Städten zurückkehrenden arbeitslosen Industriearbeiter hinzukommen, ist groß. Aber mehr Geld für die „Gemeindebeschäftigung“ ist selbst für die sozialistische Regierung keine Lösung, weil es unwirtschaftlich ist, wenn hundert Hände das tun, was eine Maschine in kurzer Zeit viel besser macht. Schon in den letzten drei Jahren stiegen die Kosten für diese Arbeiten auf das Doppelte und Dreifache. Über eine Milliarde Mark muß das spanische Volk für die Notstandsprogramme gegen die Trockenheit zahlen. In ganz Spanien stiegen die Schulden der Bauern, Landwirte, der Kooperativen und Güter von Mitte 1980 bis zum Juli dieses Jahres von elf auf 17 Milliarden Mark. (SAD)

Die Odyssee des Soldaten J. Iwanowitsch Waschtschenko

Soldat in Afghanistan, Gefangener der Freikämpfer, Internierter in der Schweiz und Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland: das sind die Stationen des sowjetischen Unteroffiziers Jurij Iwanowitsch Waschtschenko.

Von WALTER H. RUEB

Beleucht, hochaufgeschossen und schlank, das blonde Haar in die Stirn gekämmt, sitzt der Jungling am Tisch. Unruhige Augen beherrschen sein fast noch kindliches Gesicht. Auf der Oberlippe zeigt sich gerade der erste Flaum. Der junge Mann ist der in Afghanistan in Gefangenschaft gezogene 19-jährige sowjetische Unteroffizier Jurij Iwanowitsch Waschtschenko, der nach einer Odyssee durch Afghanistan, Pakistan und ein Internierungslager in der Schweiz in die Bundesrepublik Deutschland floh und jetzt in einem Flüchtlingslager der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Karlsruhe sitzt.

Er wartet auf den Spruch eines deutschen Gerichts, das über sein Asyl befragen wird. Ein Asylbegehren, das vom Ausländeramt in Zirndorf mit der Begründung abgelehnt wurde, er habe bereits in der Schweiz Schutz vor politischer Verfolgung erhalten.

Leise und mit stockender Stimme beginnt Jurij zu erzählen: „Ich bin in der kleinen Industriestadt Kansk in Sibirien geboren. Ich habe die Mittelschule abgeschlossen und dann den Beruf eines Radiotechnikers zu erlernen begonnen. Die Lehre konnte ich nicht abschließen, denn ich wurde vorher zur Armee einberufen.“

Ab Frühjahr 1982 sei alles schnell gegangen: sechs Monate Grundausbildung, nach einem weiteren Monat Militärdienst Beförderung zum Unteroffizier. Anfang November 1982 wurde beim Appell sein Name aufgerufen, wenige Tage später war Jurij in Afghanistan. „Erst kurz vorher haben wir erfahren, daß es nach Afghanistan geht.“ Es habe dort eine Revolution gegeben, habe man den Soldaten gesagt, und weil das afghanische Volk die Sowjetunion um Hilfe gebeten habe, dürften sie nun zur Erfüllung des Hilfsversprechens nach Kabul fliegen.

Seine Erlebnisse in dem fremden Land sind schnell erzählt. Er wurde einer Einheit zugeteilt, die am Stadtrand von Kabul rund um die Uhr Fahrzeuge und Panzer reparieren mußte. Sie waren in Zelten untergebracht, wegen der ständigen Überfälle afghanischer Stadtguerillas gab es keinen Ausgang, und die Verpflegung war recht bescheiden. Obst und Alkohol gab es nicht.

Wenigstens brauchte er für den Monatslohn von umgerechnet 42 Mark sein Leben nicht zu riskieren. Er nahm an keinen Kämpfen teil, kam aus der Zeltstadt vor den Toren Kabuls kaum heraus und bekam nur nachts beim Lärm von Maschinengewehrfeuer und Explosionen in nächster Nähe mit, daß er nicht nur von Freunden, sondern vor allem von Feinden umgeben war, die ihn und seine Landsleute bekämpften, um ihre Freiheit zurückzugewinnen.

Aus eigenem Erlebnis und aus Gesprächen mit anderen Soldaten zeichnet Jurij folgendes Bild: Die Disziplin in der Armee war schlecht, viele Soldaten trieben mit Ausrüstungsgegenständen und sogar Waffen trotz drohender harter Strafen schwunghaften Handel mit Afghanen und fast alle haschten oder rauchten Marihuana.

Jurij: „Drogensüchtige gab es genug... Doch die Offiziere sahen darüber hinweg.“ Der psychologische Druck durch die äußeren Umstände war stark. Luft verschafften sich die Sowjetarmisten durch Übergriffe gegen die afghanische Zivilbevölkerung, Raub und Diebstahl waren an der Tagesordnung, und die teuren Drogen bezahlten sie ihren afghanischen Lieferanten mit Geld, das sie anderen zuvor mit Waffengewalt abgenommen hatten. „Straßenpatrouillen hatten es am leichtesten, sich Geld zu beschaffen. Wenn man beispielsweise verdächtige Transporte kontrollieren mußte, war es leicht, einen Bus anzuhalten, ein Maschinengewehr auf seine Insassen zu richten und mit den paar erlernten afghanischen Brocken Geld und anderes zu fordern. Aus Angst wurden die Wünsche immer erfüllt...“

Die Frage, ob er übergelaufen sei, verneint er mit Entschiedenheit. Die Freikämpfer hätten sich bis in die unmittelbare Nähe der sowjetischen Unterkünfte gewagt. „Keine 500 Meter von meinem Zelt“, sei er in ihre Hände gefallen und sofort weggebracht worden. Tagelang hieß es marschieren, aus Sicherheitsgründen meist nachts. „Die Afghanen kannten nur ein einziges russisches Wort“, erzählt Jurij. „Ständig hieß es dawai.“

Einmal während des zehntägigen Marsches sei ein sowjetischer Hubschrauber in geringer Höhe über ihnen geschwebt. Jurij: „Ich hoffe, daß man uns entdeckt und dann mal einen Bewacher abschickt...“ In der folgenden Nacht, als die Bewacher schliefen, floh er. 30 Stunden irte er ohne Proviant, Karte und Kompaß herum, dann fiel er einer anderen Gruppe von Mudjahedin in die Hände. Diese brachten ihn schließlich nach Peshawar in Pakistan, hielten ihn in einer Privatwohnung gefangen und übergaben ihn dem Roten Kreuz.

Ein erster Versuch endete im Arrest. „Weil es in den Schweizer Gefängnissen schöner ist als im Lager auf dem Zugerberg und Internierte deshalb immer wieder etwas Verbotenes anstießen, um in eines der schönen Gefängnisse zu kommen, müssen Strafen seit einiger Zeit im Lager-Karzer verübt werden“, erzählt Jurij. „Von der psychologischen Seite her war es auf dem Zugerberg schlimmer als in Afghanistan und in der Gefangenschaft in Pakistan.“

Vorwürfe richtet Jurij aber auch gegen Vertreter des Roten Kreuzes, die ihre sowjetischen Schützlinge über ihr Schicksal im Ungewissen gelassen und ihnen bei Disziplinierungsversuchen mit zwangsweiser Reportierung in die Sowjetunion gedroht hätten. Das habe ihn veranlaßt zu fliehen.

Er trampelte mit knapp 40 Mark in der Tasche nach Zürich. Dort kaufte er sich eine Landkarte. Am nächsten Morgen legte er per Autostopp die 100 Kilometer nach Basel zurück, stieg dort vor dem Grenzübergang aus, spazierte unbeachtet über die Grenze, hielt ein neues Fahrzeug an und meldete sich am Abend des zweiten Fluchtages in Freiburg im Breisgau bei der Polizei.

Jurij Waschtschenko setzt jetzt große Hoffnungen auf die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt (IGFM). Diese hat dem Sowjetarmisten, Kriegsgefangenen, Internierten und Asylbewerber zur Fortsetzung seines Kampfes um Asyl in unserem Land einen Anwalt zur Verfügung gestellt. Jurij wartet im Lager den Ausgang des Verfahrens ab. Er kann sich frei bewegen, fürchtet sich jedoch vor Entführung durch den KGB.



Jurij Iwanowitsch Waschtschenko hofft auf Asyl in der Bundesrepublik. FOTO: W. H. RUEB



Sichern Sie rechtzeitig Ihren Lebensstandard im Alter - durch eine dynamische Lebensversicherung.

Die handfeste Garantie: Durch regelmäßige Erhöhung von Versicherungsschutz und Beitrag kann sich die Versicherungssumme einschließlich Gewinnbeteiligung in 30 Jahren mehr als verdreifachen.

Sicherheit mit Dividende

Lebensversicherung

Verband der Lebensversicherungs-Unternehmen e.V.

Die WELT berichtet über die Doppelwahl und über ihre politischen Konsequenzen

Kohl trägt die Entscheidung von Wallmann „voll mit“

MANFRED SCHELL, Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl hat in einem längeren Telefongespräch mit dem CDU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß die politische Ausgangslage nach der unerwartet hohen Niederlage der CDU in Hessen erörtert. Diese Unterredung, die gestern vor den Beratungen des Präsidiums und des Bundesvorstandes der CDU stattfand, war auch Teil des Bemühens von Kohl, den Ausbruch einer neuen Strategiediskussion in der Union zu unterbinden. Eine solche Strategiediskussion müßte sich zwangsläufig mit den langfristigen Perspektiven des Bonner Koalitionspartners FDP befassen und würde die Stabilität des Bündnisses beeinträchtigen.

Das Telefongespräch zwischen Kohl und Strauß hat offenkundig der CDU-Führung keine endgültige Gewißheit darüber gegeben, welche Schlussfolgerungen die bayerische CSU aus dem Wahlausgang in Hessen ziehen wird. Somit lag auch über den Beratungen in der CDU-Führungsgremien eine gewisse Spannung. Die CDU war jedenfalls darauf vorbereitet, bei Angriffen aus München sofort zu reagieren.

Der Wahlausgang in Hessen mit den hohen Verlusten für die CDU hat die Partei in eine gewisse Depression gestürzt, aber es gab in den gestrigen Sitzungen keine Kritik an dem hessischen Wahlkampfkonzept. Helmut Kohl übernahm dafür auch vor dem Parteivorstand die Mitverantwortung.

Der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth stimmte dem Vorgehen in Hessen zu, machte aber zugleich deutlich, daß er bei den Landtagswahlen in seinem Land im Mai 1984 die absolute Mehrheit anstreben wird. Er werde der FDP kein Angebot machen, sagte Späth, der bisher mit der CDU über eine statische Mehrheit im Stuttgarter Landtag verfüge.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, der die hessische CDU in zurückliegenden Jahrzehnten in große Höhen geführt hat, war in den gestrigen Beratungen sehr solidarisch. Er trage voll die Entscheidung von Walter Wallmann mit, gemeinsam mit der

FDP einen Regierungswechsel in Hessen herbeizuführen. In einem Rückblick kamen aus Dreggers Munde aber auch kritische Anmerkungen. Der ohnehin schwierige Übergangsprozeß über die notwendige Sparpolitik in Bonn sei zusätzlich belastet worden. Dregger meinte, in solchen politischen Situationen sollte man nicht auch noch „verbale Grausamkeiten“ begehen. Er nannte keine Namen, aber gemeint waren die sozialpolitischen „Opfer-Papiere“ der Politiker George und Albrecht. Erklärungen des Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff und des CSU-Fraktionsvorsitzenden im Münchener Landtag, Gerold Tandler, von dem Kohl gestern sagte, er habe „nicht die Absicht“, dessen Aussagen zu kommentieren. Tandler hatte gefordert, Helmer Geißler solle sein Amt abgeben – entweder das des CDU-Generalsekretärs oder das Ministeramts. Kohl erklärte, er denke nicht an Veränderungen im Adenauer-Haus oder im Kabinett.

Der Bundeskanzler fand für seine Analyse, die er im Präsidium und im Parteivorstand gegeben hat, uneingeschränkte Zustimmung. Er sagte, in Hessen habe die CDU frühzeitig gespürt, daß sie aus eigener Kraft heraus die absolute Mehrheit nicht erringen könne. Bei dieser Ausgangslage habe sie versucht, mit der FDP einen Partner zu finden. Aus dieser Wahlausgang zugunsten der FDP habe diese „erheblichen Nutzen“ gezogen. Im Parteivorstand der CDU wurde geschätzt, daß der FDP etwa drei Prozent an CDU-Stimmen zugeflossen sind. Die CDU, so meinte Kohl, der von einer „bitteren Niederlage“ sprach, habe „Opfer gebracht“. Aber das Risiko sei sowohl ihm als auch Wallmann von Anfang an bewußt gewesen, aber man sei es auch aus „Rücksicht auf die Koalition im Bund“ eingegangen. Immerhin sei es die hessische FDP gewesen, die mit ihrer Abkehr von der SPD die Wende in Bonn eingeleitet und dafür einen hohen Preis gezahlt habe.

Kohl stimmte der Auffassung zu, die Gründe dafür, daß rund 100 000 CDU-Wähler zu Hause geblieben seien, lägen „nicht in der Landespolitik“. Sie seien auch darauf zurückzu-

führen, daß die Bonner Sparbeschlüsse Wirkung zeigen, aber vielen Bürgern noch die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Opfer fehle. Die politischen Absichten der Bundesregierung müßten daher „breiter und offensiver vorgetragen werden“. Unmißverständlich stellte der Kanzler klar, daß der Wahlausgang in Hessen keine Kursveränderungen in Bonn nach sich ziehen werde. Dies gelte sowohl für die Finanz- und Wirtschaftspolitik, aber auch für die Sicherheitspolitik, speziell für eine eventuell notwendig werdende Nachrüstung.

Entscheidungen zu den Strukturproblemen vor allem bei Kohle, Stahl und den Werften ständen an. Ein großes Problem sehe er darin, wie in den Jahren 1984/85 genügend Ausbildungsplätze sichergestellt werden könnten. Eine Lehrstellengarantie für diese Jahre gab Kohl nicht ab. Der Bundeskanzler will, so sieht es aus, diese schwierigen Entscheidungen alsbald treffen, um unbelastet in die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 1985 gehen zu können. Er sprach gestern auch davon, daß die notwendigen Sparmaßnahmen „eingehender begründet“ werden müßten.

Die Strategie, so wie sie in Hessen verfolgt worden ist, hat in den Beratungen auch die ausdrückliche Zustimmung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker, gefunden. Sie sei eine „logische Konsequenz“ im Bemühen gewesen, einen Partner zu finden, sagte von Weizsäcker. In der heutigen politischen Situation komme aber nur die FDP als Koalitionspartner der Union in Betracht. Über die Wahl des Bundespräsidenten – von Weizsäcker wird für das Amt des Staatsoberhauptes vorrangig genannt – wurde gestern in den CDU-Gremien nicht diskutiert. Wie aus dem Kanzleramt verlautete, will Kohl erst Anfang November dafür einen Vorschlag unterbreiten.

Im CDU-Vorstand wurde gestern auch die Frage diskutiert, wie man sich jetzt gegenüber der SPD und dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Holger Börner verhalten solle.

Grüne: Wir haben uns stabilisiert

WERNER KAHL, Bonn
Die Grünen räumten gestern in Bonn ein, daß die Partei bei der Hessen-Wahl erheblich Federn lassen mußten. Protestwähler in Nordhessen und im Frankfurter Raum seien zu ihren alten Parteien zurückgekehrt. Das Wahlergebnis zeigt jetzt nach Ansicht der Bundeszentrale eine „Stammwählerschaft“ von fünf-einhalb bis sechs Prozent. Vorstandssprecher Rainer Trampert bezeichnete die Grüne Partei als „eine strategische Größe, gegen die mit ständigen Totsagungen nicht anzukommen“ sei.

Für die Grünen ist die Tolerierung einer hessischen SPD-Regierung denkbar. Voraussetzung wäre aber, daß die SPD den Grünen in ökologischer und sozialer Fragen entgegenkomme, sagte Trampert weiter. Die Grünen würden in Hessen mit den Verhältnissen „verantwortungsvoll“ umgehen.

Der Sprung der Bremer Grünen von Null auf 5,4 Prozent (Grüne-Sprecher Walde), hat die Partei nachträglich darin bestätigt, weder mit der Bremer Grünen Liste (BGL) noch mit der Bremer Alternativen Liste (BAL), die die DKP in sich aufgenommen hatte, zusammenzuarbeiten.

Für die kommenden Wahlkämpfe ist der Bundesvorstand bemüht, keine „grüne Konkurrenz“ zu provozieren. Der Landesverband der Berliner Grünen trat deshalb zurück, als er aus Bonn aufgefordert wurde, nicht gegen die bereits im Stadtparlament vertretene Alternative Liste (AL) auf Kollisionskurs zu gehen. „Wenn die AL abgestoßen wird“, so das Bundesvorstandsmittglied Uli Tost in Bonn, „wird das Signalwirkung auf grüne und bunte Listen haben.“ Damit werde die zwangsläufig eine zweite bundesweite Liste provoziert. „Deshalb haben wir uns gegen den Berliner Spalterkurs gewehrt.“

Die WELT (Ausg. 603-600) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 385,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 350 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Rechnung der Bonner SPD kann sich als falsch erweisen

PETER PHILIPPS, Bonn
Mit Vorbedacht hatte die sozialdemokratische Führung vor allem den Landtagswahlkampf in Hessen in erster Linie unter bundespolitischen Vorzeichen geführt. So ergibt es sich fast zwangsläufig, daß die Wahlerfolge vom Wochenende auch in der Bonner Baracke in erster Linie bundespolitisch gewertet werden.

Johannes Rau, Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen und stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender, gab die entsprechende Parole noch in der Wahlnacht im sozialdemokratischen Hauptquartier aus. Vor allem ist die Parteiführung dankbar, daß ihr auf diese Weise die Möglichkeit gegeben wird, zumindest partiell den Diskussionschwerpunkt in der SPD – und sei es nur in der Außendarstellung – vom leidigen Raketen-Thema wegzulenken hin zu Themen wie Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Bundesgeschäftsführer Peter Glotz verlegte gestern die Gleise für die Argumentationsschiene: Erstens sei der Bundesregierung „eine erste Quittung für das nicht eingelöste Aufschwungsversprechen“ erteilt worden. Zweitens sei die FDP als Partei nicht mehr ernstzunehmen, sondern nur noch „Leihstimmen-Hülse“ – wobei Glotz allerdings wohl zu sehr auf ein kurzes Gedächtnis bei vielen Wählern vertraut: Hatte nicht einst gerade die SPD in einer bis dahin beispiellosen Hucksack-Aktion ihrem liberalen Koalitionspartner 1972 über die Fünf-Prozent-Hürde geholfen?

Drittes Argument von Glotz: Die Grünen als Partei sind auf dem Rückzug. Aus seinen Urteilen über FDP und Grünen folgt logischerweise der Schluß, daß die SPD „ohne Koalitionswänge“ endlich einmal ein „klares Konzept“ den Wählern anbieten könne und damit „prompt eine erkleckliche Zahl von Prozenten zulegen“ habe.

Nach der verlorenen Bundestagswahl vom 6. März hatten Parteichef Brandt und sein Bundesgeschäftsführer als Ziel markiert, daß die SPD die Regierungssessel in Bonn nur

dann eines Tages wieder werde erklimmen können, wenn sie zuvor die verlorengegangene Basis in den Ländern, Städten und Gemeinden zurückerobert habe. Die Ergebnisse von Hessen und Bremen werden als erste Erfolge auf diesem Weg angesehen. Willy Brandt schreibt dazu in der Mitgliederzeitschrift „Sozialdemokrat-Magazin“: „Auf diesem Weg sind wir jetzt ein gutes Stück vorangekommen.“ Das Tal, das die SPD auf dem Weg zurück zu einem Wahlerfolg im Bund hinter sich bringen müsse, sei offenbar schneller zu bewältigen, „als manche sich ausgerechnet haben“.

Neben der scharfen Kritik an der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der neuen Bundesregierung gehörte es dabei vor allem in Hessen zur Taktik, Argumente aufzugreifen, die vor einem Jahr bei der Landtagswahl noch in Redetexten der Grünen gestanden hatten. Für Glotz ist dies die „konstruktive Verbindung von Ökonomie und Ökologie“. Die Grünen könnten die „soziale Bewegung“ weiterhin bereichern, den Wählern müsse aber klargemacht werden, daß die politische Umsetzung ökologischer Forderungen bei der SPD besser aufgehoben sei.

Die Rechnung kann sich jedoch als brüchig erweisen. Selbst wenn man den althergebrachten Effekt einmal unberücksichtigt läßt, daß nach einem Regierungswechsel in Bonn die Landtagswahlen für die Regierungspartei im Bund zu einer Durststrecke werden, bleiben genügend Fragezeichen:

Trotz aller gegenteiligen Versuche wird das Raketen-Thema die SPD noch auf Monate hinaus vorrangig beschäftigen, in Teilen der Partei fast ausschließlich. Bei allem Verständnis, das gerade kritische Wähler dafür aufbringen mögen: Nicht nur Richard Loewenthal hat oft genug eindringlich davor gewarnt, die SPD mit ihrer mehr als 120jährigen Tradition als Partei zu einer Protestbewegung zu machen.

Vor allem aber wird der Ärger, den persönlich Betroffene über die Bonner Sparmaßnahmen empfinden, nicht auf sehr lange Zeit in Form von

Stimmen für die SPD zu konservieren sein. Und bei dem, was Glotz elegant die „konstruktive Verbindung von Ökonomie und Ökologie“ nennt, sind auch von der SPD bisher mehr Fragen aufgeworfen als konstruktive Konzepte entworfen worden.

Erst einmal haben die Erfolge von Bremen und Hessen sicher die politischen Konzepte der sozialdemokratischen Vor-Männer Brandt, Vogel und Glotz bestätigt. Sie haben anscheinend – oder doch nur scheinbar? – vom Wähler einen Bonus für ihren Weg der Integration einer, wie es Brandts Vorstellung ist, „Mehrheit desessels der Union“ erhalten. Vor den Gefahren, die daraus für die Identität der Partei entstehen können, hat schon der Vorsitzende der Grundwerte-Kommission, Loewenthal, in seiner Streitschrift gewarnt. Und die Kritik am Wirtschafts- und Finanzkurs der derzeitigen Bundesregierung, durch den die „ganze Misere“ von der Arbeitslosigkeit bis zu Einsparungen am sozialen Netz herühre, wird nicht wenig vorhalten. Denn auch in der Sozialdemokratie selbst ist es in weiten Teilen unbestritten, daß Einschnitte überlebensnotwendig sind. Und was passiert, wenn sich tatsächlich ein, möglicherweise nur bescheidener, Aufschwung ankündigt sollte?

Der Weg durchs Tal wird wahrscheinlich doch nicht ganz so kurz werden. Viel wird jetzt für die SPD davon abhängen, wie sich die Genfer Verhandlungen entwickeln und, vor allem, welche Beschlüsse dann der außerordentliche Bundesparteitag im Herbst fassen wird. Zum zweiten wird die SPD auf Dauer nicht darum herumkommen, neben Kritik an der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung ein eigenes Konzept zu stellen, das in der Öffentlichkeit wieder den Eindruck der Kompetenz erweckt – so wie Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre, als Brandt ohne die unbestrittene Autorität Karl Schillers seine Wahlsiege nicht hätte erringen können. Und die SPD wird aufpassen müssen, daß sie bei der Übernahme „grüner“ Positionen ihr eigenes Profil nicht unkenntlich macht.

FDP-Chef Genscher sieht seinen Kurs der Wende bestätigt

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Stimmung während der Sitzung des Bundesvorstandes der Freien Demokraten gestern vormittag im Thomas-Dehler-Haus war, so ein Teilnehmer, „hervorragend wie lange nicht mehr“. Genauso wie zuvor das Präsidium zeigte man sich dort zufrieden bis begeistert über das überraschend gute Abschneiden der Liberalen bei den hessischen Landtagswahlen. Das Scheitern in Bremen an der Fünf-Prozent-Hürde spielte dagegen praktisch keine Rolle. Der Landesvorsitzende Horst-Jürgen Lahmann, dessen Bremer Verband im Gegensatz zu den Hessen eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD gemacht hatte, mußte sich kein einziges Wort der Kritik anhören. Verantwortlich für die Niederlage in der Hansestadt wurde vielmehr der Einfluß tagesaktueller und stark emotionalisierter Fragen wie das Werteproblem gemacht.

Die Bundes-FDP, allen voran Parteichef Hans-Dietrich Genscher, sieht sich aufgrund des Ausgangs in Hessen in dem von ihr mit der Wende im vergangenen Herbst vollzogenen neuen Kurs bestätigt. Mehr noch: Der Erfolg wird auch als Stärkung für die Bundestagsfraktion gerade auch im Verhältnis zur CSU empfunden. Zwar hatte es noch bis zum Sonntag vorsorglich geheißen, selbst eine neuerliche Niederlage in Hessen

würde keine Einflüsse auf die Bonner Regierungskoalition haben. Auf der gestrigen Sitzung meinte aber Genscher sichtlich gelöst, nunmehr könne die weitere Entwicklung sehr viel gelassener gesehen werden. Und mit Blick auf die immer wieder gestarteten Attacken der CSU gegen ihren kleinen Bonner Bündnispartner fügte er hinzu, daß es „in jedem Orchester einen Pauker geben“ müsse.

Der FDP-Vorsitzende sitzt wieder fest im Sattel. Spekulationen aus den letzten Monaten, in denen von einer Ablösung Genschers nach einer nicht ausgeschlossenen zweiten Pleite innerhalb eines Jahres in Hessen die Rede war, haben sich förmlich in Luft aufgelöst. Der Parteichef präsentierte sich gestern früh strahlend und in alter Selbstsicherheit. Er erzählte vom Anruf eines prominenten CDU-Mitglieds, das ihm anerkennend gesagt hatte: „Herr Genscher, Sie sind doch der Größte.“ Das deshalb, weil er zuvor prognostiziert hatte, daß die FDP in Hessen „deutlich über sechs Prozent“ erzielen, es aber dennoch für eine Regierungskoalition mit der CDU „nicht reichen“ würde.

In den 7,8 Prozent Erststimmen – das sind genauso viel wie die Freien Demokraten in Hessen bei den Bundestagswahlen an Zweitstimmen erhalten haben, steht die Parteiführung eine „gute Ausgangsbasis“ sowohl

für den Bund als auch die Länder, in denen sie nicht mehr vertreten ist. Sie geht davon aus, daß die Partei mit klaren und eindeutigen Aussagen zugunsten der CDU wieder einen festen und aussichtsreichen Platz in den Länderparlamenten erhalten kann. Deshalb stieß auch der hessische Vorsitzende Wolfgang Gerhardt auf breite Zustimmung, als er jeglicher „Wackelei“ eine Absage erteilte. Die Liberalen wollen sich keine sogenannte Berliner Verhältnisse erlauben, indem sie möglicherweise nach einer Zeit der Duldung einer SPD-Minderheitsregierung dann entgegen den ursprünglichen Aussagen eine Koalition eingehen.

Allerdings gab es in der Führungsmannschaft auch skeptische Stimmen. So wurde unter anderem auf zusätzliche Risiken bei kommenden Wahlen hingewiesen, weil die Union sicher keine neuerliche Unterstützung und Schützenhilfe nach ihrem Abschneiden in Hessen geben werde. Dagegen wurde allerdings gehalten, daß es auch ohne die offiziell in Abrede gestellten Leihstimmen der CDU gereicht hätte, um über die Fünf-Prozent-Marke zu kommen. Diesen Wählern wollen sich die Freien Demokraten jetzt noch geschlossener als bisher zeigen. So appellierte Genscher bereits an die Fraktion, an ihrem Kurs zum Beispiel bei der Novellierung des Demonstrationsstrafrechts klar festzuhalten.

Strauß empfiehlt Große Koalition

PETER SCHMALZ, München
Die CSU hält eine große Koalition in Hessen für eine mögliche und staatspolitisch vernünftige Lösung. Nach der Sitzung des CSU-Landesvorstandes erklärte der Parteivorsitzende Franz Josef Strauß mit Blick auf das hessische Wahlergebnis, er würde „in einer solchen Situation einer großen Koalition keine Absage erteilen“. Strauß appellierte an das „staatspolitische Verantwortungsbewußtsein“ und erklärte, eine große Koalition sei zwar nicht seine Lieblingsidee, er habe aber an die Große Koalition in Bonn „die besten Erinnerungen“.

In Hessen gehe es jetzt nicht um ideologische oder parteipolitische Gesichtspunkte, sondern darum, „daß die dringendsten Probleme des Landes vernünftig behandelt werden“. Strauß zählt dazu in erster Linie die Verabschiedung eines „nach ökonomischen und sozialen Schwerpunkten sinnvoll gestalteten Haushalts“. Nach dieser Wahl sei die CDU in einer solchen Koalition allerdings in der Rolle des Juniorpartners.

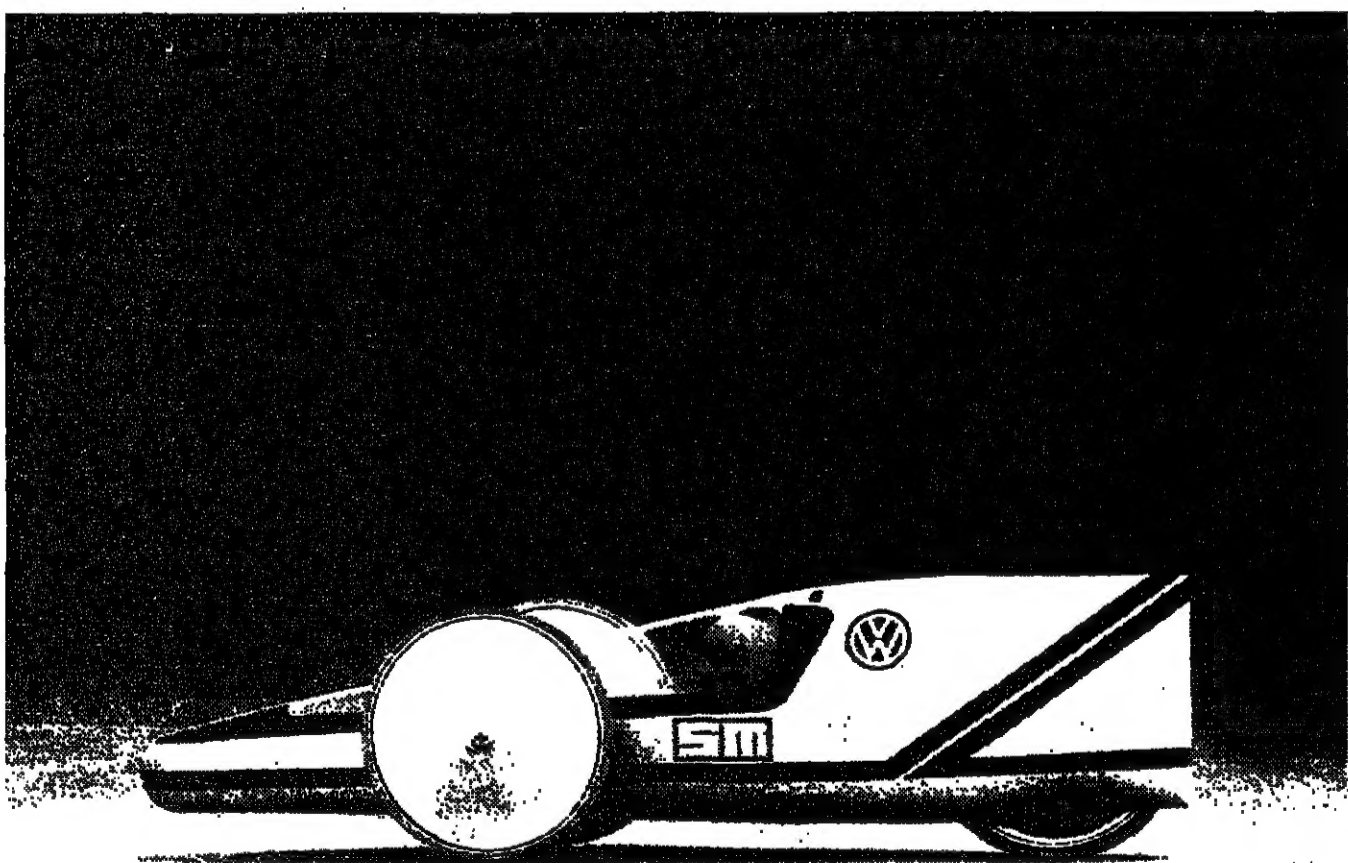
In der CSU sieht man jedoch auch die Gefahr der Neuaufgabe einer SPD/FDP-Koalition. Strauß nannte es ein „mögliches Paradoxon“, wenn die FDP, die durch die Leihstimmen der CDU wieder in den Landtag gekommen ist, gegen die CDU Holger Börner zum „Ministerpräsidenten“ wählt. Er glaube zwar nicht, daß die Bonner Koalition darüber in Schwierigkeiten gerate, sie werde in diesem Fall aber „sicherlich atmosphärisch nicht gerade Ferienluft genießen“, erklärte der CSU-Vorsitzende.

Zur Frage der Leihstimmen, die innerhalb der CSU weitgehend auf Ablehnung stößt, wollte sich Strauß nicht näher äußern, wie er überhaupt um einen konzilianten Ton bemüht war und immer wieder hervorhob, man wolle sich vorrelligen Aussagen enthalten und habe keine Ratschläge an die CDU in Hessen zu geben. Seine negative Einstellung zu Leihstimmen-Aktionen ließ Strauß nur in der Frage anklingen, „ob eine politische Partei eine Wahlempfehlung abgeben soll und ihre Wirkung unter Kontrolle haben kann“. Strauß rech-

net mit vier bis fünf Prozent CDU-Leihstimmen an die FDP.

Neben der Wahlempfehlung sieht Strauß als weitere Gründe für die CDU-Niederlage eine nur geringe Mobilisierbarkeit breiter Wählerschichten und bundespolitische Einflüsse. Die Bonner Politik befände sich derzeit in einem Tief, es gebe jedoch Anzeichen, daß sie aus dieser Lage herauskomme.

Großen Einfluß auf das Wählerverhalten spricht der CSU-Vorsitzende dem Wahlkampfstil der beiden hessischen Spitzenkandidaten zu. Wallmann und Börner hätten sich „zu vornehm behandelt als Dohnanyi und Kiep in Hamburg“, meinte Strauß ironisch. Dabei sei beim Wähler der Eindruck entstanden: „Es ist kein Beinbruch, wenn der eine hinkommt, und es ist keine Lungenerkrankung, wenn der andere hinkommt.“ Der Bürger hat vermutet, das seien zwei noble Wahlkämpfer und beide brauchbar für Hessen. Diese Höflichkeit habe sich zugunsten von Börner ausgewirkt.



1.491 Kilometer mit 1 Liter Diesel.

Das ist das Volkswagen-Spambel. Es ist das sparsamste Landfahrzeug der Welt und wurde zu Forschungszwecken entwickelt. Ein technisches Meisterwerk mit nur 28 kg Gewicht. Angetrieben von dem derzeit kleinsten Dieselmotor mit Direkteinspritzung.

Die Volkswagen-Forschung macht auch mit diesem Automobil wieder deutlich, daß sie immer neue Wege findet, die Basis für Automobile der Zukunft zu schaffen.

Intensive Grundlagenforschung bei der Sonderkonstruktion vieler Details war notwendig. Ein Bündel neuer Erkenntnisse haben

unsere Konstrukteure gewonnen. Volkswagen-fertigung und Volkswagenfahrer werden davon profitieren.

Für uns liegt der Fortschritt im Detail. Wir arbeiten daran.



Mehr als Autos.

Die WELT berichtet über die Doppelwahl und über ihre politischen Konsequenzen

Gerhardt: Zu Kompromiß beim Haushalt bereit

Die hessische FDP wird mit der SPD auf keinen Fall eine Regierungskoalition eingehen. In einem WELT-Interview erklärte deren Landesvorsitzender Wolfgang Gerhardt, die Liberalen hätten dazu keinen Wahlkampf. Weiter betonte er, daß die Freien Demokraten dem Haushalt nur zustimmen würden, wenn die Sozialdemokraten sich kompromißbereit zeigen würden. Die Fragen stellte Stefan Heydeck.

WELT: Herr Gerhardt, die FDP ist mit einem überraschend guten Ergebnis in den hessischen Landtag zurückgekehrt. Wie verhalten Sie sich, wenn die SPD Ihnen jetzt ein Koalitionsangebot machen würde?

Gerhardt: Wir werden keine Koalition mit der SPD eingehen. Das habe ich eindeutig erklärt, und dabei bleibt es auch. Wir haben einen Wahlkampf geführt, um eine Mehrheit von CDU und FDP zu erreichen. Zu etwas anderem haben wir keinen Wahlkampf. Jetzt haben wir die Aufgabe, im Parlament wirkungsvoll und effizient zu arbeiten.

WELT: Aber wäre es nicht doch schon allein aus landespolitischen Gründen jetzt, nach der Zeit der Unregelmäßigkeit, notwendig und zweckmäßig, mit Regierungsverantwortung zu übernehmen?

Gerhardt: Nein. Wir sind eine handlungsfähige parlamentarische Kraft. Im übrigen warte ich zunächst einmal die Diskussionen ab, die sich in der SPD vollziehen werden. Die SPD hat rechnerisch ja mit den Grünen eine Mehrheit. Und nach meinem Eindruck ist ein großer Teil der hessischen Sozialdemokraten bereit, mit ihnen ein Bündnis einzugehen. Außerdem gibt es zum Beispiel die Äußerung von CDU-Generalsekretär Heimer Geißler, nach der eine große Koalition nicht ausgeschlossen wird. Also stehen die beiden großen Parteien, CDU und SPD, vorn, um zu entscheiden. Ich bin hier nicht gefordert. Die FDP ist die dritte Kraft im Landtag.

WELT: Wie wird sich denn nun Ihre Fraktion verhalten, wenn es um die Verabschiedung des Haushalts geht?

Gerhardt: Den werden wir uns zunächst einmal genau ansehen. Und dann wird die neue FDP-Landtags-

fraktion die aus unserer Sicht notwendigen Anträge dazu stellen. Eines möchte ich aber heute schon betonen: Holger Börner ist bis auf weiteres geschäftsführender Ministerpräsident. Er darf nicht davon ausgehen, daß er einen lupenreinen sozialdemokratischen Haushalt im neuen Parlament durchbringen kann. Wenn er auf unsere Vorschläge nicht eingeht oder nicht einmal bereit ist, über Kompromisse zu reden, wird er auf Ablehnung stoßen. Im übrigen ist das auch eine nicht nur uns betreffende Frage. Hier sind alle demokratischen Kräfte gefordert. Auf jeden Fall muß sich der Ministerpräsident bei der Verabschiedung einer Mehrheit suchen. Also noch einmal grundsätzlich: Wir sind zu Kompromissen beim Haushalt bereit. Eine Koalition lehnen wir aber ab.

WELT: Ihre klare Aussage bedeutet, daß Sie im Landtag in die Opposition gehen werden. Sehen Sie dennoch Gebiete, auf denen Sie mit der künftigen hessischen Regierung zusammenarbeiten, sie zumindest tolerieren werden?

Gerhardt: Ich sehe jetzt noch nicht die künftige Landesregierung. Ich weiß nicht, ob Hessen weiter eine geschäftsführende Regierung behalten wird. Ich weiß nicht, ob es Versuche geben wird, mit den Grünen zu koalieren. Und ich weiß auch nicht, ob zwischen den beiden großen Parteien Verhandlungen geführt werden. Deshalb wird die FDP jetzt mit Gelassenheit die Entwicklung abwarten.

WELT: Nun wird Ihnen vorgehalten, ohne Leihstimmen der CDU und deren offene Unterstützung hätten Sie das Klassenziel nicht geschafft, wären zum zweiten Mal nicht wieder in den Landtag zurückgekehrt?

Gerhardt: Solche Behauptungen sind unberechtigt. Im Weltstreit der Parteien muß es immer Bewegungen von der einen zur anderen Seite geben können. Wir haben sicher wieder einen großen Teil der Wähler zurückgewonnen, die während unserer Koalition mit der SPD bei der CDU geparkt, überwintert haben. Selbst unterstellt, ein Drittel unserer Wählerschaft habe früher CDU gewählt, dann hätte das Ergebnis doch für die Fünf-Prozent-Hürde gereicht.

„Die Strategie Wallmanns war richtig“

Auch die nordrhein-westfälische CDU plant für die Landtagswahl 1985 eine Strategie, die der derzeit außerparlamentarischen FDP eine Rückkehr in den Landtag erleichtert, wenn die Freien Demokraten vorher eine Koalitionsaussage zugunsten der Union beschließen. Gleichzeitig wolle sie mit verstärkten Anstrengungen ihre Anhänger derart mobilisieren, daß der NRW-Union - im Gegensatz zu Hessen - keine Stammwähler verlorengehen, was der designierte Spitzenkandidat Bernhard Worms in einem dpa-Gespräch zu erkennen.

Den Einwand, daß die Leihstimmen-Aktion der hessischen CDU in der Wahl am Sonntag die dortige FDP zwar in den Wiesbadener Landtag zurückgebracht, die Union aber geschwächt habe, wollte Worms nicht gelten lassen. „Die Strategie unserer hessischen Freunde war und ist richtig, weil es zu dieser Strategie keine einzige Alternative - auch keine theoretische - gab oder geben würde. Das kann man durchrechnen und durchdiskutieren, wie man will“, unterstrich Worms, der auch stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender ist. Zwar habe die nordrhein-westfälische Union keine Stimme zu verschenken, doch gelte, „daß die Strategie der CDU von Nordrhein-Westfalen sein wird und auch nur sein kann. Alles andere würde danebenführen.“

Worms rechnete vor, daß es für die FDP in Nordrhein-Westfalen sehr viel leichter werden dürfte, 1985 die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, als am Sonntag in Hessen. In Düsseldorf seien die Freien Demokraten 1980 mit 4,98 Prozent nur ganz knapp gescheitert. In Hessen sei die Rechnung am Sonntag nicht aufgegangen, weil längst nicht alle CDU-Sympathisanten für die Stimmabgabe mobilisiert worden seien. „Darauf müssen wir Obacht geben.“

Die hessische Unionsstrategie zugunsten der FDP rechtfertigte der CDU-Vize auch mit dem Hinweis, „daß landes- und bundesweit nur eine Frage diskutiert wurde: Schafft die FDP es überhaupt noch, über die fünf Prozent zu kommen?“

Die Entwicklung zum Zweigruppen-System und die strategische Wahl des Bürgers

Von W. KALTEFLITTER

Die Wahlen in Hessen und Bremen stellten praktisch den ersten politischen Test für die Parteien nach den Frühjahrsahlen dar. Sie haben zunächst bestätigt, was bereits in den Landtagswahlen nach dem Regierungswechsel im letzten Herbst und in diesem Frühjahr sowie in der Bundestagswahl vom 6. März deutlich wurde: Das deutsche Parteiensystem hat sich zu einem Zweigruppensystem entwickelt, bei dem sowohl erhebliche Wählerbewegungen zwischen den Gruppen als auch innerhalb jeder Gruppe zu beobachten sind.

Die erste Gruppe bilden die Bonner Koalitionsparteien also im Hinblick auf die Landtagswahl in Hessen: CDU und FDP. Beide Parteien verfügten in Hessen noch zur Bundestagswahl über ein Potential von 52 Prozent der Stimmen, während die zweite Gruppe, also SPD und Grüne, gemeinsam etwa 48 Prozent der Stimmen auf sich vereinten. Dieses Kräfteverhältnis ist auf den Kopf gestellt worden. Nach dieser Landtagswahl kommen SPD und Grüne auf etwa 52 Prozent, während die Bonner Regierungsparteien noch 47 Prozent erreichen. Eine solche Wählerbewegung innerhalb eines halben Jahres verdient den Begriff „Erdrutsch“.

Gegenüber der Landtagswahl vor einem Jahr sind die Wählerbewegungen dagegen deutlich geringer. CDU und FDP verloren etwa zwei Punkte, entsprechend sind die Gewinne auf der anderen Seite. Innerhalb der beiden Gruppen gibt es gegenüber der Bundestagswahl kaum Verschiebungen. Die FDP hat ihre Stabilisierung zu Lasten der CDU von der letzten Bundestagswahl wiederholt. Ebenso hat die SPD auf Bundesebene keine weiteren Fortschritte beim Eindringen in das grüne Potential gemacht. Eine Analyse dieser Wählerbewegung muß zwischen den Bewegungen in den beiden Gruppen und den zwischen den beiden Gruppen unterscheiden.

Das herausragende Ergebnis ist zweifellos der deutliche Verlust der CDU und die entsprechenden Zugewinne der SPD, die zum ersten Mal seit 1970 in einer Landtagswahl wieder stärkste Partei in Hessen werden

konnte und damit an ihre traditionellen Ergebnisse der sechziger Jahre anknüpfen konnte. Selbst wenn man davon ausgeht, daß etwa fünf Prozentpunkte der FDP aus CDU-Wählern von vor einem Jahr bestehen, bleibt ein deutlicher Verlust der CDU. Die Tatsache, daß dieser Verlust nicht in ähnlicher Form in Bremen aufgetreten ist, könnte zunächst zu der Schlussfolgerung führen, daß diese Wählerbewegung landespolitisch bedingt ist.

Einer solchen Interpretation widerspricht die Tatsache, daß in Bremen die CDU in einer Minoritätsposition ist, was zugleich bedeutet, daß es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, dort in das Potential der Wechselwähler einzudringen, während gerade dies die Erfolgsstrategie der CDU in Hessen in den letzten zehn Jahren gekennzeichnet hatte. Hier sind die Verluste der CDU in Hessen einzuordnen. Vieles spricht dafür, daß diese bundespolitisch bedingt ist, zumal die Verluste gegenüber der Bundestagswahl auch deutlich größer sind als gegenüber der Landtagswahl vor einem Jahr.

Die Zustimmung der Union in der Bundestagswahl war auf Erwartungen gegründet, von denen es zumindest fraglich erscheinen mußte, ob sie erfüllt werden konnten. Zwar hat sich die wirtschaftliche Lage verbessert, aber nicht so wie erhofft. Und die Geschlossenheit der Bonner Koalition ließ gerade im letzten Sommer viele Wünsche offen. Dabei ist dann auch die deutlich niedrigere Wahlbeteiligung zu erwähnen. Bei vielen Unionswählern vom 6. März führten diese enttäuschten Erwartungen zur Stimmhaltung, während die SPD ihr Potential offensichtlich voll mobilisieren konnte. Insofern erhielt die CDU aus Hessen einen deutlichen Warnschuß.

Was die interne Wählerbewegung in den beiden Gruppen betrifft, ergab sich für die erste Gruppe, also für CDU und FDP, die Situation, daß eine Mehrheit im hessischen Landtag nur erreichbar erschien, wenn die FDP die Fünf-Prozent-Hürde überspringen würde. In dieser Situation bestand eine deutliche Parallellität zur Landtagswahl von 1970. Auch damals war die FDP nach dem Koalitionswechsel zugunsten einer SPD/

FDP-Koalition 1969 in eine Existenzkrise geraten und in vorausgesehenen Wahlen gescheitert. Die Wahl in Hessen wurde zum Test für die Überlebensfähigkeit der FDP und damals auch der SPD/FDP-Koalition gesehen. Zur Überraschung vieler Beobachter schaffte die FDP damals die Sperrklausel so souverän wie heute.

Die Ursachen für den heutigen Erfolg der FDP sind ähnlich. Etwas zwei Drittel der CDU-Wählerschaft als auch der SPD-Wählerschaft ziehen eine Koalition ihrer Partei mit der FDP einer Alleinregierung ihrer eigenen Partei ohnehin vor. Wenn vor diesem Hintergrund der öffentliche Eindruck entsteht, die Regierungschance der eigenen Partei hänge vom Überleben der FDP ab, dann finden sich genügend SPD- oder auch CDU-Wähler bereit, die FDP zu unterstützen und damit die Regierungschance der eigenen Partei zu sichern. Das galt 1970 für die SPD-Wähler wie 1983 für die CDU-Wähler.

Auch innerhalb der zweiten Gruppe, also zwischen SPD und Grünen, gibt es eine Austauschbewegung. Dabei läßt sich bis zum Regierungswechsel vor einem Jahr ein stetiger Anstieg der Grünen primär zu Lasten der SPD beobachten, während seitdem dieser Prozeß wieder rückläufig ist. Bereits zur Bundestagswahl im März lag der Stimmenanteil der Grünen um gut zwei Punkte unter ihrem Potential zum Zeitpunkt des Regierungswechsels, wie er auch in der damaligen hessischen Landtagswahl verdeutlicht wurde. Hier ist allerdings auf eine hessische Besonderheit zu verweisen. Bei einer Bundestagswahl in diesem Herbst hätten die Grünen den Einzug ins Parlament verpaßt. In Hessen haben sie zwar auch gegenüber dem Vorjahr verloren, aber doch noch einmal den Sprung ins Parlament geschafft.

Dies erklärt sich aus der besonderen Situation der hessischen SPD. Während die Bundespartei der SPD sich seit dem Regierungsverlust konsequent um die Reintegration der an die Grünen verlorenen Wählerschichten bemüht und zu diesem Zweck auch und gerade die symbolische Position der Grünen wie zum Beispiel in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses übernimmt, war dazu die hessische SPD nur bedingt in der

Lage. Anders zum Beispiel als die SPD in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, wo es der SPD schon in diesem Frühjahr gelang, die Grünen unter die Fünf-Prozent-Grenze zu drücken, war die SPD in Hessen Regierungspartei und wurde darüber hinaus durch einen Ministerpräsidenten repräsentiert, der voll in der Tradition und dem Image der langjährigen Regierungspartei SPD unter Kanzler Schmidt steht.

Das gleichzeitige Ergebnis in Bremen zeigt auf beiden Seiten der SPD-Grüne deutliche Parallelen, wobei die grüne Position durch die interne Aufspaltung zwar geschwächt, aber immer noch stark genug war, um in die Bürgerschaft zurückzukehren. Auch in Bremen war die regierende SPD unter Koschnick nicht zur Umarmung der grünen Wählerschaft fähig. Unterschiedlich war in Bremen dagegen die Situation in der Gruppe von CDU und FDP, weil die FDP in Bremen eine Koalitionsaussage für die SPD gemacht hat. Sie versuchte in Bremen die gleiche Strategie, die schon im Frühjahr in Schleswig-Holstein gescheitert war. Jene Anhänger, die eine Koalition mit der SPD beifürworteten, hatte sie durch den Bonner Regierungswechsel vor einem Jahr verloren. Wie in Schleswig-Holstein erwies es sich auch in Bremen als eine Illusion, durch eine landespolitische Koalitionsaussage die Struktur der Wählerschaft verändern zu können. Diese Koalitionsaussage bewirkte allein, daß es keinen Anlaß für CDU-Anhänger gab, der FDP mit ihrer Stimme zu Hilfe zu eilen.

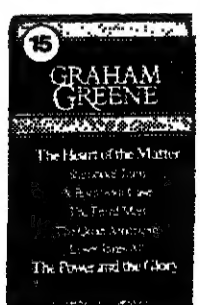
Als Fazit dieser Doppelwahl bleibt, daß sich das Parteiensystem weiter stabilisiert hat. Das Auftreten der Grünen Alternativen erweist sich trotz der knappen Rückkehr in die beiden Landesparlamente als ein Intermezzo, das die SPD als Bonner Oppositionspartei dabei ist, zu beenden. Zwar hat die FDP noch keine eigenständige Stabilität gewonnen, wie gerade das Bremer Ergebnis zeigt, aber in der Koalition mit der CDU hat sie zumindest dann gute Chancen, ins Parlament zurückzukehren, wenn dies für die Regierungsparteien der CDU von Bedeutung ist. Der mündige Bürger wählt strategisch.

Read English? Read on...

Choose any 3 books for only **DM 12,-** POST FREE when you join the English Bookclub



From Belgium to the Bank, Hampshire to Greenwich, this comprehensive book tells you how to get there, what to see, where you can park, eat and drink.



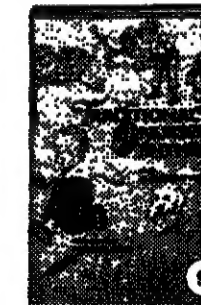
Seven world-famous novels: *The Heart of the Matter*, *Stamboul Train*, *A Burnt-Out Case*, *The Third Man*, *The Quiet American*, *Lesser Takes* and *The Power and the Glory*. 856 pages.



This paperback book and cassette are a thorough course in idiomatic English - as it is spoken in Britain today.



A diverse collection of short stories that are distinctively American. Writers include Dorothy Parker, Mark Twain, John Updike, James Baldwin. 748 pages!



More than 200 rhymes, old and new, including lullabies, alphabets and counting songs. With gorgeous illustrations by famous artists. Like Kate Greenaway.



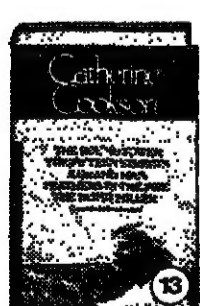
A powerful family saga from Catherine Gaskin, bestselling author of *Family Affairs* and *The Lyonnais Legacy*. 500 entrancing pages!



Three of her best 'whodunits' starring the one and only Hercule Poirot. 62 pages with at least three murders!



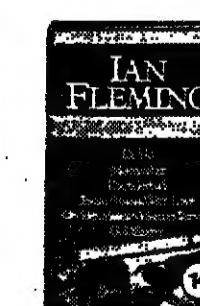
Here, in marvellous illustrations, are gleaming doubloons and chests of ivory, loot and pirate gold. Past discoveries and the latest tips to help today's treasure hunters.



Five exciting, romantic novels in one bumper 863-page volume. *The Round Tower*, *The Fifteen Senses*, *A Grand Man*, *Feathers in the Fire* and *The Blind Miller*.



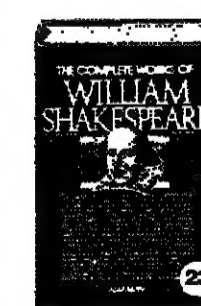
A marvellous series of exercises to burn up calories, improve your figure and build up stamina. It's the regimen that the stars use to keep themselves in trim.



James Bond has never had it so good! Here are no less than six novels in one 863-page book. *Dr. No*, *Moonraker*, *Thunderball*, *From Russia With Love*, *On Her Majesty's Secret Service* and *Goldfinger*.



Robert Ludlum, author of *The Parallax Man*, tells in this intriguing thriller about a man who has lost his memory... and finds to his surprise that he is really a wanted criminal. 541 pages.



Elegantly bound and evocatively illustrated, here are all the Comedies, Tragedies, Histories and Romances together with all the Poems (including the lovely Sonnets). Over 1,000 pages!



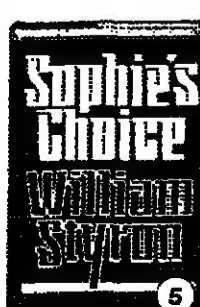
An invaluable dictionary to help you with the most correct usage of the English language - whatever the situation.



Over 100 macabre tales beautifully bound in a green, golden-block edition. Includes *The Complete Tales of Mary and Imagination*, *The Narrative of Arthur Gordon Pym* and *The Raven and Other Poems*. 762 pages!



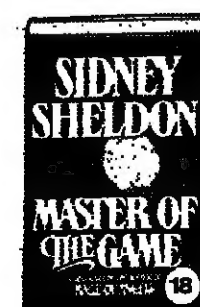
All the plays - all the poems - of one of the greatest poets of the twentieth century. Includes *Old Possum's Book of Practical Cats* on which the smash-hit musical 'Cats' is based. 542 pages, 107 poems, and 5 plays.



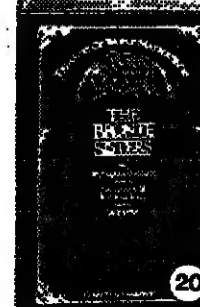
The haunting story of a Polish girl who lives with horrifying memories of Auschwitz. The story of the film starring Meryl Streep in her Oscar-winning role as Sophie.



Over a hundred of the finest travel articles from the past sixty years of *Vogue* magazine. Illustrious travel writers take you to the far corners of the earth - with a hundred lovely *Vogue*-style photographs.



Top-selling author Sidney Sheldon (*Blondine* and *Rage of Angels*) takes us into the dazzling world of diamond dealing for an exotic family saga that spans three generations of power.



A lovely volume bound in green and with golden tracery on the cover and spine. Containing the very best novel from each of the three sisters. 816 pages.



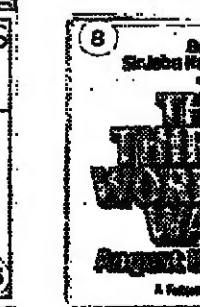
With brilliant modern cartography this atlas sums up the international scene... money... growth in population... trade... nuclear power. With no double spreads of maps and charts.



The ideal motorist's companion. A regional guide to England's heritage followed by 115 day-drives of interest. With a gazetteer of more than 3,500 towns and villages and 48 pages of easy-to-read maps. 432 pages.



Withheld from publication for more than forty years, this is a dazzling collection of erotic, uninhibited stories - vivid, sensitive, passionate fiction. WARNING: This book contains sexually explicit scenes.



An international bestseller that tells the whole story behind an imaginary Third World War lasting only three weeks. An astonishing prediction for the future by Britain's foremost soldier-scholar.

PLUS

for just an extra **DM 3,-**

The Oxford Illustrated Dictionary

A dictionary and an encyclopedia in one superb volume 998 pages of facts and illustrations!

The English Bookclub is the most convenient way to buy top British and American books. Whatever your interests, we have the range to suit you. The latest novels in the bestseller charts... classics that have stood the test of time... reference books to consult again and again... books on yesterday's history, today's news, tomorrow's predictions.

Every book you order is sent promptly and efficiently from England direct to your door. And every one is a full-length, hardcover edition with not a word or picture left out.

Send off today and see what we mean by savings and quality. As a member, you will receive a free, quarterly magazine with a tremendous variety of titles - 600 books a year, in fact. All we ask in return is that you choose one book each quarter from those in the magazine. Minimum membership is for one year.

So, if you want even more to read in English, put pen to paper now. Look forward to the very best from Britain and America.

the english bookclub

The English Bookclub, 87 Newman Street, London W1P 4EN, England.

Your guarantee. The English Bookclub for Germany was founded by leading book sellers in both Britain and the United States. Should you ever have a complaint about the club's books or services, you are asked to write direct to The English Bookclub, 87 Newman Street, London W1P 4EN, England. Your only commitment is to take one book every three months during your first year of membership from more than 600 titles selected in a year. Minimum membership is for one year.

Send this coupon to our German address:

Please tick for Oxford Illustrated Dictionary ☐

the english bookclub

c/o Koldewey Direktmarketing, Postfach 42 65, 7302 Ostfildern 1

Back No. Yes, I am interested in joining the English Bookclub, London, and would like you to send me the introductory books whose numbers I have written in the spaces provided. If I keep the books for more than 10 days, I will pay you just DM 12,- for all three, or DM 15,- for all four (post free) and thereby become a member. Then I will order one book every three months from the titles described in the free, quarterly magazine, 'Bookshop'. If I do not order within the time stated in the club magazine, I agree to accept the 'Editor's Choice' title described in 'Bookshop'. My membership is for a minimum of one year, after which I may cancel at any time by giving three months' notice.

Signature Date

10 DAYS' RIGHT OF CANCELLATION. I may cancel my membership by posting back the books to the above address not later than 10 days after I have received them. I understand that the English Bookclub will pay for the cost of return postage on the books.

Signature Date

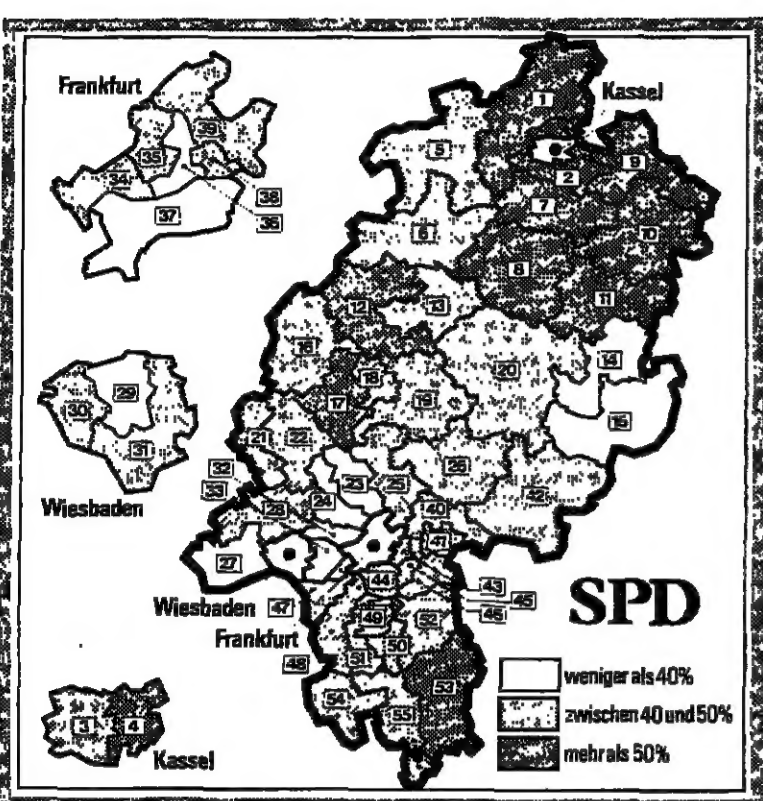
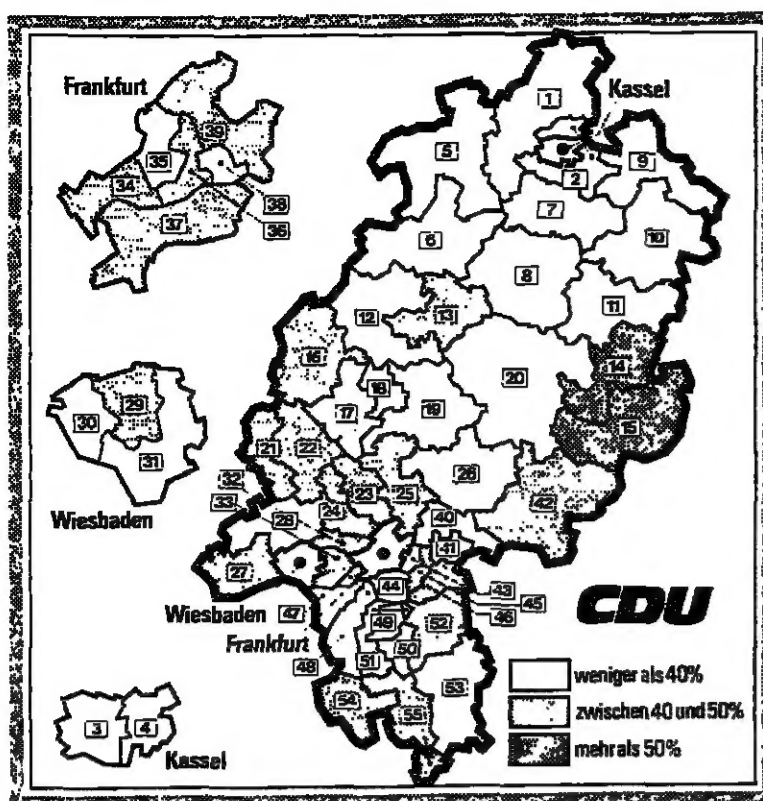
Name

Strasse

Postleitzahl Ort

SEND NO MONEY NOW DW51

Die WELT berichtet über die Doppelwahl und über ihre politischen Konsequenzen



Börner hat trotz des Sieges sein Wahlziel nicht erreicht

D. GURATZSCH, Frankfurt
Als erste hatten sich nach der hessischen Landtagswahl und ihrem überraschenden hohen Sieg die Sozialdemokraten gefangen. Auf ihren Wahlplakaten prangte schon am Montagmorgen eine Dankadresse an die Wähler. Und sie luden auch als erste Partei am Montagmittag zu einer Pressekonferenz ein – die Diskussionsphase des Wahlergebnisses war bei dieser Partei also kürzer als bei den anderen.

Aber die Probleme kommen erst. Denn die SPD hat wiederum die von ihr angestrebten „klaren Verhältnisse“ verfehlt. Holger Börner, der zu nächst keine Koalitionsgespräche führen will, muß weiterhin „geschäftsführend“, also mit wechselnden Mehrheiten, antreten. Daraus ergibt sich eine instabile Situation für das Land. Das Gegengewicht gegen Bonn, das Börner bilden will, kann sich zu Hause nur auf ein Minderheitskabinett stützen. Die Flügelkämpfe innerhalb der SPD werden also neue ausbrechen, wenn in Einzelfragen der Politik darüber entschieden wird, ob eine Zusammenarbeit mit FDP, CDU oder Grünen gesucht werden soll.

Bittere Empfindungen

Dabei ist der Sieg der SPD, in Zahlen ausgedrückt, eindrucksvoll ausgefallen. Die Partei hat nicht nur 3,4 Prozent Stimmenanteile zurückgewonnen und damit das beste Wahlergebnis seit 1966 erzielt. Sie kann auch eine erdrückende Mehrheit bei den Direktmandaten verbuchen. Sie eroberte die Mehrheit in 42 von insgesamt 56 Wahlkreisen und nahm damit der CDU 21 Wahlkreise ab. In zwölf Wahlkreisen stieg sie mit Stimmenanteilen von über 50 Prozentpunkten – mit einer Ausnahme sind es sämtlich Wahlkreise in Nordhessen. Damit dürfte sich das politische Gewicht der eher „rechts“ tendierenden nordhessischen SPD weiter verstärken.

Aber auch in Südhessen machte die SPD auf Kosten der CDU Boden gut. Mit den Kreisen Groß-Gerau,

Darmstadt, Dieburg, Odenwald und Bernau fiel der gesamte Süden des Bezirks Südhessen an die SPD. Besonders schmerzhaft für den Herausforderer des Ministerpräsidenten Holger Börner, den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann: Auch in Frankfurt nahm die SPD der CDU zwei Wahlkreise ab und hält damit jetzt in vier von sechs Wahlkreisen die Mehrheit. Die CDU-Kampagne in den Industriezentren hat nicht verfangen: In Offenbach und im ehemals „roten“ Hanau sind die alten Verhältnisse für die SPD wieder eingelenkt.

Diese erdrückende Verschiebung bei den Direktmandaten ist die unmittelbare Folge der sogenannten „Leistungskampagne“ der CDU für die FDP. Die Stimmgabe potentieller CDU-Wähler für die Freien Demokraten hat die Union in zahlreichen Wahlkreisen mit dem Verlust der Mehrheit bezahlen müssen. Vergewagt man sich, daß die CDU in Hessen ihre Erfolge in der Vergangenheit vor allem auf Kosten der FDP errungen hatte, so wird deutlich, daß das Ergebnis dieser jüngsten Landtagswahl in den CDU-Kreisverbänden bittere Empfindungen wecken muß.

Selbst in der Hochburg Fulda, der Heimatstadt des früheren Landesvorsitzenden Dreger, erlitt die Union eine drastische Stimmenabnahme von 9,6 Prozent. An den von der CDU inszenierten Standorten neuer Kernkraftwerke in Biblis und Borken erlangte die SPD mit 3,9 Prozent Stimmenzuwachs überdurchschnittliche Gewinne. Die CDU verlor in Biblis die absolute Mehrheit, blieb aber mit 47,6 Prozent noch immer stärkste Partei. In Borken baute die SPD ihre absolute Mehrheit auf 63,7 Prozent aus, die CDU rutschte auf 27,2 Prozent. Diese Ergebnisse lassen sich wie eine Zustimmung zu den Plänen des SPD-Spitzenkandidaten Börner, der auf den Ausbau der Kernenergie in Hessen verzichten will.

Bei der hessischen FDP scheint die Neigung nicht sehr groß zu sein, ihre überraschenden Erfolge auf die Un-

terstützung durch die CDU zurückzuführen. Noch in der Wahlkampfzeit meinte der frühere FDP-Fraktionsvorsitzende und zweite Mann auf der FDP-Landesliste, Otto Wilke, von dem Wort „Leistungskampagne“ habe er nicht viel. Und auch die frühere bildungspolitische Sprecherin der Partei Ruth Wagner, die dem „rechten“ FDP-Fügel zugerechnet wird, wollte die Zugewinne der Freien Demokraten in einer ersten Stellungnahme „nicht allein auf CDU-Leihstimmen“ zurückgeführt wissen.

Stimmengewinne weit über dem Landesdurchschnitt verzeichnete die FDP vor allem im Norden des Landes. In Kassel-Stadt I erreichte sie 10,6 Prozent, in den beiden Wahlkreisen Waldeck-Frankenberg 12,4 beziehungsweise 11,9 Prozent. Hier gingen ihre Gewinne sichtlich zu Lasten der Grünen, die mit ihrem Kampf gegen die Errichtung einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage vor einem Jahr 7 beziehungsweise 13,7 Prozent erzielt hatten und jetzt sogar unter die Fünf-Prozent-Marke abrutschten.

Tiefer Fall der Grünen

Wie hier in den einstigen Hochburgen der Freien Demokraten verloren die Grünen auch in einem anderen ehemaligen „Kampfgebiet“ die höchsten Stimmenanteile: in der Region um die Starthahn West. In den beiden Wahlkreisen von Groß-Gerau sackten sie von 12,8 beziehungsweise 17,4 Prozent im vergangenen Jahr auf 7,7 beziehungsweise 10,2 Prozent ab. Am tiefsten war der Fall in Mörfelden-Walldorf, wo sie 14,3 Prozent der Stimmen einbüßten. In einigen Gemeinden der Starthahn-Region sprangen sie nur noch mit Mühe und Not die Fünf-Prozent-Hürde. Auch dieses Ergebnis wird noch innerparteiliche Diskussionen auslösen: Denn ausgerechnet dort hatten die Grünen ein festes Bündnis mit der SPD geschlossen. Die Früchte haben nun nicht sich, sondern die Sozialdemokraten geerntet. Sie schnapten auf 49,9 beziehungsweise 47,2 Prozent empor und pendelten sich damit wieder auf ihrem Niveau der 70er Jahre ein.

Wird die FDP zum Joker für die SPD?

D. GURATZSCH, Wiesbaden
Als sich der Landesvorsitzende der hessischen SPD, Holger Börner, gestern mittig in Wiesbaden der Presse stellte, wirkte er gut gelaunt. „Ich habe lange geschlafen und die Nachrichten versäumt, ich habe den Eindruck, es geht mir gut“, sagte der Ministerpräsident des Landes Hessen, der im Dezember vorigen Jahres zurückgetreten ist und seitdem wegen fehlender parlamentarischer Mehrheit „geschäftsführend“ amtiert. Und so, das war seine Botschaft einen Tag nach der Wahl, soll es bis auf weiteres bleiben.

„Ich habe keine Veranlassung, mich als Ministerpräsident zur Wahl zu stellen zu diesem Zeitpunkt“, meinte Börner, der vor den Wahlen erklärt hatte, daß die Situation seiner Regierung seinem „innersten Demokratieverständnis“ widerspreche. Diesen Standpunkt bekräftigte er jetzt zwar und fügte sogar hinzu, er habe ein „persönliches Interesse“ daran, den gegenwärtigen Zustand „nicht auf die ganze Legislaturperiode auszudehnen“. Aber in Koalitionsverhandlungen mit den anderen Parteien wolle er dennoch nicht eintreten. Da müßten erst „Klärungsprozesse“ abgewartet werden.

Börner kündigte an, daß er zunächst den noch ausstehenden Haushalt für 1983 im Landtag durchbringen wolle. Um die erforderliche Mehrheit zu erhalten, wolle er persönlich Gespräche mit allen anderen Fraktionen – und somit erstmals auch mit den Grünen – führen. Dabei werde ihn der Finanzminister begleiten. Den im Fall von schwierigen Mehrheitsverhältnissen in Aussicht gestellten „Sonderpartei“-Tag der SPD, auf dem die Partei über mögliche Koalitionen entscheiden sollte, habe er nun für „entbehrlich“. Er würde seiner Meinung nach auch die „Handlungsfähigkeit der Landesregierung tangieren“. Diese Entscheidung wird vor allem bei den „linken“ südwesthessischen SPD-Bezirken Enttäuschung auslösen, auch wenn der Landesvorstand bereits für den 5. November einen ordentlichen Landesparteiabend angesetzt hat. Denn mit dem Verzicht auf den Sonderpartei-

tag geht eine erkämpfte „basisdemokratische“ Position unversehens verloren.

Die Situation in Hessen beurteilte Börner in der Pressekonferenz so: Zwar hat keine Partei eine Mehrheit, aber ohne die SPD werde in Hessen nichts mehr gehen. Sie werde die kommenden Gespräche aus der Position der stärksten Partei heraus führen. Börner bekräftigte seine Ankündigung aus dem Wahlkampf: „Keine Koalition mit den Grünen und mit der CDU.“ Ob er seine Regierung durch andere Parteien „tolerieren“ lassen wolle, könne er „heute noch nicht endgültig“ sagen.

In verschiedenen Andeutungen ließ der Wahlsieger indes durchblicken, daß er sich offensichtlich geheime Hoffnungen auf die FDP macht. Er habe bei den Freien Demokraten „eigenartige Dissonanzen“ bei den Reaktionen auf das Wahlergebnis vermessen. Es sei auch durchaus richtig, daß ein freundschaftlicher Kontakt zum früheren FDP-Landesvorsitzenden Gries „nie abgebrochen“ sei, und überdies habe er heute drei FDP-Staatssekretäre in seiner Regierung behalten. Allerdings schloß er, im Moment aus, daß es kurzfristig zu Koalitionsfestlegungen kommt. Er rechne aber auf „Einigungen in Sachfragen“. Damit ist mindestens die Blickrichtung des SPD-Chefs markiert. Allerdings hat der FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt eine Koalition mit der SPD strikt ausgeschlossen. Aber er fügte in seinem Gespräch mit der WELT (Seite 5) hinzu: „Jetzt haben wir die Aufgabe, im Parlament wirkungsvoll und effizient zu arbeiten.“ Diese Formel könnte die Offenheit der FDP für eine Zusammenarbeit mit der SPD bei der Verabschiedung des Haushalts andeuten.

Allerdings haben auch die beiden anderen Parteien, die CDU und die Grünen, „Gesprächsbereitschaft“ signalisiert. Es kann also leicht eine Situation wie im vergangenen Jahr entstehen, in der Börner seine möglichen Partner gegeneinander ausspielen könnte. Der Wiedererwerb der FDP ins Parlament hat seinen Spielraum dabei noch vergrößert.

Einzelergebnisse in Hessen: SPD holte 42 Direktmandate, die CDU nur 13

Kassel-Land I (1): CDU 31,6 (38,4), SPD 56,2 (52,5), Grüne 4,3 (5,9), FDP 7,5 (2,9). Gewählt: Udo Schlitzberger (SPD).

Kassel-Land II (2): CDU 28,1 (35,1), SPD 60,5 (56,4), Grüne 4,8 (6,2), FDP 6,1 (2,0). Gewählt: Herbert Günther (SPD).

Kassel-Stadt I (3): CDU 34,1 (42,8), SPD 45,6 (42,5), Grüne 8,7 (10,5), FDP 10,6 (3,6). Gewählt: Hans Krollmann (SPD).

Kassel-Stadt II (4): CDU 28,1 (35,0), SPD 59,9 (55,8), Grüne 5,6 (6,7), FDP 5,7 (1,9). Gewählt: Holger Börner (SPD).

Waldeck-Frankenberg I (5): CDU 36,0 (43,5), SPD 47,3 (44,0), Grüne 3,9 (7,0), FDP 12,4 (5,3). Gewählt: Horst Böke (SPD).

Waldeck-Frankenberg II (6): CDU 36,0 (40,9), SPD 47,1 (40,1), Grüne 4,5 (13,7), FDP 11,9 (4,9). Gewählt: Reinhard Kahl (SPD).

Schwalm-Eder I (7): CDU 30,5 (37,5), SPD 56,7 (52,8), Grüne 4,5 (6,0), FDP 7,9 (3,1). Gewählt: Radko Stöckel (SPD).

Schwalm-Eder II (8): CDU 34,0 (41,0), SPD 53,8 (50,2), Grüne 3,8 (5,3), FDP 7,9 (3,3). Gewählt: Karl Heinz Ernst (SPD).

Eschwege-Witzenhausen (9): CDU 33,2 (40,9), SPD 55,2 (50,3), Grüne 4,0 (3,4), FDP 7,2 (3,0). Gewählt: Erika Wagner (SPD).

Rotenburger (10): CDU 35,1 (42,4), SPD 54,9 (50,5), Grüne 3,8 (4,8), FDP 6,0 (2,0). Gewählt: August-Wilhelm Monden (SPD).

Hersfeld (11): CDU 33,5 (40,8), SPD 55,1 (51,0), Grüne 3,8 (5,5), FDP 7,2 (2,4). Gewählt: Günter Simon (SPD).

Marburg-Biedenkopf I (12): CDU 37,2 (42,7), SPD 51,5 (48,4), Grüne 4,9 (6,4), FDP 5,8 (2,1). Gewählt: Karl Leimbach (SPD).

Marburg-Biedenkopf II (13): CDU 41,5 (46,9), SPD 42,1 (39,2), Grüne 8,1 (9,8), FDP 6,6 (2,7). Gewählt: Karl Schnabel (SPD).

Fulda I (14): CDU 58,7 (67,7), SPD 28,7 (25,1), Grüne 3,3 (4,6), FDP 8,6 (2,5). Gewählt: Winfried Rippert (CDU).

Fulda II (15): CDU 60,8 (68,3), SPD 29,1 (25,0), Grüne 3,1 (4,3), FDP 6,6 (2,1). Gewählt: Josef Weber (CDU).

Lahn-Dill I (16): CDU 41,7 (48,3), SPD 47,3 (43,3), Grüne 3,9 (5,7), FDP 6,5 (2,5). Gewählt: Gert Lütjert (SPD).

Lahn-Dill II (17): CDU 38,3 (41,6), SPD 51,3 (48,9), Grüne 4,4 (6,2), FDP 7,4 (3,0). Gewählt: Gerhard Bökel (SPD).

Gießen I (18): CDU 37,0 (43,6), SPD 46,2 (43,3), Grüne 7,7 (9,3), FDP 8,0 (3,2). Gewählt: Manfred Motz (SPD).

Gießen II (19): CDU 37,9 (44,8), SPD 47,7 (44,4), Grüne 5,4 (7,0), FDP 8,2 (3,4). Gewählt: Karl Starzacher (SPD).

Vogelsberg (20): CDU 37,5 (46,3), SPD 47,9 (44,6), Grüne 4,0 (4,8), FDP 10,2 (4,0). Gewählt: Karl Hissrich (SPD).

Limburg-Weilburg (21): CDU 48,2 (54,0), SPD 42,5 (38,0), Grüne 3,7 (6,0), FDP 5,1 (1,8). Gewählt: Wolfgang Ibel (CDU).

Limburg-Weilburg II (22): CDU 40,9 (46,3), SPD 48,0 (44,6), Grüne 4,3 (6,5), FDP 6,4 (2,4). Gewählt: Gerhard Dann (SPD).

Hochtaunus I (23): CDU 43,2 (51,0), SPD 38,1 (35,9), Grüne 5,8 (7,8), FDP 11,7 (5,0). Gewählt: Bernd Hamer (CDU).

Hochtaunus II (24): CDU 44,0 (50,6), SPD 35,9 (34,4), Grüne 6,5 (8,8), FDP 12,3 (5,8). Gewählt: Wilhelm Küchler (CDU).

Wetteran I (25): CDU 40,8 (47,6), SPD 45,0 (42,1), Grüne 5,6 (7,0), FDP 7,8 (3,1). Gewählt: Willi Görlich (SPD).

Wetteran II (26): CDU 37,8 (44,8), SPD 49,9 (46,9), Grüne 4,3 (5,3), FDP 7,6 (2,8). Gewählt: Wilhelm Reichert (SPD).

Rheingau-Taunus I (27): CDU 45,6 (53,5), SPD 38,8 (36,2), Grüne 4,8 (6,4), FDP 9,2 (3,6). Gewählt: Dr. Franz-Josef Jung (CDU).

Rheingau-Taunus II (28): CDU 39,9 (47,0), SPD 44,6 (41,7), Grüne 5,5 (7,3), FDP 9,3 (3,3). Gewählt: Gerhard Bruch (SPD).

Wiesbaden I (29): CDU 41,6 (48,9), SPD 38,3 (36,3), Grüne 7,4 (9,6), FDP 11,7 (4,8). Gewählt: Manfred Kanther (CDU).

Wiesbaden II (30): CDU 36,7 (42,4), SPD 49,0 (45,8), Grüne 6,5 (8,5), FDP 6,9 (2,8). Gewählt: Frank Becker (SPD).

Wiesbaden III (31): CDU 37,0 (43,2), SPD 49,3 (46,0), Grüne 5,2 (7,3), FDP 7,7 (3,1). Gewählt: Herbert Schneider (SPD).

Main-Taunus I (32): CDU 43,6 (51,2), SPD 38,2 (34,3), Grüne 6,5 (8,8), FDP 12,7 (5,4). Gewählt: Karl-Heinz Koch (CDU).

Main-Taunus II (33): CDU 46,3 (52,5), SPD 37,8 (34,7), Grüne 6,7 (9,2), FDP 8,4 (3,3). Gewählt: Georg Bodeck (CDU).

Frankfurt am Main I (34): CDU 40,2 (44,4), SPD 47,8 (45,1), Grüne 6,1 (8,1), FDP 5,1 (1,9). Gewählt: Sieghard Pawlik (SPD).

Frankfurt am Main II (35): CDU 37,5 (42,3), SPD 45,1 (42,4), Grüne 9,0 (11,7), FDP 6,5 (2,9). Gewählt: Armin Claus (SPD).

Frankfurt am Main III (36): CDU 41,5 (46,8), SPD 39,0 (37,4), Grüne 9,5 (11,4), FDP 8,8 (3,7). Gewählt: Gerhard Wenderoth (CDU).

Frankfurt am Main IV (37): CDU 42,0 (46,8), SPD 39,7 (38,1), Grüne 9,0 (11,2), FDP 7,9 (3,2). Gewählt: Helmut Lenz (CDU).

Frankfurt am Main V (38): CDU 37,4 (42,7), SPD 40,1 (37,9), Grüne 14,2 (15,9), FDP 6,7 (2,8). Gewählt: Erich Nitzling (SPD).

Frankfurt am Main VI (39): CDU 40,7 (45,9), SPD 44,4 (41,7), Grüne 7,0 (9,1), FDP 6,7 (2,8). Gewählt: Alfred Gebhardt (SPD).

Main-Kinzig I (40): CDU 39,8 (45,9), SPD 47,7 (43,7), Grüne 5,5 (7,3), FDP 6,1 (2,3). Gewählt: Lothar Klemm (SPD).

Main-Kinzig II (41): CDU 39,9 (45,7), SPD 47,4 (43,4), Grüne 5,7 (7,5), FDP 6,5 (2,7). Gewählt: Hans Heimerl (SPD).

Main-Kinzig III (42): CDU 42,9 (49,2), SPD 45,5 (42,2), Grüne 4,4 (5,5), FDP 6,7 (2,8). Gewählt: Vera Rüdiger (SPD).

Offenbach-Stadt (43): CDU 38,4 (43,8), SPD 47,4 (43,8), Grüne 6,8 (9,1), FDP 6,1 (2,7). Gewählt: Horst Engel (SPD).

Offenbach-Land I (44): CDU 39,9 (45,6), SPD 42,6 (39,3), Grüne 8,1 (11,2), FDP 8,4 (3,5). Gewählt: Matthias Kurth (SPD).

Offenbach-Land II (45): CDU 43,8 (49,9), SPD 41,5 (37,9), Grüne 5,9 (8,5), FDP 7,8 (3,2). Gewählt: Werner Ossypka (CDU).

Offenbach-Land III (46): CDU 47,6 (52,7), SPD 40,2 (36,4), Grüne 6,0 (8,3), FDP 5,5 (2,4). Gewählt: Frank Lortz (CDU).

Groß-Gerau I (47): CDU 35,5 (39,6), SPD 49,9 (44,8), Grüne 7,7 (12,8), FDP 5,7 (2,1). Gewählt: Martin Schlappner (SPD).

Groß-Gerau II (48): CDU 36,2 (39,0), SPD 47,2 (40,6), Grüne 10,2 (17,4), FDP 5,3 (2,1). Gewählt: Erwin Lang (SPD).

Darmstadt-Stadt I (49): CDU 34,1 (39,8), SPD 45,5 (42,3), Grüne 10,8 (13,7), FDP 8,2 (3,7). Gewählt: Christel Trautmann (SPD).

Darmstadt-Stadt II (50): CDU 37,2 (42,4), SPD 45,8 (42,8), Grüne 7,9 (10,1), FDP 8,1 (4,2). Gewählt: Karl Hermann Ritter (SPD).

Darmstadt-Dieburg I (51): CDU 37,0 (41,9), SPD 47,8 (44,1), Grüne 7,6 (10,3), FDP 6,7 (3,2). Gewählt: Karl Schneider (SPD).

Darmstadt-Dieburg II (52): CDU 41,5 (46,8), SPD 48,0 (42,8), Grüne 5,5 (8,9), FDP 5,9 (2,8). Gewählt: Karl Günther Kronawitter (SPD).

Odenwald (53): CDU 36,5 (42,3), SPD 51,7 (49,4), Grüne 4,7 (5,3), FDP 6,5 (2,6). Gewählt: Günter Zabel (SPD).

Bergstraße I (54): CDU 43,6 (47,9), SPD 46,7 (43,1), Grüne 4,2 (6,0), FDP 5,1 (2,6). Gewählt: Jürgen Dieter (SPD).

Bergstraße II (55): CDU 43,9 (49,3), SPD 44,2 (40,6), Grüne 4,8 (6,6), FDP 6,8 (3,1). Gewählt: Heinz Frass (SPD).

So wählte Hessen

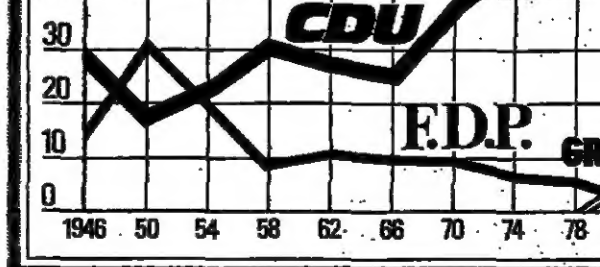
Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Landtagswahl 1983	Landtagswahl 1982	Bundestagswahl 1983 (in Hessen)
Wahlberechtigte	4 074 444	4 074 444	4 071 991
Abgegebene Stimmen	3 456 884	3 478 407	3 473 072
Wahlbeteiligung	85,6%	86,4%	90,2%
Gültige Stimmen	3 373 810	3 445 493	3 441 509

Partei	Stimmen	% Mand.	Zusatzstimmen	%
--------	---------	---------	---------------	---

CDU	1 329 712	39,4	44	1 614 641	44,3
SPD	1 559 271	46,2	51	1 483 950	42,8
Grüne	200 428	5,9	7	218 898	6,0
FDP	254 797	7,4	8	104 901	3,1
Linke	8 692	0,3	-	12 625	0,4
REP	1 235	0,0	-	2 377	0,1
ÖDP	13 555	0,4	-	-	-
DFP	3 217	0,1	-	-	-
Sonstige	925	0,0	-	2 260	-

1 = Europäische Arbeitspartei
2 = Liberale Demokraten
3 = Demokratische Sozialisten



Die Wähler mobilisiert

In Hessen vermochte die SPD trotz einer 2,7 Prozent geringeren Wahlbeteiligung ihre absolute Stimmenzahl um rund 75 000 zu steigern; die Grünen gaben mehr als 75 000 Wähler ab. Die FDP gewann rund 150 000 Stimmen hinzu, während die CDU 250 000 Wähler verlor. Die Partei der Nichtwähler schließlich war um fast 120 000 größer als bei der Landtagswahl vor einem Jahr. Die Austauschbeziehungen zwischen den Parteien waren indes vielschichtiger, als es die Zahlen vermuten lassen.

Die Infanz-Wanderungsbilanz zeigt, daß es der SPD gelungen ist, ihr Wählerpotential an die Wahlurnen zu bringen, etwa die Hälfte der Erstwähler an sich zu binden, CDU-Anhänger herüberzuziehen und einen Teil der grünen Parteigänger von 1982 zurückzugewinnen. Dabei ist der Zuwinn aus dem grünen Wählerlager mit per Saldo fast 50 000 Stimmen etwa ähnlich groß wie die Mobilisierung von Nichtwählern, Erstwählern und früheren CDU-Wählern zusammengezogen.

Während die SPD aus allen Richtungen – mit Ausnahme der FDP – Wähler gewann, hat die CDU überall hin abgeben müssen: in besonderem

Umfang – rund 90 000 Stimmen – an die FDP, durch das empfohlene Hockepack-Verfahren, aber auch an die SPD. Auch die Erstwählerbilanz zeigt für die CDU einen negativen Saldo. Besonders schwer ist der CDU aber diesmal die Mobilisierung ihrer Anhänger gefallen: Über 100 000 CDU-Wähler von 1982 haben diesmal nicht gewählt.

Den großen Sprung nach vorn verdankt die FDP vor allem dem taktisch motivierten Zustrom aus dem CDU-Lager, aber auch der Abwanderung von rund 30 000 enttäuschten Grünen. Bewegungen von der SPD zur FDP und die Nichtwähler-Mobilisierung hielten sich dagegen in einem engeren Rahmen. Diese normalen Wählerbewegungen allein hätten allerdings nicht ausgereicht, um die FDP über die Fünf-Prozent-Schwelle zu heben. Aber die 90 000 Stimmen, die die CDU beigesteuert hat, überbrückten die entscheidende Differenz.

Die Grünen schließlich hatten Verluste vor allem an die Parteien zu beklagen, von denen sie vor einem Jahr besonderen Zulauf erhielten: in erster Linie an die SPD, in zweiter Linie an die FDP.

Demoskopie – gestimmt hat nichts

Von J. NEANDER

Das Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und SPD bei der Hessenwahl, so meinte noch vor wenigen Wochen der hessische CDU-Generalsekretär Manfred Kanther, existiere nur in den Köpfen der SPD. Der Satz ist am Sonntag auf fast groteske Weise wahr geworden, nur genau andersherum, als Kanther ihn gemeint hatte.

Die eigenen Umfragen signalisierten der CDU mit 45 bis 47 Prozent einen klaren Vorsprung vor der SPD. Die Sozialdemokraten wiederum verwiesen auf Grund ihrer eigenen Demoskopiezahlen stets darauf, daß sie der CDU dicht auf den Fersen lägen. Was die FDP betraf, lag sie sowohl in den von der Union als auch in den von der SPD in Auftrag gegebenen Untersuchungen bis zuletzt eindeutig unterhalb von fünf Prozent. Gestimmt hat nichts. Eine peinliche Schlappe für die Meinungsforschung.

Die Fairneß gebietet, auch nach Erklärungen, vielleicht gar Entschuldigungen zu fragen. Spricht man mit den Profis der Branche, so gestehen sie ein, daß ihnen die isolierte „Sonntagsfrage“ (nach der voraussichtlichen Wahlentscheidung des Befragten) aus Prinzip Kopfschmerzen verursacht. Die Menschen sind halt oft komplizierter konstruiert als ein Wahlzettel. Immerhin findet man beim Durchblättern des jüngsten Umfrage-materials bei Infratest (Verfechter der Kopf-an-Kopf-These) den warnenden Satz: „Die Wähler sind zur Zeit sehr mobil.“

Daß die Wahlforscher diese mobilen Wähler allerdings zeitweise regelrecht aus den Augen verlieren, wie das im Fall der Umfragen in Hessen und auch in Bremen offenbar der Fall gewesen ist, sollte die zeitweise unstillbar schmerzende Gier der Öffentlichkeit nach Umfrageergebnissen jetzt doch ein wenig dämpfen. Mißtrauisch sollte man auch gegenüber jenen Zahlen werden, mit denen die Institute noch in der Nacht nach der Wahl an Hand der sogenannten Wählerwanderungen versuchen, ihre eigenen Prognosefehler nachträglich zu erklären. Wer vorher danebenharrt, wird nachher kaum exakter sein können.

Übrigens wächst das Mißtrauen gegen die allen griffigen Ergebnisse der rein quantitativen Sozialforschung auch auf anderen Gebieten. Die Menschen haben es satt, überall auf den Durchschnittsmenschen gebracht zu werden; Gott sei Dank. Der Gedanke daran, daß man beim nachdenklichen Gang zum Wahllokal in Wirklichkeit mit seinem Kreuzchen schon in einem Prognosecomputer gespeichert sein könnte, hat sowieso etwas Beleidigendes an sich.

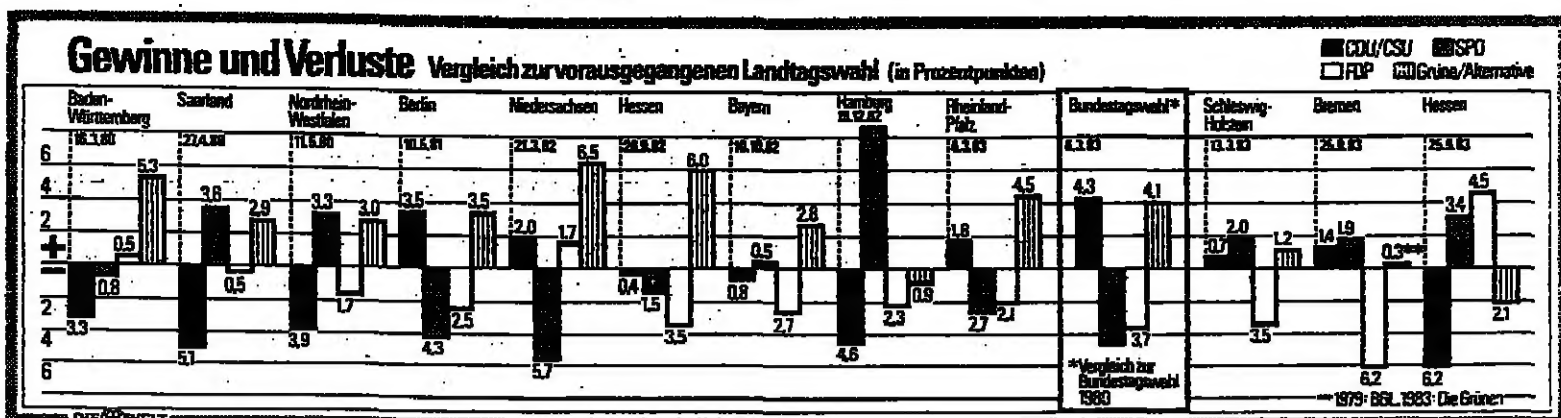


Der Sieger: Holger Börner



Der Verlierer: Walter Wallmann

Die WELT berichtet über die Doppelwahl



Das Echo auf die Wahlen in der Presse

Der Ausgang der Wahlen in Bremen und Hessen fand in der in- und ausländischen Presse große Beachtung. Neue Zürcher Zeitung: Bundespolitisch gesehen verschaffen diese beiden ersten Landtagswahlen seit der Bundestagswahl vom vergangenen März der SPD unweidig einen stimmungsmäßigen Auftrieb. Die innere Zerrissenheit in der Raketengruppe hat ihr beim Wahlvolk offenbar nicht geschadet, das vorteilhafte Abschneiden in Bremen und Hessen dürfte eher die unbedingten Nachrücker in der Partei stärken.

Basler Zeitung: Einen Erfahrungssatz haben die Wähler von Hessen und Bremen gestern bestätigt: Wer in Bonn regiert, hat es in Landtagswahlen schwerer. Das sehr gute Abschneiden der SPD in beiden Ländern, wo sie immerhin in schwerer Zeit die Verantwortung trug, muß aber als merklicher Sympathieschwind für die Bonner Regierung gedeutet werden. Für die CDU verliefen die Wahlen in Hessen katastrophal. Ihr neuer Spitzenmann, der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann, erfüllte die in ihm gesetzten Erwartungen nicht. Einer von Bömer angeführten SPD vermochte er keine Wähler abzuwerben, und seine massive Wahlhilfe für die FDP ging voll auf Kosten der eigenen Partei.

Le Matin (Paris): Auf dem Gebiet der Deutschlandfrage und der Unabhängigkeit gegenüber den USA ebenso wie gegenüber der UdSSR ist der linke Flügel der SPD bereits nicht mehr einsehbar. Wenn man Willy Brandt und Männer wie Egon Bahr hört, wird einem klar, daß die SPD bereits zehn Längen Vorsprung gegenüber den Grünen hat. Alle diese Faktoren erklären das Abbröckeln der umweltbewußten und pazifistischen Wählerschaft.

La Nazione (Florenz): Dieser Test klingt nicht ermutigend für den noch frischen christdemokratischen Kanzler. In Bonn kann Kohl immer sagen, daß die lokalen Probleme die nationalen überdeckt haben. Und so ist es sicherlich auch gewesen. Aber jetzt der (an die FDP) gehehenen Stimmen bleibt ein echter Verlust (für die CDU) sowohl in Hessen als auch in Bremen.

Westfalenpost (Hagen): Der Liebesdienst der hessischen CDU, mit Leihstimmen die FDP wieder in den Landtag zu transportieren, ist einseitig zu Nutzen der FDP ausgefallen. Die CDU wird überlegen müssen, ob sie ähnlich künstliche Bestimmungssaktionen in Zukunft erlauben kann.

Mannheimer Morgen: In Hessen ist der Alptraum wahr geworden: Die Wiederholungswahl hat letztlich nichts an den hessischen Verhältnissen geändert. Weder die SPD noch das bürgerliche Lager verfügen über eine Regierungsmehrheit im neuen Landtag.

Westfälische Zeitung (Düsseldorf): Trotz aller landespolitischen Besonderheiten ist sichtbar, daß der Koalition am Rhein der Wind heftig ins Gesicht weht. Die Partei Brandts schlug Kapital aus den Problemen, die sie selbst teilweise der neuen Regierung nach der sogenannten Wende hinterlassen hat. Probleme, die heute ungelöst sind, dem Bürger aber trotz einer sich langsam anbahnenden wirtschaftlichen Erholung nach wie vor Opfer abverlangen.

Nene Bahr/Nene Rhein-Zeitung (Essen): Wie geht es weiter? Für Bremen gibt es keine Machtprobleme, die Sachprobleme bleiben. Koschnick ist umstritten. Die Wähler haben die geschäftsführende Regierung Holger Bömer bestätigt, ihr aber keine absolute Mehrheit gegeben.

Koschnick kann sich jetzt auf die Partei konzentrieren

W. WESSENDORF, Bremen Nach den ersten Hochrechnungen und dem Eingeständnis der Oppositionsparteien, geschlagen worden zu sein, lagen sich Genossen und Anhänger in den Armen. Die Sozialdemokraten feierten ihren überwältigenden Wahlsieg. Der Freudenrausch dürfte jedoch nicht lange anhalten. Die Regierungsbildung wird trotz des klaren Sieges eben zugeschnittene Gräben in der SPD wieder aufbrechen lassen.

„Es war noch nie leicht in Bremen zu regieren“, kommentierte Wahlsieger Hans Koschnick. „Ich weißte, daß die Bremer Bevölkerung mich nicht schlichten wird. Diese Wahl ist ein eindeutiger Vertrauensbeweis.“ Im Stadteil Gröpelingen, der Heimat Koschnicks und vieler „AG Weser“-Werftarbeiter, deren Arbeitsplatz



Bestätigt: Hans Koschnick

durch Schließung bedroht ist, fiel das Votum für Koschnick besonders eindrucksvoll aus. Hans Koschnick - vor der Wahl noch als „Wertekiller“ beschimpft - erhielt dort 67,04 (1979: 52,9) Prozent. Die CDU gewann nur Zehntelpunkte dazu und stieg auf 21,7 Prozent. Zorn und Enttäuschung der Werftarbeiter trafen voll die FDP, die von 9,5 auf 2,8 Prozent zurückfiel, und die Grünen, die nur 2,75 Prozent erreichten.

Der SPD-Wahlserfolg geht unbestritten auf das Konto Koschnicks. Dieser allerdings erklärte, er könne nicht übersehen, warum er die Wahl gewonnen hat. „Nur der Verlierer hätte genau festgestellt, das wäre ich gewesen.“ Alte und neue Wähler der Sozialdemokraten und des Bürgermeisters werden vielleicht auch durch die spektakuläre Handlung eines Gewerkschafters noch mobilisiert. Hans Ziegenfuß, Betriebsratsvorsitzender der „AG Weser“, hatte Koschnick noch am Freitag vor Ka-

meras und Mikrofonen aus Protest sein SPD-Parteibuch auf den Tisch geknallt. „So dürfte man mit Koschnick nicht umgehen“, empörten sich die Wähler.

Ganz wesentlich spielte die Bundespolitik mit „Landsdorf“ hat die Bremer FDP kaputt gemacht“, wurde immer wieder betont. Die harte Linie des Bundeswirtschaftsministers bei der Unterstützungsfrage für die Bremer Werften wurde zum Bumerang für die Bremer FDP. Die Bonner Regierungskoalition hat ganz offenbar nicht das Vertrauen der liberalen Bremer und Bremerhavener Wähler gehabt. Die Freien Demokraten verloren ihre Wähler vor allem an die CDU, nicht zuletzt durch die Koalitionsaussage des Bremer FDP-Chefs Horst-Jürgen Lahmann zugunsten der Sozialdemokraten. So paradox es klingt: Landsdorf und Koschnick haben in der Werftenkrise gleichermaßen den Ernst der Lage herausgestrichen und eingestanden, daß Tausende von Arbeitsplätzen verlorengehen. Doch offensichtlich kam Koschnicks Wahrheit besser an.

Peter Willers, Spitzenkandidat der Bundesgrünen (vorher SPD und Bremer Grüne Liste/BGL): „Die SPD kann in Bremen machen was sie will; sie wird immer gewählt.“ Die FDP sei eine überflüssige Partei. „Wir werden den Bürgermeister tolerieren, aber die Rolle des sehr kritischen Beobachters einnehmen.“ Im kleinsten Bundesland verfügen die Grünen über ein festes Wählerpotential in konservativen Wahlbereichen, das sich aber nicht für die bereits parlamentarische Bremer Grüne Liste (BGL), sondern für die Bundesgrünen entschieden hat. Zwei Beispiele: In der grünen Hochburg kamen die neuen Parlamentarier auf 19,23 Prozent (SPD 35, CDU 30 Prozent) und im grünen Bezirk „Bürgerpark“ immerhin noch auf 9,73 Prozent.

Im dritten Anlauf gelang es dem CDU-Spitzenkandidaten Bernd Neumann einmal mehr nicht, die absolute Mehrheit der SPD zu brechen. „Der Ausgang ist nicht befriedigend. Aber wir müssen uns nicht schämen. Wir haben einen Wahlerfolg. Das Votum ist auch eine Bestätigung für den Bundeskanzler.“ Die CDU zieht mit ihrer bisher stärksten Mannschaft (37 Sitze) in die Bürgerschaft ein und will sich - so Neumann - weiterhin in Bonn für Bremen stark machen. Denn mit dem Wahlsieg der SPD werden die Probleme Bremens nicht vom Tisch. „Das Land hat mit der größten Krise seiner Geschichte zu kämpfen“, meinte Neumann.

Die Probleme für Hans Koschnick beginnen parteiintern und setzen sich mit der Wirtschaftskrise weiter fort. Drei Wochen hat Koschnick Zeit, sich mit den Parteigenossen über die Zusammensetzung seines

neuen Senats zu verständigen. Aus der bisherigen Zwölferriege der Landesregierung ist der Senator für Bildung, Horst von Hassel, bereits ausgeschieden. Er wurde kurz vor den Wahlen Schuldezernent in seiner Heimatstadt Bremerhaven. Innenminister Helmut Fröhlich hat schon klar gemacht, sich aus der Regierungsverantwortung zurückzuziehen. Oswald Brinkmann, Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr, scheint ebenso amtsüchtig zu sein wie Finanzsenator Moritz Thape. Der Bürgermeister und Stellvertreter Koschnicks hatte in den vergangenen Jahren schon nicht mehr zur Verfügung stehen wollen. Der Senior der sozialdemokratischen Senatoren - er ist 63 Jahre alt - ließ sich allerdings bislang immer wieder in die Pflicht nehmen. Günther Czichon, Senator für Bun-



Ausgeschlossen: Horst-J. Lahmann

desangelegenheiten, kommt aus Bonn an die Weser zurück. Sein Amt muß neu besetzt werden. Karl Willers, Senator für Wirtschaft und Arbeit, hat sein Ressort ohne Fortune verwaltet.

Heftige Grabenkriege wurden zwischen den beiden Flügeln der Sozialdemokraten in den Unterbezirken erwartet. Das überlegende Polster des hohen Wahlsieges wird die linken und rechten Vertreter erst recht darin bestärken, nach der Regierungsbildung sich wieder gesellschaftsrelevanten Themen zuzuwenden. Auseinandersetzungen, die in den letzten Monaten wegen der Krise der Wirtschaft zurückgestellt wurden, werden aufbrechen. Koschnick weiß um die Schwierigkeiten seiner Partei. Es ist schon schwer genug, mit den Sozialdemokraten eine Koalition zu bilden. Als Primus inter pares im Senat trägt der SPD-Politiker - seit 16 Jahren Regierungschef im kleinsten Bundesland - trotz des Erfolges eine schwere Bürde.

Wie die Bremer wählen

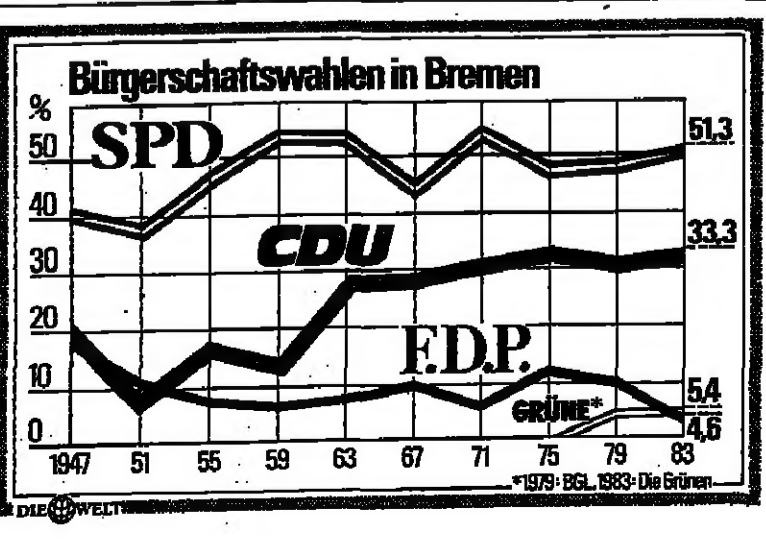
Der Bremer Landtagswahlleiter Horst Heise gab gegen 22.00 Uhr das vorläufige amtliche Endergebnis bekannt. Danach gaben 410 201 Wahlberechtigte ihre Stimmen ab (79,7 Prozent). Davon wählten in Bremer-Stadt 337 971 (81,2 Prozent) und in Bremerhaven 72 230 (73,4 Prozent). Der Vergleichszahl der Wahl von 1979: 78,47 Prozent Wahlbeteiligung im Bundesland Bremen.

Die SPD erreichte im Land Bremen 51,35 (1979: 49,43) Prozent, in Bremer-Stadt 51,18 (48,7) Prozent und in Bremerhaven 52,15 (52,8) Prozent. CDU: Im Land 33,31 (31,94) Prozent, in Bremer-Stadt 33,40 (32) Prozent und in Bremerhaven 32,89 (31,61) Prozent. FDP: Bremen-Land 4,59 (10,75) Prozent, Bremen-Stadt 4,66 (11,09) Prozent und Bremerhaven 4,27 (9,14) Prozent. Die Bundesgrünen, die 1979 noch nicht dabei waren, erzielten im Land 5,43, in Bremer-Stadt 5,46 und in Bremerhaven 5,99 Prozent. Auf die restlichen fünf Parteien entfielen insgesamt 2,98 Prozent der Stimmen.

Die Sitzverteilung der hundert Mandate in der bremischen Bürgerschaft (Landesparlament): SPD 58 (1979: 52) Sitze, CDU 37 (33) Sitze und Grüne fünf Mandate. Die FDP erhielt 1979 elf Sitze und die jetzt gescheiterte BGL (Bremer Grüne Liste) vier Sitze. Bremerhaven stellt im neuen Parlament 12 SPD-, sieben CDU- und einen grünen Abgeordneten.

So wählte Bremen						
Vorläufiges amtliches Endergebnis						
	Bürgerchaftswahl 1983			Bürgerchaftswahl 1979		Bundeslandwahl 1983 (in Bremen)
Wahlberechtigte	519 627			521 416		523 260
Abgegebenes Stimmzettel	414 166			422 121		422 121
Wahlbeteiligung	79,7%			78,5%		80,3%
Gültige Stimmen	410 201			406 971		407 684
Partei	Stimmen	%	Mand.	Stimmen	%	Mand.
SPD	210 629	51,3	58	201 129	49,4	52
CDU	136 622	33,3	37	129 985	31,9	35
FDP	18 824	4,6	5	43 730	10,8	11
Die Grünen	22 275	5,4	5	-	-	-
BGL	9 675	2,4	-	20 909	5,1	4
BAI	5 610	1,4	-	-	-	-
ASP	4 052	1,0	-	-	-	-
LP	1 755	0,4	-	-	-	-
Sonstige	759	0,2	-	11 158	2,7	-
						5 694
						0,8

1 = Bremer Grüne Liste
 2 = Betriebsbezogene Alternative Liste
 3 = Arbeits-Solidargemeinschaft d. Arbeiter- u. Angestellten-Rentner-Partei
 4 = Liberale Demokraten



Weizsäcker in Wittenberg: Wir sind Deutsche, hüben und drüben

Bischöfe bitten Ausreisewillige: Die Stellung nicht verlassen

HANS-R. KARUTZ, Wittenberg Sie hingen wie Kletten am Luther-Denkmal auf dem Marktplatz, reckten die Arme hoch, faßten sich bei den Händen und stimmten in den Schlußchoral „Großer Gott, wir loben dich“ ein: Junge und ältere Menschen. Christen aus Ost und West, machten das Finale des letzten von sieben „DDR“-Kirchentagen: Sie und wir gehen unsere Wege nicht nur in voller Unabhängigkeit, sondern auch in der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland. Als „gemeinsame Ziele“ nannte er beispielhaft: „Es fängt beim Einfachsten an: Wir atmen dieselbe Luft; sie macht an Grenzen nicht halt. Sie reinzuhalten ist unser gemeinsames Interesse... Der Frieden, um den wir uns sorgen und bemühen, ist nicht teilbar zwischen Ost und West.“

In wohlformulierten Texten, Pantomimspielen und fiktiven Interviews mit Martin Luther und Zitierten des Reformators machte die Schlußveranstaltung auf dem überfüllten Platz die Besuchermasse wie die Versichert der Protestanten öffentlich. Die Kirche brauche Menschen, die zuversichtlich ja sagen, wo so vieles für ein Nein spricht; oder: „Wir erleben so viel Scheitern, aber laßt uns nicht aus dem Erlebnis des Scheiterns, sondern aus dem Wagnis des Vertrauens leben“, lauteten einige Schlüsselzitate. Die Christen im Lande könnten nicht anders, hieß es in den Sprecher-Texten auch in Anspielung auf sowjetische Raketen, „als uns zu wehren, unermüdet, gegen alle neuen bestärkten Raketen über unserm bestirnten Himmel. Ihnen bitten alle, sehr herzlich, nach Möglichkeit zu bleiben und nicht die Stellung zu verlassen.“ Allerdings gebe es „einige ganz triftige Gründe“ für einen solchen Schritt: „Manche stehen allerlei Repressalien aus.“ Das Problem würde sich bei mehr Freizügigkeit im Reisen nicht so scharf stellen. Forck wies auf die in der „DDR“-Presse verschwiegene Forderung der Bundesynode an die Ostberliner Regierung hin, „im Rahmen bestehender Verträge“ Reiseerleichterungen zu schaffen. Bei dieser Passage erhielt er starken Beifall. Der hessische Kirchenpräsident Helmut Hild sagte auf eine Frage, wie Ausreisende im Westen empfangen würden, in der Bundesrepublik herrsche der „Grundsatz der Freizügigkeit unter Deutschen“. Wer in die Bundesrepublik komme, werde „gern und herzlich“ aufgenommen. Auch er forderte jedoch dazu auf, einen solchen Schritt „sorgfältig zu bedenken, denn auch in der Gesellschaft der DDR werden Christen gebraucht“.

Zum Schlußbegriff erklärte der neue Magdeburger Bischof, Christoph Demke, das staatliche Recht auf Kontrolle „unzulässiger Grenzübertreter“ könne zwar nicht bestritten werden. „Aber in welchem Ausmaß dies geschieht, hängt natürlich damit zusammen, welche Möglichkeiten des legalen Austauschs und der Besuche über die Grenze hinweg es gibt.“

Zum Problem des „Christseins in der Volksarmee“ sagte Demke: Dies sei möglich, „denn Christus als der lebendige Herr ist auch Herr in der NVA und über die NVA“.

Im Beisein von vier staatlichen Vertretern, die in der ersten Reihe der Kirchentagsgäste Platz genommen hatten, rief von Weizsäcker als Repräsentant des Deutschen Evangelischen Kirchentages: „Sie und wir gehen unsere Wege nicht nur in voller Unabhängigkeit, sondern auch in der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland.“ Als „gemeinsame Ziele“ nannte er beispielhaft: „Es fängt beim Einfachsten an: Wir atmen dieselbe Luft; sie macht an Grenzen nicht halt. Sie reinzuhalten ist unser gemeinsames Interesse... Der Frieden, um den wir uns sorgen und bemühen, ist nicht teilbar zwischen Ost und West.“

Vor rund 2000 Teilnehmern hatte am Sonntag mittag eine Fülle von Fragen ein Panorama der Wünsche und des Willens der mitteleuropäischen Christen entfaltet, wie dies nur unter dem Dach der Kirche möglich ist. Zum erstenmal erfuhr dabei eine breitere Öffentlichkeit von den dreijährigen Haftstrafen für den Jugenddiakon Lothar Rochau (Halle) und den Sorgen der Kirche um die bisher nicht begründete Verhaftung einer ehrenamtlichen Helferin. Zum Thema „Ausreisen“ machte der Ostberliner Bischof Gottfried Forck grundsätzliche Bemerkungen. Er habe den Eindruck, daß viele ihre Entscheidung „etwas zu schnell fällen“. Er bitte alle, sehr herzlich, nach Möglichkeit zu bleiben und nicht die Stellung zu verlassen.“

Die DAG schlägt einen gespaltenen Beitrag für Nürnberg vor

WELT-Gespräch mit Walter Quartier / Belastung von Sonderzahlungen abgelehnt

GEISELA REINERS, Bonn Für einen gespaltenen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung hat sich der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Walter Quartier, eingesetzt. In einem Gespräch mit der WELT machte er geltend, daß nur Angestellte und Arbeiter das Risiko von Arbeitslosigkeit zu versichern hätten, jedoch auch die Beamten und Selbständigen Leistungen über die Kassen der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg (BA) in Anspruch nähmen. Die Beiträge könnten, wenn alle zahlen, um ein Prozent gesenkt werden.

Quartier sagte, es sei ganz selbstverständlich, daß zum Beispiel Kinder von Beamten, die keine Beiträge nach Nürnberg zahlen, zur Berufsberatung zum Arbeitsamt gingen. Gehe ein Selbständiger in Konkurs, werde er sich wegen einer Anstellung oder vielleicht einer Umschulung an die Arbeitsverwaltung wenden und Leistungen erhalten, obwohl er vorher keine Beiträge entrichtet habe. Selbst Bauern profitierten teilweise von den Geldern der Arbeitslosenversicherung, wenn zum Beispiel Deichbauten aus Mitteln für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert würden, damit die Äcker vor der Flut geschützt würden.

Die reine Absicherung des Risikos der Arbeitslosigkeit erfordert laut Quartier nur einen Beitrag von drei bis 3,5 Prozent, der Rest - der Beitrag beträgt zur Zeit 4,6 Prozent, zu zahlen jeweils zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber - werde für berufliche Bildungsmaßnahmen, Rehabilitation etc. benötigt. Deshalb sollten sich auch die übrigen Kreise der Beschäftigten durch eine Arbeitsmarkt- abgabe an den Kosten beteiligen.

Der Gewerkschafter sprach sich nochmals gegen die geplante stärkere Belastung der Sonderzahlungen mit Beiträgen zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung aus. Doch glaubt Quartier nicht, daß im Gesetzgebungsverfahren noch etwas „Maßgebliches“ zu ändern sei. Er hält diese „unglückliche Lösung“ für ein „Kind der Bürokratie, das sicherlich nicht gedeihen kann.“ Die Zwölftelung der 13. Gehälter und Urlaubsgelder usw. sowie ihre Rückrechnung im Fall von Kündigung und Ausscheiden erfordere einen großen Mehraufwand an Verwaltung, der nicht nur Klein- und Mittelbetriebe, sondern auch größere Unternehmen mit eigener Datenverarbeitung stark belaste.

Dennoch werde die Rentenversicherung, die 1984 noch eine Liquiditätssengung zu überwinden habe, nicht entlastet. Die Geldknappheit, so Quartier, entstehe sogar teilweise dadurch, daß die Mehreinnahmen über die Sonderzahlungen erst Ende des Jahres 84 und Anfang des Jahres 85 kassenwirksam würden, weil erst dann 13. Gehälter, Tantiemen, Treuegelder etc. gezahlt werden. Bedenklich sei dieses Regierungsvorhaben aber vor allem, weil die höheren Beitragszahlungen zu höheren Leistungen der Rentenversicherung führten, und das nicht erst viel später, sondern gleich ein Jahr nach Inkrafttreten des Beschlusses. Denn wer im Jahr vor seiner Verrentung noch mehr habe zahlen müssen, erhalte sofort anschließend eine entsprechende erhöhte Rente. Anfänglich seien die Mehreinnahmen der Rentenversicherung noch niedrig, doch stiegen sie von Jahr zu Jahr kumulativ.

Obwohl Arbeitgeber wie Gewerkschaften sich gegen die Belastung der

Sonderzahlungen ausgesprochen hätten, sei die Regierung „starrsinnig“ geblieben, sagte Quartier. Die Belastung für die Wirtschaft sei durch diese Regelung höher als durch eine Anhebung des Beitragsatzes von jetzt 18,5 auf 19 Prozent, wie es von den Tarifpartnern einstimmig als Alternative vorgeschlagen worden sei. Diese Lösung hätte auch die kurzfristigen Liquiditätsprobleme der Rentenversicherung sofort beseitigt.

Entstanden seien die Schwierigkeiten bei den Rentenfinanzen durch die Kürzung der Beitragszahlungen für Arbeitslose. (Seit 1983 werden die Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose nur noch von der Höhe des Arbeitslosengeldes berechnet und nicht mehr vom letzten Bruttolohn). Es wäre nach seiner Ansicht besser gewesen, die Rentenversicherungsbeiträge in alter Höhe weiter zu zahlen und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu erhöhen. Dann hätte man die Kosten für die Arbeitslosigkeit deutlicher gesehen und sich vermutlich besser überlegt, wie man sie rasch in den Griff bekommt.

Änderungswünsche hat Quartier noch für die Regierungspläne zur Erleichterung des Zugangs zu Rente wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit (EUB/BU). Zwar sei die vorgesehene Neuberechnung vom Ansatz her richtig, trübe jedoch wieder vor allem Frauen, sagte Quartier. Hier seien noch Ungerechtigkeiten versteckt. Es sei zwar richtig, niemandem Lohnersatz zu zahlen, der gar keinen Lohnausfall habe. Doch sei es ungerecht, einer Frau, die mit 54 einen Unfall hat, keine Rente zu zahlen, obwohl sie bis zum 51. Lebensjahr Pflichtbeiträge geleistet hat. Hier müßte die Regierung, so Quartier, „noch etwas dransetzen“.

USA bieten Peking Militärgüter an

Weinberger sucht „strategische Zusammenarbeit“ mit China

dpa/AFP/AP, Peking Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger und sein chinesischer Amtskollege Zhang Aiping haben gestern in Peking ihre Gespräche über die künftige Zusammenarbeit beider Länder im militärischen Bereich aufgenommen. Weinberger und Zhang wollen unter anderem über den Verkauf amerikanischer Militärgüter an China sowie über den Austausch von Militärdelegationen beraten. Eine weitere Begegnung beider Minister ist für heute vorgesehen.

Weinberger, der am Sonntag zu einem offiziellen Besuch in der chinesischen Hauptstadt eintraf, hat kurz nach seiner Ankunft bei einem Galadiner erklärt, die USA suchten eine „strategische Zusammenarbeit“ mit der Volksrepublik China, auch im Verteidigungsbereich. Eine solche Zusammenarbeit liege im nationalen Interesse beider Länder, die diese dem Weltfrieden und der Stabilität.

Der chinesische Verteidigungsminister bekräftigte in seiner zurückhaltend gefaßten Erwiderung, China werde sich keiner Großmacht und keinem Machtklub anschließen. Zhang Aiping betonte jedoch die Bereitschaft seines Landes, auf der

Grundlage einer unabhängigen Außenpolitik mit allen Staaten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Auf den von Weinberger erwähnten strategischen Dialog Zhang nicht ein. Er sagte: „Wir werden Gedanken über Fragen von beiderseitigem Interesse austauschen.“ China sei zuversichtlich, das Land und seine Streitkräfte aus eigener Kraft modernisieren zu können, begrüße jedoch eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten, um diesen Prozeß zu beschleunigen.

Peking und Washington hatten kurz nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan strategische Gespräche vereinbart. Wegen der amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan reagierte Peking jedoch bisher nicht auf das amerikanische Angebot von 1981, die chinesische Armee mit modernen Waffen zu versorgen. Der jüngste Beschluß der Regierung des US-Präsidenten Reagan, China im Bereich des Technologie-Transfers in die Liste der „befeindeten Länder“ aufzunehmen, scheint die Unstimmigkeiten über die Taiwan-Frage jedoch zunächst in den Hintergrund gedrängt zu haben. Nach Angaben aus amerikanischer Quelle dürften die amerikanischen Technologie-Exporte nach China be-

reits im kommenden Jahr die Milliarden-Dollar-Grenze überschreiten und sich damit im Vergleich zu 1982 mehr als verdreifachen.

Heute soll Weinberger mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang zusammenkommen und wird dabei vermutlich auch dessen USA-Reise erörtern, die für Ende dieses Jahres vorgesehen ist. Zum Abschluß der politischen Gespräche des US-Verteidigungsministers ist für morgen eine Begegnung Weinbergers mit Chinas „starkem Mann“ Deng Xiaoping vorgesehen.

Weinberger, der zuvor Japan besuchte, hatte in Tokio versichert, daß die USA bei den Raketenverhandlungen mit der Sowjetunion in Genf nicht die Interessen Japans und anderer asiatischer Staaten opfern wollten. Washington strebe weiter eine „weltweite, ausgewogene und überprüfbare“ Lösung der Raketen-Frage an.

Vor seinem Abflug nach Peking kritisierte Weinberger die sowjetische Führung. Der Abschluß des südkoreanischen Verkehrsabkommens und die „illegale Nuklearkriegsbesetzung japanischer Territorien“ hätten bewiesen, daß „die sowjetische Führung von Verfolgungswahn besessen, korrupt und barbarisch“ sei.

SIEMENS

Seit Sommer '83

kann
ein Bankberater

seine Kunden

noch individueller

und
umfassender
beraten

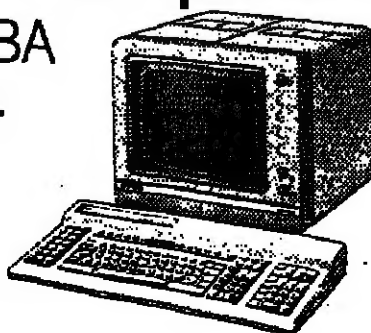
Jetzt gibt es von Siemens das Computer-Programmsystem KORDOBA für Geldinstitute. Es bringt das, was sich die Banken, Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenbanken vom Computer versprechen: Der Kunde soll noch mehr Service erhalten aber möglichst nicht mehr dafür bezahlen müssen.

KORDOBA macht die tüchtigen Bankberater noch tüchtiger, weil sie jetzt computerschnell und über alles Auskunft geben können. KORDOBA macht die EDV-Leute freier, weil sie von der Programmpflege entlastet werden und sich neuen Dingen zuwenden können. KORDOBA macht dem Bankmanager das Leben leichter, weil es ihn mit der rasanten DV-Entwicklung im Bankbereich Schritt halten, im Wettbewerb bestehen läßt und trotzdem die Kostenlawine bremst.

An KORDOBA haben Kunden wesentlich mitgearbeitet, deshalb ist es besonders anwenderfreundlich geworden.

KORDOBA sollte alle Banker neugierig machen. Sie sollten die nächste Siemens-Niederlassung anrufen und einen Vorführtermin vereinbaren.

Siemens Computer.
Mit KORDOBA
für die Bank



Jacques Chirac profiliert sich als Motor der bürgerlichen Opposition

Die Senats-Wahlen brachten Frankreichs Linker die erwartete Niederlage

A. GRAF KAGENECK, Paris
Mit Gelassenheit haben Sozialisten und Kommunisten in Frankreich den voraussehbaren Sieg der Rechts-Op-
position in den Teilwahlen zum Senat am vergangenen Wochenende hinge-
nommen. Verbunden mit zwei ande-
ren Teilwahlergebnissen, die eben-
falls den Sieg lokaler Rechtskandida-
ten brachten, ergibt sich indes das
Bild einer seit 1982 kontinuierlich
Terrain gewinnenden Opposition in
einem vom Sozialismus enttäuschten
Land.
Am Sonntag mußten in etwa einem
Drittel der 95 Départements Frank-
reichs neue Abgeordnete zur zweiten
Kammer des Landes, dem Senat, ge-
wählt werden, der alle drei Jahre,
ähnlich den Regionalräten, seinen
Personalbestand erneuert. Die Sena-
toren werden indirekt aus einem
Wahlmänner-Kollegium gewählt, das
sich aus Vertretern der Kommunal-
und Regionalräte zusammensetzt.
Der Senat, eine Art Ältestenrat der
Republik, hat keine politische Ent-
scheidungsgewalt. Er muß Gesetze
billigen. Tut er dies nicht, geht der
Text an die Nationalversammlung zu-
rück, die, falls ein Schlichtungsaus-
schuß nicht zu einer Einigung
kommt, das letzte Wort hat. Wichtig
wird die Rolle des Senats indes in
Fällen, wo der Staatspräsident die
Verfassung ändern will. Denn das
kann nur mit der Zweidrittelmehr-
heit des „großen“ Wahlkollegiums
aus den Abgeordneten beider Kam-
mern geschehen.
Traditionell hat der Senat in den

beiden letzten Republiken eine der
Mehrheit der Nationalversammlung
entgegengesetzte Mehrheit gehabt.
So ist es auch seit Mai 1981: Der
Senat hat eine bürgerliche Mehrheit.
Diese bürgerliche Mehrheit konnte
am Sonntag ausgebaut werden. Die
Sozialisten, die durch allerlei Wahl-
kreis-Chirurgie einige neue Sitze ge-
schaffen und in einigen Départe-
ments das Mehrheitswahlrecht einge-
führt hatten, erlebten herbe Enttäus-
chungen in ihren traditionellen
Hochburgen im Norden und Südwe-
sten, konnten dagegen einen Sitz im
meist bürgerlich wählenden Lothrin-
gen (Département Moselle) gewin-
nen.
In Lille kam es zu Pfaffen und Buh-
rufen Umstehender, als der Premier-
minister Pierre Mauroy in seiner Ei-
genenschaft als Bürgermeister der
Stadt seine Stimme abgab. In der
Opposition konnten die Gaullisten
ihre Positionen deutlich verbessern,
während die Vertreter der Giscard-
Formation UDF, unter sich oft un-
eins, sich linken Kandidaten beugen
mußten. Damit verstärkt sich noch
die Profilierung Jacques Chiracs als
des eigentlichen Motors der Opposi-
tion in der Öffentlichkeit.
Die Senatswahlen werden zwei
Parlamentsnachwahlen nach sich zie-
hen, da zwei Kammerabgeordnete,
der Linksradikale Maurice Faure und
der Giscardist Christian Bonnet, bei
den Wahlen in den Senat überwech-
selt. Eine weitere Folge
wird eine Mini-Regierungsumbil-
dung sein, da der Wohnungsbau-Mi-

nister Roger Quilliot und der Staats-
sekretär im Verteidigungsministe-
rium, François Autain (beide Sozialis-
ten) ins „Oberhaus“ gewählt wur-
den. Gerüchte, wonach Präsident
Mitterrand die Erneuerung der bei-
den Ministersitze zu einer größeren
Umbildung oder gar zur seit langem
erwarteten Ausübung des Premier-
ministers nutzen könnte, fanden am
Montag keinerlei Bestätigung.
Unter den am Sonntag gewählten
politischen Persönlichkeiten (häufig
sind die „Honoratoren“ des Senats
ehemalige Minister oder profilierte
Abgeordnete) ragt der frühere Au-
ßenminister Jean François Ponce-
dure durch seinen brillanten Sieg über den
Ultrasenator Henri Caillaud im Dé-
partement Lot-et-Garonne (Südwest)
heraus. Der ehemalige Generalsekre-
tär Giscard im Elisee und jüngste
Sohn des einzigen Botschafters und
Hochkommissars in Bonn hatte seine
Wüstendurchquerung nach dem
Sturz Giscard schon im Herbst 1981
mit einer sicheren Wahl zum Vorsit-
zenden des Generalrats seines Dépar-
tements begonnen und sieht sich nun
mit großer Stimmenmehrheit zu ei-
nem der beiden Senatoren des Dépar-
tements gewählt – zweifellos dank
seiner energischen Politik der zur in-
dustriellen Umstrukturierung der
traditionell landwirtschaftlich orien-
tierten Region. Für den jugendlichen
Ex-Minister ist es das erste Abgeord-
neten-Mandat seines Lebens. Seine
Stimme wird im Senat bald zu hören
sein.
Seite 2: Oberhaus, programmiert

Am Südpol verteidigen Großmächte die Rohstoffe des 21. Jahrhunderts

Dritte Welt will die Antarktis zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit“ erklären lassen

MANFRED NEUBER, Bonn
Wenn es um ihre Interessen in der
Antarktis geht, ziehen Amerikaner
und Russen an einem Strang, halten
Deutsche und Polen zusammen – so-
gar Argentinier und Engländer sind
dann einer Meinung. Mit ihnen wol-
len die acht anderen Mitglieder des
exklusiven Antarktis-Clubs ihre Son-
derstellung am Südpol wahren.
Gemeinsam haben jetzt diese 14
Signatarstaaten des Antarktis-Ver-
trages einen Vorstoß von Ländern der
Dritten Welt bei den Vereinten Nati-
onen abgelehnt, die Zukunft der An-
tarktis auf die Tagesordnung der
nächsten UNO-Vollversammlung zu
setzen und über eine Änderung des
Antarktis-Vertrages zu verhandeln.
Der Antrag auf Einschaltung der
UNO kam von Malaysia und Antigua;
er geht auf eine Empfehlung der Gip-
felkonferenz blockfreier Staaten im
März in Neu-Delhi zurück. Im Namen
der 14 Mitglieder des Antarktis-Clubs
legten so gleich Australien, die So-
wjetunion und die Vereinigten Staa-
ten Widerspruch ein.
Das 1959 in Washington abge-
schlossene und zwei Jahre später in
Kraft getretene Abkommen gilt als
Vorbild guter Zusammenarbeit zwi-
schen Ost und West wie zwischen
Nord und Süd. So blieben Argenti-
nier und Briten am Verhandlungs-
tisch, als der Falkland-Krieg aus-
brach. Und die ständigen Stationen
der Amerikaner und der Sowjets im
ewigen Eis stehen in freundschaft-
lichem Kontakt – ungeachtet der poli-
tischen Großverflechtung.
Zu den 14 Nationen, die bei der
Entdeckung und der Erforschung

des sechsten Kontinents führend
sind, haben sich bisher 13 Länder mit
wissenschaftlichem und wirtschaft-
lichem Interesse an der Südpol-Region
hinzugesellt, die einen Beobachter-
Status beim Antarktis-Club haben. In
Kürze ist mit einem vermehrten Zu-
lauf zu rechnen. Auch China und
Indien erwägen einen Beitritt.
Der Antarktis-Vertrag steht allen
„Staaten“ offen, die sich an der Erfor-
schung dieses Gebietes beteiligen.
Hier setzt die Kritik aus der Dritten
Welt ein: Nur Länder, die es sich
finanziell leisten können, vermögen
diesen Eintrittspreis zu zahlen. Wer
aber draußen bleiben müsse, verpas-
se den Zugang zur potentiellen
Schatzkammer an Rohstoffen des 21.
Jahrhunderts.
Von den Entwicklungsländern
wird deshalb verlangt, die Vereinten
Nationen sollten die Antarktis zum
„gemeinsamen Erbe der Menschheit“
erklären, um so allen Staaten der
Erde einen Anteil an der künftigen
Nutzung ihrer Ressourcen zu sichern.
Dagegen stimmen sich aus guten
Gründen die 14 Mitglieder des
Antarktis-Clubs.
Sie schließen eine Beteiligung an-
derer Länder an der Erschließung
der Antarktis nicht aus, halten aber
ein Rechtssystem wie das Internatio-
nale Meeresboden-Abkommen für
die Antarktis für ungeeignet. Unein-
gestanden sieht der „Club“ freilich
darauf, daß sich seine Investitionen
bei der Erforschung des menschen-
feindlichen Erdteils eines Tages aus-
zahlen.
Der Antarktis-Vertrag, der alle Ge-
bietsansprüche am Südpol buchstäb-
lich „auf Eis gelegt“ hat, verbietet
Militärbasen nukleare Versuche und
die Lagerung von radioaktivem Müll
südlich des 60. Breitengrades. Die

vom ewigen Eis bedeckte Landmas-
se, in der beträchtliche Rohstoffvor-
kommen vermutet werden, ist größer
als Europa.
Nach einer Laufzeit von 30 Jahren
kann der Vertrag frühestens 1991 re-
vidiert werden. Das britische Außen-
ministerium stellte dieser Tage fest:
„Die irrgen Annahmen ist weit ver-
breitet, daß dieses Abkommen im Jahre
1991 ausläuft. Das trifft nicht zu. Alle
seine Bestimmungen bleiben für un-
begrenzte Zeit gültig, wenigstens der
Artikel XII eine Überprüfung vor-
sieht.“
Nutzung der Bodenschätze
Während die 14 Staaten des An-
tarktis-Abkommens bereits Konven-
tionen für den Umweltschutz und die
Erhaltung der „tierischen Ressourcen“
am Südpol verabschiedet haben
und – zuletzt im Juli in Bonn – über
einen Kodex für die Nutzung der
mineralischen Rohstoffe beraten, ha-
ben sich große Länder der Dritten
Welt (Brasilien, Indien, China) in den
Wettlauf nach der Antarktis einge-
schaltet. Ihre Länder halten sich die
Option offen, dem Abkommen beizu-
treten oder die These vom „Erbe der
Menschheit“ zu vertreten.
„Als der Antarktis-Vertrag ausge-
handelt wurde, klammerte man die
Bodenschätze aus. Sonst wäre kein
Abkommen zustande gekommen“,
sagte Raymond Adie, stellvertreten-
der Direktor des British Antarctic
Survey. Diese Lücke sollen nun Ex-
perten aus den 14 Signatarstaaten mit
der Ausarbeitung eines Kodex für die
Exploration und Ausbeutung von
Rohstoffen schließen. Die nächsten
Treffen sind in Washington und To-
kio vorgesehen.
Seite 20: „Polarstern“

Massenausbruch von Terroristen ist Rückschlag für die Polizei in Ulster

Gefängnis galt als das „sicherste“ / Beamter getötet / 15 der 38 Entflohenen gefaßt

FRITZ WIRTH, London
Das Maze-Gefängnis in Belfast, in
dem sich vor zwei Jahren zehn IRA-
Terroristen zu Tode hungerten, ist am
Sonntag zur Szene des größten Mas-
senausbruchs in der britischen Kri-
minalgeschichte geworden. 38 Terroris-
ten entkamen am Nachmittag zu Fuß
und im Auto durch die Gefängnis-
mauer. Sechs Polizisten und Gefäng-
niswärter wurden beim Ausbruch
verletzt, einer von ihnen starb an sei-
nen Messerstichwunden im Kranken-
haus. 15 der entflohenen Häftlinge
wurden inzwischen gefaßt.
Der Ausbruch ist für die britischen
Sicherheits-Streitkräfte und für die
politischen Verwalter der Provinz un-
ter Leitung von Nordirlandminister
James Prior ein schwerer Rück-
schlag. Sie hatten sich erst vor weni-
gen Wochen damit gebrüht, den
Terrorismus in Ulster in den Griff zu
bekommen. Es war ihnen gelungen,
mit Hilfe von 26 Überläufern ver-
schiedener Terrororganisationen
über 300 verdächtige Terroristen zu
verhaften. In zwei sogenannten
„Überläufer-Prozessen“ wurden in
den letzten zwei Monaten 50 Terroris-
ten zu insgesamt über 4000 Jahren
Haft verurteilt. Die Polizei glaubte,
damit die gesamte Struktur der nord-

irischen Terroristenzene aufgebro-
chen zu haben. Der Massenausbruch
aus dem Maze-Gefängnis gibt der
IRA zumindest psychologisch wieder
Rückendeckung.
Der Ausbruch war lange und sorg-
fältig geplant. Er begann zur Teeszeit
im Block H 7, als ein Dutzend Gefan-
gene ihre Wärter mit Pistolen und
Messern überwältigte. Ein Gefäng-
nisbeamter wurde dabei in den Kopf
geschossen. Die Terroristen zogen
sich die Uniformen der Gefängnisbe-
amten an und warteten auf den Lie-
ferwagen, der den Nachmittagste
brachte. Sie übernahmen das Fahr-
zeug und sprangen in solchen Massen
in das Auto, daß Beine und Arme aus
den Fenstern und Türen des vollge-
pferchten Autos herausgingen. Am
Hauptausgang zwangen sie die Wa-
chen mit vorgehaltener Pistole, die
Türen zu öffnen. Als ein Gefängnis-
beamter seinen eigenen Wagen quer
in den Weg stellte, wurde er niederge-
stoßen. Er starb wenige Stunden
später an seinen Verletzungen.
Als die Gefangenen im Freien wa-
ren, entwendeten sie mehrere Perso-
nenwagen von erschrockenen Zivi-
listen, die eine sonnliche Spazier-
fahrt machten. Andere schwammen
durch den in der Nähe vorbeifließen-

den Lagan. Die Polizei errichtete so-
fort in der gesamten Provinz Straßen-
sperrungen. Es wurden Hubschrauber
eingesetzt und die Bewachung der
Grenze zur Republik Irland ver-
stärkt. Die Suche wurde durch dichten
Nebel am Montagmorgen erheb-
lich erschwert. Die meisten Ausbre-
cher trugen Zivilkleidung, eine Kon-
zeption, die ihnen nach den Hunger-
streiks im Jahre 1981 gewährt wurde.
Unter den Entflohenen befinden
sich Häftlinge, die des Mordes über-
führt sind. Einem von ihnen wird der
Mord am früheren stellvertretenden
Direktor dieser Haftanstalt ange-
lastet.
Obwohl die nordirischen Gefäng-
nisbehörden behaupten, daß alle ihre
Anstalten absolut ausbruchssicher sei-
en, hat es in den letzten zehn Jahren
insgesamt 18 Gefängnisausbrüche
gegeben. Der letzte ereignete sich
1981 im Gefängnis an der Crumlin
Road, als acht Häftlinge entkamen.
In einem Falle entflohen ein Häftling
Priestergewand. Der bisher speka-
kullärste Ausbruch jedoch fand 1973
im Mountjoy-Gefängnis in Dublin
statt, als die IRA drei Insassen mit
dem Hubschrauber unter den Augen
der Sicherheitsbeamten aus dem Ge-
fängnis holt.

Spanien droht ein Kulturkampf: Die Regierung zensiert den Papst

Die Kirche hält an einem Zitat zur Abtreibung fest / Religionsfreiheit gefährdet?

ROLF GÖRTZ, Madrid
Ein offener Streit zwischen Episkopat und Erziehungsministerium belastet das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Spanien. Das spanische Erziehungsministerium verbietet einen Text im offiziellen Katechismus, dem Leitgedanken der Glaubenslehre für den Unterricht in der 5. und 6. Grundschulklasse. Da dieser Text wörtlich eine Rede des Papstes zitierte, die Papst Johannes Paul II. in Madrid hielt, kommt die Auseinandersetzung einem ideologischen Machtkampf gleich. Der Sprecher der Bischofskonferenz, Erzbischof Yanes, erklärte offiziell, daß das Erziehungsministerium damit seine Kompetenzen überschritten habe und das Abkommen zwischen Staat und Kirche verletze.

„Respekt vor dem Leben“

Der vom Erziehungsministerium beanstandete Text beschäftigt sich mit der Entstehung des Lebens im Schoß der Mutter. „Dieses neue Leben, das beginnt, ist eine Gabe Gottes und verdient allen Respekt. Es zu zerstören ist ein Angriff gegen das menschliche Leben, auch wenn das empfangene Wesen noch nicht das Licht der Welt erblickt hat.“ Johannes Paul II. sagte 1982 in Spanien: „Ich spreche vom absoluten Respekt vor dem menschlichen Leben, das weder Person noch Institution, sei sie privat oder öffentlich, ignorieren kann.“ Nach der Beurteilung und Verurteilung als „eine schwere Verletzung der öffentlichen Moral, wer unschuldiges und ungeborenes Leben nicht verteidigt“, heißt es im Papst-Zitat: „Niemand kann man den Tod eines unschuldigen legitimieren.“

Die zweite Textstelle, die die Zensur des Ministeriums aus dem Katechismus streichen will, heißt: „Wir wissen, daß es viel Hunger und Unterentwicklung gibt. Und dennoch geben wir jeden Tag mehr aus. Wir wissen, daß es Arbeitslosigkeit gibt, und dennoch mühen wir jeden Tag mehr Geld verschwenden. Die geringste Kleinigkeit bedeutet bereits eine Klippe; und der Mensch reagiert durch Aggression bis zum Töten: Kriege, Abtreibung, Terrorismus usw.“

Diese Sätze empfindet das Erziehungsministerium als gegen die Abtreibungsgesetze gerichtet, wie sie vor kurzem vom Parlament von der sozialistischen Mehrheit beschlossen wurden. Danach ist die Abtreibung strafbar, wenn bestimmte Voraussetzungen vorhanden sind, wie sie etwa der deutschen Gesetzgebung entsprechen. Die konservative Volkspartei hatte Klage beim Verfassungsgericht erhoben.

Nach Ansicht der Kirche geht es bei dem Streit um den Katechismus jedoch nicht um Gesetze. Die Zensur des Katechismus sei vielmehr ein Verstoß gegen die Religionsfreiheit wie sie in der spanischen Verfassung garantiert wird, „ohne weitere Begrenzung als die der öffentlichen Ordnung“. In einem anderen Artikel der Verfassung wird den Eltern das Recht zugesprochen, ihren Kindern den Religionsunterricht erteilen zu lassen, der ihrer Überzeugung entspricht. Auch in Spanien gilt im übrigen die Regel, daß als Alternative den Kindern Ethik oder Morallehre angeboten wird, also niemand zur Teilnahme am Religionsunterricht gezwungen werden kann.

Der christdemokratische Parlamentsabgeordnete José Luis Alvarez, einer der führenden Sprecher des konservativen Lagers, erklärte dazu in der Zeitung „ABC“: „Im Katechismus geht es um die Erklärung des Gebotes „Du sollst nicht töten“, und nicht um eine Stellungnahme zu einem Strafgesetz. Wenn eine Regierung das Strafgesetz ändert, kann sie nicht verlangen, daß die Kirche ihre Moral und ihre Morallehre in gleichem Maße ändert.“

Mündliche Beanstandung

Die zuständigen Stellen des Episkopates haben schon im April und Mai ihre Katechismustexte dem Ministerium zur Einsicht vorgelegt. Der Text wurde nur mündlich beanstandet, sonst geschah nichts. Bis der zuständige Kabinettsdirektor im Erziehungsministerium dem Episkopat vor einigen Tagen – auch nur über die Presse – die Zensur mitteilte. Zu dieser Zeit waren bereits 220 000 Schulbücher für den Religionsunterricht mit den beanstandeten Texten gedruckt.

Sehr wesentlich für den eklatanten Streit, der zur Zeit große Wellen in Spanien schlägt, erscheint die Haltung des zuständigen Kabinettsdirektors Manuel Reyes Mate. Er war Priester im Dominikanerorden und einer der Gründer der Gruppe „Christen für den Sozialismus“. Als Autor verschiedener marxistischer Theorien wurde er schließlich säkularisiert, verließ den Orden und arbeitete als Religionsredakteur in der Madrider Tageszeitung „El País“, bis er schließlich von der sozialistischen Regierung in das Erziehungsministerium berufen wurde.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Intelligente Drückeberger

„Wirtschaft: Bedeutung der Sicherheit noch nicht erkannt“, WELT vom 9. September

Es ist immer wieder mit Erstaunen festzustellen, daß es doch fast zum guten Ton eines Abiturienten gehört, den Bundeswehrdienst zu umgehen. Zeigt sich doch gerade hier die praktische Anwendung der soeben gebildeten Intelligenz. So entwickelt sich der Sportprofi der Oberprima plötzlich zum Körperbehinderten, der Klassenprimus von heute auf morgen zum chronischen Bettläger. Selbstverständlich darf es hier an einer entsprechenden Menge ärztlicher Atteste nicht fehlen, aber das war noch nie ein Problem. Kann man doch nicht selten gerade auf die väterliche Hilfe rechnen.

Hilfe von Vätern, die nur zu gerne mit dem Zeigefinger auf die „Aussteiger des Systems“ zeigen, Väter, die nicht ohne Stolz von sich behaupten, kerngesunde Söhne gezeugt zu haben. Väter, die nicht tagtäglich hinter dem Fließband stehen, sondern die als Ärzte, Firmenleiter und B 13er ihren Lebensunterhalt verdienen.

Wo bleibt die im Beruf so hoch gepriesene Verantwortung, Verantwortung, die man jetzt der Gesellschaft gegenüber zeigen könnte? Fängt nicht hier schon falschverstandene Freiheit an? Mit welchem Recht entziehen sich junge Menschen, die sich durch eine vom Staat bezahlte Ausbildung zur geistigen Elite zählen, ihrer Gegenleistung für Demokratie, Gesellschaft und Freiheit? Einer Gesellschaft, von der sie ihren Studienplatz und ihr Demonstrationsrecht fordern, der gegenüber sie aber nicht bereit sind, 15 Monate zur Verteidigung dieser Rechte zur Verfügung zu stellen.

Dieser Gewissensfrage sollte sich jeder unterziehen, der anderen hilft, sich dem Bundeswehr- oder Zivildienst zu entziehen. Kann man nicht gerade dadurch, daß man in der Bundeswehr aktiv mitarbeitet (denn auch das ist möglich), den oft beklagten „Kommifiton“ ändern?

Mit freundlichen Grüßen
Detlef Stiehling,
Schwelm

Alte Vernunft

„Schon vor der Prüfung packt viele Lehren der Zorn“, WELT vom 14. September

Es ist immer wieder beäunzend zu lesen, wie sich jemand über Mängel unseres Schulwesens erregt, statt die Dinge beim Namen zu nennen. „Die Pädagogik der neuen Linken“ besteht ja gerade darin, einen Deutschunterricht zu veranstalten, der den

Wort des Tages

„Es ist eines braven Menschen niemals unwürdig, die Hand zur Versöhnung zu bieten. Nicht das Recht haben ist das Höchste und nicht das stolze Bewußtsein eigener Mangellosigkeit, sondern die Menschenfreundlichkeit, die begütigt und Brücken schlägt.“

Bruno H. Bürgel, dt. Autor (1878-1946)

Personalien

GEBURTSTAG

Dr. Helmut Hermann Witter, seit 26 Jahren Leiter des Diasporabüros Osnabrück, begeht am Mittwoch seinen 70. Geburtstag. Witter, seit 1938 Priester, hat sich als Ausländerbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz wiederholt gegen Pläne gewandt, den Familiennachzug bei Ausländern einzuschränken.

Seinen 65. Geburtstag feierte Direktor Gerhard Leutritz, Leiter der Pfarrkrankenkasse VaG in Dörsdorf-Benrath, in der fast 35 000 Mitarbeiter der Evangelischen Kirche in Deutschland mit ihren Familienangehörigen versichert sind.

WAHLEN

Dr. Jürgen Linde (48), seit 1976 Bundestagsabgeordneter der SPD, ist vom Kommunalparlament einstimmig zum Oberstadtdirektor von Gelsenkirchen gewählt worden. Er tritt sein Amt Anfang November an und gibt sein Bundestagsmandat auf. Der gebürtige Braunschweiger war früher unter anderem kommissarischer Oberkreisdirektor des Landkreises Zellerfeld und Gemeindefaktor der Gesamtgemeinde Oberharz. Sein Vorgänger in Gelsenkirchen, Prof. Heinrich May (58), war Ende Mai nach achtjähriger Amtszeit auf eigenen Wunsch vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden.

Günter Giesen, Aachen, ist von der Bundesvereinigung Katholischer Männervereine und Männerwerke erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt worden. Als Stellvertreter bestätigt wurde Siegfried Mursch, München, als Präsident Pater Franz Schilling, SJ, Hannover.

In der Sahara-Frage bleibt es beim „Alles oder Nichts“ der Kontrahenten

Libyens Hegemonialstreben erschwert Lösung / Eingreifen der OAE gescheitert

B. RÜTTEN, Bonn
Maghrebinische Diplomaten haben seit geraumer Zeit alle Hände voll zu tun. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Verdrückungseuphorie, die die Wiederverwirklichung der Idee eines maghrebinischen Zusammenschlusses hervorgebracht hat, war es mühsam, das zentrale Problem der Region einer Lösung näher zu bringen. Im Westsaharakonflikt, in dem es darum geht, ob die ehemals spanische Kolonie ein unabhängiger Staat oder ein Teil Marokkos ist, stehen sich seit über zehn Jahren die „Alles oder nichts“-Positionen Marokkos einerseits sowie Algeriens und Libyens andererseits gegenüber.

Das kleine Tunesien unter der pragmatischen Führung des greisen Bourguiba scheint es inzwischen geschafft zu haben, den expansionistischen Nachbarn einseitig auf Distanz zu halten, andererseits nicht zu verärgern. Aber die algerisch-libyschen Beziehungen sind von tiefem Mißtrauen geprägt. Das hat sich seit Khadhafis erneutem Engagement in Tschad eher verstärkt.

Gerade weil auch Algerien sich zu den sogenannten progressiven Staaten Afrikas zählt, ja sogar eine Führungsrolle beansprucht und zeitweilig dem vertriebenen Goukouni Asyl gewährt hat, ist Alger als Hegemonialstreben Khadhafis ein Dorn im Auge. Die Führungsrolle Algeriens im Lager der Blockfreien und der Dritten Welt, die weitgehend mit der Politik und Person Boumedienmes verbunden war, droht unter dessen Nachfolger Chadli zu zerrinnen.

trotz lautstarker gegenteiliger Propaganda. Algerien muß heute tatenlos zusehen, wie Khadhafi in rücksichtsloser Weise in Algeriens Domäne einbricht.

Der Besuch des Revolutionärs Khadhafi im konservativen Königreich Marokko im Juli hatte ähnlich sensationellen Charakter wie die Annäherung zwischen Marokko und Algerien. Es war Khadhafis erster Besuch in Marokko seit seiner Machtübernahme 1969. Die diplomatischen Beziehungen, die 1971 wegen Khadhafis Unterstützung eines fehlgeschlagenen Coups gegen König Hassan und seit 1980 wegen des Westsaharakonflikts abgebrochen waren, wurden wieder aufgenommen. Gerüchte, daß Khadhafi und Hassan bei dieser Gelegenheit eine geheime Absprache getroffen hätten, nach der Hassan darauf verzichten wolle, den von Libyen attackierten tschadischen Präsidenten Hissène Habré mit marokkanischen Truppen gegen Goukouni zu unterstützen und Khadhafi als Gegenleistung ein Einlenken in der Westsaharfrage versprach, wurden sofort dementiert. Doch die gewöhnlich gut unterrichtete Wochenzeitschrift „Jeune Afrique“ behauptet darüber hinaus noch, daß Khadhafi sowohl Marokko als auch Tunesien eine solche Einigung notfalls ohne Beteiligung Algeriens vorgeschlagen habe.

MAGHREB

san und seit 1980 wegen des Westsaharakonflikts abgebrochen waren, wurden wieder aufgenommen. Gerüchte, daß Khadhafi und Hassan bei dieser Gelegenheit eine geheime Absprache getroffen hätten, nach der Hassan darauf verzichten wolle, den von Libyen attackierten tschadischen Präsidenten Hissène Habré mit marokkanischen Truppen gegen Goukouni zu unterstützen und Khadhafi als Gegenleistung ein Einlenken in der Westsaharfrage versprach, wurden sofort dementiert. Doch die gewöhnlich gut unterrichtete Wochenzeitschrift „Jeune Afrique“ behauptet darüber hinaus noch, daß Khadhafi sowohl Marokko als auch Tunesien eine solche Einigung notfalls ohne Beteiligung Algeriens vorgeschlagen habe.

Ein Kompromiß in der Westsaharfrage läuft auf einen autonomen Status der Region unter Angliederung an Marokko hinaus. Als Beispiel wird Sizilien zitiert, das im Rahmen der politischen Einheit mit Italien eigene Rechtspersönlichkeit hat. Hassan soll sich angeblich zufrieden erklärt haben, wenn „Briefmarken und Flagge marokkanisch“ seien.

Die komplizierte Maghreb-Szenarie wird dadurch weiter verkompliziert, daß auch die Polisario-Guerrilleros ein Wort mitreden möchten und daß Mauretanien, das auch zum „Großen Maghreb“ gehört, nicht zusehen will, wie das „Mechoui (traditionelles Hammelgericht) der Versöhnung“ auf seinem Rücken gebraten und gegessen wird. Das arme und ohnmächtige Mauretanien sähe gerne eine unabhängige Westsahara-Republik, die das Gewicht der Kleinststaaten im maghrebinischen Ensemble vergrößert und eine Pufferzone gegen den übermächtigen marokkanischen Nachbarn darstellen würde.

Das Krisengewicht zweier Saharakriege ist so groß, daß wenigstens einer beendet werden müßte. Sonst wird die Entwicklung dort in der Region unabsehbar.

Einen ersten Vorgeschmack auf diese Entwicklung lieferte der kleine Gipfel der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) in Addis Abeba. Er platze vergangene Woche schon nach wenigen Stunden, weil Marokko verständlicherweise nicht direkt mit den Polisario-Kämpfern verhandeln wollte.

Im Wirtschaftsleben Vietnams geben die Ideologen wieder den Ton an

Die Führung fordert wieder „sozialistische Disziplin“ / Pragmatismus brachte Erfolg

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Was ist wichtiger? Eine Wirtschaft, die das Volk ernähren kann oder ideologischer Puritanismus? Nach jahrelangen Richtungskämpfen hat sich die vietnamesische Führung für letzteres entschieden. Zu Ende ist die Phase des Pragmatismus, der den Vietnamern ein Minimum an wirtschaftlicher Freiheit, das Recht zu privaten Kleinbetrieben und die Hoffnung auf wirtschaftliche Besserung gab. Der Staat schreibt die Parteilinie „Nhan Dan“, habe die Kontrolle über die Märkte, die Währung und die Wirtschaft verloren. Zu viele Kapitalisten seien entstanden: 70 Prozent aller im Handel befindlichen Güter, so schätzt der offizielle englischsprachige „Vietnam Courier“, stammten aus dem Privatsektor.

Diese Entwicklung ist die Folge einer Serie von Richtlinien, mit denen die Gruppe der Pragmatiker – wie der ehemalige Wirtschaftsplanungsminister Nguyen Lam – Anfang der achtziger Jahre einen totalen Wirtschaftszusammenbruch aufzuhalten verstanden haben. Blitzartig hatte das Volk reagiert. Vietnamesen im Norden wie im Süden entdeckten ihr Talent zum Geschäft, von hohen Funktionen, über Direktoren in

Staatsbetrieben, einfachen Parteimitgliedern bis zu Arbeitern, Arbeitlosen und Bauern. Sie kooperierten um Geld zu verdienen, produzierten dringend benötigte Waren. Das aber setzte voraus, pragmatisch in eigener Sache zu sein, wie zum Beispiel Elektrizität in die Kammer abzuzweigen, wo Frau Nguyen Thi Hieu Tag und Nacht an der Herstellung von Plastiksandalen saß.

Der Absatz war reißend, Frau Hieu wurde „reich“. Reich auf Kosten des Staates, denn sie arbeitete mit gestohlener Energie, das brachte sie ins Gefängnis, wo mit ihr unzählige andere saßen, die für Wirtschaftsvergehen bußen, wie für illegalen Fleischhandel, fragwürdigen Häusermakel, Diebstahl an Staatsseigentum und Steuerbetrug.

Wer einigermaßen erfolgreich Geschäfte machte, so die Armeezeitung „Quan Doi Nhan Dan“, hängt an, den Staat zu betrügen und zu bestehlen. Wer dabei gar zu Ruhm und Macht gelangte, würde „in Charakter und Lebensstil degenerieren“. Nicht wenige seien hohe Funktionäre. „Es ist ein Imperativ“, propagiert die vietnamesische Staatspresse in einer neuen Kampagne, „zu sozialistischer Verantwortung und Disziplin zurückzukehren“ und den „zahlreichen negati-

ven Phänomenen“ wie Spekulation, Schmuggel, Diebstahl an Staatsseigentum, illegalen Geschäften und Korruption ein Ende zu setzen.

Vierzig Jahre nach der Proklamierung der „demokratischen Republik Vietnam“ (Nordvietnam) und acht Jahre nach deren Sieg über den Süden droht sozialistische Moral am kapitalistischen Grundinstinkt der Menschen zu zerfallen. „Was haben wir“, so fragen Hanois betagte Ideologen, „falsch gemacht“, die Gefängnisse sind brechend voll, in Umerziehungslagern sollen Hunderttausende die Glorie des Sozialismus erkennen. Millionen sind geflohen, zum Teil auch vertrieben worden. Die Geheimpolizei ist allgegenwärtig. „Die Irrtümer und Schwächen der Partei sind äußerst ernst“, enthielt „Nhan Dan“. „Wir haben den Klassenkampf vernachlässigt.“

Das allein ist in den Augen Hanois schlimm genug. Noch schlimmer ist, daß „die Feinde Vietnams“ die internen Schwächen zu einem „Krieg der Sabotage“ ausnutzen. Das jedenfalls behauptet Hanoi, das nicht zugeben kann, daß es das eigene Volk ist, das den Aufbau des Sozialismus blockiert. Angesichts dieser allseitigen Bedrohung gegen die Vision der alten Revolutionäre heißt es, zurück zum Klassenkampf.

Der Aufschwung braucht den Sparer.



Solide Handwerksarbeit war schon zur Zeit der Pfahlbauten gefragt.

Die Pfahlbauweise unserer steinzeitlichen Vorfahren beruhte im wesentlichen auf Handarbeit. Nur einfachste Werkzeuge standen den Erbauern zur Verfügung. Heute ist im Bauhandwerk ein moderner Maschinenpark lebenswichtig. Er wird zum guten Teil über Sparkassenkredite finanziert. Die Basis dafür sind die Ersparnisse der Bürger. Sie versetzen die Sparkassen in die Lage, rd. 55% aller Handwerkskredite in der Bundesrepublik zu geben.

Der Bauherr von heute plant moderne Technik gleich mit ein.

Grundlage jedes Hausbaus ist das Sparkapital. Der einzelne, der baut, braucht es. Deshalb ist regelmäßiges Sparen auf längere Distanz für ihn wichtig. Die Summe des Sparaufkommens wiederum läßt die Quelle der Firmen-Investitionskredite sprudeln.

Die Sparkassen



Blickt auf bewegte Jahre zurück: „Panorama“ Öfter mal ein Jubiläum

Sie ist die Seniorin unter den politischen TV-Magazinen. Und sie kann nicht nur einen, sondern gleich mehrere Geburtstage feiern. Die Sendung lässt sich auf den 1. Juli 1962 zurückdatieren. Da wurde nämlich „Panorama“ erstmals bundesweit ausgestrahlt. Aber war es wirklich nur ein televisionärer Fötus oder doch schon ein TV-Baby, was einen begrenzten norddeutschen Empfängerkreis ein Jahr lang zuvor erreichte?

Wollte man das letztere annehmen, dann wäre der Geburtstag der 21. Juni 1961. Denn an diesem Abend flimmerte es erstmals über die Mattscheiben: „Panorama. Berichte - Analysen - Meinungen“. Doch die geschichtsbewussten und Männer des Hamburger Senders rechnen noch das Präkolumbus hinzu, das der gelehrte Musiker (und praktizierende Journalist) Josef Müller-Marcin bereits seit den späten fünfziger Jahren informierte. So gestatteten sich die NDR-

April 1975 von Gerhard Bött abgetöst wurde. Am 17. Januar 1977 versuchte es Ulrich Hapfel, ab 17. Oktober 1977 nochmals Walter Menning. Winfried Scharau leitete von Mitte Januar 1978 bis September 1981. „Panorama“-Oldtimer Rudi Lausche überbrückte die Zeit bis einschließlich November 1981, und im Dezember 1981 stieg Peter Gatter - zuvor ARD-Korrespondent in Warschau - ins „Panorama“-Geschäft ein.

Er ist allerdings kein Magazin-Monomanie, sondern eine NDR-Mehrzweckwaffe. Vom Pool der NDR-Redakteure steht ihm Luc Joachimsen am häufigsten zur Seite. Den Zeitläuften und dem Magazin-Ehrgeiz anderer ARD-Anstalten mußte sich der „Panorama“-Turnus anpassen. Bis zum 1. Juli 1982 kam es wöchentlich, danach - alternierend mit „Report“ aus München - vierzehntägig. Am 7. Oktober 1982 stellte sich der Vierwochen-Rhythmus ein.

Zwar sorgt das Hamburger Polit-Magazin auch heutzutage noch hin und wieder für Aufregung. So etwa, als die Altun-Schwester - die erst von einer TV-Dame vom Suizid ihres Bruders erfuhr - weinend vor der Kamera zusammenbrach. So, als ein anderer „Panorama“-Mitarbeiter den türkischen Genozid an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges abstritt.

Im allgemeinen scheint es: Die linke Schlagseite ist geblieben (auch heute abend bei der Umfrage zum Thema „Was halten die Deutschen von der Nachrüstung?“ oder beim Bericht über die sozialdemokratische Friedenskonferenz in Stockholm).

Doch der schmerzhafteste Tele-Biß der sechziger und siebziger Jahre hat sich verflüchtigt. Der vielgepriesene „Hecht im Karpenteich“ ist zum rötlich-medialen Bassin-Fisch geworden.

Immer mehr TV-Zuschauer begreifen, daß Television auch in Gestalt von Polit-Magazinen ein Teil der Unterhaltungsindustrie ist. Das galt insbesondere für „Panorama“ im Sommer 1982. Da gab es eine unvergessliche niederdeutsche Bauernkomödie - beim Verschwinden des Films über den bayerischen Ex-Verfassungsschützer Langemann. Was anfangs nach Watergate roch, erwies sich schließlich als „NDR-interne Panne“, wie Peter Gatter ganz kleinlaut vor der Kamera zugeben mußte.

Immerhin mehr als acht Jahre hielt es Peter Merseburger aus, der am 2. Januar 1967 kam und erst am 14.

Immerhin mehr als acht Jahre hielt es Peter Merseburger aus, der am 2. Januar 1967 kam und erst am 14.

„Der Roman seiner Generation. Die Geschichte eines inneren Entwicklungsprozesses vor dem Hintergrund einer Zeitenwende.“

Neue Presse Hannover

„Ein raues Gemüt hält sich den Spiegel vor.“

Stem

„... das Spiegelbild eines ganzen Mannes voller Kraft und Saft.“

Playboy

„Hardy Krüger ist mehr als ein Schauspieler, der talentiert schreibt - er ist ein wirklich großartiger Erzähler.“

Hardy Krüger Junge Unrast

Roman
C. Bertelsmann



Leinen
376 Seiten
DM 36,-
Jetzt neu im
Buchhandel

Höflichkeit, Liebenswürdigkeit
im Umgang miteinander
im Bus, im Wartezimmer, im Theater,
in den Restaurants ist unmodern.

Man gibt sich cool und distanziert,
fordert aber eine humanere
Gesellschaft. Die brauchen wir wirklich.
Gehen wir aufeinander zu,
so oft es möglich ist.

Nur gemeinsam werden wir
die Zukunft gewinnen.



Dies ist nur eine von vielen Überlegungen aus unserer
Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft
gewinnen“, die wir Ihnen auf Wunsch kostenlos zusenden.
Aktion Gemeinsinn e.V., eine Vereinigung
unabhängiger Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1

KRITIK

Wo waren die Wetter?

Pferde: Trabend, stehend, galoppierend. Nochmal Pferde: Störrisch, ängstlich, erregt. Von Menschen, die ihrer Wettleidenschaft frönen, die auf Pferde Haus und Hof setzen, sollte der Film „Das große Rennen“ (ARD) von Ulf von Mechow handeln. Doch der Wetter, das unbekannte Wesen - er blieb es. Thema verfehlt?

So gesehen, sicher. Wenig Ulf von Mechow zu Beginn und zum Ende seines Films eine alte Frau über ihre Wettleidenschaft und ihre Einsätze sprechen ließ. 800 Mark bringe sie an einem Rennstag auf die Bahn nach Frankfurt-Niederrad, 800 Mark, die sie - man sah es ihr an - mühselig zusammengepart hatte.

Aber ein Film über Menschen, die auf Pferde setzen? Nein, das war es gewiß nicht. Es war ein breitangelegtes Feature über Pferde und über jene, die sich mit Pferden beschäftigen: über Besitzer („Man macht sich Hoffnungen“), über angehende Jok-

keys („Ich will mal berüht werden“), über Trainer („Pferde sind mir wichtiger als Menschen“) und über Spekulanten („Pferde sind Abschreibungsobjekte“).

Da funkelte die Facette der Glitzerwelt Galoppensport. Sie glitzerte noch, wenn die armseligen Behausungen des Stallpersonals und Futtermistern („Ich verdiene 1100 Mark im Monat“) gezeigt wurden. Denn wenn es schon nicht der angekündigte Film über Wettleidenschaften wurde, dann sollte es doch zumindest eine sorgfältige Dokumentation über die Turf-Szene werden.

Aber auch das mißlang. Da wurde nicht nachgefragt, da wurde nicht relativiert, da wurden schöne Pferde in noch schöneren Bildern dargestellt. Immer wieder Pferde: stolz, unbeherrscht, fassungslos. Eine Dokumentation? Eher ein Poesiealbum.

KLAUS BLUME

STUDIO

An alle, die genauer wissen wollen, wie „Tagesschau“ und „heute“-Sendung gemacht werden, richtet sich das Buch „Fernsehnachrichten“ von Erich Straßner aus der Reihe „Medien in Forschung und Unterricht“ des Niemeyer-Verlages. Straßner, der gleichzeitig Mitherausgeber dieser Reihe ist, gibt in seinem Buch mit dem Untertitel „Eine Produktions-, Produkt- und Rezeptionsanalyse“ zunächst einen kurzgefaßten Überblick über die Geschichte des Dokumentarfilms von den Wochenschauen im Kino bis hin zur „Tagesschau Nr. 1“, die am 20. 12. 52 gesendet wurde. In ausführlichen inhaltlichen Analysen wird sodann der Weg dargestellt, der zu den uns heute bekannten Formen der Fernsehnachrichten geführt hat.

Interessant ist dabei die Verschiebung der Prioritäten, dargestellt anhand der Auswahl der Nachrichten und des relativen Stellenwertes, den sie im Rahmen der Sendung erhalten. Dadurch wird der Übergang vom „Magazin“ zur primär politisch orientierten Sendung deutlich. Zum anderen werden jedoch auch formale Aspekte berücksichtigt. Einen interessanten Vergleich stellt der Autor zwischen „Tagesschau“ und „heute“-Sendung an, Sendungen, die sich trotz gleicher Aufgabenstellung vor allem stilistisch unterscheiden.

Straßner wirft aber auch einen Blick über die Grenzen unseres Landes. Exemplarisch zeigt er den Weg der Nachrichten vom ursprünglichen Ereignis über die Nachrichten-Agenturen und die Redaktionen der Sendeanstalten bis zu den Bildschirmen der Bundesrepublik, der Schweiz, Österreichs und der „DDR“ auf. Ein letztes Kapitel ist der Untersuchung der Personen, auf der anderen Seite des Bildschirms gewidmet. Hier stellt Straßner die Abhängigkeit zwischen Art und Intensität der Rezeption von Nachrichten einerseits und verschiedensten Faktoren, die sich in der Person des Fernsehzuschauers konzentrieren, andererseits, auf.

Alles in allem ein gelungenes Buch, das dank seinem klaren Aufbau trotz der enormen Materialfülle nicht erdrückend wirkt, sondern sich - auch ausweisweise - gut und gewinnbringend liest.

21.00 heute
16.15 Der schwarze Falke
12.00 Unschau

14.00 Tagesschau

14.15 Bromski schüttet für den Rock
Als Roadie mit der Band auf Tournee
Film von Brigitte Krause

17.00 Desastert
Und nicht fragt keiner (1)

17.00 Tagesschau
dazu: Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?

21.00 Tagesschau
Repräsentativ-Umfrage: Was halten die Bundesbürger von der Nachrüstung? / Sicherheitsperspektive - Alternative zur Abschreckung? / Der Fall Peter Schult / Wahlen in Hessen und Bremen / Computer-Schnuggel
Moderation: Peter Gatter

21.00 heute

22.00 Tagesschau

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute

22.00 heute



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Der schwarze Falke
12.00 Unschau

12.10 New York, New York
12.15 Tagesschau
13.00 heute

14.00 heute
14.05 Moskau
Für die ältere Generation
Gesucht: Ein Platz im Heim
Anschl. heute-Schlagzeilen

14.55 Stundplaten
Frisch verheiratet

17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Blitzlichte

17.50 Kurthoyer Heilmittel
Vollendete Totschen
Mit Heinz Reincke, Lanny Kellner
u. a.
Regie: Georg Tressler
Anschl. heute-Schlagzeilen

18.30 Mein Name ist Hase
Trickreiches mit Bugs Bunny

19.00 heute
19.30 Stehst du da? Geschichten
Eine Gaunerkomödie nach Tatsachen
von Herbert Rosendorfer
mit Ilse Winder, Dietrich Siegl u. a.
Regie: Zoltan Pataky

21.00 heute-journal
21.30 Mitgegangenes - mitgefangenes
Neues Recht für Demonstranten -
ein Mittel gegen Gewalt?

22.00 Der besondere Film
Porträt des
Künstlers als
Filipino

Philippinischer Spielfilm, 1965
Regie: Lamberto V. Avila
Deutsche Erstausführung
Mit diesem Spielfilm beginnt das
ZDF einen kleinen Zyklus mit drei
Filmen aus der philippinischen
Produktion. Nach Avilans psychologischen
Kammerspiel, das im Schicksal der handelnden
Personen historische und kulturelle
Veränderungen des Landes in den
vierziger Jahren spiegelt, folgt am
16. Oktober „Wie ein Rock im Wasser“
(1976) von Ismael Bernat.

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

24.00 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Geometrie (15)
18.30 Saecumstraße
19.00 Tagesschau
20.15 Westfalen-Haus
21.00 Formel Eins
21.45 Düsseldorf Kon(m)füchen
22.15 Drei vor Mitternacht

NORD

18.00 Saecumstraße
18.30 Die Schichten der Iain
19.15 Falsch doch selbst mal
19.30 Energie aus Stroh
20.00 Tagesschau
20.15 Formel Eins
21.00 Die eigene Geschichte
21.45 Panorama-Nachfrage
22.30 Das schwarze Kabinett
Von Agenten gejagt
US-Spielfilm, 1942
23.45 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Saecumstraße
18.30 Marea (5)
18.50 Paddling
Puppenfilm
19.00 Formel Eins
19.30 Tipi für Schule und Beruf
20.00 Tagesschau
20.15 Mathieu - Gaston - Poloch
21.00 Ritz: Fernsehfilm
22.00 Drei aktuell
22.15 Stadtschneisen (2)
Liverpool 82
23.00 Eine Arbeiter-Japanreise 1915

SÜDWEST

18.00 Saecumstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik (15)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.30 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.50 Saar 5 regional
Gemeinschaftsprogramm Süd-
west 3

19.50

19.50 Nachrichten und Moderation
19.50 Die Sprachstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Frauen im Hause Württemberg
20.45 Schwab aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Sportmagazin
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
21.15 Ungezügelter Verheißer
Pferde in der Comarque
21.00 Antiquitäten in Serie
Gemeinschaftsprogramm Süd-
west 3

21.15

21.15 Treffpunkt-Berlin
Fernsehfilm 451

21.00

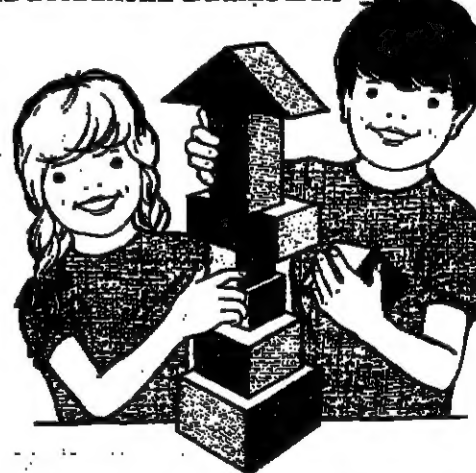
21.00 Avenall Avenall (5)

BAYERN

18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rendschau
19.00 Ich seh einen Engel
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Land
20.45 Rendschau
21.00 Die Sprachstunde
21.45 Z. E. H.
21.50 Die Schichten der Iain
22.15 Im Gespräch
23.45 Rendschau

Mutter fährt jetzt auch zur Kur

(Da staunt ihr Baukölzler!)



„Das ist doch schön für sie“, wird mancher denken, „aber was geht mich das an?“
Eine ganze Menge, meinen wir. Diese Mutter ist eine von 48.000 erschöpften Frauen, die jährlich eine Kur mit dem MGW machen. 120 Heime stehen zur Verfügung. Natürlich kostet so etwas viel Geld. Aber das sollte uns die Gesundheit der Mütter wert sein. Einen Dukaten hat das MGW leider nicht. Und gerade jetzt der öffentlichen Hand und den Sozialversicherungsträgern noch mehr Zuschüsse als bisher abzurufen, scheint hoffnungslos.
Unsere Hoffnung sind Spenden aus der Bevölkerung. Einzel-spenden für eine Gemeinschaftsaufgabe. Danke.

Die Mütter gehen uns alle an!

Müttorganasungswerk

8504 Stein b. Nürnberg
Spendenkonto: Postcheck Nürnberg 8000 (BLZ 760 100 85)
Dresdner Bank Nürnberg 123-8000 (BLZ 760 800 40)

Deutschlands Herzpatienten in Not! Es fehlen OP-Plätze, Intensivbetten und Gerät. Rund 10.000 Herzpatienten stehen auf der Warteliste. Viele sterben, weil sie nicht operiert werden können. Hilfe tut Not! Deutschlands Herzpatienten brauchen mehr OP-Plätze, Intensivbetten und Gerät. Laßt uns helfen! Werden Sie Mitglied Vereinsgem. e.V.

HERZ - IN - NOT DEUTSCHLAND E.V.

Sitz von „Herz-in-Not Deutschland e.V.“: Postfach 34 48, 4400 Münster.
1. Vorsitzender: G.-W. Kreuzer
Baskgrund 12, 4408 Dülmen, Tel.: 02594/57 41

Spendenkonto: Stadtparkstraße Münster, BLZ 440 501 50, Kto.-Nr. 158
Bankhaus Lampe, Münster, BLZ 480 201 51, Kto.-Nr. 334 200
Postcheckamt Dortmund, BLZ 440 100 46, Kto.-Nr. 2525-469

Retten Sie Menschenleben!

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.

Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Hof 56-60 · 4300 Essen 1 · Telefon 0201/711051

*) * 14. 3. 1879. Utm:
† 18. 4. 1955. Princeton/USA.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.

Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft

ZAHLEN

EISHOCKEY
Bundesliga, 8. Spieltag: Freiburg - Isenlohn 2:1, Rießersee - Köln 0:4, Landshut - Mannheim 3:5, Düsseldorf - Kaufbeuren 3:4, Rosenheim - Schwemlingen 7:2.

1. Mannheim	8	5	1	2	35:21	11,5
2. Köln	8	5	1	2	32:17	11,5
3. Rosenheim	8	4	3	1	30:20	11,5
4. Freiburg	8	5	1	2	24:17	11,5
5. Isenlohn	8	4	1	3	23:28	9,7
6. Kaufbeuren	8	2	3	3	27:37	7,9
7. Landshut	8	2	3	3	22:31	7,9
8. Schwemlingen	8	2	3	3	22:28	6,0
9. Düsseldorf	8	1	0	7	26:34	6,0
10. Rießersee	8	1	0	7	28:49	2,4

VOLLEYBALL
Europameisterschaft in der DDR.
Damen, letzter Spieltag: Bulgarien - Rumänien 3:0, Ungarn - DDR 3:0, Deutschland 3:0, DDR - UdSSR 3:2. Die Abschlusstabelle:

1. DDR	5	5	0	15:5	10,0
2. UdSSR	5	4	1	14:7	8,2
3. Ungarn	5	3	2	13:9	4,9
4. Bulgarien	5	3	2	10:13	6,0
5. BR Deutschland	5	1	4	13:28	1,8
6. Rumänien	5	0	5	2:15	0,0

HERREN, letzter Spieltag: Bulgarien - UdSSR 3:0, DDR - Italien 3:2, UdSSR - Polen 3:1. Abschlusstabelle:

1. UdSSR	5	5	0	15:5	10,0
2. Bulgarien	5	4	1	13:7	8,2
3. Italien	5	3	2	10:9	4,9
4. DDR	5	1	4	13:28	1,8
5. Polen	5	0	5	2:15	0,0

Grand-Prix-Turnier in San Francisco, Endspiel: Lendl (USA) 6:4, 7:6, 6:4 - McEnroe (USA) 6:1, 6:2. Damen, letzter Spieltag: Lendl (USA/CSSR) 6:1, 6:2. Damen, letzter Spieltag: Lendl (USA/CSSR) 6:1, 6:2.

Deutsche Mannschaftsmehrfachschicht der Herren in Amberg, Endspiel: Neuss - Berlin 3:0 (Günthard - Frey 7:6, 6:1, Pinner - Eder 6:4, 7:5, 6:7, Maurer - Gehring 6:4, 7:5, Westphal - Marten 6:4, 0:5, 7:5, Popp - Gebert 6:4, 6:4, Steinböck - Schulz 6:4, 6:3, Günthard/Pinner - Gehring/Marten 7:5, 6:4, Pinner/Frey - Eder/Schulz 6:4, 6:3, Maurer/Gehring - Gebert/Schulz 7:5, 6:4, 1:2 abgebrochen).

MOTORSPORT
Großer Preis von Europa in Brands Hatch (75 Runden = 118,67 km): 1. Piquet (Brasilien) Brabham/BMW 1:36:48,885 Std. (Durchschnitt: 198,209 km/h), 2. Prost (Frankreich) Renault 1:36:53,336 Std., 3. Piquet (Brasilien) Lotus 1:37:18,188 Std., 4. de Cesaris (Italien) Alfa Romeo 1:37:30,281 Std., 5. Warwick (England) Toleman 1:37:38,788 Std., 6. Giacomelli (Italien) Toleman 1:37:38,893 Std., 7. Patrese (Italien) Brabham 1:37:58,549 Std., 8. Winkelhock (Deutschland) ATS eine Rd. zur., 9. Arnoux (Frankreich) Ferrari eine Rd. zur., 10. Cheever (USA) Renault eine Rd. zur. Gesamtwertung: 1. Prost 97 Punkte, 2. Piquet (Brasilien) Brabham/BMW-Turbo 55, 3. Arnoux 49, 4. Tambay (Frankreich) Ferrari-Turbo 40, 5. Rosberg (Finnland) Williams-Ford 35, 6. Watson (Irland) McLaren-Ford 32, 7. Cheever 21, 8. Lauda (Österreich) McLaren-Ford-Turbo.

GOLF
4-Länder-Turnier in Eindhoven (Holland): 1. Belgien 60 Punkte, 2. Deutschland 42, 3. Schweiz 24, 4. Holland 0. - Mit je sechs Herren und vier Damen gewannen Belgien alle drei Spiele mit je 8:7; Deutschland besiegte die Schweiz 10:5 und Holland 9:6, die Schweiz gewann gegen Holland 10:4. Für Deutschland spielten: Hagen, Blohm, Dekkers, Dönn, Schleg, Schlotter, Stamm; Damen: Haubensack, Ummen, Lampert und Steiner.

HANDBALL
Bundesliga, 10. Spieltag: Essen - Kiel 13:10.

GEWINNZAHL
Auswahlwette „aus 49“: 10, 18, 20, 27, 40, 44, Zusatzspiel: 3. (Ohne Gewähr).

MOTORSPORT / Letzter WM-Lauf der Formel 1 wurde zu einem echten Finale

Nervosität wächst. Franzose Prost über seinen Landsmann Arnoux: „Er verkauft sich an jeden“

Seit Sonntagabend, kurz nachdem der Brasilianer Nelson Piquet in Brands Hatch den Großen Preis von Europa gewonnen hatte, läuft der Countdown für das Finale um die Formel-1-Weltmeisterschaft 1983 am 15. Oktober in Kyalami (Südafrika). Nelson Piquet, 31 Jahre alt, 1981 bereits Weltmeister, war in Brands Hatch bei den englischen Buchmachern der klare 5:2-Favorit - zu gewinnen war also so gut wie nichts - und er ist auch schon jetzt wieder als Favorit für den Großen Preis von Südafrika Mitte Oktober in Kyalami. Der Grund: Das Haus BMW, Lieferant der Turbo-Motoren für Piquets Brabham, testete wegen des Finals bereits ein ganzes Sortiment an Motoren und Auspuffanlagen, um möglichst jeder Situation auf der Kyalami-Piste begegnen zu können.

Einen derart großen technischen Aufwand - so heißt es in der Branche - könne man sich bei Renault nicht leisten, was übrigens auch die Trainingsergebnisse bei den letzten Rennen belegen. Alain Prost, der in der Weltmeisterschaftswertung knapp mit zwei Punkten vor Piquet führt, die französische Renault-Fahrer, zeigte sich aber schon Nervös. Vor allem außerhalb des Rennschlusses.

Seinen Landsmann und früheren Teamkollegen René Arnoux (jetzt Spitzenfahrer bei Ferrari in Italien) beschimpfte er in der Öffentlichkeit: „Arnoux ist wie eine Hure, er verkauft sich an jeden.“ In Brands Hatch erzählte er dann wieder das, was er seit einiger Zeit sagt: Wenn ich schon nicht Weltmeister werde, dann soll es zumindest Piquet sein, auf keinen Fall aber Arnoux. „Der Ärger resultiert noch aus einer alten Fehde, als die beiden im vorigen Jahr gemeinsam für Renault fuhren. Da verspernte Arnoux ausgerechnet beim Großen Preis von Frankreich in Le Castellet trotz anderslautender Anweisungen von den Boxen Prost den Weg zum Sieg.“

Diese Attacke sei die Antwort auf Prost's Intrigenspiel gegen ihn gewe-

sen, rechtfertigte sich Arnoux damals. Daß er seine überreizten Nerven nicht immer im Zaum halten kann, bewies er auch am Sonntag in Brands Hatch. Der Franzose drehte sich in der 20. Runde, an fünfter Stelle liegend, mit seinem Ferrari-Turbo und saß danach minutenlang auf den überhitzten Randstreifen fest. Weit zurückgefallen konnte er das Rennen zwar wieder aufnehmen, einer der vorderen Plätze konnte jedoch für ihn nicht mehr in Frage.

Arnoux und sein Teamkollege Patrick Tambay (Frankreich) haben

aber auch technische Probleme mit dem neuen Ferrari, der Mitte dieser Saison zum Einsatz kam. Zwar entwickelten die sechs Zylinder Italienschen Turbos 800 PS (zum Vergleich: 640 PS beim BMW), doch läßt sich diese enorme Kraft nicht immer optimal auf alle vier Räder übertragen. Auf ihren amerikanischen Reifen schüttelten die Ferraris beim Großen Preis von Holland in Zandvoort zum Beispiel wie auf Glatteis umher.

Das ist die Ausgangslage für das Finale in der Formel 1, nachdem noch drei Fahrer Weltmeister werden

können: Nelson Sautomayor aus Brasilien, der sich das Rennfahrer-Pseudonym „Piquet“ zugelegt hat, Alain Prost und René Arnoux. Selbst wenn diese drei Fahrer in Kyalami nicht das Ziel erreichen, kann niemand anders mehr Weltmeister werden - der Punkteabstand schon zum Vierten in der WM-Wertung (Patrick Tambay) ist bereits zu groß. Der Kampf hat sich seit dem 22. Mai, dem Großen Preis von Belgien, zugespitzt, als Prost die Führung mit vier Punkten Vorsprung vor Piquet übernahm.

Der jeweiligen Nummer zwei in ihren Teams kommt deshalb im letzten Rennen - wie auch schon zuvor - hauptsächlich die Aufgabe des Abschirmens der Konkurrenz zu. Das gilt für den Italiener Riccardo Patrese (Brabham-BMW) ebenso wie für den Amerikaner Eddie Cheever (Renault) und den Franzosen Patrick Tambay (Ferrari).

Die nun entstandene Situation bedingt eine straffe Stallordnung und die strikte Einhaltung der jeweiligen taktischen Marschroute. Tambay befindet sich dabei in der verzwicktesten Situation. Einerseits darf er seinen Teamkollegen Arnoux nicht überholen, muß also defensiv fahren, andererseits muß er aber auch attackieren, um die Konkurrenten von Arnoux - Piquet und Prost - Platz um Platz zurückzudrängen. Denn nur wenn dieses Konzept aufgeht, kann René Arnoux (siehe auch nebenstehende Kasten) noch Weltmeister werden.

Drei Dinge haben zu diesem spannenden Formel-1-Finale geführt: drei Fahrer von absoluter Spitzenklasse, drei Teams mit beinahe schon überbordendem technischem Know-how und viele kleine technische Finessen (Piquet: „Lauter Zwei-Mark-Geschichten“) während der Saison, die ein uneinholbares Auf-und-Davon-Fahren stoppten.

So gibt es nun in Kyalami so etwas wie einen echten Endlauf. Piquet gilt als Favorit, weil er überaus behutsam zu Werke geht. Er sagt: „Wenn es heiß wird, drehe ich den Ladedruck meines BMW-Turbo lieber zurück als auf.“



Die großen drei: Prost, Piquet, Arnoux (von links).

Rechenexempel von Kyalami

Vor dem letzten Lauf um die Formel-1-Weltmeisterschaft 1983 am 15. Oktober in Kyalami (Südafrika) führt der Franzose Alain Prost (Renault) mit 57 Punkten vor dem Brasilianer Nelson Piquet (Brabham-BMW), der es bisher auf 55 Punkte brachte, und René Arnoux (Frankreich). Ferrari-Fahrer Arnoux sammelte bisher 49 Punkte.

Zur Erklärung: Für den Sieg bei einem Grand Prix gibt es 9 Punkte. Die weitere Punkteverteilung: 6, 4, 3, 2 und 1 Punkt für Rang sechs.

Daraus ergeben sich für das Rennen in Südafrika folgende Prognosen: Arnoux kann nur dann noch Weltmeister werden, wenn er selbst gewinnt, Piquet Viertes und Prost Sechster werden. Dann wären zwar

alle drei Fahrer punktgleich (58), doch würde in einem solchen Fall die Majorität der besseren Plätze während der gesamten Saison zu Gunsten Arnoux entscheiden.

Wenn Arnoux gewinnt, Piquet Zweiter und Prost Dritter werden, ist Prost Weltmeister. Piquet und Prost sind dann punktgleich (61), doch Prost hat mehr Siege (4:3) in diesem Sommer aufzuweisen.

Prost wäre auch Weltmeister, würde er bei einem Arnoux-Sieg nur Viertes und Piquet Dritter werden. Will Piquet Weltmeister werden, so muß er zumindest einen Drei-Punkte-Abstand zwischen sich und Prost herausfahren - also möglichst vor Prost das Finale in Kyalami gewinnen.

K. Bl.

SPORT-NACHRICHTEN

Langer Dritter

Moor Park (GAB) - Dritter der mit 440 000 Mark dotierten „Bob Hope English Classic“ wurde Golf-Profi Bernhard Langer (26) im englischen Moor Park. Der Augsburger kassierte 270 Mark für seine 70+66+65+70=271 Schläge (Par 72). Er gewann José Canizares (Spanien) mit 70+68+68+66=270 vor David Feherty (Irland) 68+67+68+67=270.

Dortmunder Minus

Dortmund (sid) - Mit einem Bilanzverlust von 948 000 Mark schloß der Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund das vergangene Geschäftsjahr (Ende: 31. Juli 1983) ab.

Aus für Knosp und Partsch

Kiew (dpa) - Schon nach den ersten beiden Runden bei den Ringer-Welt-

meisterschaften im freien Stil in Kiew schieden zwei deutsche Teilnehmer aus. Im Leichtgewicht verlor Erwin Knap (Ostfriesland) gegen Raulhalla (Finnland) 2:0 (Mongolei), im Bantamgewicht unterlag Partsch (Aalen) dem Kubaner Torres.

Overt setzte sich durch

London (dpa) - Weltrekordler Steve Overt setzte sich gegen den englischen Verband mit der Forderung durch, vorzeitig für die Olympischen Spiele 1984 nominiert zu werden. Berufen wurden neben Overt und Cram (1500-m-Weltmeister) auch Coo, Thompson, Wells, Conner und Hindemislauer Reltz.

Beckereits Forderungen

Saarbrücken (dpa) - Eine organisierte soziale Förderung für Hochleistungsportler hat der Aktivisten-

cher im Deutschen Sportbund (DSB), Michael Beckerei, gefordert. Beckerei nannte dafür die Beurlaubung vom Studium ohne Nachteile und die Schaffung von Halbtags-Arbeitsstellen.

Lendl schlug McEnroe

San Francisco (sid) - Der Tschechoslowake Ivan Lendl gewann das mit 260 000 Dollar dotierte Tennis-Grand-Prix-Turnier von San Francisco. Im Finale schlug er den Amerikaner John McEnroe 3:6, 7:6, 6:4.

Viren nicht nach Los Angeles

Myrskylä (sid) - Der viermalige Langstrecken-Olympiasieger Lasse Viren (Finnland) wird nicht bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles starten. Das erklärte Viren nach einem 21-Kilometer-Rennen, bei dem er nur Fünfter geworden war.

Warum der „DDR“-Fußball ins Abseits rollt

Marita Koch ist eine der größten Leichtathletinnen, die es je gab. Sie ist auch ein Beispiel für - den Begriff wird oft gebraucht - den „Sportgiganten DDR“. Marita Koch sieht gerne ein Fußballspiel und sagt: „Ein gutes Spiel macht mir Spaß, aber wann sieht man schon eins?“

Dieses Zitat stammt aus dem Jahre 1979. Damals nahm sich auch Rudi Hellmann, Leiter der Abteilung Sport im Zentral Komitee der SED, die Fußballspieler „eindringlich und aufrichtig“ (Deutsches Sportecho/Ost-Berlin) zur Brust. Er sprach vom „Unmut und Unverständnis der Bevölkerung“ wegen der vielen Mißerfolge.

Marita Koch mag noch einen Weltrekord laufen, die Schwimmreinen können immer wieder aus neue - wie bei der Europameisterschaft - in allen Rennen Gold und Silber gewinnen was die Lieblingskind der Bürger verkommt. Da hat auch der

Samstags um 18.00 Uhr ist die Sportschau West der Straßensieger der „DDR“.

Das zeigt am Selbstbewußtsein, mißachtet nach innen den Begriff der außen so oft gebraucht wird: Sportnation. Die Folgen wurden gestern erneut deutlich. Dem Auswahltrainer Rudolf Krause wurde, für seine Tätigkeit, gedankt, er übernahm

STANDPUNKT

„eine andere Aufgabe im DDR-Fußballsport“. Eine Entlassung, nicht, nur zwei Jahre nach der Entlassung von Georg Buschner, der zuvor elf Jahre im Amt war. Die Staatsführung schafft nicht, was ihr wichtig ist. Machtlos muß sie zusehen, wie das Lieblingskind der Bürger verkommt. Da hat auch der

Professor Erbach, Staatssekretär für Körperkultur und Sport, nichts ändern können, der im Februar die Führung des Verbandes übernehmen mußte.

Beim Fußball scheitert der „DDR“-Sport, weil er seine Lebensgrundlage mißachtet. Individualität wird in der überspannten Sucht nach dem Kollektiv weggeholt, Spieler werden von einem Verein zum anderen delegiert, ohne danach zu fragen, ob sie zu neuen Mannschaften passen.

Die „DDR“ wird auch bei der Endrunde der Europameisterschaft 1984 nicht vertreten sein. Die Fußballfreunde müssen weiter (durch die Röhre) nach Westen schauen. Das politische System macht's, nicht mangelndes Talent. Fußball, ein echtes Kind des Proletariats, blüht im Kapitalismus auf. Gerade das macht so nervös, weil es, über den Sport hinaus, auch für den „DDR“-Alltag gilt. M. E.

ADRESSEN
6360 Bad Homburg, WMA Dienstleistungen, PF 21 44, Tel. 0 61 72/5 50 25
3362 Bielefeld 1, Markor Dienstleistungen, PF 208, Tel. 0 55 91/3 41 41, 0 55 92 059
KARL VIERHAPPEL, 5000 Köln 51, Post. 01 10 80, Tel. 0 21 37 04 14, 0 21 37 04 15

ARTAX
4000 Düsseldorf 36, EXECUTIVE - CHARTER TRAVEL AIR, Tel. 02 11/4 21 06 08 oder 0 40/5 00 02 33

AUSBAUUNG U. ERFAHRUNGSAUSTAUSCH BÜRO
72 Stuttgart, VV VERBAND u. AKADEMIE, Stöckelbergweg 30, Tel. 07 11/5 80 07

AUSKUNFTEN
Aachen/Wuppertal, CREDITREPAIR, in 107 Orten in Deutschland und weltweit
AUSBAUUNG U. ERFAHRUNGSAUSTAUSCH BÜRO
Dipl.-Ing. G. Kamps, Rethelstr. 55, 5220 Eiterpen, Tel. 0 91 51/3 10 51, und 135 Plettenberg, Steiner Platz 104, 4120, Aachen

AUTOLEASING
2000 Hamburg 86, Seemannsweg 5, Hanes Automobil Leasing GmbH, Tel. 0 40/5 53 05 02
2000 Hamburg 86, Hanes Automobil Leasing GmbH, Rührstr. 68, Tel. 0 40/5 53 05 02
6000 Heidelberg, Rhein-Neckar-Auto Leasing GmbH, Tel. 0 62 21/3 70 71

AUTO-KOMPLETT-REINIGUNG
CAR-CLEAN-SERVICE, die Gebrauchsgegenstände, Tel. 0 23 05/1 79 42

AUTOTROCKENWÄSCHE
Lack, Glas, Chrom schonend pflegen und versiegeln, Autowaschen ohne Wasser: LHV, OHG, PF 29 50, D-4950 Minden, Tel. 0 57 22/2 58 10

BLOCKHAUSEN / FERIENHAUSEN
HUNSROCKER HOLZBAUWERK EMIL THEIG KG, 5449 Lutzerath, Tel. 0 67 62/3 03

BRIEFKÄUFEN - ANKAUF - VERKAUF
ANKAUF-ZENTRALE FARNER, 83 Bonn 3, Johannstr. 33, Tel. 02 28/46 77 08

ELEKTRO. LADEN- / WAREN-DIENSTLEISTUNG
Tilly Aker und Elektrobedarf, 2 H 50, Bernstorferstr. 151-152, Tel. 0 40/47 70 77, Tel. 2 173 440

ERSKREIM
CALIFORNIA ICE CREAM, 4712 Werra, Götterstr. 3, Tel. 0 23 89/80 28

FACHSCHULEN
6262 Andlberg/Obb., Postfach 239, STAATL. AMERIK. HOTELBERUFS-FACHSCHULE, Tel. 0 57 71/7 00 10
Dtsch. Angewandte-Hochsch. u. V. Bildungs- und Berufshilf. d. DAJ e. V., Holzweg 6, 2 H 50, Tel. 0 40/34 91 51, Durchwahl 3 49 15-2 91

FERIENFAHRSCHULE
1370 Koll + 5372 Schellweiler/Eifel, Ferienfahrschule, alle Klassen, Dieter 230, Tel. 0 24 41/77 98

GESUNDHEIT
GISELA SCHÖTZ, NATURHELMITTEL, PF 60, 6001 Kienast, Tel. 0 68 98/3 27 24, Katalog und Informationen gratis.

Wer Was Wo

Ein Wegweiser für WELT-Leser

HAARAUSSFALL
4000 Dortmund, HAAR-PRAXIS KLAASSEN, Deutschlands größte Praxis für Haar-Praxen, Witz-Str. 25, Tel. 02 31/52 74 74

HOTEL MIT AUSGEZEICHNETER KÜCHE
8300 Bonn 2, Rheinhotel Dreesen, Tel. 02 28/36 40 01, Telex 08 65 417

HOTEL MIT LÄNDLICHEM CHARME
Gut Pankendorf, 5708 Altscheid, im Hochsauerland, Tel. 0 29 34/10 12

HOTEL FÜR IHRE GESCHÄFTSREISE
4000 Düsseldorf, Hotel Fairport, Niederheimerstr. 102, Tel. 02 11/45 09 56, Tel. 0 21 35/3 74 00, Telex 7 52 27

IHR HOTEL ZWISCHEN NORD UND SÜD
Hotel Gabel, 7500 Aachen, Sonnen-Eintracht Aachen, Hauptstr. 112, Telefon 0 79 41/64 00, Telex 7 52 27

IMMOBILIENMAKLER
6 Köln 1, Albert Woller RDM, Mainplatz 9, Tel. 02 1/23 37 27, 0 21 35/3 82 32
3002 Wadenmarkt 19, Tel. 0 51 30/44 58, DM 24 - POSTELLA BUNDES-NIMOS

INTERNATREKKE
Information, Beratung u. Broschüre (Schutzgebühr DM 20,-) über die besten deutschen und Schweizer Internate erhalten Eltern von der Euro-Internatberatung. Tel. 0 59/4 46 72 62

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN
3423 Bad Seibers, Internate-Gymnasium Pädagogikum, staatl. anerkt. ab Klasse 5, Tel. 0 55 28/10 01
3000 Bielefeld, Freie Waldorfschule, Landeshofstr. 5, Tel. 0 51 61/40 21
5200 Bonn 3, Gross-Schulz-Gymn., Königswinterer Str. 534, Tel. 02 28/44 11 54
4700 Hünx-Hessen, Internate-Gymnasium, Tel. 0 23 81/3 40 42-43
Innsbruck, Internat St. Margareten, Internat f. Jungen u. Mädchen, 5700 Arnsberg 1-Hardtberg, Tel. 0 23 32/41 10-9

KONGRESSE / TAGUNGEN
Bielefeld, Monoco, Städtische Zentrale für Tourismus und Kongresse, 6000 Frankfurt, Mainzer Landstr. 174, Tel. 05 11/73 05 39

KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGEN/ROLLTORE
8004 Hofheim/Lahn, T.O. + W. Griebmann GmbH, Notruf 0 22 65/62 25, Tel. 19 37-38, Telex 5 87 867
Technische Überprüfung und Wartung, sowie Nachrüstung nach UVV und Arbeitsschutz, Ersatzteile von Törring, ihr nächster Partner!

LEASING
6000 Augsburg, H. Investitionsgüter Leasing, Nibbelungenstr. 1, Tel. 08 21/51 00 77, Telex 05 35 527
4180 Krefeld, GGA Leasing, Urdorfer Str. 532, Tel. 0 21 51/5 50 45-46
4180 Krefeld, DTL Deutsche Teiler-Leasing, Urdorfer Str. 532, Tel. 0 21 51/5 50 40

MOTORCARAVANS
7102 Weinberg, Karosseriebau Weinberg GmbH, Postf. 11 68, Tel. 0 71 34 - 80 31

MÜNZFACHGÄHTE / GROSSE- UND EINZELHANDEL / AUKTIONEN
4 Düsseldorf, MONZHANDLUNG RITTER, Bastionstr. 10, Tel. 02 11/32 50 24, Telex 5 07 634

ORIENTENTIPPE
STAR-ORIENTENTIPPE-LEASING KG, 4300 Essen, Huyssenallee 58-64, Tel. 02 01/22 34 44-45

PSYCHOLOGISCH-STATISTISCHE TEXT-AUSWERTUNG ZUR MEINUNGSFORSCHUNG U. PR
Dipl.-Psych. E. C. Küller, Forschung + Beratung, Max-Planck-Str. 78, 28 Bremen 33, Tel. 04 21/25 23 70

Informationen über den Wegweiser für WELT-Leser „WER-WAS-WO“ erhalten Sie durch DIE WELT Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 38, Telefon 0 40/3 47 44 40 und 0 40/3 47 41 28.

SAUNANLAGEN
PECHNER - Sauna - Solarium, 7170 Schwäbisch Hall, Raffelstraße 7, Tel. 07 01/21 16

SEESTATTUNGEN
2000 Hamburg 1, ERSTE DEUTSCHE REISEN, A. d. Aker 11, Tel. 0 40/2 80 20 80

SEMINARE
VA-Akademie für Führung und Verkauf - Verkaufstrainingseminare e. V., 6221 Sülzbach b. Frankfurt, Hauptstr. 123, Tel. 01 86/2 70 01

SENIORENWOHNITZE
6100 Garzisch-Parandorf, Rotes Kreuz-Betreuungsgesellschaft mbH, Seniorenwohnitz Parandorf, Mittenwalder Str. 17-23, Tel. 0 89 21/5 30 48
6000 Kempten, Rotes Kreuz-Betreuungsgesellschaft mbH, Seniorenwohnitz Hofeimer-Park mit Pflegestation, Haus L. Hieberstr. 6, Tel. 08 31/20 41

SENKRECHT-LAMELLEN
2000 Hamburg 19, auch gebrauchte gegen neu, Dr. Heller + Co. Hansstr. 38, Tel. 0 40/44 22 22

SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU
2100 Hamburg 90, SQUASH COURT SERVICE GmbH, Tel. 0 40/77 27 45-46

SCHAUFENSTERFURNIEREN
FURNIER-JUNG KG, für Mode und Sport, Museen und Privat, von 80 - bis 1200 - CM, 6510 Fürth/Reg., Kaiserstr. 168-170, Tel. 09 11/7 80 87, Telex 6 22 529

SCHWEIZER VERMÖGENSVERWALTUNG
CH-3004 Zürich, MWV Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft für die Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 04 11/2 41 55-56, Telex 0 045-8 13 885, spezialisiert auf bürgerliche qualitätsorientierte str-Anlagen; auch Anapartprogramme

TAGUNGS- UND KONFERENZHOTELS
9730 Bad Kissingen, Hotel KUR-CENTER, Tel. 09 71/8 11, Telex 06 72 837
2180 Cuxhaven-Duhnen, Hotel Seehaus, Hattenberg, Telefon 0 47 21/4 70 65/67
4701 Haren-Röper, B&B-Restaurant Rhymer-Nord, Tel. 0 22 95/35 65 oder 35 00
6100 Wülfel (D. Darmstadt-Eberstadt), Rest. Burg Frankenstein, T. 0 61 51/5 48 18
6220 Weilburg/Lahn, Schlosshotel Weilburg, T. 0 64 71/3 90 96, Telex 4 84 730

TOUTETS / PERÜCKEN
Brehmer GmbH, 2800 Bremen, Parkstr. 116, Tel. 04 21/34 30 16, deutsche Meisterbetriebe, Brehmer-Top-Center im gesamten Bundesgebiet, Anschriften anfordern

VERMÖGENSVERWALTUNG IN DER SCHWEIZ
CH-3004 Zürich, MWV Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft für die Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 04 11/2 41 55-56, Telex 0 045-8 13 885, spezialisiert auf bürgerliche qualitätsorientierte str-Anlagen; auch Anapartprogramme

VERWALTUNG VON EIGENTUMSWOHNUNGEN UND HAUSEN
82 Weinbaben, Muro & Partner, Kals-Friedr. Ring 7, T. 0 61 21/82 40 43

ZEITUNGSAUSSCHNITTBÜRO
5300 Bonn, Hermes R. Sauer, Weberstr. 82, Tel. 02 28/21 91 26

ZÜNDHOLZWERBUNG
2722 Visselhövede, von Deylen ZOGLAM GmbH, PF 249, Tel. 0 42 62/77 74, Telex 4 301

erscheint wöchentlich

DAG-Chef gegen Belastung durch noch mehr Steuern

Die Grenzen der zumutbaren Belastung der Arbeitnehmer durch öffentliche Abgaben sind nach Auffassung des Vorsitzenden der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hermann Brandt, bei weitem überschritten. Bei der Eröffnung des 13. DAG-Bundeskongresses sagte Brandt gestern in Hamburg: „Es muß endlich Schluß damit sein, daß der Staat sich in so unverschämter Weise an Tarifierhöhungen vergreift.“

Bei dem Kongreß unter dem Motto „Härtere Zeiten - wachsende Aufgaben - stärkerer Zusammenhalt“ sprach Brandt die Erwartung aus, daß die Bundesregierung sich „mit aller Deutlichkeit von der allgemeinen Stimmungsmache gegen die Gewerkschaften distanzieren“. Er kündigte härtesten Widerstand der DAG gegen alle Systemveränderungen an, die das gezielte System der Sozialversicherung beseitigen wollen. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, forderte in seinem Grußwort wirksame Hilfen für Strukturen und Regionen, die besonders unter der Wirtschaftskrise leiden wie Stahl, Kohle und Werften.

Strauß: Kein CSU-Kandidat

Die CSU wird sich nicht mit einem eigenen Vorschlag am Kandidaten-Karussell für die Wahl des Bundespräsidenten beteiligen. Am Rande der gestrigen CSU-Vorstandssitzung erklärte Franz Josef Strauß vor Journalisten überraschend: „Ich glaube mit Sicherheit sagen zu dürfen, daß es keinen Kandidaten aus den Reihen der CSU geben wird.“

Der CSU-Vorsitzende wollte jedoch zu Gerüchten, wonach Richard von Weizsäcker (CDU) nicht mit der Unterstützung der bayerischen Schwesterpartei rechnen könne, keine Stellung nehmen. Die CSU habe bis jetzt „weder den einen noch den anderen Vorschlag ernsthaft vernennen können“, meinte Strauß, man habe deshalb keinen Grund, sich im Vorhinein festzulegen. Die Ankündigung von Strauß, seine Partei werde auf einen eigenen Kandidaten verzichten, macht die dem bayerischen Kultusminister Hans Maier nachgesagten Hoffnungen auf das höchste Staatsamt auf absehbare Zeit zunichte.

Ost-Berlin hebt Beschlüsse der SPD groß hervor

Keine Berichte über mäßige Worte zur Nachrüstung

In den „DDR“-Medien wird der wachsende Widerstand in sozialdemokratischen Kreisen gegen eine mögliche Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen mit großer Aufmerksamkeit registriert. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ berichtete in seiner gestrigen Ausgabe ebenso wie die übrigen „DDR“-Tageszeitungen ausführlich vom Verlauf der SPD-Landesparteitage in Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin, wo die Sozialdemokraten teilweise vorbehaltlos eine Nachrüstung nach dem NATO-Doppelbeschluss abgelehnt hatten.

Die „DDR“-Berichte gehen vor allem auf das Referat von Hans-Jochen Vogel vom Landesparteitag in Berlin ein und nehmen dabei im wesentlichen die Forderung des SPD-Spitzenpolitikers auf, die britischen und französischen Raketenstützen in die Genfer Verhandlungen miteinzubringen. Beachtung findet auch die Äußerung Hans-Jochen Vogels, ohne ein Ende des Rüstungswettlaufs wäre ein Rückfall in den Kalten Krieg wahrscheinlich als ein Fortschritt in den Beziehungen über die Grenzen unterschiedlicher Bündnis- und Gesellschaftsordnungen hinweg.

Keine Berücksichtigung in der „DDR“-Berichterstattung fanden

hingegen mahnende oder zur Mäßigung aufrufende Worte von SPD-Politikern, die für eine Entscheidung zur Haltung der Sozialdemokraten in der Nachrüstungsfrage erst nach Abschluß der Genfer Verhandlungen plädieren. Auch der Appell Vogels, der für eine endgültige Entscheidung erst auf dem außerordentlichen SPD-Bundesparteitag im November argumentiert hatte, kam in den „DDR“-Medien nicht zum Ausdruck.

In großer Aufmachung berichtete die „DDR“-Zeitung über die Parade zum 30jährigen Bestehen der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“. Zitiert wurde aus der Rede von „DDR“-Staatschef Erich Honecker, der die „eindrucksvolle Manifestation im Herzen des roten Berlin“ als „lebendigen Ausdruck dafür“ sieht, „daß die Opfer des deutschen Proletariats im Kampf gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, für die soziale Befreiung unseres Volkes nicht vergebens waren“. Honecker bekräftigte vor den paramilitärischen Bürgerkriegstruppen „den Feinden zur unüberhörbaren Meinung“, die Republik verstehe sich zu verteidigen. Heute sei die Existenz der „DDR“ im „Herzen Europas“ eine Warnung für diejenigen, die glauben, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu können.

BDI: Sparkurs fortführen

Rodenstock sieht Weg für Steuerentlastungen verstell

HANS-J. MAHNKE, Bonn Die bisherige leichte konjunkturelle Belebung im ersten Halbjahr kann nach Ansicht des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rolf Rodenstock, in einen Aufschwung einmünden, wenn alle politischen Entscheidungen auf eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit zugeschnitten werden. Nach einer Sitzung des BDI-Präsidiums appellierte er an Bundesregierung und Parlament, den eingeschlagenen Konsolidierungskurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik - unter Beachtung gesamtwirtschaftlicher Erfordernisse - durchzuhalten. Nur so seien die finanziellen Handlungsspielräume wiederzugewinnen, die zur Überwindung der strukturellen

len Schwächen der deutschen Wirtschaft erforderlich seien.

Der Weg für umfassende Steuerentlastungen sei zwar gegenwärtig finanzpolitisch verstell, gleichwohl müsse die Bundesregierung schon jetzt klare Perspektiven für eine künftige Reform der Unternehmensbesteuerung entwickeln. Die notwendige Reform des Einkommen- und Lohnsteuertarifs sollte erst in Angriff genommen werden, wenn die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage und des Haushalts dieses zulasse. Zuvor sollten Entlastungen für die Unternehmen bei den Lohnnebenkosten und den beschäftigungsbegleitenden Vorschüssen geschaffen werden, die dem Flussschne Einnahmeausfälle brächten.

„Prawda“-Kritik an Auswahl der Parteimitglieder

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda“ hat gestern eine sorgfältige Auswahl bei der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) gefordert. Es solle vermieden werden, daß wertvolle Plätze verschwendet würden, hieß es in dem Artikel in Antwort auf Leserfragen. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres seien 14 000 Parteikandidaten ausgeschlossen oder nicht für die volle Mitgliedschaft akzeptiert worden. Einige verdienten nicht das Vertrauen der Genossen, schrieb die „Prawda“ und deutete an, daß das Auswahlverfahren mangelhaft sei.

Die KPdSU hat derzeit 18,3 Millionen Parteimitglieder und -kandidaten. 56,5 Prozent davon sind Arbeiter, der Rest Angestellte, wobei 28,3 Prozent der „Intelligenzia“ angehören. Obwohl die Intelligenz einen ehrenwerten Platz in der Partei einnehmen würde, dürfe nicht vergessen werden, daß die führende Kraft zu einer klassenlosen Gesellschaft auch weiterhin die Arbeiterklasse sei, kommentierte die „Prawda“.

Kohl gibt keine weitere Garantie

AP, Bonn Bundeskanzler Helmut Kohl sieht sich nicht in der Lage, ähnlich wie in diesem Jahr auch für 1984 und 1985 jedem ausbildungswilligen Jugendlichen eine Lehrstelle zu garantieren. Es sei nicht zu erwarten, daß es noch einmal gelingen werde, die Wirtschaft dazu zu bewegen, mehr als 40 000 Lehrstellen zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Der Kanzler wies auf einer Pressekonferenz gestern darauf hin, daß die Zahl der Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen, weiter steigen werde. Erst der übernächste Jahrgang sei der stärkste. Die etwa 25 000 Handwerksmeister beispielsweise, die in diesem Jahr statt eines drei Auszubildenden eingestellt hätten, könnten das im nächsten Jahr nicht wieder tun, weil jede Lehrstelle für drei Jahre besetzt werde.

Kohl kündigte für Anfang kommenden Jahres einen CDU-Fachkongreß Zukunftschancen der jungen Generation an, um mit Verantwortlichen aus Wirtschaft und Gewerkschaften die Problematik zu erörtern.

Blüm weiterhin für früheren Ruhestand

Voraussetzung: Rentenversicherungen nicht belasten

GISELA REINERS, Bonn Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hält an der Vorlage eines Rahmengesetzes für eine Vorruhestandsregelung im Frühjahr 1984 fest. Rechtzeitig zur nächsten Tarifrunde, in der von mehreren mitgliederstarken Einzelgewerkschaften die 35-Stunden-Woche gefordert werden wird, soll der Plan vorliegen. Schwerpunkt wird sein, daß sich die Tarifpartner über wesentliche Teile der Ausgestaltung wie die anteilige Zahlung der Zuschüsse einigen müssen.

Die Vorruhestandsregelung soll es Arbeitnehmern ermöglichen, schon mit 58 Jahren aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Oberster Gesichtspunkt dabei ist, daß die Rentenversicherung, die sich in einer Liquiditätsklemme befindet, die nach Berechnungen des Verbandes der Rentenversicherungsträger (VDR) in Frankfurt auch noch nach 1984 anhalten wird, nicht belastet werden darf. Im Arbeitsministerium war man deshalb erstunken, daß VDR-Geschäftsführer Rudolf Kolb in einem Rundfunk-Interview die Vorruhestandsregelung als für die Rentenversicherung zu teuer abgelehnt hatte (WELT v. 28. 9.).

Das Ministerium bestätigte, daß das durchschnittliche Rentenzugangsalter heute schon unter 60 Jah-

ren liegt, jedoch eher bei 59 denn bei 58, wie Kolb gesagt hatte. Zwischen 1972 und 1982 ist das Alter, in dem männliche Arbeiter und Angestellte durchschnittlich in Rente gehen, von 61,1 auf 57,8 und von 63,0 auf 60,1 Jahre gesunken. Bei Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten sank das durchschnittliche Rentenalter von 61,6 auf 59,7 und von 60,6 auf 59,2 Jahre.

Dieser vorgezogene Ruhestand wird ermöglicht durch die Inanspruchnahme der Rente wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und durch die 58er Regelung (wer mit 59 arbeitslos wird, kann mit 60 Rente beziehen).

Kolb meinte vermutlich in seinem Interview, daß eine Vorziehung der Altersgrenze auf 58 die Rentenversicherung durch eine noch frühere Inanspruchnahme der Rentenversicherung wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zum Beispiel mit 56 oder 57 belasten könnte.

Die Vorruhestandsregelung, die im Ursprung auf einen Plan des Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Günther Döding, zurückgeht, ist auch innerhalb der Regierung nicht unumstritten. Der Wirtschafts- wie der Finanzminister fürchten die Kostenbelastung für die Wirtschaft.

UdSSR übergab Wrackteile

Japanisches Kriegsschiff lief zur Übernahme Sachalin an

AP/SAD, Tokio/Paris Die Sowjetunion hat gestern 78 Wrackteile und Kleidungsstücke von Opfern der am 1. September abgeschossenen südkoreanischen Boeing 747 freigegeben, teilte ein Sprecher der japanischen Küstenwache mit. Die Gegenstände, darunter Teile des Leitwerks des Flugzeugs, wurden an japanische und drei amerikanische Verantwortliche der Bergungsaktion von der Nordküste Japans ausgehändigt.

Die Delegation war am Sonntag zur Übernahme der Fundstücke mit dem japanischen Kriegsschiff „Tugara“ in die Hafenstadt Nawaiki an der Westküste der sowjetischen Insel Sachalin gekommen. Die UdSSR hatte nach dem Abschuß der Maschine zu-

geordnet, alle geborgenen Gegenstände und Dokumente an Japan auszuliefern.

Inzwischen ging die Suche nach dem Flugschreiber des Flugzeugs weiter. Die von dem Gerät ausgestrahlten Funksignale verstummten voraussichtlich Ende dieser Woche.

In einem Leserbrief an die in Paris erscheinende „International Herald Tribune“ hat der amerikanische Boeing-747-Pilot Maynard die Ansicht vertreten, der Pilot der KAL 007 habe richtig gehandelt, als er nach Warnschüssen den sowjetischen Luftraum so rasch wie möglich verlassen wollte. Er habe keine Möglichkeit gehabt, mit den Angreifern auf einer internationalen Notfrequenz in Verbindung zu treten.

Warschau: Polen gehört nicht zum Westen

dpa, Warschau

Die polnische Regierungszeitung „Rzeczpospolita“ (Republik) wandte sich gestern gegen die Äußerungen des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush in Wien im Anschluß an seine Osteuropareise. In einem mit „Beobachter“ unterzeichneten und vermutlich von offizieller Stelle kommenden Artikel polemisierte das Blatt gleichzeitig gegen die Auffassung der katholischen Kirche und vieler Polen, daß ihr Land kulturell zum Westen gehöre. Bush hatte die Unterschiede zwischen den osteuropäischen Nationen und der Sowjetunion unterstrichen und dabei vor allem auf Polen verwiesen.

Das Blatt sieht darin eine „faschistoide“ ideologische Untermauerung der Aufrüstung mit Raketen, die dann lediglich „russische Unternehmen“ umzubringen hätten. In diesem Zusammenhang habe er von Polen gesprochen, das zur „europäischen“, also höheren Kultur gehöre und daher „den Einflüssen der byzantinischen Wilden“ entrissen werden müsse. Es sei peinlich, daß sich in Polen eine ähnliche Theorie ausbreite.

Kirche soll nicht Agitation dienen

dpa, Berlin

Der katholische Generalvikar in Berlin, Johannes Tobei, hat die Pfarrer aufgerufen, dafür zu sorgen, daß die Kirche nicht zur Plattform politischer Agitationen benutzt und das Gebet nicht mit Aussagen verwechselt wird. Zu einer für den 16. Oktober geplanten christlichen „Prozession für den Frieden“ schrieb Tobei in einem Brief an alle Priester, Pfarrgemeinderäte und katholische Schulen, daß „ein politischer Demonstrationsmarsch, wenn auch aus christlichen Motiven“, nicht mit einer christlichen Prozession verwechselt werden dürfe. Der Priester sei für alle bestellt und daher verpflichtet, sich „einsseitig politischer Stellungnahmen zu enthalten, die einer anderen christlich-legitimen Meinung zum Argernis wären“. Zu der „Prozession für den Frieden“ hatten unter anderen der frühere evangelische Bischof und jetzige Vorsitzende der „Aktion Sühnezeichen“, D. Kurt Scharf, sowie der evangelische Landesjugendpfarrer Lothar Witkopf aufgerufen.

Persönliche „Motivation“ bringt mehr Chancen für Medizin-Studium

Darauf wollen sich Kultus- und Wissenschaftsminister bei Hamburger Tagung einigen

PETER PHILIPPS, Bonn Die persönliche „Motivation“ für das Medizin-Studium soll vom Wintersemester 1986/87 an den Abiturienten sehr viel stärker als heute ein Schlüssel zu den Hörsälen der Universitäten sein. Dies ist die Linie, auf der sich die Kultus- und Wissenschaftsminister der Bundesländer am 29./30. September auf ihrer Plenartagung in Hamburg über das endgültige Zulassungsverfahren zum Medizin-Studium einigen wollen.

Der Auftrag war im Februar 1977 vom Bundesverfassungsgericht gekommen. „Auswahlregelungen für zulassungsbeschränkte Studiengänge müssen jedem Zulassungsberechtigten eine Chance lassen“, hieß es in den Leitsätzen des Urteils. Und: „Die gegenwärtige Vergabe freier Studienplätze nach Durchschnittsnoten und Wartezeit ist in Numerus-clausus-Fächern mit hohem Bewerberüberhang beschleunigt durch ein anderes Auswahlverfahren zu ersetzen.“

Über die Grundsätze dieses neuen Verfahrens haben sich die verantwortlichen Politiker auf der Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz (KMK) im Juni 1983 in Kiel geeinigt. In Hamburg geht es „nur“ noch um die Ausformung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts wird von 1986/87 an mit der Einführung einer „mehrgleisigen“ Zulassungsregelung zum Medizin-Studium entsprochen: Neben der weiterhin geltenden „Vorabquote“ von 15 Prozent (für Ausländer, Härtefälle u. a.) werden in Zukunft die Studienplätze für alle Bereiche der Medizin zu 55 Prozent „leistungsabhängig“ (entsprechend der Abiturnote und dem Ergebnis des weiterhin geltenden Eingangstests) und zu insgesamt 30 Prozent über die Warteliste und das persönliche Auswahlgespräch in den Hochschulen vergeben.

Die leistungsabhängige Quote ist dabei im Prinzip zwischen den Kultus- und Wissenschaftsministern unstreitig. Denn die Ergebnisse, die aus der inzwischen fünfjährigen Erprobungsphase vorliegen, zeigen nach dem Bericht eines unabhängigen „Evaluationsgremiums“ eindeutig: „Würde heute allgemein nach einer ungefähr gleichgewichtigen Kombination aus Abiturdurchschnittsnote und Testergebnis ausgewählt werden, dann wären die Studienleistungen im Studiengang Humanmedizin besser, als wenn nur die Note, und deutlich besser, als wenn das Los über die Zulassung entscheiden würde.“

Es gibt zwar enge Zusammenhänge zwischen Testergebnis und Abiturnote, aber immerhin 37 Prozent der Zugelassenen hätten ohne Test, allein auf Grund des Schulzeugnisses, keinen Platz für ein Medizinstudium erhalten. Der einzige strittige Punkt ist noch, ob es auch in Zukunft eine „Testbesten“-Regelung geben wird: Zwei Prozent der Testteilnehmer können bisher über diese Quote, bei der die Abiturnote keine Rolle spielt, einen Studienplatz erhalten. KMK-Beobachter sprechen davon, daß diese Frage in Hamburg zur „Manövriermasse“ gehören wird, wenn es um die Kompromißfindung in den entscheidenden Punkten geht.

Strittig ist zwischen den Ministern der Union und der SPD die Aufteilung der 30-Prozent-Quote zwischen Auswahlgespräch und Wartezeit. Die Verhandlungsführung bei der Suche nach einem Kompromiß liegt in den Händen des baden-württembergischen Wissenschaftsministers Engler (CDU) und des nordrhein-westfälischen Staatssekretärs Kleiner (SPD). Die Unions-Minister fordern einen Anteil von 15 Prozent für das Auswahlgespräch, die SPD-Vorstellung

gen liegen derzeit noch bei 5 bis 10 Prozent. Bei diesen neu eingeführten Auswahlgesprächen sollen die Hochschulen selbst eine Auswahl treffen können. Dabei wird es vor allem um die Motivation zum Studium gehen.

Der zweite strittige Punkt ergibt sich folgerichtig: Die SPD-Seite will verstärkt über eine „qualifizierte Wartezeit“ die Möglichkeit zum Medizin-Studium schaffen, während die Union nur den einfachen Zeitablauf gelten lassen will. Zur „qualifizierten“ und damit die Chancen verbessernden Wartezeit zählt die SPD unter anderem den Nachweis, daß der wartende Student seine Zeit mit einer sozialen Tätigkeit verbracht hat, beispielsweise durch eine Arbeit im Krankenhaus.

Aus Kreisen der Kultusministerkonferenz verlautet, daß es im Gegenzug zwischen beiden Punkten eine Einigung unter den Ministern wohl geben wird, die auf der einen Seite einen Anteil von knapp unter 15 Prozent für das Auswahlgespräch vorsieht. Auf der anderen Seite wird die Union bereit sein, die „qualifizierte Wartezeit“ mitzutragen, wobei sichergestellt werden muß, daß z. B. Ersatzdienstleistende aus Krankenhäusern nicht einen Bonus gegenüber Wehrdienstleistenden erhalten.

Offener Punkt ist die konkrete Regelung des Auswahlgesprächs. Die Vorstellungen reichen von der Berücksichtigung der qualifizierten Wartezeit bis zum „ungefilterten“ und ungewichteten Losverfahren, nach dem die Bewerber ausgewählt werden.

Die wohl auch prinzipiell vorhandene Kompromißfähigkeit wird dabei von einem entscheidenden Datum verstärkt: Die geltende Übergangsregelung läuft unwiderruflich im Sommersemester 1986 ab.

Freie Parlaments- und Kommunalwahlen hat der im Untergrund tätige Vorstand der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ in einem kommunistischen Pressevermerk in Warschau angekündigt. Die Gewerkschaften verurteilten das „dem Volk seit 40 Jahren aufzuzwingende totalitäre Regime, das für die beispiellose politische und wirtschaftliche Krise verantwortlich ist“. Nur eine Regierung, die das Vertrauen der polnischen Gesellschaft genieße, könne den „Untergang des Vaterlandes“ aufhalten.

Leopold III. von Belgien gestorben

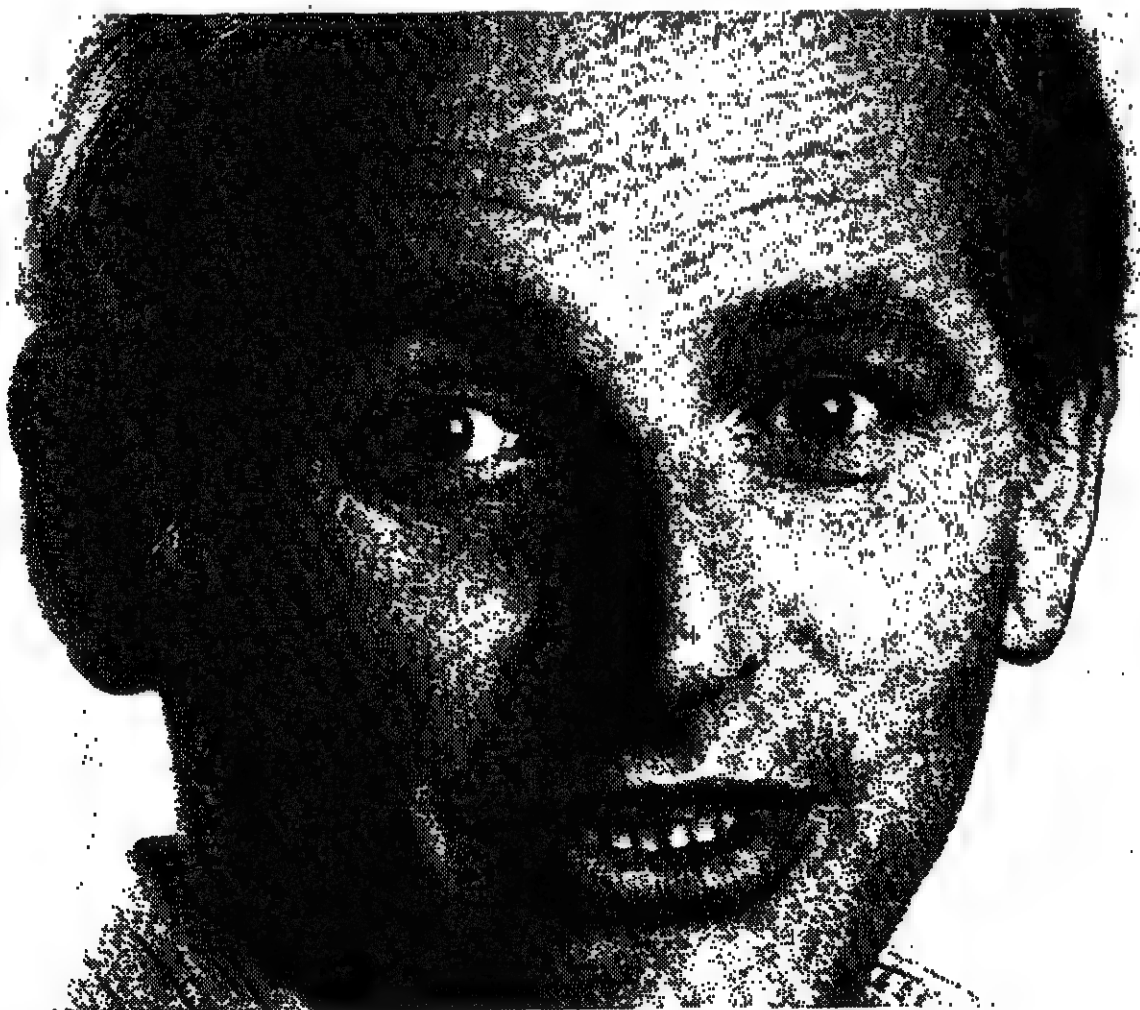
AP, Brüssel Im Alter von 81 Jahren ist der frühere belgische König Leopold III. nach einer Herzoperation in der Brüsseler Universitätsklinik gestorben. König Leopold war wegen seiner Haltung während des Zweiten Weltkrieges vor allem bei den belgischen Liberalen und Sozialisten umstritten und übertrug 1950 die Rechte auf seinen Sohn Baudouin. Offiziell dankte er am 16. Juli 1951 ab. Auf Beschluß des Parlaments führte er zwar weiter den Titel König, nicht aber „König der Belgier“ wie sein Sohn.

Handlos kündigt Programm an

Die neue politische Gruppierung um den aus der CSU ausgetretenen Bundestagsabgeordneten Franz Handlos will bis Ende dieses Jahres ihr Programm vorlegen. Am Wochenende fand ein Gespräch zwischen Handlos, dem ehemaligen Fernsehredakteur des Bayerischen Rundfunks, Franz Schönhuber, und anderen bayerischen Politikern statt. Der Landesverband Bayern der im Aufbau begriffenen politischen Gruppierung wurde im Frühjahr 1984 die Vorbereitung für die Landtagswahl 1986 aufgegeben, erklärte Handlos gestern.

„Solidarität“ fordert freie Wahlen

Freie Parlaments- und Kommunalwahlen hat der im Untergrund tätige Vorstand der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ in einem kommunistischen Pressevermerk in Warschau angekündigt. Die Gewerkschaften verurteilten das „dem Volk seit 40 Jahren aufzuzwingende totalitäre Regime, das für die beispiellose politische und wirtschaftliche Krise verantwortlich ist“. Nur eine Regierung, die das Vertrauen der polnischen Gesellschaft genieße, könne den „Untergang des Vaterlandes“ aufhalten.



Josef Oster, München

„Ich kann selbst vorsorgen.“

Wer im Krankheitsfall den Schutz einer Sozialversicherung braucht, soll ihn auch haben. Aber nicht alle sind sozial schutzbedürftig.

Ich zum Beispiel kann für meinen Versicherungsschutz im Krankheitsfall selbst vorsorgen. Dabei hilft mir meine private Krankenversicherung. Sie sichert mich nach meinen individuellen Vorstellungen gegen alle Risiken.

Wer in freier Entscheidung für sich selbst vorsorgen kann, sollte das auch tun. Jeder Privatversicherte zahlt risiko- und leistungsgerechte Beiträge.

Die Sozialversicherungen müßten den sozial Schutzbedürftigen vorbehalten bleiben, für die sie der Staat geschaffen hat.

Die privaten Krankenversicherungen

Sie nutzen auch ihnen.

Übrigens: Ein Anreiz zu gesundheitsbewußtem Verhalten: Private Krankenversicherungen zahlen Beiträge zurück oder verrechnen sie.

Damit Sie mehr erfahren: Bitte Broschüre anfordern (kostenlos). Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Postfach 511040, 5000 Köln 51

Andere Prioritäten

Die konjunkturelle Unterbrechung macht die Fotobranche schwer zu schaffen. Vorbei sind die Zeiten, in denen sich die Amateurfotografie eines stetigen Wachstums erfreuen konnte. Eine Kette negativer Nachrichten hat längst die Tafel markiert: Schließung des Münchner Kamerawerks von Agfa, Personalabbau und Kurzarbeit bei Kodak, Absatzmiserie bei Polaroid, Kamerahändler bei den japanischen Fotokonzernen. Geradezu in den Keller rutschen die Verkaufszahlen im Schmalformatgeschäft und bei Sofortbildkameras.

Ein Blick in die Schaufenster der Fotohändler macht deutlich, daß die Preise quer durch die Programme ins Trudeln geraten sind. Sonderaktionen und Lockvogel-Angebote sind an der Tagesordnung. Nie zuvor befand sich der Fotohandel in einer derart mitleidigen Situation.

Zerknirschung muß er mit ansehen, daß der Bundesbürger seine Prioritäten bei den Ausgaben für seine Hobbys anders setzt. Eine eindeutige Vorrangstellung hat sich der Videobereich gesichert. Insbesondere Videorecorder und Videospiele sind zu Verkaufsschlagnern geworden und haben Kaufkraft auf sich gelenkt. Ernüchterung spricht aus der selbstkritischen Feststellung von Repräsentanten des Fotohandels, daß ihm ein Großteil seiner Bildkompetenz abhanden gekommen sei. Sie gelte es zurückzugewinnen, indem sich der Fotohändler stärker in jenen Bereich der elektro-

nischen Bildaufzeichnung und -wiedergabe engagiere.

Dies ist aber leichter gesagt als getan, denn die Grenzen sind fließend. Bildkompetenz reklamiert nämlich auch der Rundfunk- und Fernsehhandel, darüber hinaus der Spielwarenhandel bei Videospielen und der Bürofachhandel über die Home-Computer für sich. Das Ringen um die Bildkompetenz ist also in vollem Gange.

Einsicht

J. G. - Trotz des seit zweieinhalb Jahren miesen Geschäfts haben man den alten Grundsatz durchgehalten, keinem Mitarbeiter aus „auftragbedingten“ Gründen den Stuhl vor die Tür zu setzen, und die Lehrlingszahl sogar noch erhöht. Was da ein mittelständischer Edelmetallproduzent aus dem Kölner Raum (Schmidt + Clemens) verkündet, ist auch Resultat der Einsicht der Beschäftigten und ihres Betriebsrates. Denn in der Hoffnung auf wieder bessere Zeiten, stimmte die Belegschaft zu, daß die letzten Tarifverhandlungen auf Überstarbungs angerechnet werden, das Nomineleinkommen seit 1980 also nicht mehr gestiegen ist. Ein Beispiel nicht nur dafür, daß bei übersehbarer kleinen Unternehmens-einheiten die Lohnpolitik als in Konkurrenz mit den großen Betrieben steht, sondern auch ein Beispiel für die Einsicht der Beschäftigten, daß bei übersehbarer kleinen Unternehmens-einheiten die Lohnpolitik als in Konkurrenz mit den großen Betrieben steht, sondern auch ein Beispiel für die Einsicht der Beschäftigten, daß bei übersehbarer kleinen Unternehmens-einheiten die Lohnpolitik als in Konkurrenz mit den großen Betrieben steht.

Beschäftigungssorgen

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die erste italienische Nachkriegsregierung mit einem sozialistischen Ministerpräsidenten wird in den nächsten Wochen ein heißes Eisen besonderer Art ansetzen müssen: 120 000 Arbeitsplätze, davon die Hälfte in den Staatsbetrieben, müssen abgebaut werden. Von der Rationalisierung sind in fast allen Fällen große und mittlere Unternehmen betroffen. An vorderster Stelle steht die Stahlindustrie mit beinahe 30 000 überschüssigen Arbeitskräften, ein Sechstel davon in den privaten Betrieben, weitere 17 000 stehen auf der Streichliste des Automobilkonzerns Fiat, 15 000 Arbeitsplätze sind in der privaten Unterhaltungselektronik und im Bereich der weißen Elektrogeräte gefährdet, 12 000 in der Chemie, 7000 in der Papier- und ebenso viele in der Aluminiumindustrie.

Im Falle Fiat verhandeln die Sozialpartner seit der Wiederaufnahme der Konzernmitglieder nach den Sommerferien über die Erneuerung des vor drei Jahren abgeschlossenen Sozialplans. Die Gewerkschaften drängen auf Erfüllung des Plans und auf fristgerechte Wiedereinstellung der damals weltweit freigesetzten und an die staatliche Lohnausgleichskasse zur Lohnfortzahlung abgestellten Werksangehörigen. Die Konzernleitung besteht dagegen auf Verschiebung des Wiedereinstellungstermins und hofft, daß sich das ganze Problem durch Erreichen der Altersgrenze für die meisten der Betroffenen in wenigen Jahren auf natürliche Weise lösen wird.

deren westeuropäischen Ländern schon längst durchgeführt hat.

Über Jahre hinweg haben sich Regierung, Politiker und Gewerkschaftler in Italien der Illusion hin, durch die Intervention der staatlichen Lohnausgleichskasse (aus der viele Beschäftigungslose inzwischen bereits seit fünf Jahren und mehr voll entlohnt werden), durch das Auffangen bankrotter Betriebe seitens staatlicher Gesellschaften und durch ständige Verstaatlichung aus der Staatskasse das Beschäftigungsproblem unter Kontrolle halten zu können.

Spätestens seit der Einbindung der Lira in das Europäische Währungssystem (EWS), die den Inflationsbedingten Anpassungsmechanismen engere Grenzen gesetzt hat, und den strukturellen Veränderungen, die weltweit zu umfassenden Markterweiterungen geführt haben, sind die Kosten für die Beibehaltung dieses sozialen Netzes aber immer schwieriger zu finanzieren. Inzwischen machen die Ausgaben für Verlustsubventionierung und Zahlung des Lohnausgleichs bereits ebensoviel aus wie der Aufwand für die Fördermittel zugunsten von Innovation und Forschung. Damit ist der Punkt erreicht, wo ein Etatposten nur noch auf Kosten des anderen ausgedehnt werden kann.

Innerhalb der Regierungsparteien ist man sich des Dilemmas schon seit geraumer Zeit bewußt. Eine strategische Linie beginnt sich aber erst jetzt abzuzeichnen, nachdem die Sanierung des Haushalts unaufsehbar geworden ist.

Im Vordergrund der Regierungsabsichten steht dabei der Konsens mit den Arbeitnehmerorganisationen. Das bedeutet, daß die als notwendig erkannte Aufgabe von Arbeitsplätzen auch weiterhin nicht mit Entlassungen erkauft werden wird, sondern nur mit Maßnahmen, für die die Gewerkschaften ihren Segen zu erteilen bereit sind. Dazu gehören vor allem vorzeitige Pensionierungen und die Nichterstattung natürlicher Abgänge.

Darüber hinaus hat sich die Regierung damit einverstanden erklärt, mit den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen zusammen Investitionspläne aufzustellen, mit denen Ersatzarbeitsplätze in technologisch anspruchsvollen Bereichen geschaffen werden sollen. Auch das wird freilich seinen Preis haben.

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS / Kompromiß im Interimsausschuß

Das große Problem der Aufstockung der Finanzmittel ist noch nicht gelöst

CLAUS DERTINGER, Washington

Der Interimsausschuß, das wichtigste Entscheidungsgremium des Internationalen Währungsfonds (IWF), hat sich über die künftige Ausleihpolitik des Fonds geeinigt. Erst in der Nacht von Sonntag auf Montag kam ein Kompromiß zwischen den Finanzministern der USA und der anderen großen Industrienationen zustande. Er sieht vor, daß der IWF den von besonders schweren Zahlungsproblemen geplagten Ländern im Rahmen des sogenannten erweiterten Zugangs weiterhin mit erhöhter Kredithilfe zur Verfügung steht, während dieses Kreditfenster für die anderen Mitglieder geschlossen wird.

Mit diesem Kompromiß ist der amerikanische Finanzminister Donald Regan, der in den Verhandlungen über die Weiterführung des erweiterten Zugangs eine sehr harte Linie verfochten hatte, den Forderungen der Europäer, Japan und Kanadas entgegengekommen. Sie hatten darauf bestanden, daß der IWF mit einer ausreichenden auflagebegrenzten Finanzhilfe für die besonders bedrängten Länder die Voraussetzungen dafür schafft, daß auch die Banken weiterhin Kredite an diese Entwicklungsländer geben und damit eine gefährliche Finanzkrise verhindern.

Diese Länder dürfen im Rahmen des erweiterten Zugangs künftig bis zu 125 Prozent ihrer Mitgliedsquoten (Einlagen) beim IWF, die im kommenden Jahr um 48 Prozent erhöht werden sollen, als Kredit in Anspruch nehmen. Für die übrigen Länder reduziert sich diese während der letzten Oktober geschaffene Kreditlimit auf 102 Prozent der erhöhten Quote. Ursprünglich war vorgesehen worden - und das war jetzt in den Verhandlungen auch die amerikani-

sche Position -, daß der erweiterte Zugang von jährlich 150 Prozent der Mitgliedsquote für einen Dreijahreszeitraum bei Inkrafttreten der Quotenobergrenze ausläuft. Für die kommenden Jahre sollen jeweils neue Obergrenzen für Hilfe aus diesem Kreditfenster festgesetzt werden, wobei die Finanzminister im Interimsausschuß von einer generellen Reduzierung ausgehen.

Mit diesem Kompromiß ist freilich das entscheidende Problem, das wie ein dunkler Schatten über der heute beginnenden Jahresversammlung des IWF und der Weltbank lastet, noch nicht gelöst: 8,4 Milliarden Dollar Beteiligung der USA an der Aufstockung der IWF-Finanzmittel um mehr als 40 Milliarden Dollar. Man hofft jedoch in Konferenzkreisen, daß der Kongreß bis Ende November den Weg dafür freigibt. Andernfalls wäre der IWF handlungsunfähig. Ohne die Begleitung durch auflagebegrenzte Kredite wären auch die privaten internationalen Banken nicht mehr bereit, Kredite in Problemländern zu geben.

Hart zeigten sich die Amerikaner

AUF EIN WORT



Für einen nachhaltigen Aufschwung in der Immobilien- und Baubranche kommt es nicht nur auf ein mittelfristig kalkulierbares Zinsniveau, sondern ebenso sehr auf ein deutliches Bekenntnis der Politiker zur sozialen Marktwirtschaft auf dem Wohnungsektor an. Nur so kann das Vertrauen in die Zukunft und damit eine erhöhte Investitionsbereitschaft bewirkt werden.

Detlef G. Seefeldt, Vorsitzender der Allgemeinen-Immobilien-Börse e.V. in Hamburg. FOTO: DIE WELT

Privatisierung: Regierung prüft

WVD, Bonn

Entscheidungen über eine etwaige Privatisierung von Unternehmensbeteiligungen des Bundes sind im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gefallen. Das betont der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Friedrich Voss, in seiner Antwort auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage. Einer etwaigen Privatisierung von Bundesbeteiligungen komme in erster Linie ordnungspolitische Bedeutung zu. Voss räumt allerdings ein, daß die dabei entstehende Entlastung des Bundeshaushalts ein nicht unbeachtlicher Zusatzeffekt sei.

BDI-PRÄSIDIUMSSITZUNG

Belebung der Investitionen muß das Hauptziel sein

Die leichte konjunkturelle Belebung des ersten Halbjahrs könnte nach Ansicht des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rolf Rodenstock, zu einem deutschen Wirtschaftsaufschwung führen, wenn alle politischen Entscheidungen auf die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit zugeschnitten würden. Anlässlich der BDI-Präsidiumssitzung erklärte Rodenstock, nur bei Beibehaltung des Konsolidierungskurses der Regierung seien die finanziellen Handlungsspielräume wiederzugewinnen, die zur Überwindung der strukturellen Schwächen der deutschen Wirtschaft erforderlich seien.

Wechselkurse, Zinsen und eine Belebung öffentlicher und privater Investitionstätigkeit hänge nicht zuletzt von der Haushaltskonsolidierung ab. Obwohl der Weg für umfassende

Steuerentlastungen gegenwärtig finanzpolitisch verstellt sei, müßte die Regierung schon jetzt Perspektiven für eine künftige Reform der Unternehmensbesteuerung entwickeln.

So wie die Unternehmen längst überfälliger Kostenentlastung bedürfen, müsse auch die leistungsfördernde Progression des Einkommens- und Lohnsteuertarifs und die damit verbundene überhöhte Beteiligung des Staates korrigiert werden.

Bis dahin sollten Entlastungen für die Unternehmen zumindest dort geschaffen werden, wo sie für den Plus keine Einnahmehemmnisse mit sich bringen. Entscheidend dabei seien Lohnnebenkosten und beschränkungshemmende Vorschriften. Gleichzeitig müsse alles vermieden werden, was den Unternehmen zusätzliche Belastungen aufbürde. Dies gelte vor allem für Arbeitszeitverknüpfungen.

AUSSENHANDEL

Deutliche Einbußen bei den Exporten in die Opec-Länder

dpa/VWD, Frankfurt

Die deutsche Exportwirtschaft mußte im ersten Halbjahr 1983 teilweise fühlbare Rückschläge hinnehmen. Vor allem die Opec-Länder, die außeruropäischen Industrienationen und der größte Handelspartner der Bundesrepublik, Frankreich, nahmen nach der Analyse der Dresdner Bank AG, Frankfurt, weniger Waren „Made in Germany“ ab. Dagegen konnten die deutschen Unternehmen ihre Exporte in die östlichen Staats-handelsländer mit plus elf Prozent gegenüber dem Vorjahr noch einmal erheblich steigern.

Gemessen an der Gesamtentwicklung der deutschen Ausfuhr - minus 1,9 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 - sanken die Exporte in die Opec-Länder mit minus 16,6 Prozent überdurchschnittlich stark. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildete dabei allerdings Iran: Die

Exporte in dieses Land nahmen um 152,8 Prozent zu. Auch die deutschen Importe aus den Opec-Ländern gingen in den ersten sechs Monaten mit minus 17,9 Prozent - bei einem Rückgang der Gesamtimporte von einem Prozent - stark zurück. Auch hier fielen die Einfuhren aus Iran mit einem Plus von 140,8 Prozent aus dem Rahmen.

Überdurchschnittlich entwickelten sich die Ausfuhr in die Sowjetunion und nach China mit Steigerungsraten von 28,1 Prozent und 40,2 Prozent. Bei den EG-Ländern - auf die mit 48 Prozent fast die Hälfte des gesamten deutschen Warenaustausches entfällt - gingen die deutschen Exporte um 0,7 Prozent zurück. Entscheidend dafür war das Ausfuhrminus von 8,1 Prozent nach Frankreich. Bemerkenswert war dagegen die Export-Steigerung nach Großbritannien um 14,7 Prozent.

KONJUNKTUR

RWI: Erholung hat in Europa noch keinen rechten Schwung

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Aussichten für einen sich 1984 selbst tragenden Aufschwung in Europa werden vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, zurückhaltend beurteilt. Eine Analyse der Konjunkturforscher bezeichnet es als fraglich, ob die Einflüsse, die die wirtschaftliche Erholung angestoßen und bis heute getragen haben, bei den unternehmerischen Investitionen eine Zündung auslösen, damit die Erholung nicht versandet.

Am günstigsten werden die Aussichten in Großbritannien beurteilt, wo die Wirtschaft den Entzug inflationärer Geldausweitung und staatlicher Drogen nach schweren Entzugserscheinungen hinter sich hat.

In den westeuropäischen Industrieländern seien zwar alle Regierungen bestrebt, die Neuverschuldung des Staates zu begrenzen. Doch steht nach Ansicht des RWI dahinter häufig nur die Sorge, daß andernfalls die Kreditwürdigkeit des Staates litte, und selten die Überzeugung, daß Hand in Hand mit dem Eindämmen des Staatsdefizits der Abbau staatlicher „Fürsorge“ zugunsten privater Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung gehen müsse, damit die Wirtschaft wieder erstarke.

Abbau des Defizits durch Kürzungen staatlicher Ausgaben und Aufgaben finden jedoch vor allem in Frankreich, Österreich und Schweden nicht statt. Vielmehr würden dort die Einnahmen des Staates durch zusätzliche Belastungen der

Privaten erheblich gesteigert. Damit würde aber die wirtschaftliche Entwicklung sicherlich nicht gestärkt.

Das RWI weist darauf hin, daß zu meist die Abschwächung des Lohnkostenanstiegs nur unter dem Druck der steigenden Arbeitslosigkeit zustande kam und deshalb befürchtet werden müsse, daß die Gewerkschaften bei anhaltender wirtschaftlicher Erholung nachholenden versuchen, was ihnen zuvor versagt blieb, auch wenn die Arbeitslosigkeit noch hoch sei.

Die sich in der Mehrzahl der westlichen Länder kaum besser als vor einem Jahr darstellenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen würden die Entwicklung im Verlauf des nächsten Jahres abzeichnen lassen. Gleichwohl würde die Zuwachse des Sozialprodukts in Europa, in diesem Jahr etwa 0,5 Prozent, voraussichtlich 1984, reichlich 1 Prozent betragen, dies allerdings nur wegen des höheren Überhangs als vor einem Jahr.

Nehme man die Entwicklung in den USA und Japan hinzu, ergäben sich Raten von zwei Prozent in diesem und zwei (bis drei) Prozent im nächsten Jahr.

In den meisten Ländern werde der Anstieg von Nachfrage und Produktion nicht ausreichen, die Beschäftigung zu steigern. Die Arbeitslosigkeit werde weiter zunehmen, aber nur noch langsam. Zudem müsse man damit rechnen, daß sich die Lebenshaltung verstärkt verteuere, zumal die Rohstoffpreise vermutlich weiter anziehen würden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Sibirien-Erdgas erst ab 1984

Essen (dpa/VWD) - Die Ruhrgas AG, Essen, will die zusätzlichen sowjetischen Erdgaslieferungen aus Sibirien gemäß dem im November 1981 abgeschlossenen Vertrag erst vom Herbst 1984 an abnehmen. Das erklärte ein Unternehmenssprecher.

Ruhrgas wird demnach nicht vom Angebot eines früheren Bezugsbeginns Gebrauch machen. Der Vereinbarungs zufolge werden ab Herbst 1984, erste kleinere Mengen Sibirien-Erdgas in die Bundesrepublik fließen. Für die Jahre danach sei eine stetige Steigerung geplant, bis 1989 die volle Vertragsmenge von jährlich 10,5 Milliarden Kubikmetern erreicht werde.

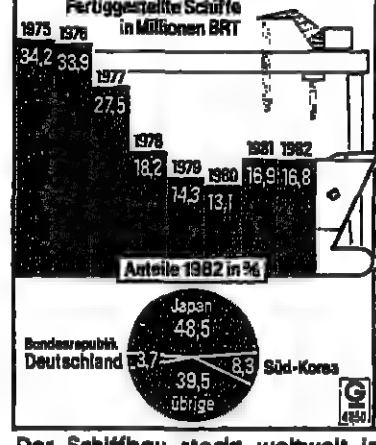
Gegen Preis-Überprüfung

Hamburg (dpa/VWD) - Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat sich für die Abschaffung der preisrechtlichen Überprüfung von Wettbewerbspreisen bei öffentlichen Bauvorhaben ausgesprochen. Zur Zeit kann der Staat noch Preise für öffentliche Aufträge reduzieren, wenn der Zuschlag bereits erteilt ist. Dies soll künftig nicht mehr der Fall sein. Denn diese Art der Vergabepraxis - so Lambsdorff in einem Interview des Wirtschaftsmagazins „Impulse“ in der neuesten Ausgabe - wird der Wettbewerbssituation im Baugewerbe nicht mehr gerecht, da „so die öffentlichen Auftraggeber vereinzelt versuchen, Saurisiken in unangemessener Weise auf die Bauunternehmer abzuwälzen“.

Gestra-Aktien

Bremen (VWD) - Die Gestra AG (Unternehmen des Armaturenbaus für Wärme- und Energietechnik), Bremen, bietet vom 29. September an 180 000 Inhaberaktien im Gesamtnennbetrag von acht Millionen Mark zum Kauf an. Die Transaktion wird über ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutsche Bank AG und Mitführung der Dresdner Bank AG erfolgen. Damit wird das (rundkapital) 20 Millionen Mark betragende Ausgabekurs je 50-DM-Aktie, die vom 1. Oktober 1983 an dividendenberechtigt ist, beträgt 125 Mark. Die neuen Aktien werden vom 7. Oktober an den Wertpapierbörsen in Bremen und Frankfurt amtlich notiert.

Krise im Welt-Schiffbau



Der Schiffbau steckt weltweit in der Krise. Während 1975 noch Schiffe mit einer Gesamttonnage von 34,2 Millionen Bruttoregistertonnen vom Stapel liefen, waren es 1982 weniger als die Hälfte. Von diesem geschrumpften Kuchen bekam die Bundesrepublik nur mager 3,7 Prozent ab. QUELLE: GLOBUS

Vergleich beantrag

New York (SAD) - Continental Airlines, die achtgrößte amerikanische Luftverkehrsgesellschaft mit einem Umsatz von rund 2,5 Milliarden Dollar jährlich und 12 000 Angestellten, hat den Vergleich beantragt. Die 1984 gegründete Gesellschaft mit Sitz in Houston, die sowohl inländische als auch internationale Routen befliegt, erlitt in den ersten sechs Monaten dieses Jahres einen Verlust von etwa 225 Millionen Mark. Die Gesellschaft will sich geschrumpfen und auf einem erheblich verkleinerten Streckennetz weiterlegen.

Übermäßiger Auto-Import

Paris (J. SCH.) - Der französische Autoimporteurverband wendet sich gegen dem in Kreisen der hiesigen Automobilindustrie erhobenen Vorwurf, daß der Marktanteil der ausländischen Pkws ein „übermäßiges“ Ausmaß erreicht habe. Mit 40 Prozent im Juli sei er nur saisonbedingt überhöht gewesen, nachdem im gleichen Monat des vergangenen Jahres sogar 42,5 Prozent verbucht wurden, schreibt der Verband in seinem Monatsbulletin. Für die ersten sieben Monate ergab sich ein Ausländeranteil von 32,6 Prozent gegenüber 30,32 Prozent in der gleichen Vorjahreszeit.

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

Ludwig-Erhard

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe - ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft.

Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung bewiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft.

Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“. Heft 16 der „Orientierungen“ enthält eine Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft 1982, setzt sich auseinander mit gesellschaftspolitischen Leitbildern der Gegenwart und der Notwendigkeit neuer Maßstäbe. Sonderbeiträge befassen

sich mit Karl Marx und dem Marxismus sowie den Verhältnissen im Steuerstaat, im Verkehrswesen und in der Gesundheitspolitik.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? - Bitte, schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.

FINANZHILFEN / London will Innovationen fördern

Regional nicht ausgewogen

WILHELM FURLER, London
Die britische Regierung hat im vergangenen Jahr den weitaus größten Teil der für die Industriehilfe bestimmten Mittel den von Rezession und Umstrukturierung besonders hart betroffenen Regionen sowie den traditionellen Industriezweigen wie Stahl und Schiffbau zukommen lassen, und nur einen geringen Teil für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Anzeige

Abonnieren Sie Realismus

Die WELT will aufzeigen, "was Sache ist". Und sie will in ihren Analysen, Hintergrundberichten und Kommentaren deutlich machen, was die weltweiten Fakten und Tendenzen für uns bedeuten. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen sicheren Beurteilungsmaßstab für verantwortliches Handeln.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten:
Sie haben das Recht, Ihre Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum enthält) schriftlich zu widerrufen bei DIE WELT.
Vertrieb: Postfach 30 58 30, 20001 Hamburg 30.

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 33,00, Luftpostversand auf Anfrage). Anliegende Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ-Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum gerechnet) schriftlich zu widerrufen bei DIE WELT.
Vertrieb: Postfach 30 58 30, 20001 Hamburg 30.

Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht 1982/83 (31. März) des Statistischen Amtes über die Industrie hervor. Allerdings wird auch deutlich, daß die Regierungshilfe in zunehmendem Umfang dazu verwendet wird, die Gründung von Unternehmen im Bereich neuer Technologien zu unterstützen und die Automatisierung in älteren Industriezweigen voranzutreiben.

Die gesamte von der Regierung zur Verfügung gestellte Finanzhilfe für die britische Industrie erreichte im vergangenen Finanzjahr 811,5 Millionen Pfund, umgerechnet 3,25 Milliarden Mark. Davon gingen immerhin knapp 690 Millionen Pfund (2,76 Milliarden Mark) als regionale Entwicklungshilfe an insgesamt 26 297 Antragsteller aus notleidenden Gebieten. Nur knapp 122 Millionen Pfund halfen bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Entsprechend ist die Regierung Thatcher bemüht, dieses Ungleichgewicht zumindest auszubalancieren. Noch in diesem Jahr wird ein „Weißpapier“ erwartet, in welchem die Regionalhilfe unter die Lupe genommen wird. Erklärtes Ziel der Regierung ist es, sie stark zu kürzen und mehr Finanzhilfe zielgerichtet in die Schaffung von Arbeitsplätzen fließen zu lassen.

Dazu wurde im vergangenen Jahr eine Vielzahl von Projekten geschaffen, die nahezu alle den Einsatz neuer Technologien vorantreiben sollen. Für diese Projekte wurden dem Gesetz zur Industrieentwicklung von 1982 zufolge zunächst 1,9 Milliarden Pfund veranschlagt, die durch einen Gesetzeszusatz auf 2,7 Milliarden Pfund und damit immerhin 10,8 Milliarden Mark aufgestockt werden können.

Zu den von der Regierung Thatcher ins Leben gerufenen Unterstützungsprojekten zählen das Programm des sogenannten „Flexiblen Verarbeitungssystems“, das „Fiber-Optik-Programm“, das Programm für Entwurf, Entwicklung und Test von Geräten per Computer und die zweite Auflage des Programms zur Unterstützung der Investitionen kleiner Unternehmen im Maschinenbaubereich.

Daneben stellt die Regierung für das weite Feld der mikroelektronischen Industrie zusätzliche Hilfen zur Verfügung (im vergangenen Jahr knapp 18 Millionen Pfund). Ebenfalls Regierungshilfen erhält die Robotereentwicklung und -herstellung.

Der Jahresbericht über die Industriehilfe macht im übrigen ein alarmierendes Detail offenkundig: Der mit Abstand größte Teil der Regierungshilfen zur Unterstützung neuer Unternehmen fließt in den Südosten Großbritanniens, wo die Beschäftigungsaussichten ohnehin deutlich besser sind als irgendwo anders im Land.

FRANKREICH / Delors' Stabilisierungsziele lassen sich kaum noch realisieren

Paris dementiert neuen Preisstopp

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die französischen Preisbehörden sind von Wirtschaftsminister Delors angewiesen worden, strenger auf die Einhaltung der Stabilisierungsverträge zu achten, in denen sich die Produzenten, der Handel und das Dienstleistungsgewerbe direkt oder durch ihre Verbände der Regierung gegenüber verpflichtet haben, die Preise 1983 um nicht mehr als durchschnittlich acht Prozent zu erhöhen. Tatsächlich erreichte die Inflationsrate bisher mehr als neun Prozent.

Bereits in den ersten sieben Monaten dieses Jahres waren die französischen Einzelhandelspreise um 6,2 Prozent gestiegen. Im Jahresvergleich per Juli erreichte die Inflation 9,4 Prozent, womit Frankreich fast um das Doppelte über dem OECD-Durchschnitt von fünf Prozent lag. Besonders schlecht schnitt Frankreich gegenüber der Bundesrepublik, den USA und Japan ab. Dort waren die Preise (im Vergleich zu Juli 1982) nur um 2,2 bis 2,4 Prozent gestiegen. An diesem ungünstigen Bild hat

sich auch im August nichts geändert. Nach vorläufigen Berechnungen belief sich in Frankreich in diesem Monat die Teuerung auf 0,5 bis 0,8 Prozent. Damit kann Delors sein bisheriges Antinflationsziel wohl nur noch dann erreichen, wenn er die Preise erneut blockiert. Dies war unter der sozialistischen Regierung bereits zweimal geschehen. Die monatliche Teuerung wurde dadurch vorübergehend auf etwa die Hälfte reduziert.

Daß ein Preisstopp geplant sei, wird im Wirtschaftsministerium kategorisch dementiert. Aber dies will wenig besagen. Denn eine solche Maßnahme muß überraschend angeordnet werden, weil sonst Preiserhöhungen vorgezogen werden.

Andererseits würde sich damit die Regierung selbst die Basis für ihr nächstjähriges Stabilisierungsziel von fünf Prozent Preisanstieg unterminieren. Denn nach Aufhebung des Preisstopps hat sich bisher immer der Preisauftrieb verstärkt. Unter

diesen Umständen versucht es Delors zunächst einmal mit selektiven Preisreglementierungen.

Die Preisbehörden können in Frankreich auf Grund einer Generalermächtigung „überhöhte Preise“ zwangsweise festsetzen und außerdem Unternehmen, die sich nicht an die Stabilisierungsverträge halten, dem Preisstopp unterwerfen. Dabei ist allerdings außergewöhnlichen Kostenentwicklungen Rechnung zu tragen, etwa der durch die Dollar-Hausse hervorgerufenen Rohstoffverteuerung.

Wenn die französische Inflationsrate in diesem Jahr acht Prozent überschreitet, werden die Gewerkschaften zusätzliche Lohnerhöhungen zu den tarifvertraglichen von grundsätzlich ebenfalls acht Prozent fordern und für das nächste Jahr die ihnen von Delors angetragenen fünf bis sechs Prozent von vornherein ablehnen. Damit aber würde die gesamte französische Stabilisierungspolitik ins Wanken geraten.

Backwarenindustrie gut behauptet

nl, Stuttgart
Mit neuen Erzeugnissen (z. B. Trockenbackbrot) und gezielten Angeboten (z. B. im Außerhausverkehr) hat sich die deutsche Brot- und Backwarenindustrie verstärkt neue Märkte erschlossen und damit ihre Position gut behauptet. Wie Anton Dieter Hammel, Sprecher des Vorstandes des Verbandes der Deutschen Brot- und Backwarenindustrie anlässlich der Jahrestagung des Verbandes in Stuttgart mitteilte, habe dieser Industriezweig 1982 seinen Umsatz um drei Prozent auf 3,1 Milliarden DM ausgebaut. Real lag man bei plus-minus-null.

Der Marktanteil industrieller Brot- und Backwaren am Gesamtangebot liegt bei durchschnittlich 30 Prozent. Es sei davon auszugehen, daß die langanhaltende Trockenheit den Brotabsatz beeinträchtigt habe. Eine Erweichung ihrer Wettbewerbsposition gegenüber den handwerklichen Bäckern sieht die Branche in der kommenden Warenkennzeichnungspflicht. Der Industriezweig der 110 Unternehmen mit 180 Betrieben und 22 000 Beschäftigten zählt, befindet sich in einer anhaltenden Konzentrationsbewegung.

Zanussi stellt Sanierungsplan vor

dpa/VWD, Mailand
Der größte italienische Hersteller von Elektrohaushaltsgeräten, Industrie Zanussi S. p. A., Pordenone, wird im Rahmen eines Sanierungsprogramms die Fertigung von Unterhaltungselektronik und von elektronischen Bauteilen aufgeben. Dies teilte Zanussi, das erst Ende vergangener Woche die Zusammenarbeit mit dem Wascherhersteller Zanker GmbH, Tübingen, bekanntgegeben hatte, gestern mit.

Der erheblichen Produktionsstraffung werden 7000 von fast 30 000 Zanussi-Arbeitsplätzen zum Opfer fallen. Künftig wird sich das Unternehmen auf Fertigung von Haushaltsgeräten beschränken. Dieser Sanierungsplan, der Zanussi von den Banken wegen der starken Verschuldung (1,65 Mrd. DM) verordnet wurde, soll jetzt den Banken und der Regierung vorgelegt werden. Für 1983 erwartet die Firmenleitung einen Verlust von rund 140 Mrd. Lire (231 Mill. DM) nach 130 Mrd. Lire im Jahr zuvor.

Nach dem Kooperationsvertrag mit dem Wascherhersteller Zanker GmbH, Tübingen, wird Zanussi der ehemaligen AEG-Tochter technisches Know-how sowie Bauteile liefern.

Bankholding kauft RCA-Tochter

rtt, New York
Die zu den größten amerikanischen Bank-Holdinggesellschaften zählenden Manufacturers Hanover Corp. tätigt den bislang größten Unternehmenskauf einer Bankholding. Manufacturers hat sich mit dem US-Mischkonzern RCA grundsätzlich über den Erwerb dessen 100prozentiger Tochter CIT Financial für 1,61 Milliarden Dollar (fast vier Milliarden Mark) geeinigt. RCA teilte mit, die Versicherungstochtergesellschaften der CIT seien nicht von dieser Transaktion betroffen, würden aber zum Verkauf angeboten. CIT Financial bietet Finanzdienstleistungen, einschließlich Lebens- und Krankenversicherung, sowie bestimmte Rückversicherungen an.

Nach den Plänen, die noch unter dem Vorbehalt einer endgültigen Vereinbarung, der Genehmigung durch die US-Notenbank und der Erfüllung weiterer Bedingungen stehen, wird Manufacturers an RCA 480 Millionen Dollar (rund 1,2 Milliarden Mark) in bar, 250 Millionen Dollar (rund 600 Millionen Mark) in Aktien und 800 Millionen Dollar (rund 2,1 Milliarden Mark) in Schuldverschreibungen zahlen.

GROSSBRITANNIEN / Unternehmerbefragung

Belebung setzt sich fort

WILHELM FURLER, London
Die Wirtschaftsbelebung in Großbritannien setzt sich vorerst fort. Das geht aus der jüngsten Befragung des Industrieverbandes CBI bei mehr als 1800 Mitgliedsfirmen der verarbeitenden Industrie hervor. Zum achten Mal in ununterbrochener Reihenfolge rechnet eine deutlich größere Zahl von Unternehmen mit einer zunehmenden Anzahl einer zurückgehenden Produktionstätigkeit.

In der jetzt veröffentlichten September-Befragung antworteten 31 Prozent der Mitgliedsfirmen, sie erwarteten in den kommenden vier Monaten einen Produktionsanstieg. Nur elf Prozent rechnen mit einem Rückgang. Das ist die beste positive Bilanz seit der April-Befragung.

Wieder verbessert nach zwei eher pessimistischen Monaten haben sich der September-Umfrage zufolge auch die Export-Aussichten. Im Konsumgüterbereich meldet die Mehrheit der Unternehmen eine zu niedrige Lagerhaltung. Das nährt die Hoffnung, daß die Wirtschaftsbelebung in das nächste

Jahr hinein anhält. Allerdings werden die Konjunkturaussichten für 1984 insgesamt vom Industrieverband mit wachsender Vorsicht beurteilt.

So erklärte der Generaldirektor des CBI, Sir Terence Beckett, bei der Vorlage des jüngsten Umfrageergebnisses, daß die Voraussagen des Verbandes auf die Möglichkeit einer Abschwächung der Wirtschaftsbelebung im Verlauf des kommenden Jahres hindeuten.

Auch die Midland Bank, eine der vier großen Geschäftsbanken des Landes, warnt in ihrem jüngsten Wirtschaftsausblick vor einer Konjunkturabschwächung noch vor Juli kommenden Jahres. Sie weist vor allem auf einen möglichen Einbruch bei der Konsumgüternachfrage hin.

Ebenfalls übereinstimmend wird mit einer leicht steigenden Inflationsrate (Midland Bank: 7,5 Prozent am Ende nächsten Jahres) sowie mit weiterhin schlechten Aussichten für einen Abbau der Arbeitslosigkeit gerechnet.

OSTBLOCK / Studie des Conference Board

Stagnation hält weiter an

New York
(AFP) - Das Wirtschaftswachstum der sozialistischen und Staatshandelsländer wird bis Jahresende und im Jahr 1984 minimal oder Null sein. Dies wird in einer in New York veröffentlichten Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung der amerikanischen Unternehmer, Conference Board, versichert.

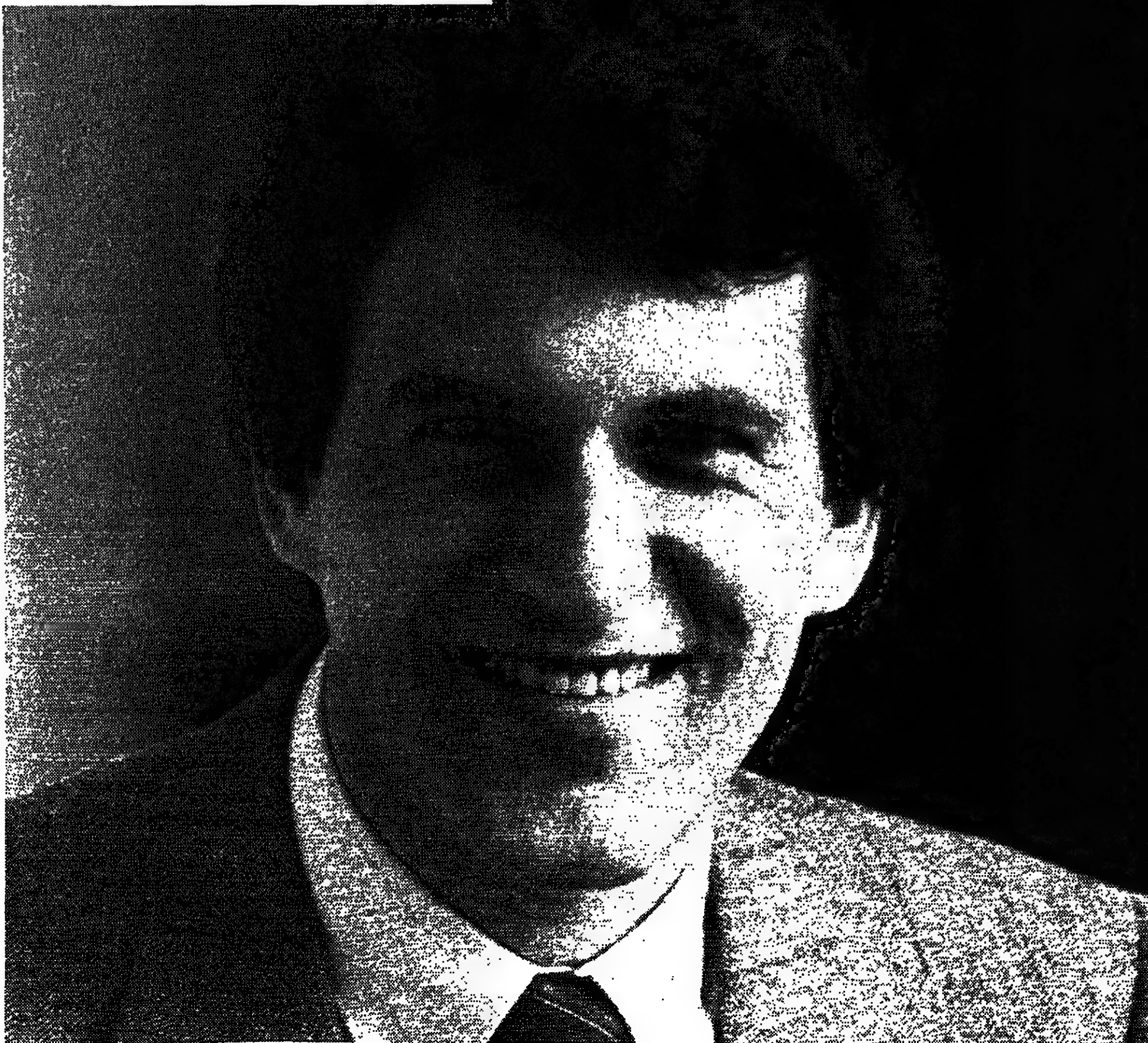
Als Grund für diese ungünstige Entwicklung werden die sehr hohen Militärausgaben und die tiefgehenden Wirtschaftsprobleme als Folge des marxistischen Systems angegeben. Der Conference Board schließt jedoch die Möglichkeit einer leichten Besserung für die Länder, die sich um eine stärkere Integration in die Weltwirtschaft bemühen, nicht aus. Dies gelte für China, Polen, Ungarn, Bulgarien und Moçambique, die erhebliche Anstrengungen unternähmen, ihre starren Wirtschaftssysteme zu stimulieren und flexibler zu gestalten. Auch die in der Sowjetunion betriebene Kampagne gegen unentschuldigtes Fehlen am Arbeitsplatz und illegale Transaktionen gehe in diese Richtung, wird festgestellt. Andererseits könnten sich nach der

Ansicht des Conference Board die Anstrengungen der sozialistischen Staaten, den Handelsaustausch mit dem Westen zu steigern, positiv auswirken.

Die Militärausgaben der Länder werden auf 13 Prozent ihres Brutto-sozialprodukts geschätzt. Dies entspricht 40 Prozent der Rüstungsausgaben in der Welt. Ein Teil des sozialistischen Lagers, wie Afghanistan, Angola, Kambodscha, Vietnam, Laos, Äthiopien, Moçambique, Nicaragua, Kuba und die UdSSR, sei heute in Kriegeranstrengungen verwickelt, die Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung haben, wird unterstrichen.

Der Conference Board betont schließlich, daß diese Länder von ersten Wirtschaftsproblemen wie der Inflation, der Rationierung der Grundnahrungsmittel und der zunehmenden Verschuldung bedroht sind. Die Verbindlichkeiten im Westen beliefen sich Ende vergangenen Jahres auf 110 Milliarden Dollar. Es handle sich hier keinesfalls um eine zyklische Entwicklung, versichern die Experten.

Ihr Anlagenberater fürs Telefon.



Herr Theodor Schlotmann, einer von über 400 Technischen Vertriebsberatern der Post:

„Eine billige Nebenstellenanlage kann auf die Dauer ganz schön teuer werden.“

Ob eine Nebenstellenanlage wirklich wirtschaftlich ist, kann man erst dann beurteilen, wenn man zu den Anschaffungskosten die Folgekosten für Wartung, Erweiterung oder Änderung hinzurechnet. Eine Nebenstellenanlage mit modernen Leistungsmerkmalen muß nämlich eine professionelle Beschleunigung der Betriebsabläufe erbringen und damit die Kosten senken helfen.

Um alle wichtigen Faktoren zu erkennen und zu bewerten, bedarf es Experten, die als Ingenieure ausgebildet sind. Die Post hat diese Spezialisten. Sie hat das Know-how, aus der breiten Angebotspalette der Industrie, Anlagen und Telefone auszuwählen und die für Sie günstigste Lösung zu empfehlen – technologisch auf dem neuesten Stand. Wichtigstes Kriterium ist die Wirtschaftlichkeit während der gesamten Einsatzdauer.

Und wenn die Anlage eingerichtet ist, garantiert die Post mit ihrem Wartungsservice reibungsloses Funktionieren. Sie hat die kürzesten Wege, und das heißt: Ihre Anlage ist bei einer Störung schnell wieder betriebsbereit.

Lassen Sie sich doch einmal persönlich beraten. Vereinbaren Sie telefonisch einen Termin. Die Nummer steht im Telefonbuch unter „Post, Technische Vertriebsberatung“. Herr Schlotmann und seine Kollegen stehen zu Ihrer Verfügung.

Post – Partner für Telekommunikation

Post

SCHMIDT + CLEMENS / In rote Zahlen getaucht

Investoren sind noch müde

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Etwas besser als 1982, aber immer noch mit Verlust, werde 1983 abschließen. Die wahre Besserung werde sich in 1984 zeigen. Denn bis dahin werde sich die immer noch müde Investitionsgüterkonjunktur aufgrund überfälliger Ersatzbeschaffung und wieder lohnender Neubauten endlich wieder positiv im eigenen Auftragsfeld niederschlagen. Mit diesem Hoffungsschimmer garniert der aus der Gründerfamilie stammende geschäftsführende Gesellschafter Christoph Schmidt-Krayer den freiwillich publizierten 1982er Abschluss des 104 Jahre alten Familienunternehmens Edelstahlwerk Schmidt + Clemens GmbH & Co. KG, Lindlar bei Köln. Die Firma ist die größte im knapp zwei Dutzend Produzenten großen Kreis von deutschen Mittelständlern, die mit Guß und Schmiede-Edelstahl-Spezialprodukten bis zu Kilopreisen von 300 DM anbieten.

Ein Geschäft, das 1982 bei einem beschleunigten Rückgang des Auftragsfelds um 12,4 (1,1) Prozent auf 138 Mill. DM und nur noch 145 (159) Mill. DM Umsatz mit 22,3 (31,2) Prozent Exportanteil kein Zuckerschlecken war. Der (leider verschwiegene) Ertrag endete nach zwei halbwegs besseren Jahren 1982 mit ca. 1 Mill. DM wieder im Verlust.

Düster blieb es auch im ersten Halbjahr 1983 mit 69 (77) Mill. DM Auftragsfeld und 67 (75) Mill. DM Umsatz. Nur Konsumgüter wie dank Autokonjunktur, die Blankstahltechnologie Klörsen & Co. (schon 1982 mit

Umsatzplus von 12,1 Prozent auf 29 Mill. DM) oder Auswärtiges wie der spanische Gießereibetrieb (10 Mill. DM Umsatz) machen keine Verluste. Für das S+C-Geschäft selbst hingegen wartet man darauf, daß sich der Knoten der Investitionszurückhaltung endlich löst.

Auf überdurchschnittlichem Niveau stabil konnte S+C auch im Krisenjahr 1982 die Bilanzstruktur halten. Die zum Teil durch Verlustausgleich (Auflösung von Rücklagen-Sonderposten) auf 22,7 (24,1) Mill. DM gesunkene Eigenkapitalsumme überdeckt weiterhin das Anlagevermögen und stellt nun sogar rund 36 (30) Prozent des zumal durch geringere Lieferforderungen reduzierten Bilanzvolumens.

Durchgehalten wurde 1982 auch die Politik, durch Nichtsetzen der Fiktionalität und vermehrte Kurzarbeit bis zu einem Fünftel der möglichen Arbeitsstunden die noch 1321 (1402) Beschäftigten auf auftragsbedingt* Entlassungen zu verschonen. Dies allerdings auch dadurch, daß seit zwei Jahren Tarifverhandlungen auf überhöhten Zahlungen angesetzt werden und so per Saldo selbst nominal kein Einkommensanstieg pro Beschäftigten eintrat. Bitter kommentiert die Geschäftsführung jene mittlerweile auch in Deutschland eingeleitete Stahlpolitik-Praxis, daß Konzerne diese Lohnpolitik noch länger nicht machen - und andererseits Subventionen erhalten, mit denen sie in Teilbereichen des S+C-Sortiments eine preisdrückende Konkurrenz inszenieren.

Durchgehalten wurde 1982 auch die Politik, durch Nichtsetzen der Fiktionalität und vermehrte Kurzarbeit bis zu einem Fünftel der möglichen Arbeitsstunden die noch 1321 (1402) Beschäftigten auf auftragsbedingt* Entlassungen zu verschonen. Dies allerdings auch dadurch, daß seit zwei Jahren Tarifverhandlungen auf überhöhten Zahlungen angesetzt werden und so per Saldo selbst nominal kein Einkommensanstieg pro Beschäftigten eintrat. Bitter kommentiert die Geschäftsführung jene mittlerweile auch in Deutschland eingeleitete Stahlpolitik-Praxis, daß Konzerne diese Lohnpolitik noch länger nicht machen - und andererseits Subventionen erhalten, mit denen sie in Teilbereichen des S+C-Sortiments eine preisdrückende Konkurrenz inszenieren.

CREDITREFORM / Umfrage beim Mittelstand

Der Optimismus überwiegt

DANKWARD SETZ, München

Verhaltener Optimismus und eine entspannte Wirtschaftslage als vor einem Jahr kennzeichnen die gegenwärtige Situation der mittelständischen Unternehmen. Zu diesem Ergebnis kommt der Verband der Vereine Creditreform, Neuss, aufgrund einer Befragung von rund 4200 Firmen (mit 20 bis 500 Beschäftigten) aus insgesamt 17 Wirtschaftsbereichen in der Bundesrepublik. Die tendenziell positive Einschätzung der

Ein deutlicher Stimmungsumschwung ist nach Feststellung von Creditreform bei der Investitionsbereitschaft eingetreten. Während zur Vorjahreszeit die Mehrheit der befragten Firmen angab, für das nächste Halbjahr keine Ausgaben zu tätigen, sind heute dazu fast 55 Prozent der Befragten bereit, und zwar in einem Umfang von rund 4 Mrd. DM. Hochgerechnet auf alle mittelständischen Unternehmen bedeutet dies, so Creditreform-Geschäftsführer Helmut Röhl, ein Gesamtvolumen von rund 96 Mrd. DM.

Der größte Teil der Planungen betrifft Erweiterungsinvestitionen. Gegenüber 1982 ist eine Steigerung von 32 Prozent wahrscheinlich. 18,9 Prozent sind es bei Rationalisierungen, während die Ersatzinvestitionen um fast 48 Prozent zurückgehen dürften. Bessere Zukunftsaussichten als auch Branchenkonjunktur und günstigere allgemeine Konjunktur werden als Gründe hierfür genannt.

Insgesamt kann auch eine Belebung der Auftragsituation festgestellt werden. Fast 28 (1982: 9,6) Prozent der befragten Unternehmen bezeichnen ihre Auftragspolster als gut oder gut bis befriedigend und nur 24,5 (31,3) Prozent als schlechter. Ebenso schätzen 28,0 (13,3) Prozent der Firmen die Orderposition für die nächsten drei Monate als gut ein. Schlechtere Zeiten erwarten 22,2 (39,6) Prozent.

Erkennbare Auswirkungen hat der verbesserte Auftragsbestand der Unternehmen der Umfrage zufolge auf die Beschäftigungssituation. Die Mehrzahl von 81,3 (63,9) Prozent plant mittelfristig keinerlei Entlassungen. Dies gilt erstmals auch für Firmen, die auf die Einführung von Kurzarbeit verzichten.

Nicht viel ändern wird sich 1983 in der Gewinnposition der einzelnen Unternehmen. 51,1 (37,3) Prozent erwarten unveränderte und 17,5 (8,5) Prozent höhere Jahresgewinne. Die Anzahl der Firmen, die Verluste erwarten, hat gegenüber 1982 nach Feststellungen von Creditreform sogar noch leicht zugenommen.

BUCHHANDEL / Ertragsituation hat sich ungünstig entwickelt - Zahl der Neugründungen überwiegt

Die neuen Medien haben ihren Schrecken verloren

INGE ADHAM, Frankfurt

Die neuen Medien haben für Buchhändler und Verleger viel von ihrem ersten Schrecken verloren. Gestützt auf die Entwicklung im vergangenen Jahr, in dem die privaten Käufer dem Buchhandel allen rezessiven Erscheinungen zum Trotz die Treue hielten, und auch in diesem Jahr, das dem Buchhandel bisher vier Prozent Umsatzplus bescherte, sieht der Börsenverein des Deutschen Buchhandels das Buch auch als „Medium der Zukunft“.

Diese positive Einstellung wird gestützt durch das Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach: Zwar geht danach annehmend die Hälfte aller erwachsenen Bundesbürger nie in einen Buchladen - eine allen Werbebemühungen zum Trotz seit Jahren stagnierende Quote. Aber, und dies hat die Buchhändler selbst am allermeisten überrascht, 73 Prozent der 18- bis 29-jährigen, eine Generation, die der Buchhandel an den Fernsehern verloren glaubte, würden der Umfrage zufolge gern ein Buch als Geschenk annehmen.

Ohnehin wird, wie die Umfrage ergab, die Hälfte aller Bücher als Geschenk gekauft, eine Tatsache, die der Buchhandel mit gezielten Werbekampagnen in den Monaten November und Dezember („Buchgutschein“) forcieren will. In diese Zeit entfallen etwa 25 Prozent der Umsätze der derzeit rund 3200 Sortimentsbuchhandlungen, die im Börsenverein zusammengeschlossen sind (gemeinsam mit 1800 Verlagen und 70 Zwischenbuchhandlungen).

Trotz der durchaus positiven Zukunftserwartungen, die auf der Treue der privaten Käufer basieren, während die öffentliche Hand deutlich spürbar spart, ist bei den Buchhändlern die (Zahlen-)Welt nicht ganz in Ordnung. Zwar ist der Sortimentsbuchhandel mit einem Umsatzplus nominal 2 Prozent auf 8,2 Milliarden Mark im vergangenen Jahr verglichen mit den übrigen Bereichen des Handels relativ gut davongekommen. Aber, so betonte Börsenvereins-Vorstand Günther Christiansen bei der Vorlage des Jahresberichts in Frankfurt, die Ertragsituation habe sich weiter ungünstig entwickelt.

Bereits 1981 habe im Sortimentsbuchhandel der durchschnittliche betriebswirtschaftliche Reingewinn bei nur 0,5 Prozent vom Umsatz gelegen. Im vergangenen Jahr ist dieser Satz bei stärker als dem Umsatz steigenden Kosten auf minus 0,3 Prozent gesunken. Eine Konkurswelle hat es gleichwohl nicht gegeben, denn viele Buchhändler betreiben ihr Geschäft auch aus Begeisterung für das gedruckte Medium, wie es im Börsenverein heißt, und demnach auch mit einem äußerst knapp kalkulierten Unternehmerlohn. Im Gegenteil, auch im vergangenen Jahr überwiegt die Zahl der Neugründungen (rund 300) die der Schließungen von Buchhandlungen (etwa 150) bei weitem. Die Zahl der Beschäftigten in Buchhandlungen und Verlagen blieb mit gut 60 000 in etwa unverändert.

Weiter verschlechtert haben sich die Ergebnisse im Verlagsbereich. Wie eine Umfrage des Börsenvereins ermittelte, stiegen die Durchschnittserlöse bei den Verlagsmitgliedern im vergangenen Jahr nur um ein Prozent; damit hat sich der reale Abwärtstrend der letzten beiden Jahre fortgesetzt. Nach Ansicht von Verle-

ger Wulf von Lucius, stellvertretender Börsenvereins-Vorsteher, ist dies nicht nur ein konjunkturelles, sondern eher ein strukturelles Problem, wie die stark unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Verlagsbereichen zeige.

Vor allem Sach- und Schulbücher hatten und haben Einbußen im Gefolge der Sparwelle bei der öffentlichen Hand, die inzwischen auch die Bibliotheken und Schulen erreicht hat. Nach wie vor steigende Umsätze verbucht die Branche bei Belletristik und Jugendliteratur. Dabei ist der Durchschnittspreis je Buch im vergangenen Jahr mit 26 DM unverändert geblieben; auch in diesem Jahr sind Preiserhöhungspläne klein, obwohl vehement beklagt wird, daß mit dieser Preiskonstanz bei steigenden Kosten keine Rendite zu erwirtschaften sei, die Verlagen und Sortimentern einen dauerhaften Platz im kulturellen und wirtschaftlichen Geschehen sichere.

Weiter auf 61 300 Titel gestiegen ist im vergangenen Jahr die Titelproduktion in der Bundesrepublik, das sind 2000 mehr als im Jahr zuvor.

TANKSTELLEN

Chevron gibt an Texaco ab

K. S. Hamberg

Die Texaco Inc., USA, wird das Tankstellennetz und das Raffineriegeschäft der Marke Chevron von Standard Oil of California (Socal) in Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Dänemark übernehmen. Texacos Strategie unterscheidet sich damit erheblich von der anderer amerikanischer Gesellschaften (Gulf Oil, Standard Oil of Indiana), die sich zunehmend aus dem europäischen Markt zurückgezogen haben. Besonders in den letzten drei Jahren hat Texaco beträchtliche Summen in die Modernisierung seiner europäischen Raffinerien gesteckt. Ziel der Gesellschaft ist es, sich in Verarbeitung und Vertrieb vorwiegend auf die leichten Produkte - Treibstoffe und leichtes Heizöl - zu konzentrieren.

Von Standard Oil of California wird Texaco den Anteil von 68 Prozent an einer Raffinerie in Pernis bei Rotterdam übernehmen. In Schweden, England und der Bundesrepublik besitzt Texaco schon jetzt Raffinerien oder Beteiligungen an Raffinerien sowie 7800 Tankstellen.

BMW: Nachfolger für Radermacher?

sz. München

Bei der Bayerischen Motoren Werke AG (BMW), München, ist man offensichtlich bei der Suche nach einem neuen Vorstandsmitglied für den Bereich Forschung und Technik fündig geworden. In München verdichten sich Gerüchte, daß Hans Hagen, Leiter des Gesamtvertriebs Nutzfahrzeuge bei der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Nachfolger von Karlheinz Radermacher wird, der im Mai dieses Jahres bei BMW ausgeschieden war und seit dem 1. August stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG ist. Bei MAN heißt es dazu lediglich, daß Hans Hagen Ende 1983 aus dem Unternehmen ausscheiden wird. Keine Stellungnahme war von BMW zu erhalten; darüber entscheidet alleine der Aufsichtsrat, der Anfang Oktober tagen soll.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Plettac wächst wieder

Essen (Bm.) - Die Plettac GmbH, Plettenberg, hat ihren Umsatz von 54 Mill. DM im ersten Halbjahr 1983 weiter um 6 Prozent erhöhen können. Damit konnte mit Inlandsumsätzen der Einbruch des Exportes, der 1982 etwa 30 Prozent betrug, mehr als kompensiert werden. Plettac stellt Gerüstsysteme, Leichtbauhallen und Sicherheitsausrüstungen für den Bergbau her.

Position gefestigt

Stuttgart (nl.) - Die zum Litton-Konzern gehörende Hellige GmbH, Freiburg, eines der führenden Unternehmen auf dem Gebiet der Medizintechnik, hat ihren Umsatz im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 7.) um 8,5 Prozent auf 185 Mill. DM gesteigert. Trotz stagnierender Marktvolumen wurde der größte Teil des Zuwachses im Inland erzielt. Der Exportanteil am

Umsatz liegt bei 50 Prozent. Hauptumsatzträger waren nach Angaben der Firma erneut Patientenüberwachungssysteme.

Balcke-Dürr 100 Jahre

Düsseldorf (Py.) Die Balcke-Dürr AG Ratingen, ein Unternehmen der Gruppe Deutsche Babcock, besteht in diesen Tagen 100 Jahre. Das Unternehmen ist aus der von dem Ingenieur Gustav Dürr gegründeten „Düsseldorfer-Ratinger Röhrenkesselfabrik Dürr & Co.“ und der fast 10 Jahre später von Hans-Joachim Balcke gegründeten Balcke & Co. Gesellschaft zum Bau von Kondensations-Anlagen, Bochum, hervorgegangen. 1935 ging die Mehrheit der Dürr-Aktien in den Besitz von Babcock über, 1972 fusionierten Dürr und Balcke. Das Unternehmen zählt heute zu den führenden Herstellern von Dampferzeugern, Kühl- und Pumpenanlagen für den

Kraftwerksbau sowie für die petrochemische Industrie.

Bier-Kooperation

Herford (hdt.) - Die Brauerei Felsenkeller, Herford, schloß mit der Altbier-Brauerei Carl Bolten & Co, Korbach, einen Kooperationsvertrag, der eine weitgehende Abstimmung im Produktions- und Vertriebsbereich zum Inhalt hat. Der niederheinische Partner bietet jetzt Herforder Pils an, während die ostwestfälische Brauerei Bolten Altbier in ihr Vertriebsprogramm aufnimmt. Der Jahresausstoß bei Bolten, einem der ältesten Altbier-Produzenten der Welt, liegt bei derzeit 50 000 Hektolitern; der Umsatz wird mit 7 Mill. DM angegeben. Felsenkeller erreichte im Geschäftsjahr 1981/82 einen Ausstoß von 1,14 Mill. Hektolitern, wobei der Pilsanteil 92 Prozent betrug. Als Jahresumsatz wurden rund 180 Mill. DM genannt.

PHILIPS
Wenig Zeit, aber viel zu sagen?
Philips Diktiersystem 800



Philips 805
Portabel mit Merk- und Find-System und integrierter Diktatur.
Informationen beim Bürolandhandel oder bei Philips Data Systems, 226 Börsenstraße, Postfach 10 33 22, 2000 Hamburg 1

Konjunktur, aber auch die allgemein nicht ungünstigen Prognosen über die weitere Entwicklung berechtigten zu der Annahme, daß die Wende in der Talfahrt vollzogen ist und die Wirtschaft sich in einem allmählichen Aufwärtstrend befindet. Große Unsicherheitsfaktoren seien aber immer noch vielfach die gespaltenen Branchenkonjunkturen und die noch nicht in Trüff gekommen Exportwirtschaft.

GOTHAER VERSICHERUNGEN / Keine Krise des Vorsorgedenkens

Hoher Zuwachs bei den Überschüssen

HARALD POSNY, Frankfurt

Trotz eines gegenüber der Branche fast doppelt so starken Rückgangs des Neugeschäfts mag die Gothaer Lebensversicherung AG, Göttingen, nicht an eine Wachstumskrise in der Lebensversicherung oder gar an eine Krise im Vorsorgedenken glauben. Vorstandsvorsitzender Harry Bartsch erklärte bereits in den letzten Monaten des letzten Jahres eine leichte Belebung des Neugeschäfts. Dessen Rückgang 1982 relativiert Bartsch auch mit dem Hinweis auf die Abschwächung der relativ hohen Zuwachsraten der Vorjahre bei der selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherung.

Künftig wird sich jedoch der Außendienst, der stark im Finanzierungsgeschäft engagiert ist, auch mehr dem Breitengeschäft widmen. Dies wird vielleicht zu einer Verringerung der vorzeitigen Kündigung von bestehenden Versicherungsverträgen (Storno) führen. Abgesehen von dieser fast branchentypischen Erscheinung der für den Versicherer verlustreichen Vertragskündigung kann die Gothaer, deren Versicherungsbestand bis Ende Juni auf 16,4 und deren Neugeschäft um 12,6 Prozent auf 1,1 Mrd. DM gewachsen ist, auf einen hohen Anteil der Kapitallebensversicherung am Neuge-

schäft (75 Prozent) und eine mit 48 000 DM gegenüber der Branche doppelt so hohe Durchschnitts-Versicherungssumme verweisen.

Die fast um ein Viertel gestiegenen Aufwendungen für Beitragsrückstellungen, die 99,8 Prozent des Rohüberschusses ausmachen, waren im wesentlichen eine Folge der kräftig gestiegenen Kapitalerträge. Die Höhe der Rückstellung erlaubt auch die Beibehaltung des hohen Niveaus der Überschußbeteiligung der Versicherten.

Die Tochtergesellschaft Gothaer Allgemeine Versicherung AG hat 1982 trotz Zuführung von 3 (1,8) Mill. DM zu den Schwankungsrückstellungen den versicherungstechnischen Verlust von 3,6 Mill. DM in 0,9 Mill. DM Gewinn verwandelt. Das bessere Abschneiden der allgemeinen Unfall- und der Haftpflichtversicherung konnte die Verluste im Transport- und HUK-Bereich (hier stagnierten auch die Beiträge) nicht ausgleichen.

Die Beitragseinnahmen stiegen nur um 3,3 Prozent auf 204 Mill. DM (brutto), die verdienten Beiträge für eigene Rechnung erreichten 138 (133) Mill. DM. Die Schadenquote lag mit 83,3 Prozent leicht über dem Vorjahr. Die gute Verzinsung der Kapitalanla-

KONKURSE

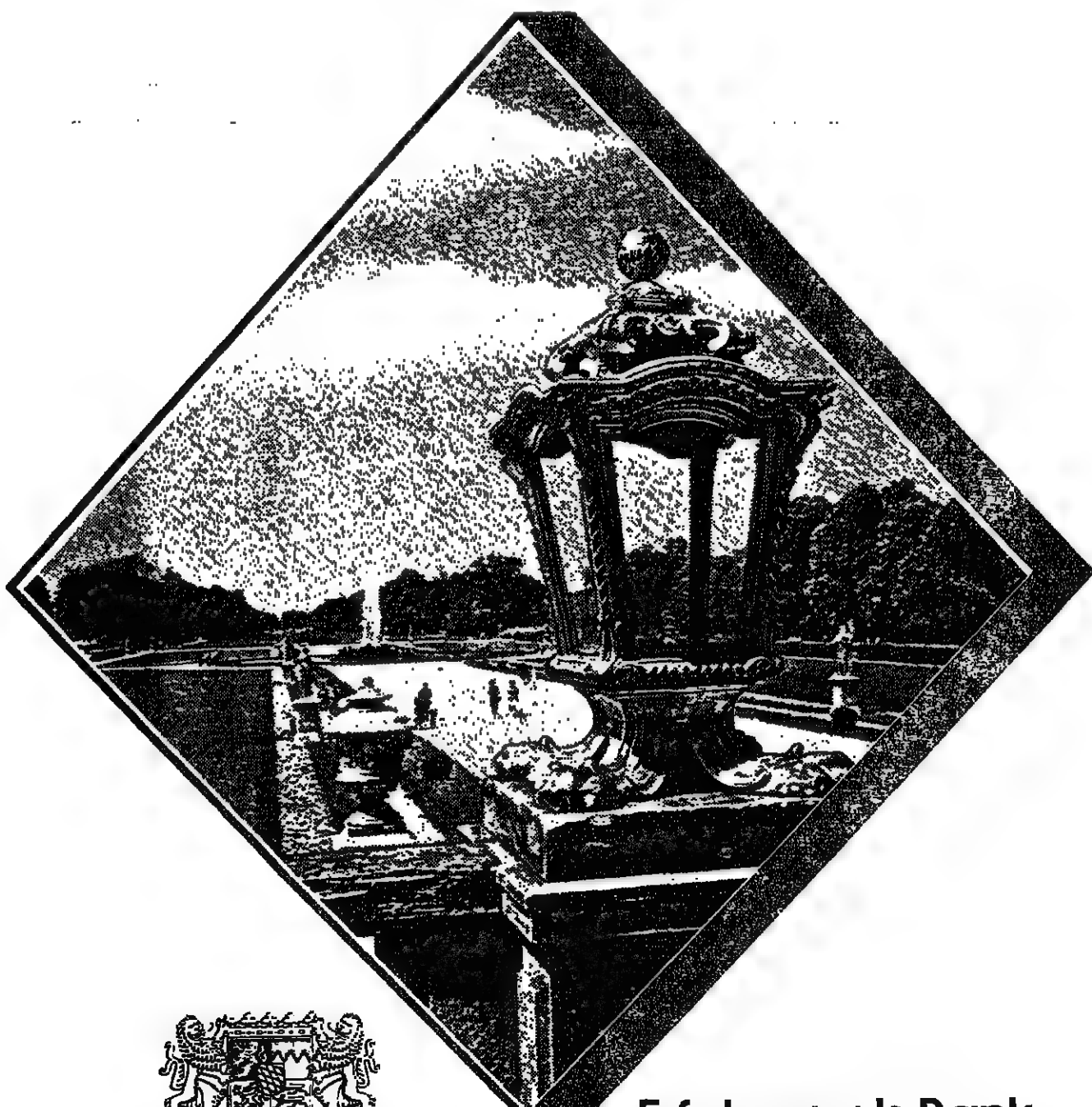
Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: Klotz und Köppen Bau GmbH; Nachl. d. Charlotte Thompson, geb. Köhler; Lüneburg: Detmann Ges. f. Heizung u. Sanitärbedarf mbH; Oldenburg: Nachl. d. Karsten Wetzel, Student; Ulm (Donau): Ulmer Guß Hopt GmbH; Hopf GmbH; Wuppertal: Rolf Schorre; Nachl. d. Hilda Erna Derichs geb. Hasbach; Nachl. d. Wera Ellen Busch geb. Leymann; Aussenf-Bilts-Schnell-Service GmbH.

Vergleich beantragt: Detmold: Felix Kasper, Bäckermeister, Lage; Münster: Profila-Werke Fredel und Wältermann GmbH u. Co. KG, Ennigerloh.

gen (7,2 nach 7,3 Prozent) sicherte den Jahresüberschuß von 1,8 (1) Mill. DM. Aus ihm wird mit 1 Mill. DM das 11 (9) Mill. DM betragende Grundkapital bedient. Beitrags- und Schadenentwicklung im 1. Halbjahr 1983 nannte Bartsch zufriedenstellend.

Gothaer Leben	1982	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	15831	+ 5,9
Rückst.		
Neugeschäft	1967	- 8,0
Beitrags-einnahmen	507	+ 5,8
Aufw. f. Vers.-Fälle	178	+ 5,7
Kapitalanlagen *)	3874	+ 8,3
Kapitalerträge *)	279	+12,5
Aufw. f. Beitr.-Rückst.	197	+22,3
Rückst. f. Beitr.-Rückst.	434	+17,3
	1982	1981
Stornoquote *)	5,7	5,1
Vers.-Kostenquote *)	4,9	5,0
Abschl. Kostenquote *)	46,6	41,8
Überschußquote *)	38,9	53,7

*) ohne Depositor; *) Durchschnittsrendite: 7,5 (7,1) Prozent; *) Rückl. Umwandlung in beitr.freie Versich. u. sonst. Verz., Abgang in % d. Anfangsbestands; *) sonst. Aufw. d. Vers.-Betr. in % d. Beiträge; *) in Promille d. eingeleg. Neugesch.; *) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge



Erfahren als Bank -
verlässlich als Partner

Mit unserem vielfältigen Angebot und internationalen Verbindungen stehen wir Ihnen als große Universalbank zur Verfügung.

Bayerische Landesbank
Girozentrale

Sie erreichen uns in München, Nürnberg und über jede bayerische Sparkasse sowie in Frankfurt, Wien, Luxemburg, London, New York, Toronto, Johannesburg und Singapur.

Aktien auf breiter Front gefestigt

Kein Einfluß der Landtagswahlen auf die Börsentendenz

DW. - Da sich die Aussichten auf eine Zinskonkolidierung in den USA vorantreiben lassen und gleichzeitig der Dollar weiter nachgab, kam es bei den Standardaktien zu einer Fortsetzung der bereits in der Vorwoche begonnenen Aufwärtsbewegung. Das schlechte Abschneiden zu deutlichen Kursgewinnen kamen neben den von den Ausländern bevorzugten Standardaktien wie Siemens und Deutsche Bank erneut die Maschinenbauaktien, von denen sich Linde und K. Ried um 6 und Deutsche Bank um 2 DM auf 20 DM festsetzten. Die Aktien lagen im Nachhinein der Zinskonkolidierung, die von Ende vergangenen Jahres bis zu Ende dieses Jahres fortgesetzt werden soll, auf 3,5 DM. Die Aktien lagen im Nachhinein der Zinskonkolidierung, die von Ende vergangenen Jahres bis zu Ende dieses Jahres fortgesetzt werden soll, auf 3,5 DM.

der CDU bei den hessischen Landtagswahlen beeinflusste das Geschäft schon deshalb nicht, weil im Ergebnis sowohl in Hessen als auch in Bremen alles beim Alten geblieben ist. Bei den Käufen ist deutlich der Optimismus zu spüren, der in bezug auf die Konjunkturlage in Anlegerkreisen aufzukommen scheint. Phoenix Gummi lag in etwa bei 2,80 DM und Pongu um 3,90 DM. Nachgegeben haben Boliden um 4 DM auf 20 DM und Egeba um 4 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchener B. um 10 DM und Aachener Rück um 20 DM. Allianz Vers. verbesserten sich um 6,50 DM. Frankfurt: Standardwerte wachen auf bis zu 2 DM, vereinzelt bis zu 3,5 DM. Die Aktien lagen im Nachhinein der Zinskonkolidierung, die von Ende vergangenen Jahres bis zu Ende dieses Jahres fortgesetzt werden soll, auf 3,5 DM.

München: Augsburgs Kammgarn verminderten um 9 DM auf 86 DM und Hasenbräu stockten um 10 DM auf 910 DM. Die Aktien lagen im Nachhinein der Zinskonkolidierung, die von Ende vergangenen Jahres bis zu Ende dieses Jahres fortgesetzt werden soll, auf 3,5 DM. Berlin: Schering konnten sich um 1,50 DM, Berliner Kindl, Herlitz und Kempten um je 2 DM und DeTeWe um 3,50 DM verbessern. Rheinmetall festigten sich um 3 DM. Orestein lag um 2 DM leichter. Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Kfurt	Hamburg				München			
24.9.	23.9.	22.9.	21.9.	20.9.	24.9.	23.9.	22.9.	21.9.
82,5	7107	21067	110,1-10,5-10,1-7,1	81,5	85,5-8,5-8,4	81,5	85,5-8,5-8,4	81,5
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1
146,1	9103	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1	146,1

Langläufer gesucht

Die überraschend positive Gesamtgesamtwirkung in den USA beruht die Ansicht gestützt, daß dort die Chancen für eine langfristige Erhaltung des hohen Zinssatzes im Vergleich mit Deutschland größer zu liegen scheinen. Die sich aus der hohen Nachfrage für Ringfängernde öffentliche Anleihen aus, die bis zu einem Viertelpunkt angehoben wurden. Unter diesen Umständen scheint nicht mehr sicher zu sein, daß die projektierte neue Bundesanleihe noch mit einem Nominalzinssatz von achtzehnhundert Prozent ausgestattet werden wird. Bei den Pfandbriefen blieben die Kurse noch unverändert, aber auch hier bezogte sich die Stimmung. DM-Auslandsanleihen lagen bis zu einem Viertelpunkt höher.

<

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Ausländische Aktien

[illegible]

**Wo andere
passen müssen,
paßt Tandem.**

Wenn Sie ein neues Computer-Projekt planen, in dessen Mittelpunkt schnelle Online-Transaktions-Verarbeitung steht, sollten Sie mit Tandem sprechen. Wir können Ihnen Vorschläge machen, die Ihnen zeigen, wie Ihre neue Computer-Anwendung problemlos bewältigt wird – und welche nahezu unbegrenzten Ausbaustufen ein Tandem-System bietet. Denn die modulare Ausbaubarkeit der Tandem-Computer-Systeme garantiert Ihnen Leistungsanpassung in jeder gewünschten Größenordnung. Entscheidend für Sie ist, daß die Hardware- und Software-Elemente von Anfang an auf Mehrprozessoren-Systeme ausgelegt sind. Das heißt: in jeder denkbaren Ausbaustufe bis zum weltweit verküpften Netz mit bis zu 255 Systemen, in denen jeweils zwischen 2 und 16 Rechnern arbeiten, wird das gleiche Programm eingesetzt. Beim Ausbau selbst kann das Gesamt-System ungestört weiterlaufen. Das ist der Vorteil des NonStop-Systems von Tandem. Es sorgt auch dafür, daß alle Service-Arbeiten am laufenden System durchgeführt werden können. Ausfallschutz durch das NonStop-System bedeutet aber vor allem: Falls ein Prozessor fehlerhaft arbeitet, übernimmt ein Parallel-Prozessor seine Aufgaben – das System arbeitet weiter. Damit bietet Ihnen Tandem das Höchstmaß an Sicherheit, das Ihre vitalen Geschäftsdaten verlangen. Diese entscheidenden Schutz erzielt Tandem.

Unser System überspringt Computer-Leistungsklassen.

Tandem Computers GmbH
Postfach 560014 Ben-Gurion-Ring 164 6000 Frankfurt/Main 56

☐ Bitte schicken Sie mir Informations-Material

☐ Bitte vereinbaren Sie einen Termin mit mir

Name _____

Straße _____

Telefon _____

Firma _____

Ort _____

DW

Tandem-Geschäftsstellen: Hamburg, Dortmund, Düsseldorf, Hildesheim, Frankfurt, Mannheim/Ludwigshafen, Stuttgart, München, Tübingen. **Tandem-Fertigung:** Neulahrn bei München

TANDEM

Wo Erfolg vom Computer abhängt,
geben wir Sicherheit.

Warenpreise - Termine

Deutlich fester schlossen die Gold- und Silbermärkte am Freitag an der New Yorker Comex. Weniger ausgeprägt als bei den Edelmetallen waren die Gewinne bei Kupfer. Etwas schwächer ging Kaffee aus dem Markt. Größere Abschlüsse mußte Kakao hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Waren	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Weizen Chicago (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	374,00	381,25	374,00	381,25
März	380,50	388,00	380,50	388,00
Mai	385,50	393,00	385,50	393,00
Weizen Winnipeg (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	241,50	244,00	241,50	244,00
März	243,50	246,00	243,50	246,00
Mai	245,50	248,00	245,50	248,00
Roggen Winnipeg (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	159,50	163,00	159,50	163,00
März	162,50	166,00	162,50	166,00
Mai	165,50	169,00	165,50	169,00
Hafer Winnipeg (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	130,50	133,00	130,50	133,00
März	132,50	135,00	132,50	135,00
Mai	134,50	137,00	134,50	137,00
Gerste Winnipeg (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	130,50	133,00	130,50	133,00
März	132,50	135,00	132,50	135,00
Mai	134,50	137,00	134,50	137,00

Genußmittel

Waren	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Kaffee New York (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	131,50	133,00	131,50	133,00
März	133,50	135,00	133,50	135,00
Mai	135,50	137,00	135,50	137,00

Öle, Fette, Tierprodukte

Waren	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Sojabohnen New York (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	32,00	32,00	32,00	32,00
März	32,00	32,00	32,00	32,00
Mai	32,00	32,00	32,00	32,00
Sojabohnen Chicago (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	32,00	32,00	32,00	32,00
März	32,00	32,00	32,00	32,00
Mai	32,00	32,00	32,00	32,00
Sojabohnen London (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	32,00	32,00	32,00	32,00
März	32,00	32,00	32,00	32,00
Mai	32,00	32,00	32,00	32,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Waren	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Wolle New York (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	51,00	51,00	51,00	51,00
März	51,00	51,00	51,00	51,00
Mai	51,00	51,00	51,00	51,00
Fasern New York (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	50,00	50,00	50,00	50,00
März	50,00	50,00	50,00	50,00
Mai	50,00	50,00	50,00	50,00
Kautschuk New York (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	50,00	50,00	50,00	50,00
März	50,00	50,00	50,00	50,00
Mai	50,00	50,00	50,00	50,00

Zinn-Preis Penang

Waren	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Zinn New York (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	413,00	413,00	413,00	413,00
März	413,00	413,00	413,00	413,00
Mai	413,00	413,00	413,00	413,00
Zinn London (einst.)	22.9.	22.9.	22.9.	22.9.
Doz.	413,00	413,00	413,00	413,00
März	413,00	413,00	413,00	413,00
Mai	413,00	413,00	413,00	413,00

Edelsteinlabor

Susann Lange-Mechlen

Qualität international

Seit 1964 steht mein Labor im Dienst einer gemessenen Bewertung, die sich eng an internationalen Prüfmethoden orientiert. Dieser hohe Qualitätsmaßstab steht im Interesse des künftigen Edelsteinbesitzers, der sein Eigentum für jeden Markt bewertet haben will.

Im einzelnen biete ich Ihnen auf der Grundlage eines modernsten edelsteinanalytischen Labors:

- Experten nach internationalen Bewertungsgrundsätzen
- Bewertung und Schätzungen auch Ihrer eigenen Steine

Susann Lange-Mechlen, DIAMOND CORPORATION
Marktplatz 6/IV, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/297481

MERCATO ITALIANO DELLA PELLETERIA E SETTORI CONNESSI

44. MI 1983 FEL

ITALIENISCHER LEDERWARENMARKT UND ANGEGESCHLOSSENE SEKTOREN

MAILÄNDER MESSEGELEND: PIAZZA 6 FEBBRAIO
INTERNATIONALE AUSSTELLUNG

500 AUSSTELLER IN DER LEDERWARENBRANCHE UND ANGEGESCHLOSSENEN GEBIETEN TREFFEN MIT MEHR ALS 15000 FACHLEUTEN AUS 50 KONTINENTEN ZUSAMMEN AUF DER WELTWEIT HÖCHSTQUALIFIZIERTEN LEDERWAREN-MODELAUSSTELLUNG

MAILAND 3.-7. NOVEMBER 1983

Organisiert vom SVIP (Comitato Sviluppo Vendita Pelletteria)
Weitere Ausstellungen in 1984

45. MIPEL 46. MIPEL

MAILAND 23.-26. MÄRZ MAILAND 12.-15. OKTOBER

MIPEL - 20122 MILANO (ITALIEN) - VIALE BEATRICE D'ESTE, 43
TEL (02) 5468951-2-3-4-5 - FS 313224 MIPEL I - TELEGR. MIPELAIMPES

Außenstände??

Hier hilft unser 4-Phasen Inkasso-System mit Vorfeldprüfung durch unsere Auskunftei. Bitte kostenlose Prospekte anfordern.

☐ Inkasso ☐ Auskünfte

Name/Firma: _____ Inv. Zeichen: _____

Straße/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Schmelzplang • Abl. MA • Post 167 20 • 6000 Frankfurt/M. 1

MALAWI EXPORT PROMOTION COUNCIL

Malawi at overseas import fair - "Partners for Progress" 28th September to 2nd October 1983.

Malawi is once again taking part in the Berlin Overseas Import Fair, "Partners for Progress" from 28th September to 2nd October, 1983. On show are a wide range of quality products: viz.

- agricultural produce
- printed cotton dresses
- canned fruits
- cotton piece goods
- macadamia nuts
- handicrafts and curios
- peanuts and peanut butter
- palm leaf basketware
- packet tea
- fishing flies
- tea in bulk

You are cordially invited to visit our stand No. 5.10 Hall No. 3, AMK Berlin, Messedamm 22, D-1000 Berlin 19. Orders will be welcome for all or any of the quality products on exhibit. The Malawi pavilion team at the fair will only be too pleased to serve you and answer any of your questions. Address your written inquiries to:

The Director,
Malawi Export Promotion Council,
P. O. Box 1299,
Blantyre,
Malawi.

Tel. No. 63 44 99
Telefax: 4 589

The Embassy of the Republic of Malawi,
Bundeskanzlerplatz,
Bonn-Center HI 1103,
5300 Bonn 1,
Federal Republic of Germany.

Tel. No. 02 28 - 21 30 59
Telefax: 8 669 689 mabnd

Das Thema der WELT am 28. Sept. '83

Was kommt nach dem Öl?

Die Energieflaute nach dem zweiten Öl-Schock hat die Entwicklung neuer Technologien und die Suche nach neuen Energiequellen merklich abgebremst. Doch wir brauchen Energie-Rohstoffe und intelligente Umwandlungsformen, die uns einen reibungslosen Abschied vom Öl ermöglichen. Wir brauchen endlich eine Energiepolitik, die weiter als eine Wahlperiode reicht.

Mehr hierzu lesen Sie in dem 32seitigen Farbmagazin **ENERGIE**, das am 28. September in der WELT erscheint.

Kaufen Sie sich diese Ausgabe der WELT. Oder beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich weltweit orientiert und versäumen keine der vielen interessanten Sonderveröffentlichungen dieser Zeitung.

Probierlieferung kostenlos.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Birkner

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Jürgen Karius, Klaus Götzel, Peter Weitz; Düsseldorf: Dr. Willy Herberich, Joachim Gohlhoff, Rüdiger Pösch; Frankfurt: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grottel; Brandenburg: Dr. Rüdiger Grottel; Berlin: Dr. Rüdiger Grottel; Hamburg: Dr. Rüdiger Grottel; Köln: Dr. Rüdiger Grottel; München: Dr. Rüdiger Grottel; Stuttgart: Dr. Rüdiger Grottel; Westfalen: Dr. Rüdiger Grottel; Bayern: Dr. Rüdiger Grottel; Baden-Württemberg: Dr. Rüdiger Grottel; Rheinland-Pfalz: Dr. Rüdiger Grottel; Saarland: Dr. Rüdiger Grottel; Schleswig-Holstein: Dr. Rüdiger Grottel; Mecklenburg-Vorpommern: Dr. Rüdiger Grot

Wo ist hier die Moral?

PHG - Per Flugblatt haben eine Buchhandlung und die Berliner Arbeitsgruppe „Solidarnosc“ schwere Vorwürfe gegen die Berliner Festspiele erhoben: Die Festspiele, mit deren Billigung die Buchhandlung zu einem Gastspiel des „Teatr Współczesny“ aus Breslau mit Kazimierz Brauns Inszenierung von Camus' „Pest“ in der Freien Volkshalle einen Bühnenaufstellung, habe verlangt, alle Dinge, die „irgendwie an „Solidarnosc“ erinnern“, aus dem Angebot zu entfernen, Aufkleber etc. sondern auch Literatur und Informationsmaterialien. Daraufhin hätten die Buchhändler ihren Stand vollständig geräumt.

Die Berliner Festspiele haben diese Darstellung als „Verleumdung“ bezeichnet. Man habe die Buchhändler nicht unter Druck gesetzt, sondern nur die „moralische Frage“ gestellt, um den gastierenden Polen keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Nun wird jeder bekehrte Theatermann einsehen, daß massenhaft geschwenkte „Solidarnosc“-Fähnchen solchen Theaterproduktionen und den beteiligten Künstlern, zumal mit Blick auf spätere Gastspiele, nicht gerade hilfreich wären. Welchen Sinn aber ein Bittchen im Theaterfoyer eines freien und demokratischen Landes haben soll, wenn es nicht zusätzliche Literatur und Informationen zu den Aufführungen anbietet, bleibt ein Geheimnis der Festspielleitung. Mit ein bißchen Camus, etwas Calderón und schönen Polen-Bildern ist es ja nicht getan.

Bei Gastspielen aus dem westlichen Ausland würde natürlich kein Hahn danach krähen, wenn alle möglichen Pamphlete, Protestpapiere und Buttons wider die Heimatländer gastierender Truppen im Foyer verstreut würden. Im Falle festlicher Regime aber kuschelt die Festspiel-Nachricht: Sie trappelt auf den schweren Sohlen der Leisetreter. Es sind wohl die Festivalmacher selbst, die sich die moralische Frage stellen müssen.

Hagen: „Pilger“-Oper

Bei Gluck gibt's noch Fundstücke

Zehn Jahre lang haben die Städtischen Bühnen Hagen unter der Devise „Heiteres Musiktheater aus dem Osten“ manch vergessene Oper aus dem osteuropäischen Raum zur Gabe gefördert. Mit Christoph Willibald Glucks „Die Pilger von Mekka“ oder Die unverhoffte Begegnung“ ließ Intendant Manfred Schnabel nun einen neuen Zyklus „Heitere Vorklassik“ einleiten. In den 1784 uraufgeführten „Pilgern von Mekka“ kehrt Gluck zwei Jahre nach dem Reformwerk „Orpheus und Eurydike“ noch einmal zur konventionellen Nummeroper mit ausgetüschten Dialogen zurück. Die in „Orpheus“ erreichte dramatische Geschlossenheit und emotionale Tiefe tritt dabei wieder zurück zu Gunsten einer formal-oberflächlichen Charakterzeichnung.

Auch inhaltlich zollte Gluck dem Zeitgeschmack noch einmal Tribut und komponierte eine „Turkenoper“ auf ein Sujet, das später ebenfalls von Joseph Haydn und Mozart benutzt wurde. So liest sich die Handlung wie eine leichte Variante der „Entführung aus dem Serail“. Der persische Prinz Ali (Alexander Stachowiak) findet nach langer Suche am Hofe des Sultans von Kairo seine entführte Geliebte Rezia wieder (Maren Borgard). Als Mekkapilger verkleidet wollen die Liebenden entfliehen. In letzter Minute verhindert der Sultan die Flucht. Doch durch Intervention des schrulligen Malers Überschwang (Werner Hahn) wird der Herrscher zu Großmut überredet und läßt die Liebenden samt Dienerschaft fliehen. Während Mozart die banale Singelspielhandlung durch exemplarische Charakterzeichnung symbolisch überhöht, beschränkt sich Gluck auf ein eher ungeschicktes Hantieren mit geäußerten Handlungs- und Stimmungsmustern.

Der Regisseur Eckehard Pluta hat das wohl erkannt und erfindet für die Figur des Malers ironisierende Kommentare, die dem Bühnengeschehen eine zusätzliche dramaturgische Klammer geben, das Werk aber endgültig in den Bereich der Klimate verweisen. Die Farbenpracht vorläufige Ausstattung von Peter Umbach hat zwar den Vorteil schneller Verwandlungsmöglichkeit, jedoch den weit gravierenderen Nachteil: arger orientalischer Buntschickigkeit im Stile schlechter Märchenbücher.

Bei soviel aufgeputzter Lustigkeit hat die Musik Glucks unter dem Dirigenten Michael Halász einen schweren Stand. Sie gerät fast zur Nebensache. Dennoch finden sich unter den etwa 30 Musiknummern genügend Fundstücke, die im Konzertsaal Furore machen können.

ALBIN HÄNSEROTH

Tagung der Europäischen Märchengesellschaft '83

Warum Odins Pferd acht Beine hatte

Der Zauberer gehört zu den klassischen Märchenfiguren. Oft steht er mit den Mächten der Finsternis im Bunde. Allein die Liebe vermag ihn zu bezwingen und läßt aus Fröschen wieder Prinzen werden und aus Bäumen wieder Prinzessinnen. Aber nicht nur böse Magier bevölkern die Märchen und Mythen der Völker. Zu den erbittertesten Gegnern der mit den Dämonen der Unterwelt verbundenen Hexenmeister gehören die guten Zauberer, die dem Merlin in der Artussage oder den weisen Gandalfs aus Tolkiens „Herr der Ringe“ gleichen.

In den Überlieferungen asiatischer und indianischer Stämme sind es die Schamanen, die für die gerechte Sache streiten und sich dabei überirdischer Hilfsgeister bedienen. Die Schamanen sind zwar meist sterbliche Menschen, aber durch Initiation gelangen sie in den Besitz außerordentlicher Fähigkeiten. Sie können mit Töten reden, in kosmische Welten reisen, die Geister aufsuchen oder zu sich bitten, sie beherrschen die Sprache der Tiere und der Pflanzen. Ausgerüstet sind sie mit einem Stab, ähnlich dem Zauberstab des Magiers, und mit einer Trommel, mit deren Hilfe sie sich in Ekstase versetzen. In diesem Zustand der Entrückung können sie den Kontakt mit den Geistern aufnehmen.

Der Glaube an die übersinnlichen Kräfte der Schamanen und Zauberer ist in den außereuropäischen Kulturen nie ganz ausgestorben. Und heute, da die Ratio ins Zweifelt gebracht wurde, hat der Schamanenglaube auch im Westen wieder Anhänger gewonnen. Was im letzten Jahrhundert angesichts des Siegeszuges der Naturwissenschaften und der Technik noch ins Reich der Märchen verbannt wurde, feiert heute zumindest partiell eine kräftige Renaissance. Dafür zeugen nicht nur Astrologie, Spiritismus und Wahrsagerei, sondern auch so manches hochseriöse Universitätsseminar.

So kam denn das Thema der diesjährigen Tagung der Europäischen Märchengesellschaft in Bad Karlshafen zur rechten Zeit. „Zaubererinnen und Schamanen“ lautete das Motto des 29. Kongresses der Gesellschaft.

In seiner Eröffnungsansprache warnte Heino Gehrts, Märchenforscher aus Altmölin und Organisator des Kongresses, gleichwohl vor „falschen Hoffnungen“. „Diese Tagung soll nicht der Einführung von Hobby-Schamanisten in bislang unerforschte okkulte Gebiete dienen“, sagte er. Ziel der Veranstaltung sei es vielmehr, die Wurzeln des Zauberwesens in den Märchen der Völker aufzuspüren und die enge Verbindung zwischen Mythos und Realität aufzuzeigen. Denn das Märchen sei trotz seiner Entrücktheit aus der Wirklichkeit Spiegelbild historischer und kultureller Entwicklungen und die Quintessenz allen Volksglaubens.

Von den ersten Zeugnissen des Schamanentums in den Höhlenbildern von Lascaux über Schamanen und Zauberer in Sagen und Märchen

in Ost und West bis hin zu den Göttergestalten heutiger Wunderheiler auf den Philippinen spannte sich der Bogen der Referate. Den Schamanen in der germanischen Mythologie widmete Prof. Sigfried Lichtenberger (Saarbrücken) einen vorzüglichen Vortrag. Sie wies darauf hin, daß das Schamanentum keineswegs eine Besonderheit der asiatischen Völker sei, in der germanischen Mythologie trete Odin, der Weltenherrscher, mit allen Attributen eines Schamanen entgegen. Er bediene sich der Hilfsgeister in Tiergestalt (Raben, Wölfe etc.), er reise in die Unterwelt, um Baldur zu befreien, und sein achtbeiniges Roß Sleipnir, ein kosmisches Symbol, finde im Schamanenglauben der sibirischen Stämme ein Äquivalent: auch dort reitet der Schamane auf einem achtbeinigen Pferd in das Totenreich.

Prof. Horst Kirchner (Berlin) ergänzte Frau Lichtenbergers Bericht in seinem Vortrag über „Archaische Zeugnisse des Schamanentums in der germanischen Welt“. Auf Goldmünzen aus dem 7. Jahrhundert, gefunden in Niedersachsen und Skandinavien, wird Odin mit einer Kopfbedeckung abgebildet, die an die Federkronen und Vogelmasken sibirischer und indianischer Schamanen erinnert. Odin selbst lebt nicht nur in Märchen und Sagen fort, sondern auch im Volksglauben, wo er heute noch als der „wilde Reiter“ in den Nächten zwischen Weihnachts- und Silvester mit seinen Wölfen durch die Lüfte zieht.

Wie lebendig sich der Glaube an Zauberer und Schamanen bis in unsere modernen Tage erhalten hat, zeigte auch das Referat der Ungarin Agnes Kovacs über die Bauernmärchen ihrer Heimat. So gelten noch heute Kinder, die mit einem Zahn geboren werden, als Zauberkinde, prädestiniert zum „Talos“, wie das ungarische Wort für Schamane lautet. In den Märchen tritt der Talos meist als wildes Pferd auf – ein Bild, das an die Reitervergangenheit der Ungarn erinnert. In der bäuerlichen „Wirklichkeit“ des Volksglaubens dagegen beschränkt sich der Zauberer meist auf die menschliche Gestalt.

Ähnlich wie in Europa vermischt sich auch auf den Philippinen die christliche (katholische) Religion mit schamanischen Traditionen. Die meisten Wunderheiler dieses Inselreiches sind, wie Ebermut Rudolph, Pfarrer in Rain/Lech, berichtete, gute Katholiken. Ihre Religion hindere sie aber nicht daran, mit Geistern Zwiesprache zu führen und ihre Seele wie die Schamanen der Märchen in Trance oder tiefen Schlaf auf die Reise „bis ans Ende aller Welten“ zu schicken.

Fazit in Karlshafen: Im Märchen sind Dämonen und Jenseits nur Teile eines Ganzen, verbunden durch Brücken und Tore. Durch diese vermag außer den Töten auch der Schamane als Eingeweihter oder aber eine liebende Seele hindurchzuschreiten. Denn die Liebe gilt auch in den Zauber- und Märchen als die stärkste Zauberkraft, gegen die selbst die Geister der Unterwelt machtlos sind.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Vier Uraufführungen beim „steirischen Herbst“

Kontorte Katastrophen

Graz, die wunderschöne, ungekammerte Stadt, mit einer wahren Abundanz von barockem Glanz, wird alljährlich vom „steirischen Herbst“ befallen, einer an sich sehr dankenswerten, von der Einwohnerschaft aber vielfach als betörend empfundenen Veranstaltung des Avantgardismus, der allerdings noch heute der Überzeugung huldigt, betont pornophil sein zu müssen. So kommt etwa bei den jeweils ausgewählten Theaterexperimenten zwar manches Neue, aber bellerbe nicht immer Großartiges zutage.

In diesem Jahr war eine erste Enttäuschung eine – natürlich englisch – „Hippodrome“ betitelte – Collage von Gerhard Fischer und Clemens Gruber nach Kafkas „Chinesischer Mauer“, die vom Burgtheater ambitionierten Darstellern für Graz überlassen worden war. Der Versuch wurde allgemein als gut gemeint, aber katastrophal abgetan. Eine gewisse Kostbarkeit hingegen war eine musikalisch untermauerte Ernst-Jandl-Gala.

An Theaterstücken gab es zunächst eine – sage und schreibe – Beckett-Uraufführung, die Szene (als Stück wegen der Kürze kaum zu bezeichnen) „Was wo“, die so recht in die Adorno'sche Formulierung zu Beckett paßt: „Was hat die Welt aus uns gemacht? Stimpfe von Menschen.“ Solche Stimpfe leben auch hier selbst in fürchterlicher Monotonie vor sich hin, und einer nach dem anderen wird von einer schier unantastbaren Gewalt zu Tode gequält, während das Jahr in äußerster verbaler Konzentration vergeht. Als zweite Beckett-Szene sah man die ebenso kontort behandelte „Katastrophe“, die im Vorjahr als Beitrag des Iren zu einer „Nacht für Vaclav Havel“ in Avignon uraufgeführt worden war. Sie zeigt die mittellose Entblößung,

Herabwürdigung eines Menschen als Objekt eines Schauspiels. Zerebral zerhackt, darin eindrucksvoll Regie führte Kurt Uppel-Schulz.

Das Hauptstück war „Ein frühlicher Morgen beim Friseur“ von Wolfgang Bauer, der ja Steirer ist, eine in die Masche des Surrealismus verknüpfte Farce, vorwiegend Clownerie mit Scherz, Satire, Ironie und leichterer Bedeutung. Da wird ein Mann im Friseurladen skizziert, damit ihm eine Kirche auf Haupt gesetzt werden kann, eine Frisurverkleidung sich als Noma, um danach ein passendes Striptease zu ermöglichen. Die Phantasie trägt endlich alle Mitspielenden so weit ins Irreale, daß sie – dies die Idee – sich erst in Kinder verwandeln müssen, um wieder in die Wirklichkeit zurückkehren zu können. Der Autor führt selbst Regie und hat wohl weniger Längen empfunden als der blasierte Berichterstatter.

Da war „Mein Herbert“ von Herbert Achternbusch denn doch aus anderem Holz geschnitten. Auch kein Theaterstück, sondern eher eine autobiografische Dokumentation, die in teilweise langstielig wirkenden Originalen den heute sehr aktuellen Gegensatz zwischen Mutter und erwachsenem Sohn beleuchtet. Die Mutter, die für ihn sorgt, alles opfert, und der Sohn, der das nicht wahrhaben will und für sie nichts als Grobheiten übrig hat. Brigitte Antonius gab der Mutter viel Herz. Die Regisseurin Kitty Buchmann schrak vor den Kräfteheiten im Text nicht zurück, meinte aber, mitunter durch in Gesehri mißlingenden Stimmwandlungen der Darsteller dramatische Akzente setzen zu können. Achternbuschs Programmnotiz, er werde jetzt keine Stücke mehr schreiben, ist wohl anzunehmen.

ERIK G. WICKENBURG



Eine Heimat, die schwer erworben wurde: „Jerusalem – meine Stadt“, Radierung von Arie Ogen

Drei Ausstellungen zeigen das Werk des jüdischen Malers Arie Ogen

Ein Preislied auf die heilige Stadt

Jerusalem ist nicht nur ein Eldorado der Archäologen. Auch die Maler hat diese Stadt auf sich gezogen wie kaum eine andere. Den Fremden macht sie zum Freund, den Künstler zu ihrem Vorkinder. So hat auch Arie Ogen „Jerusalem – meine Stadt“ immer mit Feder und Pinsel gepriesen.

Zur Zeit stellt Ogen dreifach in der Bundesrepublik aus: in Bad Oeynhausen (Städtische Galerie: bis 30. 10.), in Hildesheim (Kreissparkasse: bis 5. 10.) und in Braunschweig (Norddeutsche Landesbank: bis 14. 10.). Sein Stil zeugt von gebändigter Emotion und großer Gewissenhaftigkeit. Seine Techniken sind vielfältig. Sie reichen von großformatigen Ölskizzen und fast atmisch gerahmten Ölmalereien über Radierungen und Zeichnungen bis zur in

jüngster Zeit bevorzugten Mischtechnik von Aquarell und Feder. Hervorhebung verdienen die Federzeichnungen, wenn hauchzart von Aquarell unterlegt, jeder Strich, jede Schraffur, auch die anscheinend nebensächlichste, dem Ganzen das Detail hinzufügen.

Der Maler hat sich am Ganzen wie am Kleinsten der Heiligen Stadt versucht. Ihre Portale, verwinkelten Gassen, Gärten, Häuser, Kuppeln, Treppen, Plätze, Straßenrinnen gehören ihm und gewinnen Persönlichkeit durch ihn. Die Verbundenheit mit dem Objekt ist unaussprechlich. Ogen erzählt in seinen Bildern von der Gegenwart, mag auch das Gemalte tief in die Vergangenheit zurückweisen. Das Gernste der Altstadt schmilzt in das Heute hinein. Alt ist nicht verfallen, selbst wo es verwahr-

lost erscheint. Die Menschen in orientalischer Gewandung sind keine Exoten, es sind Israelis von heute.

So entstanden Bilder aus Liebe zu einer Heimat, die schwer erworben wurde. Die Odyssee seines Lebens führte Arie Ogen vom Geburtsland Polen (1917), wo er einer bekannten Familie jüdischer Denker und Wissenschaftler entstammte, über Russland (Internierung) nach Auslösung fast der ganzen Sippe zur Auswanderung nach Safed in Nordgaliläa. 1967 ließ er sich in Jerusalem nieder. „Yemin Mosche“ bei der alten Windmühle nieder. Heute, nach fünf Jahren Aufenthalt in Bonn, in einem Arbeitskeller ohne Tageslicht, lebt er wieder in Safed, und vom See Genezareth her scheint ihm das Sonnenlicht ins Studio.

ALBERT MÜLLER

Berliner Festwochen: Korngold-Zyklus und eine Trouville von Schönberg

Musik für den Pavillon von Bad Ischl

Natürlich ist es immer noch wichtiger, Korngold zu spielen, als ihn zu diskutieren. Sein Werk hat das Gespür für die bittere Not und die Gerechtigkeit, weil es so süß ist. Erich Wolfgang Korngold war nun einmal ein Götterliebhaber. Dennoch starb er glücklicherweise nicht jung, wenn auch mit 60 nicht eben alt.

Unglücklicherweise aber machte ihm nicht nur die eigene Entwicklung zu schaffen. Mehr noch tat das die politische, vor der er nach Amerika hinüberfloh, um dort eine zweite Karriere als Filmmusikkomponist, ruhmreich wie die erste in Wien, zu beginnen – dem Einklinken vergangener Ruhmes deutlich und ungerechtfertigt entgegenstand. Korngold wurde ein vielfaches Opfer von vielem, darunter wahrscheinlich auch seiner selbst.

Er war nun wirklich ein Wunderkind, und die Musikwelt staunte ihn an. Bruno Walter, Richard Strauss, Arthur Nikisch umstanden ihn musikalische Schutzheilige den mollen, weichgesichtigen Knaben. Sie führten seine beständig meisterhaften Werke auf, die auf Anhieb ihr Publikum fanden. Sie waren eingängig, luxuriös, melodisch: Talentproben vorweggenommen Reife.

Ein kleiner Korngold-Zyklus in Berlin – getragen von Radio-Symphonie-Orchester und seinen Kammermusikern, akzentuiert durch die Reprise der „Toten Stadt“ in der Deutschen Oper, eingeleitet durch ei-

ne Podiumsdiskussion, an der Wolfgang Rihm, Gerd Albrecht und Korngold Sohn George teil hatten – versuchte, den Wissensstand über Korngold musikalisch zu mehr. Heraus sprangen Hochachtung, Verwunderung, Anteilnahme. Man betrat eine Neugier auf Alte, was schließlich nicht unehrenhaft ist.

Der Knabe Korngold verstand kunstreich zu artikulieren, was er noch gar nicht zu sagen hatte. Er trug jedoch mit musikalischer Eloquenz selbst noch das Nichtsagende vor. Er hüllte es in eine Orchestersprache von blühender Üppigkeit, niedergeschrieben mit bestechendem Raffinement.

Er war ganz gewiss ein Ohrenschmeichler und Sinnenkitzler, ein österreichisch lebenswütiges Talent und Temperament, immer halb der Pracht des großen Goldenen Musikvereins, halb wohl aber auch dem kaiserlichen Musikpavillon von Bad Ischl nachträglich. Korngold schrieb ausdrucksreiche k. u. k. Festschmelze, die freilich den Untergang der Epoche heilighörig noch nicht vorwegnahm. Das künstlerische Naturtalent des Knaben war evident. Musikalische Heilseherei war ihm nicht eigenlich. Er war auf bezaubernde Weise eklektisch.

Er verstand es, die Höhepunkte seiner Kompositionen mit neuem Gespür für ihre Wirkkraft aufzubauen. Doch von den eindrucksvollen hochgetürmten instrumentalen Gipfeln schweift der Blick oft über viel musikalisches Flachland. Eine musi-

kalische Ur-Begabung, war Kornfeld offenbar geschaffen, sich die Herzen zu gewinnen und dies schon mit fünfzehn. So jung war er, als er die „Sinfonietta“ schrieb. Das war 1912, und Köln veranstaltete, dem Knaben zu Ehren, bereits eine „Korngold-Woche“. Fast vierzig Minuten spielt das Sinfonische – mal ein bißchen schmalzig, mal ein bißchen schmüssig in ihren vier Sätzen, von denen das trübselige Andante am feinsten ist.

Korngold war ein Schmelzegele, ein Zärtlichkeitsfanatiker, und das hört sich auch aus seinem schönen Streichsextett op. 10 heraus, einem Werk des Siebzehnjährigen, von dem Solisten des Berliner RSO mit Herzenswärme und Gusto vorgetragen. Sie auch beschlossen das Korngold-Colloquium mit einer waschechten Uraufführung, wenn auch nicht gerade einer von Korngold: Sie spielten die fragmentarischen zwei Taktstücke der Jugendkomposition „Toter Winkel“ von Schönberg, ein Vorläuferwerk zur „Verklärten Nacht“, in Schönheit dahinschmelzend, atmosphärisch dicht, klangelastisch: ein musikalisches Appetitbäppchen, das den Hörer freilich auf seinem Appetit sitzenläßt.

Über Gebühr befriedigte dafür Korngold mit seinem Klavierkonzert für die linke Hand, von Steven de Groote mit großem Einsatz gespielt, von Gerd Albrecht hingebungsvoll geleitet.

KLAUS GEITEL

Eine ständige Karl-Hofer-Galerie im Schloßmuseum Ettlingen

Schon gestern ein Mann von heute

Hofer ist tot ... Tatsächlich ragt er als einer der wenigen in unsere Zeit hinein, der noch das Optische als Mittel der Aussage zu benutzen suchte. Mag er sich dabei auch auf sehr persönliche Traum- und Wachvisionen beschränkt haben, so war er in seiner Weise doch ganz echt und in aller herrlichen Zerrissenheit sehr ehrlich ... Max Kaus schrieb das an Erich Heckel beim Tode Hofers. Es ist ein bemerkenswertes Urteil, von Achtung geprägt, ohne daß der Blick auf die künstlerischen Fähigkeiten und Grenzen verstellt wäre. Kaus' Urteil bestätigt sich jetzt wieder einmal in Ettlingen, wo im Asam-Saal des Schlosses eine ständige Karl-Hofer-Galerie eingerichtet wurde.

Diese Ehrung für den Maler war möglich, weil die Erben mehr als 80 Gemälde sowie Zeichnungen und Graphiken aus dem Nachlaß als Dauerleihgabe zur Verfügung stellten. Ursprünglich sollte Hofers Geburtsstadt Karlsruhe damit bedacht werden, doch da sich dort keine geeigneten Räume fanden, kam Ettlingen zum Zuge. Hofer war hier wiederholt zu Gast, nicht zuletzt um den befreundeten Bildhauer Karl Albiker zu besuchen, dessen Plastiken im selben Museum eine Etage tiefer bereits

seit einiger Zeit ständig zu sehen sind. Die Karl-Hofer-Galerie, chronologisch geordnet, umfaßt Werke aus allen Arbeitsperioden. Am Anfang stehen die noch stark von Hofers Lehrer Hans Thoma beeinflussten Porträts, darunter das Bildnis Leopold Ziegler (1900) und das Doppelporträt im Profil mit seiner Frau (1903). Mit „Im Meersand“ (1914) deutet sich bereits die Wende zu eigenen Ausdrucksformen an, die Vorliebe für Ganz- und Dreiviertelfiguren, die starke Stilisierung der Gesichter mit der Betonung der Augenpartie. Die Zwischenkriegszeit ist – obwohl Hofer durch die Aktion „Entartete Kunst“ und bei Bombenangriffen auf Berlin mehr als anderthalb hundert Werke verlor – immerhin mit drei Landschaften, mit dem zwischen Aufbruch und Resignation schwankenden „Turmbläser“ und den von stiller Schönheit geprägten „Kartenspielenden Mädchen“ vertreten.

Spannung zwischen apokalyptischen Visionen und ruhiger Heiterkeit bestimmt Hofers Bilder im Krieg, während danach eher die dunklen Themen vorherrschen. Das läßt sich in der Ettlinger Auswahl gut ablesen, auch wenn es ihr an den bedeutendsten Werken, die sich längst

JOURNAL

Goethe-Institut in Houston eröffnet

dpa, Houston
Das Goethe-Institut in Houston ist vom rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, Bernhard Vogel (CDU), offiziell seiner Bestimmung übergeben worden. Es ist das siebte Institut in den USA. Vogel würdigte bei der Einweihungsfeier die deutsch-amerikanischen Beziehungen als Wertgemeinschaft, die weit über die aktuelle Tagespolitik hinausgehe. Es falle dabei dem Goethe-Institut die wichtige Dauerauftrag zu, den amerikanischen Freunden die deutsche Geschichte, Kunst und Literatur lebendig vor Augen zu führen.

Erstfassung von Camus' „Caligula“ gefunden

dpa, Rom
Die ursprüngliche Fassung eines der bekanntesten Theaterstücke von Albert Camus (1913-1960), „Caligula“, ist in Rom von dem amerikanischen Forscher James Arnold wiederentdeckt worden. Die erste Fassung, die sich von der zweiten erheblich unterschied, entstand 1938. Der Autor selbst hatte den Text vor der Uraufführung, die 1945 stattfand, geändert.

Staatsrechtslehrer tagen in Köln

DW, Köln
Vom 28. September bis zum 1. Oktober 1983 findet an der Universität Köln die traditionelle Jahrestagung der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer statt. Die Themen der Tagung lauten: „Kulturaufrag im staatlichen Gemeinwesen“ sowie „Die Steuerung des Verwaltungshandelns durch Haushaltsrecht und Haushaltskontrolle“. Die Beratungen finden nur im Kreise der Mitglieder statt. Die Referate und Diskussionsbeiträge werden jedoch in den Veröffentlichungen der Vereinigung publiziert. Die organisatorische Betreuung des Kongresses liegt bei Professor Klaus Stern, Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre der Universität Köln.

Paris erinnert an die Gruppe der 5

Reg. Paris
An die „Gruppe der 5“ erinnert das Théâtre Mucap de Paris in dieser Saison. So werden von Januar an Mussorgskys „Chowantschina“ und Rimsky-Korsakovs „Goldener Hahn“ zu sehen sein. Konzertant werden Borodins „Fürst Igor“ und Rimsky-Korsakovs Oper „Die Legende von der unsichtbaren Stadt Kitesch“ aufgeführt. Boris Christoff singt Lieder von Modest Mussorgsky, Bernhard Ringissen erinnert an das Klavierwerk der fünf russischen Komponisten. In einem speziellen Programm sind auch kleinere Stücke von Balakirew und Cui zu hören.

Isobel Baillie gestorben

dpa, Manchester
Die als eine der größten britischen Konzert- und Opernsängerinnen dieses Jahrhunderts geltende Schottin Isobel Baillie ist im Alter von 88 Jahren in Manchester gestorben. Isobel Baillie, die ihre erste Platte 1926 aufnahm und vor allem als Oratorien- und Liedersängerin berühmt wurde, hat mehr als tausendmal in Georg Friedrich Händels „Messias“ gesungen. Sie war die einzige britische Sängerin, die dreimal mit dem großen italienischen Dirigenten Arturo Toscanini auftrat. Sie sang auch in Konzerten unter der Leitung von Bruno Walter, Sir Adrian Boult und Sir Malcolm Sargent.



Stille im Sturm der Apokalypse: „Zwei Kinder“ (1941) von Karl Hofer

Hofer schien nie zeitgemäß zu sein. Als er 1955 starb, kam er vielen wie ein Mann von gestern (wenn nicht gar von vorgestern) vor. „Vielleicht wird, was vielen jetzt überholt erscheint, später mehr und anders gewertet werden“, schrieb Max Kaus damals. Die Ettlinger Karl-Hofer-Galerie gibt ihm recht. Sie bestätigt nachdrücklich: Hofer ist nicht tot. (Katalog, Frölich & Kaufmann, Berlin: 39 Mark, im Buchhandel: 48 Mark)

PETER DITTMAR

Wird ein Anarchosport zum Volksvergnügen?

Untergrundchrift zum Versicherungsbetrug / Fälle häufen sich

WERNER KAHL, Bonn
Der „heiße April“ ist seit altersher eine beliebte Art, aus brüchigem Gemaier Kapital zu schlagen. Relativ neu in diesen und ähnlichen unsauberen Geschäften ist der organisierte politisch motivierte Versicherungsbetrug. Die Anleitung lieferten Ghostwriter der Anarchoszene mit dem Aufruf „Bereichert euch am Verschwinden der Macht“.

Opfer von Taschendiebstählen und Autoeinbrüchen in Mittelmeerländern, vor allem in Italien, wurden deshalb in diesem Jahr häufig ausgelacht oder unverblümt als Betrüger verdächtigt, wenn sie den Verlust ihres Eigentums bei der Polizei anzeigen wollten. Als prominentestes Opfer dieser neuen Wellen der Betrugskunde gilt die frühere Schiffschuh-Prinzessin Marietta Kilian. Auf dem römischen Flughafen hatten ihr unlangst Taschendiebe nach einer Rempel Schmock gestohlen. Bei der Kripo behauptete nun ein Anrufer, der Juwelendiebstahl aus der Handtasche der Eislaufen sei fingiert gewesen, um von der Versicherung 630 000 Mark zu kassieren.

„Ein Skandal, eine infame Verleumdung“, entrüstete sich der Showstar. „Ich habe kein Ding gestohlen.“ Ihren Anwalt beauftragte sie, ihr Ansehen vor Gericht vor derartiger Beschädigung zu bewahren.

Mit Schadenfreude hatten italienische Medien im August die Verhaftung von elf deutschen Urlaubern im Ferienort Malcesine am Gardasee registriert (Die WELT v. 29. 8. 83). Den Gästen wurde Betrug vorgeworfen, nachdem sie Anzeige gegen Unbekannt erstattet hatten. Malcesine, ein seit jeher beliebtes Ferienziel der Deutschen, drohte über Nacht der Ruf eines unsicheren Urlaubersdort. Der romantische Ort hatte zuvor niemals eine solche Häufung von Eigentumsdelikten erlebt.

Als Opfer hatten sich unter anderem ein Professor und dessen Reiseführer, ferner ein Student und ein Polizeibeamter gemeldet. Sie schimpften auf italienisches Diebesgelande, weil ihnen Radio- und Stereogeräte, ein Surfbrett und andere Dinge gestohlen worden seien. In jedem der angezeigten Fälle hätten die Urlauber aus Deutschland jedoch die Diebstähle vorgetäuscht, so behauptete die Polizei, um Schadensersatzansprüche bei ihrer Versicherung stellen zu können. Italienische Zeitungen böhmisch: „Das neue deutsche Hobby: Ferien auf Kosten der Versicherung.“

Versicherungsdetektive aus der Bundesrepublik Deutschland entdeckten, was den Sicherheitsbehörden schon länger schwarz auf weiß vorliegt: eine in der Anarchoszene bis hin zu Hochschulen vertriebene Schrift „Ratgeber Versicherung – Wege zu Wissen und Wohlstand“.

Ein Rat aus der anonymen Feder der Systemgegner, die bereits mit der Schrift „Wege zu Wissen und Wohlstand oder lieber krankfeiern als gesund schuften“ aufwarteten, lautet: „Versicherungsbetrug möglichst nicht in deutschsprachigen Ländern, nicht im Ostblock. Generell nicht in Dörfern oder Kleinstädten. Unser Tip: Palermo!“

„Immer Sozialverhalten beachten“, so ein anderer Ratschlag an potentielle Betrüger. „Wer 'nen dicken Ledermantel anhat, trampelt nicht.“ Jeder 20. Schadensfall sei bereits Versicherungsbetrug, teilte ein großes deutsches Versicherungsunternehmen mit. Ein Gesinnungswandel mache sich bemerkbar, der als Zeitgeist zur Bereicherung am Versicherer wie zu einem Volkssport aufsteigt. Die Zeche zahlt jedoch die große Gemeinschaft der ehrlichen Versicherungskunden.

LEUTE HEUTE

Weltraum-Ticket

Mit einer Tingeltangel-Fernsehschau feierten Bob Hope, frühere Astronauten sowie die Stars Olivia Newton-John und John Denver den 25. Geburtstag der Nasa. Unter den geladenen Gästen war auch Nasa-Administrator James Beggs. Er war von der Show so beeindruckt, daß er Bob Hopes Namen auf eine Liste von Prominenten setzte, die als erste Zivilisten mit auf einen Raumflug gehen sollen.

Angst vor der Welt

Kurz vor seiner Entlassung aus dem Gefängnis, in dem er die letzten 34 Jahre verbracht hatte, bat der jetzt 62-jährige Donald Chapman um

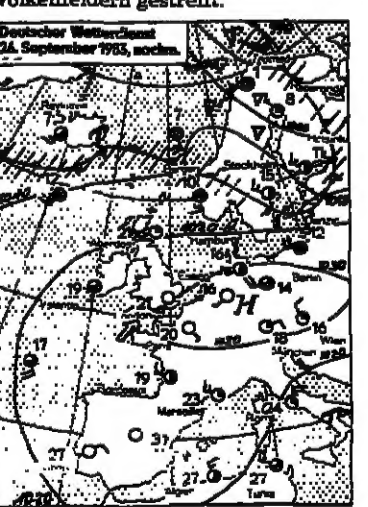
eine Verlängerung seiner Strafe. Die Gefängnisverwaltung lehnte das Gesuch ab und verschaffte ihm statt dessen einen Job in einer Raststätte, da er die letzten Jahre hinter Gittern als Chefkoch gearbeitet hatte. Der Autodieb hat in den vergangenen 34 Jahren nur vier Tage in Freiheit verbracht, weil er nach jeder Entlassung prompt wieder ein Auto knackte, um wieder hinter Gittern zu landen.

Heimliche Verlobung

Neue Enttarnung für Caroline von Monaco (36). Robertino Rossellini (33), drei Jahre lang ihr ständiger Begleiter, hat sich heimlich mit der italienischen Schauspielerin Isabella Ferrari verlobt.

WETTER: Meist sonnig

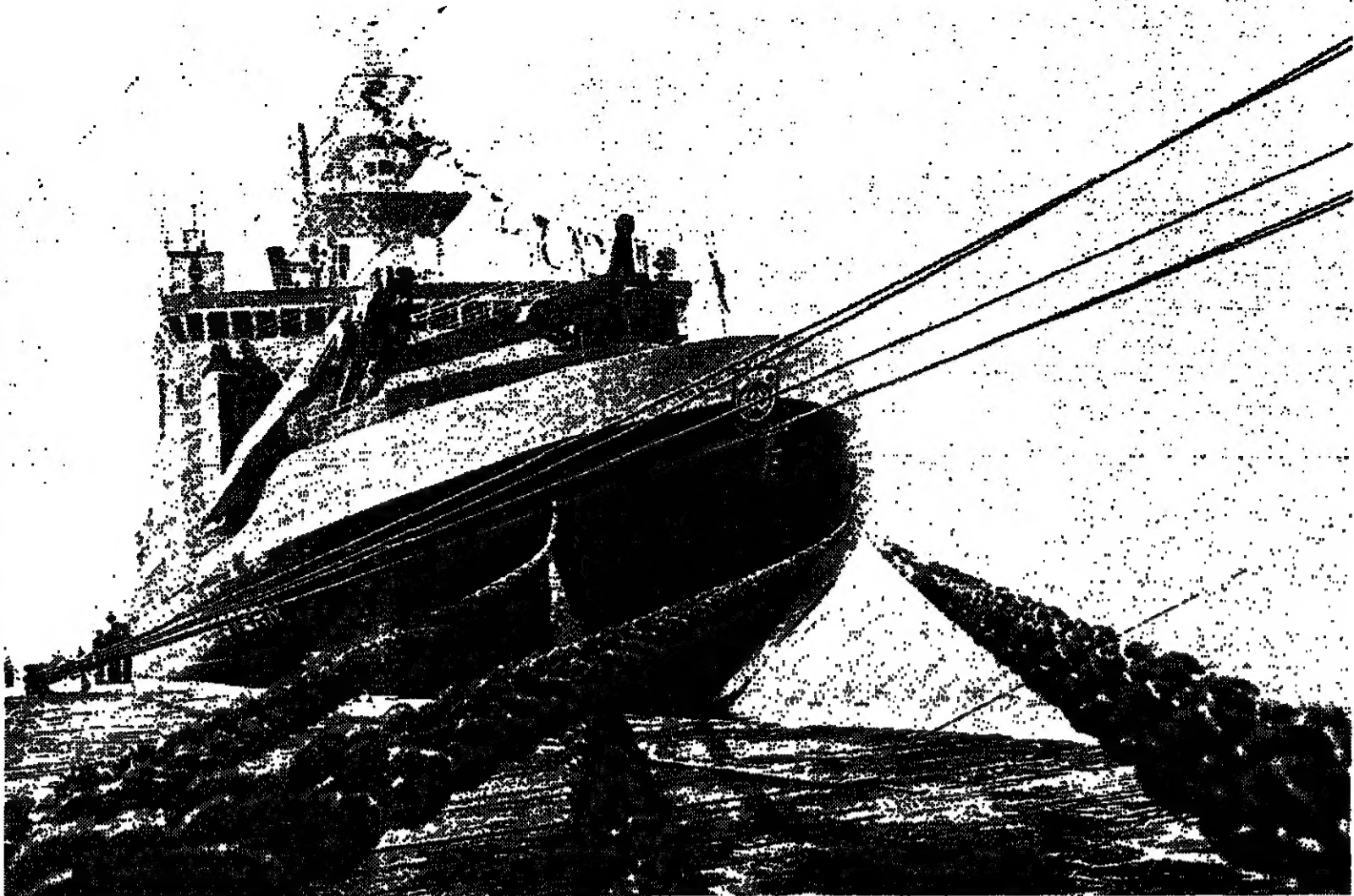
Wetterlage: Das frühherbstlich warme Wetter dauert im Bereich einer umfangreichen Hochdruckzone über Mitteleuropa in den nächsten Tagen an. Nur der äußerste Norden wird von Wolkenfeldern gestreift.



Vorhersage für Dienstag:
Das gesamte Vorhersagegebiet: In den Frühstunden in feuchten Flußiederungen verbreitet Nebel, sonst starker Dunst. Nach der Auflösung meist sonnig, nur im norddeutschen Flachland vor allem vormittags wolkenig, aber auch dort niederschlagsfrei. Nachmittags Temperaturen zwischen 20 und 24 Grad, im Norden nur um 18 Grad. Tiefsttemperaturen der Nacht zwischen 10 und 5 Grad. Im Norden mäßiger Wind aus westlichen Richtungen, sonst schwacher Wind aus wechselnden Richtungen.

Weitere Ansichten:
Andauer des „Alteisenwetter“-witters.
Temperaturen am Montag, 13 Uhr:
Berlin 14° Kairo 29°
Bonn 15° Kopenh. 15°
Dresden 13° Las Palmas 32°
Essen 16° London 21°
Frankfurt 16° Madrid 31°
Hamburg 16° Mailand 22°
Lissabon 18° Mallorca 31°
München 18° Moskau 8°
Stuttgart 17° Nizza 25°
Alerger 27° Oslo 16°
Amsterdam 19° Paris 20°
Athen 25° Prag 17°
Barcelona 27° Rom 24°
Brüssel 19° Stockholm 15°
Budapest 18° Tel Aviv 27°
Bukarest 18° Tunis 17°
Helsinki 11° Wien 16°
Istanbul 23° Zürich 17°

• Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.17 Uhr, Untergang: 18.08 Uhr, Mondanfang: 21.11 Uhr, Untergang: 13.09 Uhr. • in MEZ, zentraler Ort Kassel



Erst Ende April wird die „Polarstern“, wohl das teuerste deutsche Schiff, wieder in heimischen Gewässern schwimmen. Mit auf die „Winterreise“ gehen etwa 150 in- und ausländische Forscher.

„Polarstern“ auf der zweiten Fahrt ins Ewige Eis

DIETER THIERBACH, Bonn
Das deutsche Polarforschungs- und Versorgungsschiff „Polarstern“ ist von Bremerhaven aus zu seiner zweiten Antarktisexpedition aufgetrieben. „Alle Hände voll zu tun“ haben nach Einschätzung des Koordinators Professor Dieter Fütterer die rund 150 in- und ausländischen Forscher, die diesmal an dem Unternehmen beteiligt sind. Der Geologe vom Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung in Bremerhaven – eine der deutschen Großforschungseinrichtungen – betreut die beiden wichtigsten Etappen dieser Reise.

Das Meeresforschungsschiff, im Dezember 1982 in Dienst gestellt, ist ein echter Superlativ: Mit 118 Metern Länge, 25 Metern Breite und rund 300 Millionen Mark Investitionskosten ist das 10 878 BRT-Schiff der teuerste „schwimmende Post“ der Bundesrepublik Deutschland. Die „Polarstern“ hat einiges auszuhalten: 20 000 PS starke Dieselmotoren „schieben“ das Schiff durchs Eis. Temperaturen bis zu minus 55 Grad Celsius können technisch bewältigt werden. Der Schiffsrumpf verfügt über doppelte Wände, die stellenweise aus mehr als fünf Zentimeter starkem Spezialstahl bestehen. Maximal 106 Passagiere bietet die „Polarstern“ Unterkunft; für 40 Wissenschaftler gibt es gut ausgestattete Labors.

Die „Winterreise“ des blau-weiß-orangefarbenen Forschungsschiffes ist in fünf wissenschaftliche Abschnitte eingeteilt. So sind zehn Fachleute bis zur Ankunft in Rio de Janeiro am 12. Oktober hauptsächlich mit Wetterforschung und Luftchemie beschäftigt. 25 Biologen und Geologen widmen sich während des zweiten Versuchsabschnittes im Seengebiet um die Süd-Shetland-Inseln der Fischereibiologie. Das be-

sondere Interesse gilt dem Plankton und dem Krill. Die logistische Basis der Expedition liegt in Punta Arenas (Südpazifik/Feuerland). Hier wechselt dann vor Beginn des dritten Forschungsabschnittes die wissenschaftliche Besatzung. Auch Professor Fütterer steigt als Fahrleiter zu. Für die dann 35köpfige Wissenschaftscrew steht in den nächsten fünf Wochen die Meeresgeologie (Sedimentuntersuchungen und Mineralienbildung) im Mittelpunkt.

Die Versorgungsfahrt zur permanent besetzten deutschen Georg-von-Neumayer-Forschungsstation auf dem Eckschirm-Schelfeis ist mit sieben Wochen angesetzt. Geplanter Ankerplatz: 5. Januar 1984. Versorgungsgüter werden ausgeladen, die Überwinterungsmannschaft abgesetzt und wissenschaftliches Gerät installiert. 1500 km von der Georg-von-Neumayer-Station entfernt, gute

20 Kilometer vor der Küste, liegt die deutsche „Sommerstation“ auf dem Fuchner-Schelfeis, das nächste Ziel der „Polarstern“. Der arktische „Sommer“ dauert hier von Januar bis März; die Temperaturen sind dann halbwegs erträglich. „Bis maximal minus zehn Grad fällt dann das Thermometer“, weiß Dieter Fütterer, „bei Durchschnittstemperaturen von minus 50 Grad im Winter wird es da schon ungemütlicher.“

Acht „Sommergäste“ – vom Team auch scherzhaft „Touristen“ genannt – werden hier aufgenommen; neun Forscher bleiben in der Basisstation zurück. Koch, Funke, Techniker und Ingenieure machen das Leben für die nächsten Monate in völliger Einsamkeit halbwegs erträglich. Für den 9. März ist die Ankunft in Kapstadt geplant. Ende April wird die „Polarstern“ in Bremerhaven zurück erwartet.

Gericht für umstrittene Heilungsmethode

Professor darf Extrakte abgetriebener Föten verwenden

H. WEISSENBACHER, Lyon
Französische Gerichte haben jetzt bestätigt, daß Ärzte Knochenmark-Extrakte aus einem Fötus von einer Abtreibung benutzen dürfen. Um Kinder mit einem angeborenen Defizit an natürlichen Abwehrstoffen gegen Infektionen zu heilen. Mit dieser neuen Methode wurden bereits vier Kinder im Lyoner Krankenhaus De-brousse vor dem sicheren Tod gerettet.

Ein internationaler Verband gegen die Verwendung von menschlichen Föten war gegen die Behandlungsmethoden von Professor Jean-Louis Touraine in dem Krankenhaus gerichtlich vorgegangen. Das Gericht in Paris, bei dem der Präsident des Verbands, Claude Jacquinot, die Klage einreichte, wies diese jetzt als „unbegründet“ ab.

Professor Touraine darf weiter immun defizitiäre Kinder mit Knochenmark behandeln, das abgetriebenen Föten entnommen wird. Acht Kinder erhielten bisher derartige Knochenmarktransplantationen, vier davon wurden gerettet. Der letzte von ihnen, der kleine Julien, konnte im vergangenen Juli im Alter von dreieinhalb Jahren das Plastikzelt verlassen, in dem er zwei Jahre lang, von der Außenwelt völlig abgeschnitten, hatte leben müssen.

Die Behandlung der Kinder mit einem Immun-Defizit dauert mindestens zwei Jahre. Frühestens nach dieser Zeit produziert der Körper

selbst die Abwehrstoffe gegen die Infektionen, denen alle Menschen ausgesetzt sind. Diese Produktion wird durch die Einspritzung von knochenmarkähnlichen Substanzen stimuliert, die der Leber von acht bis 13 Wochen alten Föten entnommen werden.

Die Klage des Verbands gegen die Behandlungsmethode von Professor Touraine war die zweite, die der Verband gegen die Verwendung von Extrakt aus Föten in Frankreich einreichte. Auch die erste, gegen Versuche von Professor Jean Meunier zur Behandlung der Diabetes mit Zellen aus der Bauchspeicheldrüse von Föten, war abgewiesen worden, doch Professor Meunier stellte freiwillig seine Versuche ein.

Touraine in Lyon argumentierte, daß ohne die Behandlung mit den Zellen aus Föten seine kleinen Patienten höchstens ein Jahr überleben würden. Touraine erklärte, daß die Föten, denen die Zellen entnommen werden, gewöhnlich zwei Stunden vorher abgetrieben wurden und medizinisch tot seien. Die beiden Ärzte-Teams, die die Abtreibung und die Zellentnahme vornahmen, arbeiteten streng voneinander getrennt.

Touraine: „Ich habe die moralische Verpflichtung, die Behandlung fortzusetzen. Ich bin kein Fanstiker, der sich auf irgendeinem Kriegspfad befindet, aber unsere Sache ist gerecht, und ich werde sie verteidigen.“ (SAD)

Moskaus Frauen laufen Sturm für 20 Gramm

Harsche Kritik an der sowjetischen Miederwarenindustrie

FRIED H. NEUMANN, Moskau
Bedrückt von einem Problem, das auf russisch „bijustgalt“ genannt wird, hat sich eine sowjetische Journalistin temperamentvoll Luft gemacht. Ihre zornige Philippika gegen dieses Erzeugnis der heimischen Textilindustrie, der die „Iswestija“ breitesten Raum widmete, fand bei vielen Moskauer Frauen begeisterte Zustimmung.

„Im Kampf erworben, mit Schmerzen getragen.“ Mit diesen Worten faßte Marina Lebedewa die doppelte Misere des Mangels an und der schlechten Qualität von Büstenhaltern zusammen. Miederwaren aus sowjetischer Produktion „drücken, schneiden ein und verwunden“. Dem Lande fehle es wahrhaftig nicht an Baumwolle, aber 20 Gramm davon für jede Frau ließen sich einfach nicht aufreiben. Statt dessen werde schweres und kratzendes Material verwendet, um wahre Folterwerkzeuge herzustellen.

Westliche Ware wiege nur halbsoviel wie das sowjetische „Angebot“ – ein Wort, von dem sich die Autorin sogleich wieder distanziert, denn davon könne nun wirklich nicht die Rede sein. „Unsere Frauen sind doch kräftig, nach der Pariserin brauchen wir uns da nicht zu richten“, wurde ihr vom Direktor einer Miederwarenfabrik erklärt. Ob denn die Regel, daß unsere Maschinen beträchtlich schwerer seien als vergleichbare des

Auslands, auch auf diesem Gebiet hingenommen werden müsse, fragte Marina heftig zurück.

Die Sache, um die es der Autorin geht, hat nicht einmal verlässliche Fakten und Ösen, sondern Plastikverschlüsse. Die sind zerbrechlich und unpassend. „Ein Gramm Stahl, und die Frauen wären glücklich!“ ruft Marina aus. Die Sowjetunion ist der größte Stahlproduzent der Welt, aber nach Ansicht der Planer seien die Frauen des Landes eines solchen Vorzugs wohl noch nicht würdig.

„Natürlich, wir Frauen sind nachgiebig und geduldig. Aber jede Geduld geht einmal zu Ende. Besonders dann, wenn uns mit typisch männlicher Selbstgerechtigkeit vorgehalten wird, daß ohne unsere Nörgelei eigentlich alles gut wäre.“ Spätestens im nächsten Fünf-Jahres-Plan, mit diesem Trost versucht man schon seit Jahrzehnten die Frauen hinzuhalten. Derweil würden vorzugsweise Männer mit Papierbeschlüssen Probleme auf eine Art lösen, die Millionen Frauen in Tränen in die Augen trieben.

Für alle Bereiche der Bekleidung beschäftigte ein Fachinstitut des Ministeriums für Leichtindustrie spezielle Designer, nur für Miederwaren gebe es keinen. „Zwar war da mal einer, aber vielleicht wollte man ihn davor bewahren, auf erzwungene Käuferrinnen zu treffen“, spottete Marina Lebedewa in der „Iswestija“.

Bewährung für Armin Hary

dpa, München
Der Olympiasieger von 1960 im 100-Meter-Lauf, der 46-jährige Kaufmann Armin Hary, ist von einer Wirtschaftsstrafkammer des Münchner Landgerichts gestern zu 18 Monaten Haft wegen Beihilfe zur Untreue an der katholischen Kirche verurteilt worden. Die Verbüßung der Strafe ist gegen 20 000 Mark Geldbuße zu Bewährung ausgesetzt worden. Der Hauptangeklagte, der 55-jährige ehemalige kirchliche Grundstücksberater Karl-Heinz Bald, erhielt drei Jahre Freiheitsstrafe. Gegen beide wurden die Haftbefehle aufgehoben und die Kautionen in Höhe von 150 000 und 70 000 Mark freigegeben.

Armin Hary und Karl-Heinz Bald standen zum zweiten Mal vor einer Großen Strafkammer. Das erste Urteil vom März 1981 in Höhe von zwei Jahren ohne Bewährung für Hary und fünf Jahren für Bald hatte der Bundesgerichtshof (BGH) Anfang dieses Jahres im Strafmaß aufgehoben. Die Strafaussetzung bei dem früheren Sportler bezeichnete Vorsitzender Dieter Sachse als „Gnadentakt“ und begründete sie damit, daß bei einer Verbüßung nach so langer Zeit „die Resozialisierung futsch“ wäre. Sachse rügte, daß Hary weiterhin seine Unschuld beteuert und im Gegensatz zu Bald „kein mannhafte Wort gefunden hat, das einem Geständnis gleichkommen wäre“.

Überfall: 5 Tote

SAD, Kilgore
Von unbekannten Verbrechern, die am frühen Abend eine Imbissbude in Kilgore (US-Bundesstaat Texas) überfielen, wurden fünf Menschen entführt und erschossen. Ihre Leichen fand man am nächsten Tag an einer einsamen Landstraße, 24 Kilometer von dem Restaurant entfernt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Laser gegen Verkalkung

AFP, Stanford
Bei der Behandlung von Arteriosklerose, einem besonders nach dem 40. Lebensjahr häufig auftretenden Bluthgefäßleiden, mit Laserstrahlen haben amerikanische Ärzte Erfolge verzeichnet.

Selbstmordversuch

dpa, Düsseldorf
Der 23-jährige Computertechniker aus Dormagen, der im Verdacht steht, seine Eltern und seinen Bruder umgebracht zu haben, stürzte sich gestern auf dem Wege zu einer erneuten Vernehmung im Düsseldorf-Polizeipräsidium im Treppenhaus aus der zweiten Etage in den Lichtschacht. Dabei erlitt er mehrere Knochenbrüche.

Tödlicher Unfall

AFP, Beauvais
Ein streunender Hund, der über die Autobahn lief, hat nördlich von Paris einen schweren Verkehrsunfall verursacht, bei dem drei Menschen ums Leben kamen. Der Fahrer eines Lkw geriet beim Ausweichmanöver ins Schleudern. Ein Pkw raste in den Lastwagen hinein.

Brand außer Kontrolle

dpa, Madrid
Waldbrände im Norden der Insel Teneriffa haben gestern 700 Hektar Pinienwald vernichtet und gefährden den Nationalpark am Fuß des Vulkans Teide. Der Gouverneur von Teneriffa hat die gesamte Bevölkerung aufgefordert, bei der Brandbekämpfung zu helfen.

Vermögen für Vögel

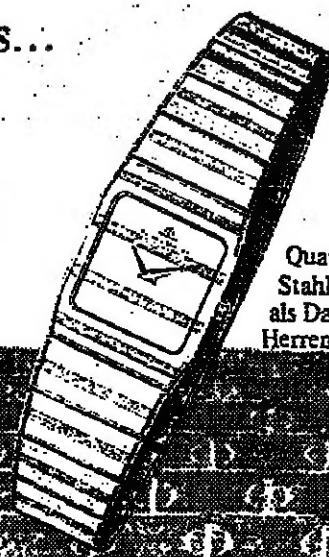
AP, Fargo
Ein ehemaliger Mathematikprofessor hat im US-Bundesstaat North Dakota sein gesamtes Vermögen von rund 240 000 Mark Vögeln und Eichhörnchen hinterlassen. Der im Alter von 78 Jahren Verstorbene ordnete in seinem Testament an, daß das Geld zur Pflege und Fütterung von Kleintieren in öffentlichen Parkanlagen zu verwenden sei.

ZU GUTER LETZT

„Die rund 30 Models machten ihre Sache ausgezeichnet. Lächerliche gab's nur, wenn einer der Herren in der Aufregung den Schiltz offengelassen hatte. Dagegen verblähte die schönste Mode.“ Die „Pinneberger Zeitung“ über eine Amateur-Modenschau.

Die Marke Ihres Erfolges...

BAUME & MERCIER
GENEVE
1830



Quarz, wasserdicht,
Stahl-Gold
als Damen und
Herrenmodelle



Gelbgold 18 Karat,
Quarz



Quarz, wasserdicht,
Stahl, Stahl-Gold oder Gold,
4 Größen für Damen
und Herren

Verkauft durch die führenden Fachgeschäfte
Fahrbrochure erhältlich bei:
BAUME & MERCIER GmbH
Postfach 639/W-6050 Offenbach/Main